

Faschismus in Deutschland

Band 1

Analysen und Berichte
der KPD-Opposition 1928–1933



Herausgegeben und eingeleitet
Gruppe Arbeiterpolitik 1973

Faschismus in Deutschland
Band 1

Der Faschismus in Deutschland

Band 1

**Analysen und Berichte
der KPD-Opposition 1928—1933**

**Herausgegeben und eingeleitet
Gruppe Arbeiterpolitik 1973**

2. erweiterte Auflage 1981

GEGEN DEN STROM

ORGAN DER KPD (OPPOSITION)

Nr. 38
29. September

Herausgegeben von A. Thalheimer, R. Brandler, J. Wachter, E. Hansen

Beirat des von der KPD-Strömung Breite (Opposition)

Beitrag: monatlich 100 Mark - Postwertzeichen: R. Brandler, Berlin 47 30 - Telefon: 57 30
Abonnementpreis für den Verteiler 120 RM. - Durch die Post: 120 RM monatlich Postgeld. - Einzelpreis für die Fernabgabe - Einzelabgabe: Berlin: 100 Mark an die Redaktion und Expedition
Mögl. zu beziehen an Junfer Verlag, Berlin 57 30, Wilhelmstraße 120.

3. Jahrg. 1930

28 Pf.

Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution

A. Th. Das ist die Signatur der Lage. Die Arbeiterklasse tut gut daran, sich diese Tatsache durch keinerlei Redensarten verhehlen zu lassen, weder durch die „kommunistische“ Praxiserörterer, daß die Kommunisten die Sieger des Wahlkampfes sind (solche Praxiserörterer im Widerspruch zu den Tatsachen ist ganz unkommunistisch), noch durch die billigen sozialdemokratischen Trostgebete, daß die nationalsozialistische „List von selber“ wieder zurückgehen werde, noch durch die lächerlichen Redensarten der liberalen Presse, daß eben die „Jugendliste“ gesiegt habe, woraus der zufriedenselbständige Schluß folgt, daß die liberale „Verständnis“ sich wieder einstellen wird. Wenn die „Jugendliste“, das Organ der Sowjet-Exekutive im selben Stil meldet, daß die „Panik“ des Kleinbürgeriums sich in den nationalsozialistischen Wahlstimmen ausdrücke, so bezieht man dagegen nur die Frage aufzuwerfen, warum denn die Panik und Verwerfung des Kleinbürgeriums und beträchtlicher Schichten der Arbeiterklasse sich nicht in einem kommunistischen Aufschwung in diesem Maße ausdrückt?

Die Tatsache des Aufschwunges der faschistischen Konterrevolution muß erkannt und anerkannt werden, nicht um sich davon zu beugen, nicht um sie als unabweisbares Schicksal anzuerkennen, sondern weil die Erkenntnis dieser Tatsache und ihrer Ursachen die unumgängliche Voraussetzung dafür ist, um mit ihr fertig zu werden, um den Gang der Entwicklung noch zu wenden. Die Täuschung über die Lage kommt nur dem Gegner zugute. Sie ist kein Zeichen der Stärke des revolutionären Optimismus, sondern des Gegenteil, der inneren Schwäche, Unsicherheit und Kopflosigkeit.

Diese ist so groß, daß man nicht einmal den vollen Umfang des faschistischen Wahlzuges klar zu sehen vermag. Dieser drückt sich nämlich nicht nur aus in den 8,4 Millionen nationalsozialistischer, sondern auch in den 2,5 Millionen Hugenberg'scher Wahlstimmen. Das sind zusammen 10,9 Millionen faschistischer Wahlstimmen und 107 plus 41 = 148 Mandate. Hugenberg ist nicht ein Geschlagener des Wahlkampfes, wie die liberale Dummezeit ausposaunt, sondern einer der Sieger. Man muß den Hitler-Hugenbergischen Block als ein Ganzes rechnen. Dieser faschistische Block rasst nicht allein nach der Zeit der Wahlstimmen und Mandate nicht an der zweiten, sondern an der ersten Stelle. Der faschistische Block ist als absolut stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Zusammengefaßt sind die bürgerlichen Mitspieler. Die Deutsche Volkspartei hat ein Drittel ihrer Stimmen verloren. Die Demokraten in der Gestalt der Deutschen Staatspartei haben ein Fünftel ihrer Stimmen verloren. Und sie haben ihre Verluste auf dieses Maß nur eindämmen können, weil sie mit den Jungde-Leuten eine Parteienverflechtung eingegangen. Ohne dies wären sie noch viel stärker aufgerieben worden. Aufgerieben worden sind ferner die rechten Splittergruppen, die sich von Hugenberg abtrennten, die Konservativen unter Westarp und Tyrnauer und die Landbündnisse unter Schickel. Der Versuch **Reinhold**, die parlamentarische Sitzung seiner Regierung nach Stuttgart zu erweitern, hat elend Schiffbruch gelitten. Das Zentrum selbst hat zwar noch Stimmen und Mandate gewonnen, aber seine relative Stärke gemessen am Anteil an den Gesamtwahlstimmen, ist ebenfalls zurückgegangen. Das Zentrum hat sich gehalten. Doch scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie, durch Herabsetzen des religiösen Moments, durch vollen Einsatz seiner Pfaffenherrschaft, durch eine ausgesprochene Rechtswendung, politisch und kulturlich. In ganzen ist der Brüning-Regierungs-

block mit noch verminderter, parlamentarischer Stärke aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Parlamentarisch ist er heute in einer hoffungslosen Minderheit.

Der Wahlverfall der Nationalsozialisten ist aber Beispiel in der bürgerlichen Siegeslist. Die Sozialdemokraten der Nationalsozialisten haben sich in etwas über zwei Jahren verachtfacht. Die Zunahme umfaßt ebenso hoch industrielle wie großagrarische und bäuerliche Gebiete: Westfalen-Nord (von 12 auf 162 Tausend Stimmern), Düsseldorf-Ost (von 20 auf 210 Tausend), Rheinisch-Westfälische (von 41 auf 265 Tausend Stimmern), Ostpreußen (von 8 auf 225 Tausend), Oberbayern-Schwaben (von 72 auf 218 Tausend), Württemberg (von 22 auf 135 Tausend), Baden von 28 auf 206 Tausend).

Was bedeutet der faschistische Wahlverfall für das Bürgerium als Klasse? Sowohl die führenden Schichten des Großbürgeriums als die bürgerliche und kleinbürgerliche Masse wandert beschleunigt ab ins Lager des Faschismus, spricht sich gegen Parlamentarismus und bürgerliche Demokratie und für die faschistische Diktatur aus. Was die wirtschaftlich führenden Schichten des Großbürgeriums anlangt, so sind folgende Tatsachen kennzeichnend: Die Führer der industriellen Verbände haben öffentlich noch zur Stimmabgabe für die verfassungstreuen Parteien aufgefordert, gleichwohl aber haben sie die Wahlkarte der Nationalsozialisten mit Millionen bespickt. Was die Grundbesitzer betrifft, so hat der Landbesitz sich offiziell hinter Schiele gestellt. Aber die Junker haben die Landarbeiter und die anderen wirtschaftlich von ihm abhängigen Kreise für Hitler und Hugenberg abstimmandiert. „Sie predigen öffentlich Wasser und tranken heimlich Wein.“

Wie steht es im Lager der Arbeiterklasse? Auch hier hat der Faschismus bereits einen tiefen Einbruch gemacht. Die Sozialdemokratie hat eine erime, schwere Niederlage erlitten, trotzdem der stärkste organisierte Apparat, der in Deutschland vorhanden ist, der der Gewerkschaften sich ungeheuer für sie einsetzt, trotzdem die Wähler der Sozialdemokratie alles bisherige überfließt, trotzdem die Sozialdemokratie alles ist, um die Aufmerksamkeit der Massen von den Früchten der zwei-jährigen Koalitionspolitik abzulenken, trotzdem sie in ihrer Massenagitation die rote Farbe in den Vordergrund stellte. Was die Sozialdemokratie schlag, waren nicht nur die bitteren Früchte der Koalitionspolitik der jüngsten Vergangenheit, sondern auch noch mehr an den 2 Millionen Stimmern, die sie beim Halten ihrer Stellungen hätte hinzugewinnen können. Es ist schon so, wie das Hitlerblatt sagt: „Die alten Veteranen der Sozialdemokratie haben auch ihre alte Partei gewählt. Die Jugend ist, wie überall, weg gelitten.“

Die Niederlage der Sozialdemokratie ist keine vorübergehende Schlappe, sie ist der Anfang von Ende. Denn was die Sozialdemokratie auch gehalten hat, hat sie gehalten vermöge des organisatorischen und politischen Beharrungsvermögens ihres alten Aushängeschildes, nicht vermöge eines aktiven Aufschwunges.

Der Reformismus ist aber dezimiert worden, nicht durch die Kräfte der Revolution, sondern durch die der Konterrevolution. Das ist der Grund der Lage. Der Zuwachs des Kommunismus bleibt weit hinter dem des Faschismus zurück. Im Kampf gegen

Inhalt

Vorbemerkung zur zweiten, erweiterten Auflage 1981	6
Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik 1973	7
I. Bonapartismus und Faschismus	27
Über den Faschismus	28
II. Kapitalsoffensive und Krise des Parlamentarismus	47
Krise des Parlamentarismus — Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft	48
Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese	55
Die Wurzeln und Ziele der Kapitalsoffensive	60
III. Die Faschismuskussion innerhalb der KPD-O	65
Faschismus, Bonapartismus und bürgerliche Demokratie	66
Über die Perspektiven der Entwicklung des Faschismus	73
— Einige Bedenken	73
— Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland	92
— Erneut Bedenkliches	92
— Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen	100
Faschismus und bürgerliche Demokratie	107
IV. Der Aufschwung des Faschismus	111
Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution	112
Eine verlorene Hauptschlacht	119
Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten in Deutschland	125
V. Der Bankrott der Arbeiterparteien	135
Der Bankrott der reformistischen Ideologie	136
Über die Lage und Rolle der SPD	152
Der Bankrott der ultralinken Auffassungen von der Krise des Kapitalismus	161
Die ultralinke Politik und der Faschismus	171
VI. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik	183
Nach den Wahlen des 6. November	184
Von Brüning bis Schleier	191
Faschistische Diktatur über Deutschland	198
Die politische Lage	203
Deutschland und Italien	212
VII. Faschistische Parolen und Schlagworte	219
Mimikricharakter, Tod dem Marxismus, Haut die Juden, Sozialisierung	220
VIII. Die praktische Anwendung im Abwehrkampf	235
Einheitsfront »von oben« und »von unten«	236
Antifaschistisches Kampfprogramm	240
Wie wird die Einheitsfront organisiert?	246
Einheitsfront und Kommunistische Führung	249
Berichte und Notizen	252

Vorbemerkung zur zweiten Auflage 1981

Ursprünglich erschien dieses Buch 1973 bei der »Europäischen Verlagsanstalt«, 1977 erschien im Verlag »Cooperativa Edizioni Jaca-Book«, Mailand, eine italienische Ausgabe. Nachdem die erste Auflage in der BRD vergriffen war, hatte die EVA kein Interesse mehr an einer Neuauflage, somit fielen die Rechte an den Herausgeber, die Gruppe Arbeiterpolitik zurück.

Die Faschismus-Analysen der KPD-Opposition sind bei den Lesern auf Interesse gestoßen, von verschiedenen Seiten wurde nun ein Nachdruck gefordert. Die vorliegende Ausgabe ist einschließlich des Vorwortes von 1973 unverändert gegenüber der ersten Ausgabe geblieben; lediglich einige teilweise sinnentstellende Satzfehler wurden stillschweigend korrigiert und zwei erläuternde Fußnoten eingefügt. Die bibliografischen Angaben wurden den jeweiligen Artikeln zugeordnet.

Eine Erweiterung um zwei Abschnitte nahmen wir vor, um eine Antwort zu ermöglichen auf die mehrfach nach dem Lesen dieser Auswahl an uns gerichteten Fragen: »Welche Rolle spielte der Antisemitismus in Ideologie und Propaganda der Nazis, der ja im italienischen Faschismus fehlte?« und »Wie hat die KPD-O ihre Analysen im praktischen Abwehrkampf angewendet?«

Als *Abschnitt VII* drucken wir deshalb eine Artikelserie aus »Gegen den Strom« nach, in der einige faschistische Parolen und Schlagworte, wie sie in den Alltagsauseinandersetzungen immer wieder auftauchten, vom marxistischen Standpunkt erklärt werden. Der *Abschnitt VIII* umfaßt eine Zusammenstellung von vier Kommentaren, sowie Berichten und Notizen aus der Tageszeitung der KPD-O, »Arbeiterpolitik« (und einige aus »Gegen den Strom«). Die Auswahl ist nicht repräsentativ, sie soll die unterschiedlichen und komplizierten Auseinandersetzungen, die Erfolge und Mißerfolge bei der Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeiterorganisationen beispielhaft darstellen. Auslassungen und Kürzungen sind durch Punkte gekennzeichnet, sie betreffen inhaltliche Wiederholungen, Agitations- und Wahlparolen.

Zum »Band 1« ist dieses Buch geworden, weil Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik die Absicht haben, in einem »Band 2« Analysen und Berichte der teilweise emigrierten und der illegalen KPD-O ab 1933 über und aus Nazi-Deutschland zusammenzustellen. Der Erscheinungstermin hängt ab von unseren Möglichkeiten, neben den aktuellen politischen Aufgaben so etwas zu bewältigen.

Gruppe Arbeiterpolitik, Frühjahr 1981

Vorwort

40 Jahre nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik und der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und fast 30 Jahre nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg und dem Ende der nationalsozialistischen Ära wird in der Bundesrepublik (und auch in der DDR) immer noch die Frage gestellt: Wie konnte es zu dem Zusammenbruch der Weimarer Republik und der kampflosen Niederlage der einst so mächtigen deutschen Arbeiterbewegung kommen?

Daß die Frage nach den Ursachen dieses Untergangs nach wie vor in politischen und gewerkschaftlichen Diskussionen immer wieder auftaucht, zeigt:

1. Die landläufigen Antworten auf diese Fragen befriedigen nicht, denn sie dringen nicht zum gesellschaftlichen Kern der Sache vor, und
2. zwingt die Frage, wohin die politische Entwicklung in der BRD steuert, wieder zum Nachdenken über die Vergangenheit. Vor allem die Arbeiterklasse hat allen Grund, sowohl der Vergangenheit als auch der jetzigen Entwicklung kritisch gegenüberzustehen.

Ohne die kritische Bewältigung der eigenen Vergangenheit ist die Arbeiterklasse und ihre Bewegung nicht in der Lage, die Aufgaben, die ihr Gegenwart und Zukunft stellen, zu meistern. Lenin hat die Kommunisten in seiner Schrift *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus* daran erinnert: »Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen entdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.« Der Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung in Deutschland ist nur möglich, wenn sie Lehren aus ihren Niederlagen zieht.

Die hier vorliegende Auswahl von Artikeln aus der Zeitschrift der KPD-O »Gegen den Strom«, erschienen in den Jahren 1929–1933, soll nicht zu den zahlreichen Darstellungen über das Dritte Reich, die von moralischen, psychologischen, ideologischen Gesichtspunkten oder Parteizwecken diktiert sind, eine neue Variante, die der KPD-O und August Thalheimers hinzufügen, um der nachträglichen ideologischen Rechtfertigung oder falsch verstandenen Agitations- und Propagandabedürfnissen zu dienen. Diese Artikel entstanden ursächlich in den Tageskämpfen, sie waren deren theoretisches Gerüst. Dadurch, daß in den täglichen Kämpfen immer neue Fragen auftauchten, die praktisch und theoretisch bewältigt werden mußten, war die KPD-O gezwungen, immer wieder neu die Kämpfe und deren Bedingungen zu überdenken und den nächsten Schritt zu erkennen. Deshalb bilden diese theoretischen Artikel (entstanden nach ausgiebigen Diskussionen) eine Einheit mit der gesamten politischen Praxis der KPD-O. Das eine, die Theorie, ist ohne das andere, die Praxis, nicht verständlich.

Zu der Praxis des Kampfes gegen den Faschismus in den entscheidenden Jahren der Weimarer Republik, als die Basis der bürgerlichen Demokratie mehr und mehr zerfiel, gehörte die Einheitsfronttaktik ebenso wie die kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und den proletarischen Massenorganisationen. Diese fanden ihren Niederschlag in der »Plattform der KPD-O« und in der »Arbeiterpolitik«.¹ Die KPD-O hat nach dem Ausschluß der meisten ihrer Anhänger aus der KPD im Jahre 1929 die von der KPD bis 1923 erfolgreich geführte Politik wieder aufgenommen und sie den veränderten Bedingungen angepaßt.

Warum gelang es der KPD-O nicht, die deutsche Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf zu sammeln, wie es seinerzeit der KPD im Kapp-Putsch und 1923 gelungen war? Die DDR-offizielle *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* schreibt über die KPD-O: »Die Anhänger Heinrich Brandlers gründeten am 30. Dezember 1928 die sogenannte KPD-Opposition. Doch es gelang ihnen nicht, die Einheit und Geschlossenheit der KPD zu zerstören und Masseneinfluß zu erlangen. Treffend wurde die KPD-O von den revolutionären Arbeitern KP-Null genannt.«² Diese Argumentation, die in ihrer historischen Qualität auf eine Stufe zu stellen ist wie der schon legendär gewordene angebliche Verrat Brandlers und Thalheimers an der Revolution von 1923, war damals die Widerspiegelung des tief verwurzelten Glaubens der deutschen Arbeiterklasse, auch ihres revolutionären Teils, an die Kraft der großen Parteien und Arbeiterorganisationen, die sie in Jahrzehnten unter großen Opfern im Kampfe gegen einen mächtigen Klassengegner mit starkem Militär- und Polizeiapparat errichtet hatten. Die

deutsche Arbeiterklasse hat den Glauben an die Stärke ihrer Organisationen, die sich 1933 dem faschistischen Gegner gegenüber als Koloß auf tönernen Füßen erwiesen, mit dem Sieg des Faschismus und den dann folgenden Leiden bezahlen müssen. Denn die Größe erwies sich nicht als Stärke, weil sie *politisch* schwach und schon demoralisiert waren. Dennoch war dieser traditionelle Glaube an die »großen« Organisationen *vor* der Niederlage noch aus den Erfahrungen zu erklären und wurde von den Führungen unterstützt, um dem wachsenden Mißtrauen gegen die Spitzen der Organisationen ein Gegengewicht zu geben. Die Autorität der KPD-Führung stützte sich vor allem auf deren Unterstützung durch die KPdSU. Aber 25 Jahre *nach* dieser Niederlage wird die »Heiligsprechung« des längst verwehten Glaubens zum Zeugnis erstarrter Borniertheit. Denn nur Borniertheit kann aus dieser schwersten Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung noch einen Erfolg der KPD im Kampfe gegen die KPD-O konstruieren.

Die beginnenden Erfolge der Einheitsfrontpolitik der KPD-O im Kampf gegen die Nazis, die Schaffung von antifaschistischen Kartellen und proletarischen Klassenwehren zur gemeinsamen Verteidigung der Arbeiterviertel gegen den faschistischen Terror wurden in ihren Keimen erstickt durch die faschistische Machtübernahme. Der Faschismus, einmal an der Macht, vernichtete die gesamte Arbeiterbewegung und alle ihre Organisationen und damit auch jene Keime, die Zeit zum Wachsen benötigten, bis sie sich in der deutschen Arbeiterklasse durchsetzen konnten. Erst in der Stunde ihrer schwersten Erniedrigung, als die braunen Horden kurz nach dem Kapitulationsangebot der ADGB-Führung an Hitler die Gewerkschaftshäuser schlagartig stürmten, begriffen die klassenbewußten Mitglieder der Gewerkschaften und Arbeiterparteien, in welchen Abgrund die deutsche Arbeiterbewegung gestürzt war. Da war es zu spät zur Einkehr.

Die SPD und der Reformismus – Die Gewerkschaften

Die Niederlage 1933 kam unerwartet für die Parteien der II. wie der III. Internationale. Die II. Internationale und die SPD erwarteten in ihren kleinbürgerlichen Vorstellungen den Verfall der faschistischen Bewegung aus dem Widerstand der kapitalistischen Klassen selbst, ihrer Parteien und Machtorgane. Die zum Kampf gewillten sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder ließen sich von ihren Führungen Sand in die Augen streuen mit Behauptungen wie der Zuverlässigkeit der »demokratischen« Polizei unter sozialdemokratischer Führung im größten deutschen

Staat Preußen und mit der Abneigung der Reichswehrführung und des Feldmarschalls v. Hindenburg gegen die nationalsozialistischen »Emporkömmlinge« und mit der »Eisernen Front« aus sozialdemokratischen, demokratischen und Zentrumsanhängern, die »in der Stunde der Gefahr zum Kampf bereit« ständen. »Deutschland ist nicht Italien«, verkündete die SPD, was insofern seine Richtigkeit behielt, als die deutsche Arbeiterklasse eine Periode der faschistischen Barbarei über sich ergehen lassen mußte, die die ihrer italienischen Klassengenossen als erträglich erscheinen ließ. Der mit aktiver sozialdemokratischer Wahlhilfe zum Reichspräsidenten gewählte v. Hindenburg (der Sieger von Tannenberg im Ersten Weltkrieg) war es schließlich, der Hitler in Potsdam in der Garnisonskirche formal zum Kanzler ernannte. Die deutsche Sozialdemokratie, die 1919 an der Seite der herrschenden Klasse und der reaktionären legalen und »schwarzen« Reichswehr den Kampf zur Niederschlagung der revolutionären Minderheit der Arbeiter führte (Ebert: »Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde.« – Noske: »Einer muß der Bluthund sein.«), glaubte, daß sich diese herrschende Klasse aus Dank auch mit ihr verbünden würde zur Erhaltung der bankrotten bürgerlichen Demokratie von Weimar gegen den konterrevolutionären Ansturm der Nazis. Sie begriffen nicht, daß die bürgerliche Demokratie von Weimar nicht das Produkt einer geläuterten Kapitalistenklasse und sozialdemokratischer Regierungstätigkeit nach dem Sturz des Kaiserreiches 1919 war, sondern Zugeständnis an sie und die Arbeiterklasse aus Furcht vor der revolutionären Minderheit. Deswegen waren sie mit den Parteien der herrschenden Klassen in der Krise nach 1929 Schritt für Schritt mitgegangen, hatten jeden Schritt weiter und näher in den Abgrund als das kleinere Übel sich selbst und den Arbeitern schmackhaft zu machen versucht, um am Ende dem größten Übel entwaffnet, zersetzt und wehrlos gegenüberzustehen. Die herrschende Klasse war wohl bereit, 1919 die Reichswehr sozialdemokratischer Führung zu unterstellen, um gegen die Revolution zu kämpfen, aber nicht mehr, um 1933 mit der SPD der siegreichen faschistischen Konterrevolution Widerstand zu leisten. Denn deren Sieg war der einzige Ausweg zur Rettung des Kapitalismus als Ganzes, mag der Faschismus auch die brutalste Form der bürgerlichen Klassenherrschaft sein. Für die Dreckarbeit der faschistischen Barbarei standen genügend vom Niedergang der Weimarer Republik Enttäuschte und von der langen Arbeitslosigkeit und der Krise Verzweifelte zur Verfügung.

Der Bundesvorstand des DGB hat in einer von ihm herausgegebenen Schrift »Kommunistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« von Dr. Topf folgendes gesagt: »In der Zeit der Weimarer Republik bis zum Jahre 1933 ist es indessen der RGO nicht gelungen, den ADGB entscheidend zu schwächen, geschweige denn, ihn zu erobern. Weder vermochte die KPD mit ihren Betriebszellen,

noch glückte es der RGO mit ihren kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen, entscheidende Positionen in den Betrieben und in den Gewerkschaften zu erkämpfen... – So tapfer sie sich im Kampfe gegen den Kommunismus zeigten, so schmachlich war der Kniefall der gesamten ADGB-Führung am Tage vor dem 1. Mai 1933 vor den Nazis! In die Kapitulation vor der faschistischen Barbarei feiern sie noch ihren »Sieg« über den Kommunismus und die kommunistische Bewegung hinein. Wäre es nicht besser gewesen für die deutsche und die europäische Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse, wenn es den Kommunisten gelungen wäre, die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die zum Kampfe bereit waren, gegen die Kapitulationsabsichten der ADGB-Führung in den Einheitsfrontkampf gegen die Naziherrschaft zu führen?

Die Grundsätze der reformistisch-sozialdemokratischen Politik wurden im Deutschland von Weimar von 1919–1933 auf die Probe gestellt und von der historischen Wirklichkeit gründlich widerlegt. Der Faschismus siegte über die bürgerlich demokratische Republik, d. h. über Inhalt und Grundsätze der Politik der SPD und des Reformismus. 14 Jahre Weimarer Republik waren das mit allen seinen Konsequenzen bis zu Ende durchgeführte Experiment der reformistischen Vorstellungen vom »demokratischen« Sozialismus, der per Stimmzettel erkämpft werden sollte und ohne Gewalt: des »schrittweisen Aufstiegs« der Arbeiterklasse unter kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnissen zur Staatsmacht, die sich am Ende auf einige Posten im Staatsapparat reduzierte, die die SPD für einige ihrer führenden Leute ergattert hatte: des Einsatzes der Gewerkschaften ausschließlich als Organe zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung, der Klassenversöhnung, oder wie es Tarnow ausdrückte, der Rolle der Sozialdemokratie als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Der widerstandslose Zusammenbruch der sozialdemokratisch geführten Organisationen war nur der Schlußpunkt eines Niedergangsprozesses, dessen entscheidende Wegmarken waren: 1914 – Bewilligung der Kriegskredite entgegen den kurz vorher gefaßten Beschlüssen der II. Internationale, 1919 – gemeinsamer Kampf gegen Spartakus und die revolutionären Arbeiter und Soldaten mit Reichswehr, schwarzer Reichswehr, Polizei, Bürgerwehren etc. In der Wirtschaftskrise mit Hilfe der SPD und der Gewerkschaften Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, 1932 – Weglaufen der preußischen Regierung unter Führung der Sozialdemokraten Braun und Severing vor einem Leutnant und zwei Soldaten³, das nach vorheriger Absprache mit den Vertretern der Regierung v. Papens und dem Parteivorstand der SPD gegenüber den Werktätigen als »Weichen vor der Gewalt« getarnt wurde und schließlich 1933 – die von den Nazis nicht angenommene Kapitulation der ADGB-Führung.

Dieser Niedergang des Reformismus ist die Bestätigung der kommunistischen Kritik am Reformismus seit 1905, deren Vertreter Rosa Luxemburg, Liebknecht, Mehring, Klara Zetkin und ihre politischen Freunde waren. Es bleibt jedoch nur der negative Beweis für die Richtigkeit der kommunistischen Kritik: der positive wird erst dadurch erbracht, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland sich als fähig erweist, die entscheidenden Schichten der deutschen Werktätigen für die sozialistische Umgestaltung, d. h. für den revolutionären Ausweg aus dem Niedergang des Kapitalismus zu gewinnen. Nur auf die Werktätigen gestützt, kann sich der Sozialismus eine solide und dauerhafte Grundlage schaffen.

Deswegen können wir mit Recht davon sprechen, daß der Anteil der KPD und der SPD am Sieg des Faschismus *wesensverschieden* ist. Die historische Aufgabe der kommunistischen Bewegung liegt in der Überwindung der bürgerlichen Ordnung durch die politische Macht der Arbeiterklasse, die historische Wirkungsmöglichkeit des Reformismus beschränkt sich auf die Erleichterung der Lebens- und Existenzmöglichkeiten der Werktätigen im *aufsteigenden* Kapitalismus und ihrer schrittweisen Verschlechterung im *niedergehenden* Kapitalismus – bis die Sozialdemokratie sich schließlich selbst überflüssig macht. Die Frage, die die Entwicklung in Weimar stellte, war: revolutionäre oder faschistisch-konterrevolutionäre Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche. Aus Furcht vor dem Kommunismus ebnete die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg.

Es sind vom Standpunkt des Kommunismus aus vergebliche Versuche, den 1933 zugrunde gegangenen Reformismus wieder zu beleben, wenn heute als Strategie des Kampfes gegen den Faschismus geschrieben wird: »Nur die allgemein antifaschistische Sammlungsplattform macht eine optimale antifaschistische Abwehrfront aller nichtmonopolistischen Schichten möglich... Daraus ergibt sich, daß eine Sammlungsplattform nicht sozialistisch sein kann, sondern allgemein antifaschistisch bestimmt sein muß... Grundsätzlich gibt es gegen die Gefahr einer vom Monopolkapital errichteten faschistischen Militärdiktatur keinen anderen Schutz als den, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die bewußt demokratischen Kräfte in der Gesamtgesellschaft einen nicht zu überwindenden Machtfaktor darstellen. Das setzt voraus, daß sie in den entscheidenden Machtzentren, von denen aus ein solcher Staatsstreich ins Werk gesetzt und vollzogen werden kann, bereits stark genug vertreten sind, um ihn unmöglich zu machen. Die dazu erforderliche unmittelbare Anwesenheit in den inneren Machtzentren des monopolkapitalistischen Staates – also in Wirtschaft, Armee, Regierung und Verwaltung – und deren Beeinflussung sind im Prinzip die einzige Garantie gegen die Möglichkeit einer mittels des Militär- und Machtapparates errichteten faschistischen Diktatur... in der Hauptsache (bleiben) zwei große

Machtzentren (übrig), in die »einzudringen« die vordringlichste Aufgabe der antifaschistischen Kräfte ist: die monopolistische Wirtschaft, in der die Unternehmermacht durch gewerkschaftliche Gegenmacht eingedämmt und gebrochen werden muß, und die Organe des monopolkapitalistischen Staates, in dem die Macht der monopolkapitalistischen Parteien durch die Macht der progressiven Kräfte eingedämmt und gebrochen werden muß...« Ein weiteres Rezept für den Kampf gegen einen neuen Faschismus: »Die wichtigste Sperre gegen das Aufkommen und Anwachsen faschistischer Massenbewegungen... heißt, antifaschistische Aufklärung und Politik muß dazu beitragen, daß die nichtmonopolistischen Schichten ihre objektiven Interessen erkennen und sich dementsprechend – d. h. ablehnend gegenüber Monopolkapitalismus und Faschismus – verhalten.« Nicht anders ist es zu verstehen, wenn auch Herbert Wehner empfiehlt, »den Staat wirklich bis in die letztmöglichen Konsequenzen zu demokratisieren und für die politische Demokratie feste Fundamente durch die Verankerung der Demokratie im Wirtschaftlichen und Sozialen zu schaffen«. (Parteitag November 1959) Wenn die bislang verborgenen Widersprüche einer Gesellschaft an die Oberfläche drängen und Unruhe erzeugen, entspricht es den Zielen der herrschenden Klasse und den Vorstellungen der noch unklar Unzufriedenen, die Akteure für die Mißstände verantwortlich zu machen und sie durch neue, noch nicht diskreditierte Akteure zu ersetzen. Damit können vorübergehend neue Illusionen erzeugt werden, die nur die Lösung der Widersprüche unter verschärften Bedingungen hinauszögern.

Die Sozialdemokratie der Weimarer Republik ebenso wie die heutige meinte, es genüge, daß die Kommandohöhen in Politik, Wirtschaft und Militär von »Demokraten« besetzt seien, um den Verfall der bürgerlichen Ordnung aufzuhalten. Aufrufe und Artikel an die Vernunft des Menschen haben SPD, KPD und andere Organisationen in der Weimarer Republik in größerer Zahl und qualitativ besser als ihre heutigen Nachfolger verfaßt. Wäre der Sieg des Faschismus 1933 eine Frage der ideologischen oder literarischen Qualität gewesen, der Sieg hätte nie kommen dürfen, so hoffnungslos unterlegen waren die Nationalsozialisten auf diesem Gebiet.

Die KPD und die Komintern

Die KPD bemüht sich auf ihre Weise, den Sieg des Faschismus 1933 zu erklären. Im Gegensatz zu den hier veröffentlichten Artikeln aus »Gegen den Strom« steht bei der SED im »Mittelpunkt der Diskussion... die marxistisch-leninistische Faschismus-Analyse, wie sie am konzentriertesten 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegeben wurde«, die sich stützt auf die »Grundaussagen der von Dimitroff gege-

benen Faschismus-Analyse« (Gossweiler)⁴. Dem Leser wird die Ursache der *nach* 1935 verfaßten Analysen bei der Lektüre dieser Auswahl klar werden. Denn das, was die Führer der KPD und der Komintern vor und bis 1935 zu diesen Fragen zu sagen hatten, das spricht nicht für sie und scheut mit Recht das Licht der Öffentlichkeit. Die SED-»Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« hat darüber nur wenig zu berichten. Bei allen entscheidenden Fragen in diesem Zusammenhang stellt sie als Sündenböcke für ihre Dummheiten Neumann und Remmele hin, zwei Mitglieder des ZK der KPD mit besonderem politischen Vertrauen bei der russischen Führung. Dabei scheint es den SED-Geschichtsschreibern gar nicht aufzugehen, daß sie auf diese Weise die übrigen »historischen« Führer, lebende wie tote, als Stümper hinstellen, die sich von Neumann und Remmele vergewaltigen ließen, d. h. nichts Besseres wußten. So einfach können »Historiker« die Widersprüche erklären!

Zu den besonderen Leistungen der KPD wie der Komintern in der Weimarer Zeit gehörte die »Theorie« vom Sozialfaschismus, das heißt, daß die Sozialdemokratie ein Bestandteil des Faschismus sei. Diese »Theorie« war Jahre hindurch Leitmotiv der KPD-Politik und trug entscheidend dazu bei, daß der Graben zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern breiter statt schmaler wurde. Daß die KPD kleinbürgerlich-ideologische Vorstellungen und Parolen nachäffte, wie die von der »nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes«, machte den sozialdemokratischen Führern ihre demagogischen Behauptungen bei ihren Anhängern leichter, daß Kommunisten und Nazis Brüder seien.

Das dauernde Schwanken in der Frage, wie die Kommunisten mit den Sozialdemokraten zu einer Einheitsfront im Tageskampf kommen könnten, versperrte der KPD den Zugang zu den sozialdemokratischen Arbeitern. »Einheitsfront von oben« oder »Einheitsfront von unten« wurde über Jahre hinweg in der KPD zum Inhalt einer sterilen ideologischen Diskussion gemacht, die *nach* dem Bankrott als Fehler von Remmele und Neumann dargestellt wurden. In den entscheidenden Lebensfragen der deutschen Arbeiterklasse steuerte die KPD in den Stürmen der Zeit wie ein Schiff mit einer Führung ohne Navigationskenntnisse, sich nur verlassend auf die Anweisungen der alles- und besserwissenden Komintern. Das Schiff wurde hin- und hergeworfen, bis es schließlich in der Brandung zerschellte. Als zerbrochen war, entdeckte die Führung der Komintern die »marxistisch-leninistische« Volksfrontideologie. Dazu schrieb »Der internationale Klassenkampf«⁵ im April 1936 unter dem Titel »Die Volksfrontpolitik der KPD« unter anderem:

»In der Baseler Rundschau vom 2. April veröffentlicht das Politbüro der KPD eine Erklärung, in der es u. a. heißt: »Die KPD will die antifaschistische

Volksfront für den Sturz Hitlers und ist bereit, mit den antihitlerischen Kräften zusammen für ein demokratisches Deutschland zu kämpfen, in dem das deutsche Volk selbst über das Regime entscheiden wird. Die KPD betrachtet die Wiederherstellung bürgerlich-demokratischer Rechte als einen bedeutenden Fortschritt, obwohl sie weitergehende Ziele erstrebt. Der Kampf um die demokratischen Freiheiten, um die größere Bewegungsfreiheit ist eng verbunden mit der Verwirklichung eines wirklichen demokratischen Regimes nach Hitlers Sturz. . . .

Die Festlegung auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie bedeutet, daß die KPD-Führung praktisch auf die führende Rolle der kommunistischen Partei im antifaschistischen Kampf verzichtet . . . Sich auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie festlegen, heißt, darauf verzichten, den Kampf gegen die faschistische Diktatur unzertrennlich mit dem Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus zu verbinden, denn bürgerliche Demokratie würde dann aber ebenso wie 1918 nur das Zentrum sein, um das sich die kapitalistische Konterrevolution gegen den Ansturm des Proletariats sammelt. Deshalb dürfen sich die Kommunisten heute nicht auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie festlegen, sondern müssen schon jetzt alles tun, um der Bourgeoisie diese Rückzugslinie abzuschneiden«

Die III. Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien, unter ihnen als wichtigste außerhalb der Sowjetunion die KPD, hatten, als der Faschismus im Vormarsch war, den Sieg der proletarischen Revolution nach Hitler verkündet. Der Sieg der russischen Oktoberrevolution hatte ermutigend auf die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder gewirkt, der Sieg des Faschismus in Deutschland lähmte die internationale Arbeiterbewegung. Die Bourgeoisie der kapitalistischen Länder begrüßte den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland mit Genugtuung und Beifall; umgekehrt hatte der Sieg der Oktoberrevolution unter den Herrschenden eine schockierende Wirkung ausgelöst; war es doch das erste Mal in der Geschichte, daß eine proletarische Revolution zum Siege geführt hatte, während die kampflose Niederlage in Deutschland die Niederlage der führenden Arbeiterbewegung der Welt war. In Rußland konnten die Bolschewiki unter Lenins Führung einer Arbeiterklasse, die um die politische Macht zu kämpfen bereit war, und einer Bauernklasse, die kriegsmüde war, Führung und Organisation geben, um die zaristische Ordnung abzuwerfen. In Deutschland standen die Kommunisten vor andersgearteten Bedingungen, die nicht mit den Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges zu lösen waren. Die KPdSU konnte nicht den Kampf der Arbeiterklasse in anderen Ländern leiten. Dazu bedurfte es Kommunisten, die auf eigenen Füßen stehen und mit eigenem Kopf denken konnten. Der Führungsanspruch der KPdSU in der kommunistischen Welt-

bewegung erwies sich für die kommunistischen Bewegungen außerhalb Rußlands als ein Hemmschuh, besonders in Deutschland. Diese Erkenntnis, die sich heute mehr und mehr in einem widerspruchsvollen Prozeß in der kommunistischen Weltbewegung durchsetzt, wurde zuerst auf Grund der praktischen Erfahrungen in der kommunistischen Bewegung Deutschlands gewonnen.

Lenin verstand auf Grund seiner umfassenden persönlichen Kenntnis der Arbeiterbewegung außerhalb Rußlands, warum der Abgesandte der KPD, Eberlein, 1919 den Auftrag seiner Genossen erhalten hatte, gegen die Gründung der Kommunistischen Internationale zu stimmen. Er verhinderte zu seiner Lebzeit, daß die kommunistischen Parteien unter dem Übergewicht der russischen Partei Schaden erlitten.

Was für die russische Revolution die Lösung der Agrarfrage war, war für die deutsche Revolution die Lösung der Gewerkschaftsfrage und die Überwindung des Reformismus. Die erfolgreiche Strategie und Taktik, die die KPD bis 1923 entwickelte, diente der Eroberung der sozialdemokratischen Arbeiter für den Kommunismus. Das war als geschichtliche Aufgabe gewiß schwerer zu lösen, als mit scheinrevolutionären Phrasen vor der Aufgabe wegzulaufen – wie es z. B. die KAP-Führer praktisch getan hatten. Während die KPD bis 1923 und die KPD-O nach 1928 diese schwierige lebensnotwendige Aufgabe erkannte und sich an ihre Lösung machte, wurde sie von den in heftige Kämpfe verwickelten Fraktionen der russischen Partei, die die völlig andersgearteten Probleme der Arbeiterbewegung in Deutschland nicht begriffen und auch keine Zeit hatten, sie zu untersuchen, als Renegaten und Sozialdemokraten bekämpft. Darin waren sich Stalin und Trotzki und ihre jeweiligen Anhänger gleich. »Die Brandlerianer sind eins der Sprachrohre der Sozialdemokraten«, schrieb Trotzki. Oder: »Was wird die KP verteidigen? Die Weimarer Verfassung? Nein, diese Aufgabe überlassen wir Brandler.« Trotzki entdeckte 1931: »Im Jahre 1923 hat Brandler die Stärke des Faschismus ungeheuerlich überschätzt und damit die Kapitulation verdeckt. Die Folgen dieser Strategie trägt das Weltproletariat bis heute. Die historische Kapitulation der Deutschen Kommunistischen Partei und der Komintern im Jahre 1923 war die Basis für den Aufstieg des Faschismus.«⁶ Konnte Trotzki besser sein Unverständnis der historischen Verhältnisse in Deutschland dokumentieren?⁷ Die legale und schwarze Reichswehr rückte 1923 in Sachsen und Thüringen ein und erschütterte den im Einheitsfrontkampf gewonnenen Einfluß der kommunistischen Partei auf Gewerkschaften und SPD. Die Massen folgten der KPD 1923 im Einheitsfrontkampf gegen die Inflation und gegen die Tagesnöte, aber noch nicht weiter, nämlich im Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ordnung, denn bald gab es wieder stabiles Geld.

Die legale und »schwarze« Reichswehr 1923 und die Polizei Eberts und Severings waren einsatzfähige Bürgerkriegsarmeen der deutschen Bourgeoisie, die es in Rußland 1917 nicht gegeben hatte. Deshalb sind alle Vergleiche der Situation in Rußland im Oktober 1917 mit der in Deutschland 1923 ebenso falsch wie mit der 1932. Kommunisten können nicht über die revolutionäre Lage spekulieren, sondern müssen die Kräfteverhältnisse untersuchen, um sie zum Ausgangspunkt ihrer Strategie und Aktionen zu machen.

Der ohnmächtige Haß gegen die SPD wegen ihres »Verrates«, der sich bei den enttäuschten Massen in Ultra-Radikalismus und später nach der Weltwirtschaftskrise in Faschismus auswirkte, bedurfte keiner Aufmunterung durch die russische Partei oder die Komintern mehr. Die Zustimmung der SPD und der Gewerkschaft zum Abbau der Löhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Krise sowie Massenentlassungen hatten dies bereits getan. Die deutsche Sozialdemokratie und der Reformismus mit seiner über 50jährigen Tradition und tiefen Einwirkung auf das Denken der deutschen Arbeiterklasse war nicht vergleichbar mit der russischen Spielart des Reformismus, der fast ausschließlich außerhalb Rußlands in der Emigration wirkte. Und doch ist an der Darstellung von Trotzki über 1923 etwas Richtiges: 1923 war in der Tat der Beginn des Niederganges der KPD. Der geordnete Rückzug der KPD im Oktober 1923 fiel zusammen mit dem Ausbruch der heftigen Fraktionskämpfe in Rußland. Stalin wie Trotzki und ihre jeweiligen Verbündeten in der russischen Parteiführung wünschten alle den Sieg der deutschen Revolution als Hilfe für die schwierigen Probleme des Aufbaus in der SU. Die Führung der KPD unter Brandler und Thalheimer hatte es abgelehnt, die russischen Erfahrungen schematisch auf Deutschland zu übertragen. Sie haben sich nie zum Werkzeug einer der russischen Fraktionen machen lassen, weder Stalins noch Trozki's noch Sinojew's. Auch in der Mitgliedschaft der KPD hatte der Rückzug, wie jeder Rückzug, Enttäuschung hervorgerufen, weil die Hoffnungen auf den Sieg sich nicht erfüllt hatten. Anstatt die Ursachen der durch die Geldreform und den Einmarsch der Reichswehrtruppen nach Sachsen veränderten Lage zu untersuchen, wurden Brandler und Thalheimer zu »Verrätern an der deutschen Revolution« abgestempelt – so wie heute für Erscheinungen, die nicht erklärt werden können, meistens »menschliches Versagen« herhalten muß. Es waren somit ihrer Meinung nach nicht objektive Gründe für das Ausbleiben der Revolution, sondern subjektive: Brandler und Thalheimer waren Sozialdemokraten! Die KPD brauchte eine revolutionäre Führung – so die Gedanken der russischen Genossen –, die die sozialdemokratischen Eierschalen der Brandler-Thalheimer nicht besitzen und bereit sind, die russischen Erfahrungen in Deutschland anzuwenden. Eine wirklich kommunistische Führung hätte die Ursachen der Erscheinung untersucht, in

der Partei zur Diskussion stellen und danach entscheiden müssen. Die Untersuchung hätte ergeben, daß der Einheitsfrontkampf 1923 gegen die neuen Tagesnöte unter der Geldstabilisierung und der Arbeitslosigkeit fortgesetzt werden mußte, anstatt mit der Parole der »Verratenen Revolution« die sozialdemokratischen Arbeiter abzustoßen und die KPD zu zersetzen. Die Führung der KPD unter Brandler und Thalheimer hatte jedoch 1923 auf die Aufnahme des offenen Kampfes gegen die Einflußnahme durch die verschiedenen russischen Fraktionen auf die KPD und die Unterdrückung der Diskussion in der KPD offiziell nichts unternommen, weil sie die »neue« Politik für kurzlebig hielt. Weil sie für die Spaltung nicht verantwortlich gemacht werden wollten, zogen sie es vor, der Aufforderung Folge zu leisten, nach Moskau in die »Emigration« zu gehen.

Die von ihnen ständig geforderte Überprüfung der Politik nach 1923 scheiterte an den andauernden Fraktionskämpfen in der SU. Trotzki forderte von Brandler und Thalheimer und der KPD-O, sie sollten in Deutschland das Stalin-Regime in der SU bekämpfen. Was die deutsche Partei bekämpfen konnte und mußte, waren die Auswirkungen der Politik der KPdSU unter Stalin auf die deutsche Bewegung. Gerade das haben die »Rechten« (Brandler und Thalheimer) erst in der Partei und später in der KPD-O getan wie keine andere Gruppe in der kommunistischen Bewegung Deutschlands. Aber nicht, wie Trotzki es meinte: »Eines der wichtigsten Elemente dieses Kampfes ist der unversöhnliche ideologische Kampf gegen die zentristische Führung der Komintern« – denn damit konnte man weder in Deutschland noch anderswo einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Die Auswirkungen der Stalinischen Politik auf Deutschland zu bekämpfen war schwieriger, als bei den Enttäuschten der Stalin-Politik in Deutschland dessen Rußland-Politik anzuprangern, die außerhalb ihrer Wirkungs- und Beurteilungsmöglichkeiten lag, wie es zum Beispiel von Trotzki gefordert wurde. Die Rezepte Trotzkis waren für die kommunistische Bewegung Deutschlands nicht besser als die Stalins und haben – soweit sie Auswirkungen hatten wie z. B. 1923 – denselben Schaden angestiftet wie die Stalins. Wo sie keine Wirkung hatten, lag der Grund in der Tatsache, daß Trotzki in den russischen Fraktionskämpfen unterlegen war und seine Vorschläge nur noch literarischen Wert hatten.

Wie wenig die linke Opposition der KPdSU die Probleme der deutschen Kommunisten verstand, bewies Trotzki, als er 1932 schrieb: »Ihr praktisches Ziel ist freilich auch ohne Kommentar klar. »Stellst du mich an die Spitze der Partei in Deutschland«, sagt Brandler zu Stalin, »verpflichte ich mich, deine Unfehlbarkeit in russischen Dingen anzuerkennen, unter der Bedingung, daß du mir gestattest, meine Politik in Deutschland durchzuführen.« Die Tatsachen beweisen das Gegenteil von diesen Aussagen Trotzkis.

Brandler und Thalheimer haben jedes Angebot in dieser Richtung – von welcher Seite auch immer – abgelehnt. Um den Kampf gegen den ultralinken und opportunistischen Kurs der KPD und Komintern in Deutschland aufzunehmen, nicht um Parteiführer zu werden, haben sie 1928 die legale Ausreise aus Rußland gefordert.

Jede Niederlage kann eine Lehrmeisterin sein. Die Niederlage von 1933 ist eine solche für die internationale Arbeiterklasse, denn sie bewies, daß der Faschismus keine Erscheinung war, die sich nur auf Italien beschränkte. Er hatte in Deutschland seine, den kapitalistischen Verhältnissen und Traditionen in diesem Lande entsprechende Form gefunden, wie auch der Militarismus hier seine spezifische Form hatte. In seiner Erscheinungsform ist er auch Diktatur über die Bourgeoisie (»Nationalsozialismus«), in seinem Wesen jedoch und nach seinem gesellschaftlichen Inhalt die Diktatur des Großkapitals. »Der Faschismus ist die offene Gewaltherrschaft zum Besten des Kapitals, bei der dieses aber nicht direkt herrscht, sondern politisch abdankt, zugunsten des Staatsapparates und der mit diesem verbundenen faschistischen Terrorbanden, die sich der Bourgeoisie gegenüber verselbständigen, wie Marx das bei der Analyse des Bonapartismus nannte. Sie (die Bourgeoisie) kann die demokratischen Rechte der Arbeiter nicht vollständig aufheben, ohne sie auch für sich aufzuheben.«⁸

Deswegen sind alle schlaue und willenden Vorschläge und Vorstellungen, die faschistische Gefahr beseitigen zu können, ohne den Kapitalismus zu überwinden, nur Beweis für das Unvermögen, das Wesen des Faschismus zu verstehen. Nur wenn und insoweit die Arbeiterklasse den Kampf um die politische Macht, d. h. für den Sozialismus aufnimmt, kann sie die Gefahr des Faschismus endgültig beseitigen. Darüber wird es unter Sozialisten sicherlich keine Meinungsverschiedenheiten geben. Aber um zu begreifen, unter welchen Bedingungen und in welchen Teiletappen aus kleinbürgerlich denkenden und handelnden Arbeitern revolutionäre Arbeiter werden, wenn erstmal die kleinbürgerlichen Existenzverhältnisse aufhören, das setzt die »Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus...«

Die Überwindung des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse setzt die Überwindung des Reformismus durch den Kommunismus voraus. Der Reformismus dankt nicht von selbst ab, er erscheint je nach Bedingung in den unterschiedlichsten Verkleidungen, kann sich radikal verbrämen, den Mantel des »demokratischen« Sozialismus umhängen, der Vorsorge für den Menschen – bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft natürlich. In welchem Gewande auch immer er erscheint, es ist seine historische Aufgabe, die Arbeiterklasse vom Kampf abzulenken, sie zu ersetzen, sie zu gängeln, ihren Wiederaufstieg zu verzögern – immer unter dem Gesichtspunkt, daß der Refor-

mismus die bestehende kapitalistische Ordnung erhalten *muß*, um sich selbst zu erhalten. Dazu *muß* er sich den Stimmungen der Massen anpassen.

Wie verlief die politische Entwicklung nach 1945?

War der Sieg des Faschismus 1933 nur möglich als Ergebnis der Niederkämpfung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, weil sie den Übergang vom Kampf im Rahmen der kapitalistischen Ordnung zum Kampf gegen die kapitalistische Ordnung nicht fanden, so ergab sich nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg die Frage, ob sich damit die Bedingungen und Perspektiven für eine revolutionäre Orientierung des deutschen Proletariats wie vor 1933 wieder eingestellt hätten. Schon in der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges hatten die Kriegsgegner Deutschlands als *gemeinsame Forderung* die »bedingungslose Kapitulation« vor den alliierten Militärbefehlshabern erhoben. Die Sowjetunion schwenkte erst sehr spät auf diese Linie ein, die in der Hauptsache ausging von den Klasseninteressen der westlichen kapitalistischen Verbündeten der SU. Die Westmächte mußten verhindern, daß in der Mitte Europas ein Gebiet entstand, in dem – angesichts der Ohnmacht der alten herrschenden Klassen, aus eigener Kraft die bürgerliche Gesellschaftsordnung am Leben zu erhalten und angesichts ihrer klassenmäßigen Verfilzung mit dem Nazi-regime – die Arbeiterklasse als einzig mögliche Nachfolgerin des bankrotten deutschen Imperialismus die Macht ergriff.

Diesem Ziel diente die Formel der »bedingungslosen Kapitulation« und damit verbunden die »Kollektivschuld« des deutschen Volkes. Die Kollektivschuld wurde vor allem von den damaligen bürgerlichen Klassenresten in Deutschland mit *Zustimmung* aufgenommen und wird noch heute von den politischen Gegnern der Arbeiterklasse als geeignetes Mittel betont, die Klassenzusammenhänge zu verschleiern. Es ist unmöglich, von einer unterdrückten Klasse zu erwarten, daß sie materielle und physische Opfer für die Revolution bringen soll, z. B. für den Sturz des Nazismus im Kriege, wenn sie dabei nur *die* Perspektive hat, daß im Falle ihres Sieges eine neue fremde Unterdrückung sie erwartet. Das, was nach der Besetzung Deutschlands und unter ausländischer Militärkontrolle an demokratischen Parteien und Organisationen dort weitermachen durfte, wo sie vor dem Bankrott von Weimar aufgehört hatten oder aufhören mußten, stützte sich allein auf die militärische Macht der jeweiligen Besatzungsmacht und resultierte aus der Ohnmacht der Arbeiterklasse, die es für die Besatzungsmächte zu erhalten galt. Die sozialistischen, demokratischen und antifaschistischen Ideologien waren in Deutschland nur der kleinbürgerliche Ersatz für das historische

objektiv notwendige Eingreifen der Arbeiterklasse, das jedoch von den Besatzungsmächten unter allen Umständen verhindert werden sollte. »Kommunisten« wurden in den westlichen Besatzungszonen zu Ministern und Staatssekretären ernannt, die Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde dem Einfluß und der Beteiligung der werktätigen Bevölkerung entzogen, Entnazifizierungsausschüssen übertragen, die zum Teil mit der alten Justizbürokratie administrativ im Interesse der Restaurierung des kapitalistischen Systems ›Schuldige‹ suchten und noch heute suchen. Diese fanden sie stets in den individuellen Mitläufern und Tätern statt in der kapitalistischen Ordnung und den bürgerlichen Klassenverhältnissen.

In einem bisher unveröffentlichten Brief aus dem Jahre 1945, der nur zirkulierte, äußerten sich Brandler und Thalheimer auf neun Fragen von politischen Freunden in Deutschland zu der Frage des Verhältnisses von Kommunisten zu den Besatzungsmächten: »Die dritte Frage: Wie stellt ihr euch zu der Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden im Rahmen der örtlichen bezirklichen und zentralen Verwaltung? Antwort: Wir sind unbedingt dagegen. Und wir betrachten diese Stellungnahme als grundlegend für alles übrige. Nur das absolut selbständige Auftreten sowohl gegenüber allen Besatzungsbehörden als auch gegenüber den bürgerlichen Klassen in Deutschland selbst kann die Arbeiterklasse aus dem Abgrund herausführen, in dem sie sich heute befindet. Warum? Die einen, Amerikaner, Engländer und Franzosen, so lange sie selbst einem kapitalistischen Regime unterstellt sind, sind von vornherein Gegner einer sozialistischen Revolution in Deutschland. Die Russen wollen sie ihren eignen Zwecken unterordnen und ihre Methoden durchsetzen . . . Nur selbständig im Kampfe gegen die Besatzungsbehörden könnt ihr auch hier etwas erreichen . . .«

Konträr dazu war die Stellung der KPD: »Wir werden darum jeden Angriff gegen die Autorität der Besatzungsmächte wie einen Angriff auf uns selbst abwehren. Denn die Sicherung des friedlichen Charakters des deutschen Aufbaus durch die Besatzungsmächte dient deutschen Interessen« (Leitartikel der kommunistischen »Hamburger Volkszeitung« vom 8. 5. 45.) Und weiter: »Sogenannte revolutionäre Politiker, die sich in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, schimpfen jetzt besonders über den Marshall-Plan bzw. den Industrieplan, sie schimpfen über alle Besatzungsmächte. Sie schimpfen über die Demontage und fordern: Keinen Hammerschlag für die Demontage. Es wird der Versuch unternommen, die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien, die Arbeiter in den Betrieben gegen die Besatzungsmacht zu mißbrauchen, damit diese einen Grund hat, gegen das werktätige Volk einzugreifen, wenn es sich gegen die Befehle und Anweisungen der Besatzungsmächte betätigt« (Funktionsorgan der KPD Bremen im November 1947.) Das theoretische Organ der SED, die »Ein-

heit», bezeichnete die politischen Freunde von Brandler und Thalheimer gar als »Werwölfe« (d. h. als verkappte Nazis). Hinter der Fassade der kommunistischen und antifaschistischen Aushängeschilder wurde die alte Bürokratie aufgeputzt und durfte unter der Vormundschaft der Besatzungsmächte weiterarbeiten. Nachdem die Gefahr des Eingreifens der Arbeiter selbst gebannt war, wurden auch die »Kommunistischen« Minister und die Mitarbeit der KPD bei den westlichen Besatzungsbehörden überflüssig und sie wurden gegangen.

Jetzt entdeckte die KPD die »Nationale Front aller deutschen Patrioten gegen die Besatzungsmächte«: »Das deutsche Volk kann die westlichen Besatzungsmächte nicht länger (!!) als Garantie und Helfer einer von ihm angestrebten demokratischen und friedlichen Entwicklung betrachten« (Partei Vorstand der KPD im Herbst 1948). Als Resultat dieser »Wendung« wurden die Freunde Brandlers und Thalheimers, zusammengeschlossen in der Gruppe Arbeiterpolitik, von der Presse der KPD zu amerikanischen Agenten umgetauft.

Die Einheit der drei Großen von Potsdam zerbrach sehr bald nach Kriegsschluß und offenbarte eine der schwerwiegendsten Fehleinschätzungen der KPdSU unter Stalin, der glaubte, man könne das Kriegsbündnis auch nach Abschluß des Krieges fortsetzen, und nicht begriff, daß diesem Kriegsbündnis die Grundlage entzogen war nach der Niederlage des deutschen Imperialismus. In den westlichen Besatzungszonen wurde mit Hilfe der SPD und Gewerkschaften der Kapitalismus restauriert.

Die Gewerkschaften nach 1945 waren nicht mehr das Ergebnis jahrzehntelanger Kampferfahrungen, konnten sich nicht mehr wie die freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik auf die organisatorischen und politischen Erfahrungen der Arbeiter selbst stützen. Nur dort, wo Arbeiter sich zu spontanen Abwehrkämpfen formierten (Demontageabwehr, Streik gegen den Hunger etc.), konnten sie vorübergehend unter dem Druck der Bewegung die Sabotageversuche der Führungen überwinden und sie ihren Interessen dienstbar machen. Dies waren Ausnahmen, die nach Abschluß der Bewegungen wieder verfielen.

Mit der Kapitalhilfe der ehemaligen kapitalistischen Kriegsgegner wurde der deutsche Kapitalismus wieder zur führenden kapitalistischen Macht Europas – aber die Basis seiner Existenz, die Abhängigkeit von den ehemaligen Besatzungsmächten, im besonderen von den USA, konnte er auch als westeuropäische Führungsmacht nicht loswerden. Die Abhängigkeit war, solange die Nachkriegskonjunktur anhielt, für die werktätige Bevölkerung nicht erkennbar. Die kleinbürgerlichen Bedürfnisse wurden in dieser Periode befriedigt, die Arbeitskraft war Mangelware und die Werktätigen hatten keine Veranlassung, sich als Klasse zu formieren. Das Wirtschaftswunder verdanken die

deutschen Werktätigen – auch wenn sie größtenteils daran glaubten – nicht den Taten des Dr. Erhard oder Dr. Adenauer, sondern der Tatsache, daß mitten durch Deutschland die Grenze zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager in Europa geht. Die materiellen Zugeständnisse an die deutschen Werktätigen waren dieses Mal nicht wie 1919 Konzessionen, um eine revolutionäre Minderheit zu isolieren von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, sondern Maßnahmen, um an der Grenze zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Europa keinen politischen und sozialen Unruheherd mit der daraus folgenden revolutionären Ansteckungsgefahr entstehen zu lassen und ein Bollwerk zum Aufmarsch gegen das sozialistische Lager zu schaffen. Die Besatzungspolitik in der russisch besetzten Zone, der späteren DDR, hat in den ersten Jahren das Ziel der einstigen westlichen Kriegesverbündeten begünstigt. Sie erschwerte nicht nur das selbständige Handeln der deutschen Arbeiterklasse, sondern wirkte abstoßend und abschreckend auf die deutschen Arbeiter in West- und Ostdeutschland (Mauerbau).

Das Ende des Wirtschaftswunders im Jahre 1967, die beginnende Stagnation und die aufkommende Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern Europas, ausgehend von der Krise in den USA, werden die Bundesrepublik nicht ungeschoren lassen. Im September 1945 schrieb August Thalheimer in der Schrift *Die Potsdamer Beschlüsse*: „... während im Herzen Europas die sozialistische Revolution schon bis zur Reife entwickelt ist, wenn sie auch mit eisenharter Macht niedergehalten wird, geht gleichzeitig an der Peripherie Europas ein deutlicher Ausreifungsprozeß zum Sozialismus vor sich. Der Sozialismus ist hier auf dem Marsche als Folge der ungeheuren Erschütterungen aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Zweite Weltkrieg in Europa mit sich gebracht hat und als Folge der Übermacht des amerikanischen Kapitals, die der Krieg zum Ergebnis hat. Heute ist das Wirklichkeit geworden, was Friedrich Engels schon in den sechziger Jahren voraussah, nämlich daß Amerikas gewaltige wirtschaftliche Überlegenheit als Folge eines Weltkrieges Europa vor die Wahl stellen werde, entweder zurückzusinken in eine selbstversorgende Agrarwirtschaft, oder vorwärts zu marschieren zum Sozialismus... Die deutschen Werktätigen, die heute wie rüddige Hunde behandelt werden, können also damit rechnen, daß sie nicht lange alleine stehen werden...“

Diese fast 30 Jahre alten Zeilen von Thalheimer erhalten heute erneut ihre Bestätigung. Die Entwicklung geht nicht geradlinig vor sich, sondern widerspruchsvoll. Aber Tatsache ist und bleibt, daß das amerikanische Wirtschaftspotential ausreicht, um das des übrigen Europas weitgehend zu ersetzen. Ihren Interessen müssen sich alle anderen kapitalistischen Staaten – freiwillig oder mit Zähneknirschen – unterordnen. Der aktuelle Streit, ob die

Inflation in der BRD hausgemacht oder importiert ist, ob die BRD am Schwanz oder an der Spitze der kapitalistischen Länder in bezug auf die Inflation marschiert, ist so viel wert, wie der Disput, ob das Huhn oder das Ei zuerst da waren. Die BRD bleibt, solange sie Teil des kapitalistischen Lagers ist, den entscheidenden Triebkräften und Kräfteverhältnissen in diesem Lager unterworfen. Oder könnte etwa die Regierung der BRD – ob sozialdemokratisch oder christlichsozial – die Abhängigkeit von ihrer Schutzmacht abschütteln und deren steigende Forderungen an die BRD mit einem Nein beantworten?

Die historische Schuld des deutschen Imperialismus am Zweiten Weltkrieg wurde nicht von der herrschenden Klasse Deutschlands bezahlt, sondern von seinen Werkträgern. Das betrifft nicht nur die demontierten Fabriken und geraubten Patente, die ja Produkte aus der Arbeitskraft der deutschen Arbeiter waren, wenn auch in der Verfügungsgewalt der herrschenden Klassen, es gilt ebenso bezüglich der Wiedergutmachungszahlungen, Reparationen, Besatzungskosten etc. Die offizielle Arbeiterbewegung der Länder Europas – auch die in den sozialistischen Staaten – glaubte 1945, auf die Mitarbeit der deutschen Arbeiter verzichten zu können. Die Beteiligung der sozialistischen Staaten an den Demontagen und an den Reparationen und die Vertreibung deutscher Arbeiter aus den sozialistischen Staaten haben ihnen vielleicht kurzfristige Vorteile eingebracht, in der BRD der herrschenden Klasse aber die antikommunistische Agitation erleichtert. Sie sind kein Ersatz für eine dauernde und zuverlässige Zusammenarbeit der deutschen Werkträgern mit denen der übrigen sozialistischen wie kapitalistischen Länder bei ihren gemeinsamen Interessen.

Das ist es, was die herrschende Klasse in der BRD fürchtet: Am Ende der Nachkriegskonjunktur werden auch in der BRD die Klassengegensätze wieder reale Gestalt annehmen, weil die Periode der Befriedigung kleinbürgerlicher Lebensverhältnisse zu Ende geht. Und die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft kann nur durch die Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Werkträgern erfolgen. Daran kann keine sozialliberale oder sozialdemokratische Regierung etwas ändern, sie kann bestenfalls diese Lasten den Werkträgern schmackhafter machen, indem sie nicht alle werktätigen Schichten gleichmäßig, sondern jeweils einen Teil auf Kosten der anderen heranzieht. Der Kapitalismus in der BRD kann ohne den Schutz durch die USA auf längere Zeit nicht existieren. Dieser Schutz mit seinen steigenden Kosten wird so lange bezahlt werden – unabhängig von der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den USA selbst – bis die Arbeiterklasse in der BRD selbst dieser Abhängigkeit Widerstand leistet. Dazu reifen die Voraussetzungen in den kapitalistischen Ländern Europas heran. Die beginnende Überproduktionskrise in den kapitalistischen Ländern

Europas erfährt eine besondere Verschärfung durch die Übermacht des amerikanischen Kapitalismus.

Am tiefsten und schärfsten geht diese Krise in England vor sich, das bis zum Zweiten Weltkrieg das mächtigste kapitalistische Land der Welt war. Die Arbeiterklasse Englands konnte wegen der Weltmachtstellung Großbritanniens besondere Vorteile für sich erkämpfen. England befindet sich jetzt am Beginn einer Periode schwerer Klassenauseinandersetzungen, die mit der aus früheren Klassenkämpfen bekannten Härte und Unerbittlichkeit geführt werden.

Welche Zukunft steht den deutschen Arbeitern bevor? Ist ein neuer Faschismus möglich? Das hängt von ihnen selbst ab, ob sie sich von den Schlägen, die sie seit dem Zusammenbruch der Weimarer Republik erlitten haben, wieder erholen und eingreifen, oder ob sie in den beginnenden Auseinandersetzungen an der Seite des amerikanischen Imperialismus und der deutschen herrschenden Klasse stehen wollen gegen die Interessen der Werktätigen der anderen kapitalistischen Länder. Die Propaganda revolutionärer Aufgaben schafft nicht und ersetzt nicht die revolutionären Aufgaben; nur dort, wo revolutionäre Ideen einen aufnahmebereiten Boden finden, können sie auch Wurzel schlagen. Diesen Boden schafft die herrschende Klasse mit ihren Maßnahmen zur Rettung des niedergehenden Kapitalismus, indem sie die Lasten auf die Arbeiter abwälzt. In der BRD wird das Klima zwischen Arbeitern und Unternehmern bzw. Monopolkapital wieder frostiger, und die gefeierte Klassenversöhnung schwindet dahin. Wer glaubt, der Arbeiterklasse in dieser Situation damit zu helfen, daß er stellvertretend für sie die Aufgaben lösen will, anstatt *mit ihr* entsprechend den Bedingungen und Kräfteverhältnissen, schadet ihr nicht weniger als diejenigen, die die Arbeiterklasse offen bekämpfen. Denn er hindert die Arbeiterklasse an der Formierung ihrer Reihen und ihrer Kraft, in dem er sie hindert, sich selbst und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Wer aus bequemer Gedankenlosigkeit die Ergebnisse kommunistischen Denkens und Handelns aus der Weimarer Republik auf eine andere Entwicklungsperiode der deutschen Arbeiterklasse übertragen will und die veränderten Bedingungen *heute* nicht untersucht, der beweist seine gedankenlose Bequemlichkeit ebenso wie all diejenigen, die chinesische, russische oder jugoslawische Erfahrungen auf Deutschland übertragen wollen, ohne zu überlegen, was unter *unseren* Bedingungen übertragbar ist und was nicht. Kommunistische Parteien, die nicht aus dem Denken und Handeln einer kampfgewillten Arbeiterklasse hervorgehen, sondern nur Nachahmungen untergegangener Parteien sind, diskreditieren bei den Arbeitern den Gedanken der notwendigen Schaffung einer kommunistischen Partei aus der Vorhut einer kämpfenden Arbeiterklasse. Diese Aufgabe ist langfristiger

Natur. Aber immer noch gilt der Satz: die Befreiung der Arbeiterklasse muß ihr eigenes Werk sein. Die deutsche Arbeiterbewegung stand in einer langen Periode an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung. Engels hat das besonders hervorgehoben und hinzugefügt: »Vor allem aber gilt es, sich den echten internationalen Sinn zu wahren, der keinen patriotischen Chauvinismus aufkommen läßt, und der jeden neuen Schritt in der proletarischen Bewegung mit Freuden begrüßt, einerlei von welcher Nation er ausgeht. Wenn die deutschen Arbeiter so vorangehen, so werden sie nicht gerade an der Spitze der Bewegung marschieren – es ist gar nicht im Interesse der Bewegung, daß die Arbeiter irgendeiner Nation an ihrer Spitze marschieren –, aber doch einen ehrenvollen Platz in der Schlachtlinie einnehmen; und sie werden gerüstet dastehen, wenn entweder unerwartet schwere Prüfungen oder gewaltige Ereignisse von ihnen erhöhten Mut, erhöhte Entschlossenheit und Tatkraft erheischen.« *Frühjahr 1973, Gruppe Arbeiterpolitik*

- 1 Die »Plattform« ist neben einer Reihe weiterer Schriften der KPD-O und August Thalheimers in den letzten Jahren neu herausgegeben worden von der *Gruppe Arbeiterpolitik*. Im Zusammenhang mit dem hier behandelten Thema weisen wir den interessierten Leser besonders auf folgende Broschüren hin:

1923: Eine verpaßte Revolution? (1931)

Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands (1928)

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? (1932)

Der Zusammenbruch der Weimarer Republik und was weiter? (1932)

Nach 1945 erschienen von August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse (1945)

Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (1946)

Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (1946)

Zurück in die Eierschalen des Marxismus? (1946)

- 2 *Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung*, Dietz Verlag Berlin.

- 3 Am 20. Juni 1932 erschienen im preußischen Innenministerium ein Leutnant und zwei Soldaten der Reichswehr und überbrachten der preußischen Regierung den Befehl über die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen.

- 4 Gossweiler/Kühnl/Oplitz, *Faschismus: Entstehung und Verbindung*, Antifaschistische Arbeitshefte, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M.

- 5 entfällt

- 6 Trotzki, *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?*

Schriften über Deutschland, Frankfurt/M. 1971.

- 7 In einem Brief an die amerikanische Zeitschrift »News Week« in New York vom 14. September 1972 schreibt der heutige Führer der 4. Internationale, Mandel, u. a. folgendes: *Jedermann... würde leicht herausgefunden haben, daß eine der großen geistigen und politischen Leistungen von Leo Trotzki war, daß er – beinahe allein – schon 1930 die moralische Bedrohung erkannte, die der Faschismus für das deutsche Volk darstellte. Er versuchte verzweifelt, die Millionen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter – und nicht nur einige, wenige -Fanatiker – zu vereinigen, um einer faschistischen Machtübernahme in diesem Schlüsselland zuvorzukommen... Die tätkräftige Mithilfe der Fraktion Trotzki bei der Zersetzung der KPD seit 1923 zeigt den Wert dieser subjektiven Feststellung Mandels.*

- 8 »Gegen den Strom«, 4. Jahrgang, Nr. 9, 1931, S. 300.

L Bonapartismus und Faschismus

Über den Faschismus

August Thalheimer am 11., 18. und 25. Januar 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 2, 3 und 4)

I.

Vorbemerkung: Im Sommer 1928 reichte ich an die Programmkommission der Kommunistischen Internationale, deren Mitglied ich damals noch war, eine umfangreiche Denkschrift zu den programmatischen Fragen ein. Nachstehend bringen wir den Abschnitt über den Faschismus zum Abdruck (unter Weglassung einiger einführender Bemerkungen), dessen Veröffentlichung von verschiedenen Seiten gewünscht wurde. Es sind hier die grundlegenden Fragen behandelt. Gleichzeitig beginnen wir eine Artikelserie über den *Faschismus in Deutschland*, seine konkreten Voraussetzungen und Tendenzen.

Was hierbei manchmal theoretische Haarspalterei, Wortklauberei scheinen mag, ist von der größten praktischen Bedeutung – ohne die äußerste theoretische Exaktheit laufen wir Gefahr, in die größten praktischen Schwierigkeiten und Fehler zu verfallen.

Es ist natürlich kein Vorwurf für irgend jemand, bei diesem verwickelten, in vielen Farben schillernden, wie ein Proteus sich verwandelnden Objekt nicht auf den ersten Hieb vollständig und richtig alle wesentlichen Züge erfaßt zu haben. Wir sollen lernen, Kritik und Selbstkritik zu üben, nicht die Gefangenen eigener fehlerhafter und unvollständiger Formen zu sein.

Auch hier ist es nicht meine Absicht, schon fertig zugeschnittene Formeln zu liefern, sondern auf Gesichtspunkte für eine endgültige Formulierung hinzuweisen.

Der beste *Ausgangspunkt* für die Untersuchung des Faschismus scheint mir die Marxsche und Engelssche Analyse des Bonapartismus (Louis Bonaparte) zu sein. Wohlverstanden, ich setze nicht Faschismus und Bonapartismus gleich. Aber es sind *verwandte* Erscheinungen mit sowohl gemeinsamen als auch mit abweichenden Zügen, die *beide* herauszuarbeiten sind.

Ich beginne mit einer Stelle aus Marx' Vorwort zum 18. *Brumaire*, die lautet:

»Schließlich hoffe ich, daß meine Schrift zur Beseitigung der jetzt

namentlich in Deutschland landläufigen Schulphrase vom Cäsarismus beitragen wird.»

Marx weist dann hin auf den grundlegenden Unterschied zwischen dem modernen und antiken Proletariat, aus dem sich weiter ergibt, daß der antike Cäsarismus und der moderne Bonapartismus klassenmäßig total verschiedene Dinge sind.

Marx unterstreicht aber die Notwendigkeit der *bestimmten* Klassenanalyse.

Aber nicht nur das. Neben der Analyse der klassenmäßigen sozialen und historischen Wurzeln des Bonapartismus sieht er als Ergebnis nicht nur das Vorhandensein bestimmter Klassen in einer gegebenen Gesellschaft, sondern auch eines bestimmten geschichtlich produzierten und darum geschichtlich sich auflösenden Verhältnisses dieser Klassen, einer bestimmten *geschichtlichen Lage*. Er untersucht auch aufs genaueste die *politischen Erscheinungsformen* des Bonapartismus, ihre ideologischen Wurzeln und Ausdrücke, ihre staatliche und parteimäßige Organisation. Marx entwickelt im einzelnen, wie die französische Bourgeoisie nach 1846–49 angesichts der Erhebung der Arbeiterklasse in der Junischlacht, um ihre soziale Existenz zu retten, ihre *politische Existenz preisgibt*, sich der Diktatur eines Abenteurers und seiner Bande preisgibt.

»Indem also die Bourgeoisie«, sagt er, »was sie früher als »liberal« gefeiert, jetzt als sozialistisch verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eigenes Interesse gebietet, sich der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisieparlament zur Ruhe gebracht, *um ihre gesellschaftliche Macht unverseht zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müßte*; daß die Privatbourgeoisie nur fortfahren können, die anderen Klassen zu exploitiern und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen unter der Bedingung, *daß ihre Klasse neben den anderen Klassen zur politischen Nichtigkeit verdammt werde*; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen soll, zugleich als Damoklesschwert über ihr eigenes Haupt gehängt werde.« (*Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, [MEW; Bd. 8], Unterstreichungen von mir. A. Th.)

Die Bourgeoisie ist also *eine der sozialen Grundlagen* des Bonapartismus, aber um ihre soziale Existenz in einer bestimmten geschichtlichen Lage zu retten, gibt sie die politische Macht preis – sie unterwirft sich »der verselbständigten Macht der Exekutivgewalt«. Die andere tiefe und breite soziale Wurzel der »Verselbständigung der Exekutivgewalt«, der Diktatur Bonapartes und seiner »Bande« ist der Parzellenbauer (der Zwerg- und Kleinbauer), und zwar nicht der revolutionäre, sondern der konservative

Parzellenbauer, also nicht derjenige, der gegen die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse rebelliert, sondern derjenige, der sein bäuerliches Privateigentum erhalten und verteidigt wissen will gegenüber der drohenden proletarischen Revolution. Diese Verteidigung, diesen Schutz kann die Bauernklasse infolge ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Zersplitterung, infolge fehlender eigener ökonomischer und sozialer *Organisation* nicht selbst ausüben.

»Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieseligkeit ihrer Interessen, keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihre Klasseninteressen im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent, geltend zu machen. *Sie können sich nicht vertreten*, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ein Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet.«

Was die Arbeiterklasse anlangt, so macht sie beim Entstehen des Bonapartismus insofern mit, als sie zum revolutionären Sturm auf die bürgerliche Gesellschaft geschritten ist, sie in Furcht und Schrecken gejagt hat, aber sich noch nicht als fähig erwiesen hat, selbst die Gewalt an sich zu reißen und zu halten. Eine schwere Niederlage des Proletariats in einer tiefen sozialen Krisis ist also eine der Voraussetzungen des Bonapartismus. Andererseits ist der Bonapartismus in verschiedene Sektionen und Parteien gespalten: Die Zerklüftung der Bourgeoisie, das Hervortreten der Gegensätze zwischen ihren einzelnen Schichten ist ihrerseits wieder eine Wirkung der Niederlage der Arbeiterklasse (und darauf folgend das Kleinbürgertum). Die Exekutivgewalt erscheint jetzt der Bourgeoisie als der ersehnte Repräsentant des gemeinsamen Interesses ihrer einzelnen Schichten, die nicht mehr aus sich heraus diese Einheit zustandebringen.

Diesen Gesichtspunkt hebt besonders Friedrich Engels hervor, wenn er in der Einleitung zur dritten Ausgabe des *Bürgerkrieg in Frankreich* später sagte:

»Konnte das Proletariat (nach 1848) noch nicht Frankreich regieren, so konnte die Bourgeoisie es schon nicht mehr. Wenigstens damals nicht, wo sie der Mehrzahl nach noch *monarchistisch gesinnt* und in drei dynastische Parteien und eine vierte republikanische gespalten war. Ihre inneren Zänkereien erlaubten dem Abenteurer Louis Bonaparte, alle Machtposten – Armee, Polizei, Verwaltungsmaschinerie – in Besitz zu nehmen und am

2. Dezember 1851 die letzte feste Burg der Bourgeoisie, die Nationalversammlung, zu sprengen.»

II.

In seinem nachgelassenen Aufsatz über »Gewalt und Oekonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches« („Neue Zeit«, XIV, 1, 1896) spricht F. Engels ebenfalls den Gegensatz zwischen der Rettung der sozialen Herrschaft der Bourgeoisie durch Louis Bonaparte bei Vernichtung ihrer politischen Herrschaft aus.

»Louis Napoleon«, sagt hier Engels, »war jetzt der Abgott der europäischen Bourgeoisie. Nicht nur wegen seiner Gesellschaftsrettung am 2. Dezember 1851, wo er zwar die politische Herrschaft der Bourgeoisie vernichtet, aber nur um ihre soziale Herrschaft zu retten.«

Und den sozialen Inhalt der Herrschaft Louis Bonapartes in bezug auf die Bourgeoisie kennzeichnet Engels folgendermaßen:

»Als Kaiser machte er nicht nur die Politik dem kapitalistischen Erwerb und dem Börsenschwindel dienstbar, sondern betrieb auch die Politik ganz nach den Grundsätzen der Fondsbörse und spekulierte auf das »Nationalitätsprinzip.« (dasselbst)

Marx gibt weiter im 18. Brumaire eine Analyse des Herrschaftsmechanismus Louis Bonapartes, seiner organisatorischen Stützen und Mittel.

Da ist zuerst die geheime Parteiorganisation Louis Bonapartes, die »Gesellschaft des 10. Dezember«.

Woraus besteht sie sozial?

Es ist zunächst das »Pariser Lumpenproletariat in geheimen Sektionen organisiert, an der Spitze bonapartistische Generale«.

Dann *deklassierte Bourgeoisielemente*: »zerrüttete Roués... Spieler... Literaten usw.«.

Weiter deklassierter Adel.

Schließlich deklassierte bäuerliche Elemente.

Das Ganze faßt Marx unter dem Namen der »Bohème« zusammen. Es sind also *Deklasierte aller Klassen*, aus denen Louis Bonaparte seine ihm eigentümliche Parteiorganisation bildet und die er als Vertrauensleute, Beamte usw. um sich gruppiert. Das ist natürlich kein Zufall, sondern liegt im Wesen der Sache. Wirtschaftlich und sozial entwurzelte, von der unmittelbaren Produktion ausgestoßene parasitische Elemente aller Klassen sind der natürliche Stoff, die natürlichen Werkzeuge der »verselbständigten Exekutivgewalt«. In diesem gesellschaftlichen Abhub sind die Unterscheidungsmerkmale der Klassen verwischt. Er ist frei von den ideologischen usw.

Bindungen an die einzelne Klasse, deren Abfall er ist, insofern kann er sich über sie erheben und zwischen ihnen lavieren. Andererseits: Er stellt nicht die revolutionäre, sondern die konterrevolutionäre Aufhebung dieser Klassenmerkmale vor, die Negation des bürgerlichen Klassenprinzips, die *innerhalb dieses Prinzips bleibt*. Der Dieb z. B. vollzieht die Aufhebung des bürgerlichen Eigentums noch auf dem Boden des bürgerlichen Eigentums. Er hebt das Privateigentum anderer auf, um es *für sich*, also individuell herzustellen. Der bekannte Proudhonsche Satz: »La propriété c'est le vol« (= »das Eigentum ist Diebstahl«) gilt also auch umgekehrt: »le vol c'est la propriété«, Diebstahl ist Eigentum. Und so sind diese Deklassierten aller Klassen *zugleich* Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine des Privateigentums, der bürgerlichen Gesellschaft, und also fähig, indem sie ihre politische Herrschaft vernichten, zugleich ihre soziale Herrschaft zu verteidigen und zu schützen gegenüber der Klasse und den Klassen, die die *revolutionäre* Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, die gesellschaftliche Aufhebung des individuellen bürgerlichen Eigentums, vertreten, des industriellen Proletariats und der proletarisierten Teile des Bauerntums.

Ökonomisch haben diese deklassierten Elemente, die Parasiten aller Klassen, einen natürlichen Drang, sich in der Regierungsmaschine und der bonapartistischen Parteimaschine eine *Existenzquelle* zu sichern. Daher das ungeheure Anschwellen des verselbständigten Exekutivapparates.

Von diesem Gesichtspunkt aus lohnt es sich auch, sich den militärischen Teil des bonapartistischen Staatsapparates näher anzusehen. Auch er weist eigentümliche soziale Züge und im Zusammenhang damit auch militärisch-organisatorische Züge auf. Hören wir darüber wieder Marx:

»Der Kulminierungspunkt der »idées napoléennes« endlich ist das Übergewicht der Armee. Die Armee war der point d'honneur der Parzellenbauern, sie selbst in Heroen verwandelt, nach außen hin den neuen Besitz verteidigend, ihre eben erst errungene Nationalität verherrlichend, die Welt plündernd und revolutionierend. Die Uniform war ihr eigenes Staatskostüm, der Krieg ihre Poesie, die in der Phantasie verlängerte und abgerundete Parzelle das Vaterland und der Patriotismus die ideale Form des Eigentumssinns. Aber die Feinde, wogegen der französische Bauer jetzt sein Eigentum zu verteidigen hat, es sind nicht die Kosaken, es sind die Huissiers (Gerichtsvollzieher) und Steuerexekutoren. Die Parzelle liegt nicht mehr im sogenannten Vaterland, sondern im Hypothekenbuch. *Die Armee selbst ist nicht mehr die Blüte der Bauernjugend, sie ist die Sumpflume des bäuerlichen Lumpenproletariats. Sie besteht größtenteils aus Remplaçants, aus Ersatzmännern*, wie der Zwerg Bonaparte selbst nur ein Remplaçant ist, der Ersatzmann für Napoleon ist. Ihre Heldentaten verrichtet sie jetzt in Gens- und Treibjagen auf die Bauern, im Gendar-

mendienst, und wenn die inneren Widersprüche seines Systems den Chef der Gesellschaft des 10. Dezembers über die französische Grenze jagen, wird sie nach einigen Banditenstreichen keine Lorbeeren, sondern Prügel ernten.»

Die bonapartistische Armee besteht aus *deklassierten* bäuerlichen Elementen. Der Heeresdienst ist für sie *Gewerbe*, Ersatz für die verlorene oder nicht erreichbare Parzelle. Es sind größtenteils Berufssoldaten mit langjähriger Dienstzeit, zu jedem konterrevolutionären Zweck zu gebrauchen, militärisch aber ein faules Element, denn sie wollen für ihren Sold nicht sterben, sondern leben. Losgelöst von ihrem Klassenboden sind sie das gegebene Machtwerkzeug für die »verselbständigte Exekutive«, die bestrebt sein muß, ihren Gegensatz zur Volksmasse zu befestigen und noch zu verstärken. Die Korruption muß hier immer tiefer einfressen. Sie sind daher zugleich das denkbar ungeeignetste Werkzeug, um in einem ernstem Kriege nach außen die nationale Existenz zu verteidigen. Marx' Voraussage über die künftige Niederlage der bonapartistischen Armee 1870/71 wurzelte in der *tiefen und scharfen Klassenanalyse dieser Armee*.

Schließlich kennzeichnet Marx die Rolle der bonapartistischen Tradition, der napoleonischen Legende für die Herrschaft Louis Napoleons. Die Kraft der napoleonischen Legende beruhte auf der Vereinigung dreier Momente: erstens des nationalen: des Ruhmesglanzes der napoleonischen Kriege, zweitens des revolutionären: des Kampfes gegen den Feudalismus außerhalb Europas, wie der Verteidigung des revolutionär erworbenen bäuerlichen Eigentums gegen die französischen Feudalherren, die Emigranten, die im Bunde mit den Feudalen Europas die bäuerliche Parzelle bedrohten, drittens die Unterordnung der Bourgeoisie unter die revolutionäre Armee und ihren Heros Napoleon: ihre politische Entrechtung und die Zählung ihrer Ausbeutungsgelüste.

Schließlich entwickelt Marx die inneren Widersprüche des bonapartistischen Systems, die es zermürben und seine schließliche Auflösung herbeiführen müssen:

»Bonaparte, als die verselbständigte Macht der Exekutivgewalt, fühlt seinen Beruf, die »bürgerliche Ordnung« sicherzustellen. Aber die Stütze dieser bürgerlichen Ordnung ist die Mittelklasse, er weiß sich daher als *Repräsentant der Mittelklasse und erläßt Dekrete in diesem Sinne*. Er ist jedoch nur dadurch etwas, daß er die politische Macht der Mittelklasse gebrochen hat und täglich von neuem bricht. Er weiß sich daher als Gegner der politischen und literarischen Macht der Mittelklasse. Aber indem er ihre materielle Macht beschützt, erzeugt er von neuem ihre politische Macht. Die Ursache muß daher am Leben erhalten, aber die Wirkung, wo sie sich zeigt, aus der Welt geschaffen werden. Aber ohne

kleine Verwechslungen von Ursache und Wirkung kann das nicht abgehen, da beide in der Wechselwirkung ihre Unterscheidungsmerkmale verlieren. Neue Dekrete, die die Grenzlinie verwischen. Bonaparte weiß sich zugleich gegen die Bourgeoisie als Vertreter der Bauern und des Volkes überhaupt, der innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die unteren Volksklassen beglücken will. Neue Dekrete, die die »wahren Sozialisten« im voraus in ihrer Regierungsweisheit prellen. Aber Bonaparte weiß sich vor allem als Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember, als Repräsentant des Lumpenproletariats, dem er selbst, seine entourage (Umgebung), seine Regierung und seine Armee angehören, und für das es sich vor allem darum handelt, sich wohlzutun und kalifornische Lose aus dem Staatsschatz zu ziehen. Und er bestätigt sich als Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember mit Dekreten, ohne Dekrete, trotz der Dekrete.« (*Der 18. Brumaire*)

III.

Schließlich finden wir die zusammenfassende Charakteristik und Perspektive des Bonapartismus oder »Imperialismus« (nicht im modernen Sinne) als Form der bürgerlichen Staatsmacht in einer bestimmten Situation der bürgerlichen Klassengesellschaft im *Bürgerkrieg in Frankreich*. Hier sagt Marx:

«Das Kaisertum mit dem Staatsstreich als Geburtsschein, dem allgemeinen Stimmrecht als Beglaubigung und dem Säbel als Zepter, gab vor, sich auf die Bauern zu stützen, auf eine große Masse der Produzenten, die nicht unmittelbar in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit verwickelt waren. Es gab vor, die Arbeiterklasse zu retten, indem es den Parlamentarismus brach und mit ihm die unverhüllte Unterwürfigkeit der Regierung unter die besitzenden Klassen. Es gab vor, die besitzenden Klassen zu retten durch Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Hoheit über die Arbeiterklasse; und schließlich gab es vor, alle Klassen zu vereinigen durch die Wiederbelebung des Trustbildes des nationalen Ruhmes. *In Wirklichkeit war es die einzig mögliche Regierungsform in einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren, und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte...* Der Imperialismus ist die prostituierteste und zugleich die schließliche Form jener Staatsmacht, die von der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft ins Leben gerufen war als das Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus und die die vollentwickelte Bourgeoisiegesellschaft verwandelt in ein Werkzeug der Knechtung der Arbeit durch das Kapital.»

Diese Stelle ist von der größten Wichtigkeit, gerade für die Einsicht in das Wesen des Faschismus.

Marx hebt hier am Bonapartismus oder Imperialismus die *allgemeinen, die internationalen Züge heraus*. Er sieht ab von den spezifisch französischen Zügen und nimmt sie als eine typische Erscheinungsform, als eine typische *Form der Staatsmacht* der kapitalistischen Gesellschaft in einem bestimmten Stadium ihrer Entwicklung. Sie ist nach ihm die »schließliche«, das heißt *letzte Form der bürgerlichen Staatsmacht*, die Form, die die *Staatsmacht in der vollentwickelten Bourgeoisiegesellschaft annimmt*, die prostituierteste, das heißt entartetste, verfaulteste Form. Anders ausgedrückt, ist es die Form der Staatsmacht, mit der die bürgerliche Gesellschaft untergeht, ihre letzte Zuflucht vor der proletarischen Revolution und zugleich ihr Verderben, weil ihre äußerste Verderbnis.

Hier stutzt der Leser. Ist nicht augenscheinlich die Marxsche Analyse hier in eine Sackgasse geraten? Der »Bonapartismus« oder »Imperialismus« (im alten Sinne) soll die letzte Form der bürgerlichen Staatsmacht sein? Aber, wird er sofort antworten, ist nicht in Frankreich selbst 1870 nach dem Sturz des bonapartistischen Systems im Gefolge von Sedan und nach dem kurzen Zwischenspiel der Kommune die dritte Republik an dessen Stelle getreten? Rein zeitlich also, wird er folgern, ist der Bonapartismus nicht die »schließliche« oder letzte Form der bürgerlichen Staatsmacht. In Frankreich ist es jedenfalls die bürgerlich-parlamentarische Republik. Weiter wird er fragen, wenn der Bonapartismus die letzte und verfaulteste Form der bürgerlichen Staatsmacht ist, was ist dann der Faschismus? Weiter wird er fragen, der Bonapartismus soll die Staatsform der »vollentwickelten Bourgeoisieherrschaft« sein? Aber der Kapitalismus befand sich im Frankreich Louis Bonapartes noch im Stadium der freien Konkurrenz. Seitdem hat der Kapitalismus eine neue höhere Stufe erreicht, die des Monopols, darunter auch in Frankreich. Sicherlich kann mit weit mehr Recht der imperialistische Kapitalismus als die »vollentwickeltste« Bourgeoisieherrschaft bezeichnet werden als der vorimperialistische. Aber wo ist da der Bonapartismus? Oder wenn wir gutmütigerweise uns die faschistische Staatsform als ein modereneres Äquivalent des Bonapartismus einreden lassen wollen: so ist die faschistische Staatsform nicht herrschend in den kapitalistisch entwickeltsten Ländern, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in England, in Deutschland, in Frankreich. Hier ist die Staatsform die bürgerlich-parlamentarische Republik, im englischen Fall noch mit der Krone als äußerlicher Dekoration. Die faschistische Staatsform herrscht gerade in Ländern, die in der kapitalistischen Entwicklung sicher nicht an der Spitze stehen. In Italien, das in Hinsicht der kapitalistischen Entwicklung sicher hinter all den genannten Ländern zurücksteht, mit einem höheren Prozentsatz ländlicher Bevölke-

rung als die genannten Staaten, mit noch starken feudalen Einschlägen in der Landwirtschaft (vor allem in Sizilien). In Polen, in Bulgarien, Ländern mit schwacher Industrie, mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung, kapitalistisch gesprochen rückständig. Noch mehr gilt das von Spanien.

Dieser Knäuel von Widersprüchen ist jedoch gerade geeignet, uns über die Tiefe und Schärfe der Marxschen Analyse aufzuklären, den Wesenskern aus ihr herauszuschälen und damit auch den Schlüssel zum Wesen des Faschismus zu finden.

Es ist an Hand der angeführten Tatsachen klar, daß der Bonapartismus als »schließliche« Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft nicht rein äußerlich und zeitlich gemeint sein kann. Daß sie auch nicht eine einfache Funktion des ökonomischen Entwicklungsgrades der bürgerlichen Gesellschaft sei. In diesem Falle hätte man der Marxschen Analyse schon zu ihrer Zeit vorwerfen können, daß ja England im Vergleich zu Frankreich in den Jahren 1850–1870 zweifellos das kapitalistisch weit höher entwickelte Land, und mit weit mehr Recht als das Land der »vollentwickelten Bourgeoisieherrschaft« zu bezeichnen sei. Daraus ergibt sich klar die Lösung.

Das Entscheidende ist die Gesamtheit der Klassenverhältnisse eines gegebenen Landes, einer gegebenen Gesellschaft. Der Bonapartismus, die Verselbständigung der Exekutivgewalt ist die »schließliche« und zugleich verfaulteste Form der bürgerlichen Staatsmacht in dem Stadium, nachdem diese bürgerliche Gesellschaft am stärksten bedroht gewesen ist durch den Ansturm der proletarischen Revolution, und nachdem die Bourgeoisie ihre Kraft erschöpft hat in der Abwehr dieses Ansturmes, wenn alle Klassen erschöpft und entkräftet am Boden liegen und die Bourgeoisie nach der stärksten Verschanzung für ihre soziale Herrschaft ausschaut. Der Bonapartismus ist also eine Form der bürgerlichen Staatsmacht im Zustand der Verteidigung, der Verschanzung, der Neubefestigung gegenüber der proletarischen Revolution. Er ist eine Form der offenen Diktatur des Kapitals. Seine andere Form, aber nahe verwandte Form, ist die faschistische Staatsform. Der gemeinsame Nenner ist die offene Diktatur des Kapitals. Ihre Erscheinungsform ist die Verselbständigung der Exekutivgewalt, der Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive. Ihr sozialer oder klassenmäßiger Inhalt aber ist die Herrschaft der Bourgeoisie und der Privateigentümer überhaupt über die Arbeiterklasse und aller anderen kapitalistisch ausgebeuteten Schichten.

Der Bonapartismus ist die »schließliche« Form der bürgerlichen Staatsmacht insofern er eine Form der offenen kapitalistischen Diktatur ist und insofern die offene kapitalistische Diktatur eintritt, wenn die bürgerliche Gesellschaft, eben am Rande des Grabes angelangt, tödlich bedroht war von der

proletarischen Revolution. Dasselbe ist im Wesen der Faschismus: eine Form der offenen kapitalistischen Diktatur.

Hier ist die wichtigste anzubringende Korrektur, sowohl bei Marx wie bei dem Teil des Programmwurfes, der den Faschismus behandelt. Sie besteht nur in einem kleinen Wörtchen. Statt zu sagen, der Faschismus ist die offene Diktatur der Bourgeoisie, ist zu setzen: er ist eine Form. Das ZK der Kommunistischen Partei Italiens gibt in seinen Thesen zur zweiten Parteikonferenz über die italienische Lage und die Aufgaben der Partei folgende Begriffsbestimmung des Faschismus:

»Was ist der Faschismus? Wir haben den Faschismus definiert als den Versuch der Stabilisierung des italienischen Kapitalismus, das heißt des Kapitalismus eines Landes mit vorwiegender Landwirtschaft, versehen mit Rohstoffen und Auslandsmärkten und einem großen Innenmarkt. Die Formen der kapitalistischen Stabilisierung sind verschieden von Land zu Land und entsprechend der wirtschaftlichen Struktur der verschiedenen Länder und dem Grade ihres Reichtums... Der Faschismus stellt nicht eine fortschrittliche Stufe des italienischen Kapitalismus vor. Er hat nur neue Formen der industriellen Organisation (Truste usw.) und der Bankorganisation (Vereinheitlichung der Emissionsbanken) entwickelt, aber diese neuen Formen leiden im Dienste der traditionellen politischen Ökonomie der herrschenden Klassen Italiens, sie sind ferner ein Mittel, mit dem diese Politik unter neuen Bedingungen fortgesetzt und erschwert wird.

Der Faschismus stellt daher eine höhere kapitalistische Form der Staatsorganisation vor, einen Typus der Organisation, durch den der Staat sich enger verschmilzt mit den leitenden Gruppen des Kapitalismus und sich in den Produktionsprozeß einmischt, nachdem er die Kräfte konzentriert und zusammengeballt hat.« (*Lo stato operaio*, II, 3. S. 127 ff. März 1928.)

Der Mangel dieser Begriffsbestimmung ist, daß über dem sozialen Inhalt nicht die besondere politische Form des Faschismus, sein Charakter als besondere Form der bürgerlichen Staatsmacht, zur Geltung kommt. Die Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland und in Italien hat wesentlich denselben ökonomischen und sozialen Inhalt, dagegen sind die Formen der Staatsmacht, unter denen die eine und die andere sich vollzieht, verschieden. Die Form der Staatsmacht ist also bei der Begriffsbestimmung des Faschismus die spezifische Differenz, das *Artmerkmal*.

Dasselbe gilt für den Bonapartismus. Die Korrektur ist formell unscheinbar, inhaltlich aber weittragend.

Verwenden wir zunächst diese Lösung für die Vergangenheit. Daß der Faschismus eine Spezies, eine Art der »schließlichen Form der bürgerlichen Staatsmacht« sei, das beweist die *Kommune*. Dem Zusammenbruch des Bonapartismus folgte die proletarische Revolution. Sie wurde nach kurzer

Dauer niedergeworfen, das französische Proletariat vermochte zwar jetzt für einige Monate seine Herrschaft aufzurichten, aber noch nicht sich zu halten. Aber der Bonapartismus war dann auch nicht mehr wiederherzustellen. Die katastrophale Niederlage des Bonapartismus nach außen, gegen Deutschland, hatte die napoleonische Legende bis auf den Grund zerstört. Dazu kam die Wirkung der Korruption des Systems. Seine inneren Widersprüche hatten sich so ausgewirkt, vor allem in bezug auf die Bourgeoisie. Die materielle Stärkung, die der Bonapartismus hatte fordern müssen, während er die politische Macht verweigert, hatte ihrerseits zu ihrer *politischen Stärkung* geführt. Sie wollte und konnte jetzt, nachdem sie der Kommune Herr geworden, auch politisch *unmittelbar herrschen*. Ebenso war die Bauernschaft politisch erstarkt. Sie wollte mitregieren. Louis Bonaparte hatte ihr den Krieg gebracht, sie wollte den Frieden. Die Arbeiterklasse aber hatte eben im Kommuneaufstand ihre gegenüber 1848 gewachsene Kraft und Reife bewiesen. Es war der Bourgeoisie klar, daß sie nach dem alljährigen Versuch des bonapartistischen Regimes nicht mehr offen diktatorisch niederzuhalten war. Man konnte ihr jetzt, nachdem sie niedergeschlagen war, den bürgerlich demokratischen Schein geben. Und schließlich machte der französischen Bourgeoisie die Niederlage, die sie mit der bonapartistischen Armee der »Ersatzleute«, der Berufssoldaten, erlitt, klar, daß das Heer auf eine andere organisatorische Grundlage gestellt werden müsse: so wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, Verkürzung der Dienstzeit, um nicht nur das dörfliche Lumpenproletariat, sondern die ganze wehrpflichtige Volksmasse hereinzuziehen. Aber ohne bonapartistische Armee kein Bonapartismus als Form der Staatsmacht.

Das Ergebnis war die bürgerlich-parlamentarische Republik, die Staatsform der *materiell und politisch gestärkten Bourgeoisie und zugleich der gestärkten Arbeiterklasse*.

Die Hauptbasis Louis Bonapartes in der Bourgeoisie war nicht die alte Bank- und Finanzaristokratie (die unter dem Bürgerkönig Louis Philipp geherrscht hatte), sondern die junge, emporstrebende, *noch schwache und traditionslose industrielle Bourgeoisie*, ohne politische Schulung und feste Parteibildung. Sie war noch nicht in der Lage, selbst zu regieren. Louis Bonaparte, der Emporkömmling und Abenteurer, war der dieser Emporkömmlingsbourgeoisie angemessene Schutzherr. Der militärische Zusammenbruch Louis Bonapartes zusammen mit ihrer materiellen Stärkung während der Periode 1850-1870 schufen die Voraussetzungen für ihre politische Selbständigkeit in der dritten Republik. Die militärischen Prügel, mit denen die Herrschaft Louis Bonapartes endete, waren eine drastische politische Schule für sie. (Auch an der deutschen Bourgeoisie zeigt es sich, welchen politischen Erziehungswert militärische Niederlagen besitzen. Hatten die

Schläge, die das bismarckische Deutschland 1870/71 Louis Bonaparte versetzte, den Bonapartismus erledigt, so revanchierte sich dafür Frankreich im Weltkrieg, indem es durch die Niederlage, die es im Bunde mit den Alliierten dem hohenzollernschen Deutschland beibrachte, das hohenzollernbismarckische Regime stürzte und die preußisch-deutsche Großbourgeoisie direkt in den Sattel setzte. Nicht nur geschlagene Feldherren, auch geschlagene Klassen lernen gut.)

Formen der offenen Diktatur der Bourgeoisie sind also dem Wesen nach keine einmaligen Erscheinungen: sie sind an ein bestimmtes Gesamtverhältnis der Klassen gebunden und sie kehren periodisch wieder, sobald dies Verhältnis wiederkehrt – solange nicht der Zusammenbruch der oder jener Form dieser kapitalistischen Diktatur die Herrschaft der Arbeiterklasse dauernd macht, wodurch dieser Zyklus, wenigstens für das betreffende Land, abgeschlossen wird.

Aus dem Gesagten ergibt sich auch, warum nicht in England nach 1848/49 die offene Diktatur der Bourgeoisie eintrat. Sie war dafür zu stark, sozial und politisch. Der Chartistenaufmarsch 1848 war nur eine unbedeutende Episode, der die Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse bewies, ernsthaft die bürgerliche Gesellschaft zu erschüttern. Daher auch, um auf die Gegenwart zu kommen, in Deutschland 1923, kein Sieg des Faschismus, der bei der ersten Probe kläglich in sich zusammensank, sondern der großen Bourgeoisie, Befestigung ihrer direkten politischen Herrschaft in Gestalt der bürgerlich-parlamentarischen Republik. Daher auch heute keine faschistische Form der Staatsmacht in Amerika, in England, in Frankreich.

IV.

Kommen wir nun zur heutigen Form der offenen Diktatur der Bourgeoisie in Italien, dem faschistischen Staat. Unverkennbar sind wesentliche Züge gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die »Verselbständigung der Exekutivgewalt«, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Gleichzeitig will der Faschismus, wie der Bonapartismus, der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein: daher ständige Ausspielung einer Klasse gegen die andere, ständige Bewegung in Widersprüchen im Innern. Der Herrschaftsapparat trägt ebenfalls dieselben Züge. Die faschistische Partei ist ein Gegenstück zu der »Dezemberbande« Louis Bonapartes. Ihr sozialer Bestand: Deklassierte aller Klassen, des Adels, der Bourgeoisie, des städtischen Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Arbeiterschaft. Was die

Arbeiterklasse anlangt, so hängen hierbei zwei entgegengesetzte Pole der Deklassierung zusammen: unten das Lumpenproletariat, »oben« Teile der Arbeiteraristokratie und -bürokratie, der reformistischen Gewerkschaften und Parteien. Die Verwandtschaft trifft auch zu auf die bewaffnete Macht. Die faschistische Miliz ist sozial das Gegenstück zur bonapartistischen Armee. Wie sie, ist sie Existenzquelle für deklassierte Elemente. Daneben besteht in Italien die Armee der allgemeinen Wehrpflicht. Sie findet kein Gegenstück in Frankreich. Der Existenz neben der faschistischen Miliz entspricht das Bedürfnis der Organisation der Wehrmacht unter imperialistischen Verhältnissen, das eine bloße Berufs- oder Söldnerarmee allen als ungenügend erscheinen läßt und Massenheere mit breiter Ausdehnung der Wehrpflicht fordert.

Ebenso findet sich Übereinstimmung in der Situation des Klassenkampfes, aus der hier die bonapartistische, dort die faschistische Form der Staatsmacht hervorging. Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energieelos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt. Übereinstimmung auch in der Ideologie: als Hauptmittel die »nationale« Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw. Verwandte Züge schließlich bei den »Helden« des Staatsstreichs.

Friedrich Engels hebt in der oben erwähnten Arbeit über »Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches« folgende Züge an dem Helden des Staatsstreichs hervor, die ihn zu seiner Rolle befähigen:

»Mit allen Wassern gewaschen, karbonaristischer Verschwörer in Italien, Artillerieoffizier in der Schweiz, verschuldeter vornehmer Lumpacivagabundus und Spezialhochstapler in England, aber stets und überall Präkandidat.«

Die Bourgeoisie, sagt er weiter, erblickt in ihm den ersten »großen Staatsmann«, Fleisch von ihrem Fleische – er ist wie sie *Emporkömmling*. Auch Mussolini ist Emporkömmling, Maurersohn. Den veränderten Zeiten entsprechend ist jetzt der Emporkömmling aus der Arbeiterklasse geeigneter als der aus dem Kleinadel, wie dies bei Bonaparte der Fall war. Der Betätigung Louis Bonapartes bei den italienischen Karbonari entspricht die Mussolinis bei der italienischen Sozialdemokratie. Überhaupt ist in neuerer Zeit der Durchgang durch die Sozialdemokratie obligatorisch für die »großen Staatsmänner« und Gesellschaftsretter der Bourgeoisie. In allerneuester Zeit auch der Durchgang durch den Kommunismus: siehe China. Bei Mussolini wie bei Louis Bonaparte lange Jahre der Emigration, des Elends. Sie schärfen in bestimmten Naturen den Hunger nach Macht und nach Reichtum, den Blick

für Menschen, härten den Willen und schaffen die nötige Geschmeidigkeit. Das gibt unter bestimmten objektiven und subjektiven Voraussetzungen stahlharte und erfahrene Revolutionäre, unter anderem den »mit allen Wasser gewaschenen« zynischen konterrevolutionären Staatsstreicher.

Die inneren Widersprüche des Systems sind hier wie dort wesensverwandt. Der Widerspruch zwischen der materiellen und sozialen Stärkung der Bourgeoisie, bei ihrer politischen Niederhaltung. Der Schein der Beschützung der materiellen Interessen des Proletariats bei ihrer wirklichen Auslieferung an das Kapital. Der faschistische Staat als »Vermittler« zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, der sich als solcher ständig in praktischen Widersprüchen bewegen muß. Dasselbe in bezug auf die Bauern und Kleinbürger. Der Faschismus und Bonapartismus haben der bürgerlichen Gesellschaft »Ruhe und Sicherheit« versprochen. Aber um ihre Unentbehrlichkeit als permanente »Retter der Gesellschaft« zu erweisen, müssen sie die Gesellschaft ständig als bedroht erscheinen lassen: also beständige Unruhe und Unsicherheit. Die materiellen Interessen der Bourgeoisie wie der Bauernschaft erfordern sparsame Staatswirtschaft, ein »Regime der Ökonomie«. Das materielle Interesse der Parasitenbande, die die faschistische Parteiorganisation, die faschistischen Staats- und Gemeindebeamten, die faschistische Miliz zusammensetzen, erfordern umgekehrt die ständige Erweiterung und Bereicherung der faschistischen Staats- und Parteimaschine. Daher abwechselnde Verletzung beider Interessen. Jede Zügelung der faschistischen Bande im Interesse der bürgerlichen »Ruhe und Ordnung« wie ihrer Ökonomie muß alsbald kompensiert werden durch eine neue Erlaubnis zu terroristischen Exzessen, Plünderungen usw.

Die inneren Widersprüche, wie die national-imperialistische Ideologie, treiben den Diktator zu Vorstößen nach außen, schließlich zum Krieg. Aber hier stößt das italienische Gegenstück zum Louis Bonaparte nicht nur auf den alten Widerspruch, daß das militärische Herrschaftsinstrument im Innern, in diesem Falle die nationale Miliz, durch die innere Funktion wie ihre soziale Zusammensetzung untauglich gemacht wird als imperialistisches Eroberungswerkzeug gegen Staaten, die noch nicht genötigt waren, die »prostituierteste« aller Formen der bürgerlichen Staatsmacht sich anzulegen, sondern auch auf den weiteren Widerspruch zwischen der privilegierten faschistischen Truppe und der regulären Armee.

Welche wesentlichen *Unterschiede* bestehen zwischen Bonapartismus und Faschismus?

Sie sind teils lokal bedingt – durch die lokale Verschiedenheit der Klassenverhältnisse, geschichtlichen Traditionen usw. In Frankreich und Italien wurzeln sie teils in der Veränderung des allgemeinen Charakters der bürgerlichen Gesellschaft und des kapitalistischen Systems.

Durch die lokale geschichtliche Tradition bedingt ist natürlich, daß der Diktator in Frankreich auf Grund der napoleonischen Legende und der Rolle, die sie bei der Bauernschaft spielt, als »Kaiser« auftritt; in Italien muß er sich mit der Rolle des »Duce« begnügen und neben sich die Krone bestehen lassen. Statt der napoleonischen Maskerade die altrömische, sullanische und cäsarianische, die aber künstlicher ist als jene. Diese Unterschiede sind aber unwesentlich.

Wichtiger sind aber die Unterschiede, die der Veränderung des allgemeinen Charakters des Kapitalismus entspringen. Der dritte Napoleon operierte noch im Zeitalter des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der unvollendeten bürgerlichen Revolution in Italien, in Deutschland. Der revolutionäre Rechtstitel, der für gewisse Zeit auf der Seite Napoleons I. gewesen war, und den er auszubeuten sucht, arbeitet jetzt wider ihn. Im italienischen Krieg zieht er die italienische Befreiungsbewegung an, um sie alsbald von sich abzustoßen, indem er im Interesse seiner dynastischen Eroberungen sie nach kurzem Anlauf im Stiche läßt. Im deutsch-französischen Kriege stößt er unmittelbar mit dem revolutionären Interesse Deutschlands nach nationaler Einigung zusammen und zerschellt daran. Der dynastische Eroberungskrieg, den er, getrieben von der napoleonischen Legende, und von den inneren Widersprüchen des Systems, führen muß, ist zeitwidrig: zu spät, da er kein revolutionäres Prinzip mehr vertritt, zu früh, da er das imperialistische Prinzip im modernen Sinne, mangels der geeigneten ökonomischen Basis *noch nicht* vertreten kann.

Mussolinis Außenpolitik dagegen ist von vornherein imperialistisch im modernen Sinne des Wortes begründet und gerichtet. Sie ist so »zeitgemäß«, wenn auch antik maskiert, aber von vornherein und *offen* reaktionär. Sie muß zerschellen an dem Widerspruch einerseits zwischen den überspannten Zielen, die sie sich steckt, und den geringen Mitteln zu ihrer Ausführung, andererseits an dem Widerspruch zwischen dem Zuschnitt und der sozialen Struktur einer militärischen Organisation, entsprechend dem Bedürfnis, alle Klassen der Gesellschaft niederzureißen und auf ihre Kosten zu leben, und mit den abweichenden Bedürfnissen imperialistischer Kriegführung.

Ein weiterer Unterschied, der durch die allgemeine Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und den Stand des internationalen Klassenkampfes bedingt ist, zeigt sich in den organisatorischen Grundlagen und Mitteln der faschistischen Staatsmacht. Die »Dezemberbande« von Louis Napoleon war das Gegenstück zu der kleinen revolutionären Geheimorganisation der damaligen französischen Arbeiterklasse. Die faschistische Partei ist das konterrevolutionäre Gegenstück zur Kommunistischen Partei Sowjetrußlands. Sie ist also, im Unterschied von der Louis Napoleons, von vornherein eine breite *Massenorganisation*. Das macht sie in gewissen Stadien stärker, aber

steigert auch die Widersprüche in ihrem Innern, die Widersprüche zwischen den sozialen Interessen dieser Massen und dem Interesse der herrschenden Klassen, denen sie dienstbar gemacht wird.

Behandeln wir noch kurz den Faschismus in *Polen*. Die Grundlage für die faschistische Diktatur Pilsudskis ist hier ebenfalls ein abgeschlagener revolutionärer Ansturm von seiten des Proletariats (der russisch-polnische Krieg von 1920), andererseits die Schwäche, Energielosigkeit und Zerrissenheit der einheimischen Bourgeoisie, die es nicht zu einem einheitlichen Auftreten, nicht einmal für die Stabilisierung zu bringen vermag. Das konterrevolutionäre Interesse der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer ist die soziale Grundlage der faschistischen Staatsmacht in Polen; der Faschismus verstand es leicht, sich die Enttäuschung der Bauernmasse über die bisherige Sabotage der Agrarreform zunutze zu machen, trotzdem seine Politik ausgesprochen den Interessen der Großgrundbesitzer und der bäuerlichen Oberschicht dient. Der »Held« des Staatsstreichs stützt sich ideologisch auf die Tradition des national-revolutionären Befreiungskampfes, organisatorisch auf die Legionäre, auf ihre Enttäuschung über das Resultat des nationalen Befreiungskampfes – die bürgerliche Fäulnis –, und auf ihr ökonomisches-Bedürfnis nach einem Erwerb, das auf dem Felde der Produktion nicht befriedigt werden kann. Also auch Deklassierte aller Klassen als Material des faschistischen Heeres. Die parteimäßige Organisation wird gestellt von Überläufern aus allen Parteien, die von Adjutanten des Marschalls, früheren Terroristen und Legionären geführt werden.

In Polen aber spielt bereits ein Faktor hinein, der in Spanien und in einer Reihe anderer Länder ausschlaggebend ist, und dort die »faschistische Staatsmacht« nur *äußerlich* dem italienischen Faschismus und dem französischen Bonapartismus an die Seite stellt, während das klassenmäßige Wesen grundverschieden ist.

Ich wähle zur Illustration die extremen Fälle des Regimes, der Formen der Staatsmacht in südamerikanischen Republiken. Auch hier ist das Heer Träger der politischen Macht, die Exekutive verselbständigt. Gewöhnliche politische Kursänderungen vollziehen sich in Militärputschen, die, obwohl äußerlich gewaltsam, keineswegs revolutionär sind, da sie an dem bestehenden Machtverhältnis der Klassen grundsätzlich nichts ändern.

Hier ist die Militärdiktatur, die Verselbständigung der Exekutive nicht Wirkung der »vollentwickelten bürgerlichen Gesellschaft«, ihrer Überreife, ihrer Bedrohung durch die proletarische Revolution und der Notwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft, sich dagegen schließlich zu verschanzen, sondern gerade umgekehrt. Es ist hier die *Unreife* der bürgerlichen Entwicklung, die zahlenmäßige und organisatorische Schwäche der Bourgeoisie, der noch feudale Grundbesitzelemente gegenüberstehen, die es noch nicht zu

einer starken politischen Organisation der Bourgeoisie kommen läßt. Das Heer, vielmehr sein Offizierkorps, ist hier die festeste und entwickelste politische Organisation. Es übt die Herrschaft aus *an Stelle* der Bourgeoisie, die sie *noch nicht* ausüben kann. Im Fall des Bonapartismus und des italienischen Faschismus konnte sie sie in der gegebenen Situation des Klassenkampfes *nicht mehr* ausüben.

Unter demselben äußeren Anstrich des Faschismus (wie in Spanien) verbergen sich also total verschiedene Klassenverhältnisse, Stufen des Klassenkampfes, Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft.

Ohne die konkrete Klassenanalyse gerät man also hier theoretisch wie praktisch in die größten Irrtümer.

Von unseren italienischen Genossen ist, wenn ich richtig unterrichtet bin, die Frage aufgeworfen worden, ob der faschistischen Form der Staatsmacht unmittelbar die proletarische Diktatur folgen müsse oder ob sie noch durch die eine oder andere Form der bürgerlichen Staatsmacht, etwa die bürgerlich-demokratisch-parlamentarische Republik, abgelöst werden könne. Die Antwort darauf ist bereits durch Lenin auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale gegeben worden. Auf die Frage, ob die Krise des Kapitalismus nach Kriegsende *unvermeidlich* zur sozialistischen Revolution führen müßte, antwortete Lenin bekanntlich, die Antwort darauf sei nicht theoretisch zu geben. Das sei nur Wortmacherei, Scholastik. Die Antwort darauf könne nur der wirkliche Kampf geben. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien bestehe darin, ihn möglichst gut vorzubereiten. Dieselbe Antwort gibt das Ende des Bonapartismus. Die eine oder die andere Form der offenen Diktatur des Kapitals in vollentwickelter bürgerlicher Gesellschaft wird dann die »schließliche« oder letzte Form bürgerlicher Staatsmacht sein, wenn die Arbeiterklasse des Landes als Führerin der übrigen werktätigen Klasse stark genug ist, die Krise dieses Regimes zur dauernden Aufrichtung der proletarischen Diktatur zu benutzen. Das entscheidet der Kampf. Und diesen entscheidet der objektive wie der subjektive Faktor zusammen: die tatsächliche Kraft und Reife der Arbeiterklasse, ihr Verhältnis zu den anderen Klassen der Werktätigen, die Situation des internationalen Klassenkampfes und nicht zuletzt die Stärke, Reife und Kampffähigkeit der Kommunistischen Partei der betreffenden Länder.

Eine andere Frage ist, ob auf den Sturz des Faschismus in Italien unmittelbar, ohne Zwischenglied, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur folgen kann. In Frankreich folgte bekanntlich auf den Sturz des Bonapartismus am 4. September 1870 als Zwischenglied die Republik mit Thiers, Favre & Co., den Legitimisten und Orleanisten, der Bourgeoisie und den Junkern an der Spitze. Erst nachdem sie sich abgewirtschaftet hatten, folgte am 18. März 1871 die Kommune. Die bürgerlich-republikanische Zwischenperiode, in

der die bürgerlich-demokratischen Elemente einstweilen zur Macht gelangen, ist aus allgemeinen Gründen auch möglich in Italien, ja wahrscheinlich. Sie mag Monate, Wochen, ja nur Tage dauern. Sie mag Formen einer Doppelregierung oder andere eigenartige Formen annehmen. Aber der geschichtlichen Erfahrung und den italienischen Klassenverhältnissen entsprechend wird es eines gewissen Zeitabschnittes und einer gewissen Massenerfahrung bedürfen, um bei der Masse der Kleinbürger, Bauern und auch bei Teilen der Arbeiterschaft die kleinbürgerlich-demokratischen Illusionen und Hoffnungen zu zerstören. Es steht nicht im Belieben der Kommunistischen Partei, ob ein solches Zwischenstück eintritt oder übersprungen wird. Aber es hängt jedenfalls in hohem Maße von ihr ab, wie stark die Machtpositionen sind, die die Arbeiterklasse im Augenblick des Sturzes des Faschismus einnimmt und wie schnell sie das Zwischenstadium erledigt.

Eine weitere Folgerung, die wir aus den bisherigen Ergebnissen ziehen, ist die, daß die offene Diktatur des Kapitals in anderen Ländern, wie in Polen, Italien, Bulgarien, andere Formen annehmen kann und wahrscheinlich wird als in diesen Ländern. Gewisse Züge werden dieselben sein, andere verschiedenen. Sie theoretisch von vornherein zu konstruieren ist unmöglich. Die Formen offener Diktatur der Bourgeoisie sind aber nicht willkürlich, nicht in beliebigen Situationen des Klassenkampfes und bei beliebiger Struktur der Klassenverhältnisse möglich. Sie sind an ganz bestimmte Klassenverhältnisse und Situationen des Klassenkampfes gebunden, die oben angegeben worden sind.

Ziemlich allgemein ist heute in der Bourgeoisie vollentwickelter kapitalistischer Länder das Bestreben, das parlamentarische System abzubauen, einzuzengen, stärkere politische Garantien für die Bourgeoisieherrschaft zu schaffen. Solche Strömungen sind vor allem sichtbar in solchen hochkapitalistischen Ländern wie England, Deutschland, Frankreich, die durch das Ergebnis des Krieges mehr oder weniger sozial und ökonomisch erschüttert worden sind. Das bewegt sich *in der Richtung des Faschismus*, es kann in kritischen Situationen zu Formen offener Diktatur des Kapitals führen. Aber diese *müssen* nicht identisch sein mit denen des Faschismus.

Dabei ist noch folgendes sich klar zu machen. Die *Aushöhlung* des bürgerlich-parlamentarischen Regimes erfolgt *schrittweise*. Und die Bourgeoisie selbst ist dabei der Hauptagent. Marx 18. Brumaire schildert gerade diesen Aushöhlungsprozeß in seinen einzelnen Etappen. Die Herstellung der offenen Diktatur selbst kann aber nur durch einen Sprung, einen Putsch oder einen Staatsstreich erfolgen, bei dem die Bourgeoisie selber das passive Element ist. Ihre Sache ist es, die Bedingungen zu schaffen, damit sie sozial »gerettet« und politisch vergewaltigt werden kann. Das Vergewaltigen selber aber besorgt der Held des Staatsstreiches oder Putsches. Das Individuum

oder die Organisation findet sich dazu immer, wenn ein Bedürfnis dazu da ist. Die entsprechenden Organisationen fördert die Bourgeoisie selber aktiv oder passiv.

Das Noskeregiment in Deutschland war zweifellos ein Regiment offener konterrevolutionärer Gewalt. Aber die Form der Staatsmacht war nicht die faschistische. Das Noskeexperiment war keine »Verselbständigung der Exekutive«. Es führte, da es eine Säbelherrschaft herstellte, dazu, daß ein Versuch in dieser Richtung erfolgte. Dieser Versuch der militärischen Exekutivgewalt, der Kapp-Putsch, schlug aber fehl.

Ich ziehe aus dem Vorstehenden den Schluß, daß eine genauere und tiefgehende Analyse des Faschismus und der Formen und Bedingungen der offenen Diktatur des Kapitals notwendig ist, als sie in dem entsprechenden Abschnitt des Programmentwurfs gegeben wird.

II. Kapitalsoffensive und Krise des Parlamentarismus

Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft

August Thalheimer am 9. März 1929
(Gegen den Strom, 2. Jg., Nr. 10)

Die bürgerliche Presse, die Parlamente, die bürgerliche »öffentliche Meinung« ist voll von der »Krise des Parlamentarismus« in Deutschland. Die bürgerlichen Parlamentarier, die Minister üben »Selbstkritik« unter dem »Druck von außen« der Bourgeoisie außerhalb des Parlaments. Allerlei Rezepte werden vorgeschlagen, um die Krise zu beheben. Es ist natürlich nicht die Aufgabe der Kommunisten, der deutschen Bourgeoisie Ratschläge zu geben, wie der bürgerliche Parlamentarismus in diesem Lande auf den Trab gebracht werden kann. Dies um so weniger, da es in Wirklichkeit unter den in Deutschland gegebenen Klassenverhältnissen überhaupt kein Rezept dafür gibt. Die Ursache dieser Krise, die weit über eine Krise des Parlamentarismus hinausreicht und in Wahrheit *die sich entwickelnde Krise der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland ist*, liegen in der Tiefe der wirtschaftlichen Umschichtung, die hier vor sich geht. Dies soll im folgenden näher begründet werden. Die vulgär-demokratische Seichtigkeit glaubt, es handele sich in Deutschland darum, daß der deutsche Parlamentarismus sozusagen noch nachlerne, was der englische und französische als der ältere, geschultere, bereits gelernt, als ob es sich um »Kinderkrankheiten« des deutschen Parlamentarismus handele. Aber der Parlamentarismus in England befindet sich heute in einer verhüllten, der in Frankreich in einer offenen Krise. Es handelt sich also um etwas ganz anderes. Die bürgerliche Demokratie, Spätgeburt, wie die ganze bürgerliche Entwicklung in Deutschland, ist in der fatalen Lage, daß sie zerfällt, sich zersetzt, verfault, noch ehe sie eine Blütezeit gehabt hat.

Aufgabe der Kommunisten ist es, der Arbeiterklasse zu zeigen, was hier vor sich geht: was das wirkliche Wesen dieser Krise ist, woher sie kommt, wohin sie führt, wie ihr zu begegnen ist. Hier kommt alles darauf an, die vor sich gehende Entwicklung *in ihrer Bestimmtheit, in ihren eigentümlichen Zügen* zu erkennen. Bis jetzt haben wir weder in unserer Parteipresse noch sonstwo auch nur eine Spur davon bemerkt. Über dem allgemeinen Gerede von der faulen Stabilisierung, über dem endlosen Wiederkäuen fertiger Formeln denkt niemand daran, die wirklichen Erscheinungen der Zersetzung auf dem

politischen Gebiet zu untersuchen, um sie sich und anderen klar zu machen. Das zusammen mit dem vollständigen Fehlen einer Orientierung auf dem Gebiet der Wirtschaftsvorgänge und Wirtschaftskämpfe führt heute dazu, daß die Politik der Partei außer Kontakt mit der Wirklichkeit und damit außer Kontakt mit den Massen ist. In der Folge muß das noch verhängnisvoller werden. Was jetzt in der politischen Sphäre vor sich geht, ist die allmähliche, schrittweise Vorbereitung einer gewaltigen politischen Krise. Verfolgt man nicht ebenso Schritt für Schritt ihre Vorbereitungen, gibt man sich nicht wenigstens in den großen Umrissen Rechenschaft, wohin diese Selbstzersetzung der bürgerlichen Demokratie führt, so wird der Schlag überraschend kommen, er wird die Partei und die Arbeiterklasse unvorbereitet treffen (eine wirkliche Vorbereitung erfordert Einsicht in die konkrete Situation und ihre konkrete Entwicklung, nicht das bloße Ableiern der abstrakten Formeln, die eben wegen ihrer Abstraktheit die bestimmte Lage nicht erleuchten und nichts in Bewegung setzen).

Was geht vor? Die Reden einiger bürgerlicher Parteiführer wie einige Äußerungen der bürgerlichen Presse sind hier sehr vielsagend.

Eine der aufschlußreichsten in dieser Hinsicht ist die Rede *Stresemanns* vor dem Zentralausschuß der Deutschen Volkspartei (vom 26. Februar). Sie wendet sich scharf gegen die Abhängigkeit der Regierung von den parlamentarischen Parteien: Parlamentarismus sei die Verantwortlichkeit des Reichsministers gegenüber dem Parlament, das ihm mit Mehrheit das Vertrauen entziehe und ihn zur Amtsniederlegung zwingen könne. Der Parlamentarismus bedinge aber nicht, daß der Minister Parteimann sei, oder daß die Verteilung der Ministersitze nach der Stärke der Fraktionen erfolge. Der Reichspräsident ernennt die Minister. Der Minister soll Eintreten oder Ausscheiden aus der Regierung auf persönliche Verantwortung nehmen. Der Reichspräsident sei aber nicht einfach eine »Unterzeichnungsmaschine«. Er kann einen Kampf gegen das Parlament führen, das ein Kabinett nach seinen Wünschen nicht annimmt. Das »Machtwort des Reichspräsidenten« müsse im Notfall eingreifen. Eine Reichsregierung könne auch ohne Mehrheit regieren. Sie müsse unter Umständen auf dem Platz bleiben, »auch wenn die Mannschaft zur Meuterei neigt«. »Höher steht das persönliche Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat als die Rücksicht auf die Partei.« Im Lande wachse der degout (der Widerwille) gegen die Verhandlungen um die Regierungsbildung. Das Anziehen der Steuerschraube verhindere die Bildung von Kapitalreserven. Es bedrohe den Bestand des »Industriellen Mittelstandes«, des selbständigen Unternehmertums, »das noch nicht die Form der Gesellschaft angenommen hat«. Dieser industrielle Mittelstand verfallende wegen des Fehlens der Kapitalbildung einem »schnellen Sterben«. Wir stehen, wenn die Dinge so weitergehen, vor den Trusts auf der einen und vor einer Millio-

nenschar der Angestellten und Arbeiter auf der anderen Seite. Stresemann spricht in diesem Zusammenhange vom »Sinken der persönlich selbständigen Energien bis auf den Nullpunkt«. Der Wettstreit der Parteien und die Popularitätshascherei müssen aufhören. Er ist für die Einschränkung des Etatsrechts des Reichstags. »Volksnot geht über Etatsrecht!« Gegenüber der parlamentarischen Parteiwirtschaft herrsche draußen Resignation, Nichtachtung, ja Verachtung. Die bürgerliche Jugend halte sich fern vom Parteilieben. Das Übel sei die Ersetzung der Persönlichkeit durch die Organisation. Vom Faschismus sei man noch weit entfernt. Eine Reform des Parlamentarismus sei nötig. Eine Begrenzung der Macht des Parteigeistes. Wenn keine sachliche Mehrheit im Reichstag zustande komme, dann müßten »verantwortungsbewußte Persönlichkeiten den Mut finden zu regieren«. Gerade ein Gegner faschistischer Ideen müsse dringend warnen vor dem Zerrbild des Parlamentarismus, das jetzt dem Volke gezeigt wird und ihm die Freude an der Politik nimmt. Der Gedanke der Weltanschauungsparteien sei stark zurückgedrängt durch die Interessenvertretungen.

Dieselben Töne findet man in dem Artikel der »Frankfurter Zeitung« (vom 27. Februar), der die Ansicht der jüngeren bürgerlichen Generation wiedergeben will. Auch hier ist die Rede von der »Krise des Parlamentarismus«. »Die Angelegenheit ist für uns Junge im Gefühl entschieden«. Rückkehr zum aristokratisch-absolutistischen Staate komme nicht in Frage. Der Artikel wendet sich gegen den »Parteienparlamentarismus«, gegen den »Parteiismus«. Notwendig sei eine »Auflockerung des Parteiwesens«, Parteibildung aus jeweils akuten Anlässen heraus, die »Einmännerwahl«.

Der demokratische Reichsjustizminister *Koch-Weser* in einer Rede zu Hannover (vom 24. Februar):

»Wir haben keinen Parlamentarismus, sondern Parteiismus. Gegen die Starrheit der Parteien für eine tatkräftige und verantwortungsbewußte Demokratie.«

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« (vom 26. Februar):

Man flüstert nicht mehr, sondern spricht schon recht vernehmlich von der Diktatur. Es herrscht Widerwillen gegen die Doppelzüngigkeit der Parteien, insbesondere der sogenannten bürgerlichen. Im engen Kreise gebärden sie sich als Gralhüter der individualistischen Wirtschaft. Auf der Tribüne aber treibe man Agitation der Agitation willen, Popularitätshascherei. In Wirklichkeit aber herrsche der »grüne Tisch der Bürokratie unter gütiger Mitwirkung einiger Reichstagsabgeordneter«.

In Deutschland gäbe es keine Diktatur, einmal weil es keine Diktatur gäbe, dann, weil die Diktatur die Einheit des Reiches in Gefahr bringt. Man brauche eine Reform der Verfassung durch ein *Ermächtigungsgesetz*, die *Neubegründung wirklicher Staatsautorität*.

Im Reichstag wurde über das Thema »Die Krise des Parlamentarismus« verhandelt bei Gelgenheit des volksparteilichen Antrags, der das Etatsrecht des Reichstags einschränken will und für den Sturz der jeweiligen Regierung eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit fordert. Die Deutschnationalen forderten bei dieser Gelegenheit die Stärkung der Macht des Reichspräsidenten und ließen erklären, sie hoffen auf eine Volksbewegung in diesem Sinne. Der Sozialdemokrat *Landsberg* erläuterte den Herrschaften, der Parlamentarismus sei kein Gewächs der Novemberrevolution, sondern bereits im Herbst 1918 von den damals Verantwortlichen geschaffen worden, um die Verantwortung von sich abzuladen. Man brauche keine neuen Maßregeln, sondern »Männer von Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein«. Der Sprecher des Zentrums, *Bell*, erklärte, seine Partei halte am Budgetrecht fest. Man müsse zu einer »Veredelung« des Parlamentarismus kommen. Nicht Diktatur, sondern »starkes Parlament und starke Regierung«.

Zu den symptomatischen Tatsachen gehört noch die Mandatsniederlegung des Großindustriellen *Lammers* von dem größten deutschen Trust, der IG Farben, vom Zentrum. Sie wurde von ihm demonstrativ begründet mit »grundsätzlichen Erwägungen wegen der Gesamtentwicklung des deutschen Parlamentarismus«.

Dazu gehört noch das Vorsprechen der *Stahlhelmführer* bei *Hindenburg*, und die Erklärung *Hindenburgs*, daß er Ehrenmitglied bleibt, nachdem die *Stahlhelmführer* eine natürliche vorher abgekartete Erklärung über die Harmlosigkeit und Legalität ihrer Absichten gegeben hatten.

Weiter muß hier noch eine vielsagende Äußerung des Volksparteilers *Zapf* im Reichstag angeführt werden, die besagt: »Die Diktatur sei ein Sprung ins Dunkle, zumal sie nur durch einen blutigen Bürgerkrieg möglich wäre«.

Und schließlich die Tatsache des Ganges von *Hermann Müller* zu *Hindenburg*, um sich die Weiterführung der Regierung auch ohne feste Mehrheit im Reichstag bestätigen zu lassen.

Das Bild, das sich aus alledem ergibt, ist für den mit der Geschichte der Bourgeoisie Bewanderten nicht ganz neu. Zug um Zug wiederholen sich hier Erscheinungen aus der Vorbereitungszeit des Bonapartismus in Frankreich 1849/50 und aus der Vorbereitungszeit des Faschismus in Italien und in Polen. Der Widerwille der Bourgeoisie gegenüber ihren eigenen parlamentarischen Parteien und Vertretern, als Echo darauf die Verächtlichmachung der Parteien und des Parlaments durch sich selber, der Ruf nach größerer Unabhängigkeit der Regierung gegenüber dem Parlament und seiner Parteien, nach größerer Selbständigkeit der Exekutive nach der Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, nach »Persönlichkeiten«, die führen, die das Parlament und die Parteien zwingen. Diese Züge gehen mehr oder weniger durch alle bürgerlichen Parteien, bis zur Sozialdemokratie (siehe

die Schlußwendungen Landsbergs und den Gang Hermann Müllers zu Hindenburg). Gleichzeitig aber wendet man sich gegen die Diktatur. Darauf beruhte die Stärke des englischen und französischen Parlamentarismus. In dem steigenden ökonomischen Druck des Trustkapitals auf die Volksmassen beruht die latente Krise des Parlamentarismus in England, seine offene in Frankreich und in Deutschland.

Der Druck des Trustkapitals in Deutschland auf die Volksmassen aber wächst zusehends. Der »industrielle Mittelstand« wird zerrieben, das Monopolkapital hat bereits eine eigene und höhere Profitrate für sich herausgebildet. Gleichzeitig Druck auf die Löhne und Soziallasten. Die Folge davon: langsam aber stetig wachsender Gegendruck von unten, Radikalisierung des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse. Die Maiwahlen 1928 zeigten bereits diese Erscheinung, die sich in sehr mannigfaltigen, bunten Formen vollzieht. Die absinkende Konjunktur verschärft und beschleunigt diesen riesenhaften Prozeß. Die Lage des deutschen Trustkapitals auf dem Weltmarkt veranlaßt es, den Druck zu steigern. Der Kampf um den Etat ist der Kampf um die Abwälzung der Steuerlasten von der Bourgeoisie, um den Abbau der Soziallasten, um so größere Bewegungsfreiheiten des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum überhaupt.

Was hier vor sich geht, das ist die *ideologische Vorbereitung des Bodens für Verwirklichung die Vernichtung dieser selben politischen Parteien und die offene Trustdiktatur durch die bürgerlichen Parteien selbst, deren damit der politischen Existenz der Bourgeoisie voraussetzt.*

Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen. Die Bourgeoisie selbst spricht es klar aus, daß dies nur durch einen Bürgerkrieg vollführt werden kann. Davor schreckt sie heute noch zurück. Es bedarf dazu einer Vorbereitung von langer Hand und einer akuten politischen und sozialen Krise. Heute wäre es für sie noch ein »Sprung ins Dunkle«. Und für diesen Sprung selber braucht es einen Springer außerhalb, über oder unter den Reihen der parlamentarischen Politiker. Der Diktator ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen – so wird sich die benötigte Figur irgendwie und irgendwo finden. Das braucht kein »Heros«, nichts Außerordentliches zu sein. Sind die sozialen und politischen Bedingungen sonst dafür bereit, so genügt, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, die ordinärste Blechfigur dafür. Die deutsche Bourgeoisie ist schon sowieso gewohnt, sich aus den nichtsagendsten Figuren ihre Idole zu machen.

Was aber liegt dieser Entwicklung zugrunde? Letzten Endes ist es der Widerspruch zwischen der steigenden ökonomischen und sozialen Macht einer kleinen Zahl von Trustmagnaten, deren Zahl immer mehr zusammen-

schrumpft, und den Formen der bürgerlichen Demokratie, die an proletarische und kleinbürgerliche Massen appellieren muß, die ihrerseits in steigenden Gegensatz zum Trustkapital geraten. Die parlamentarisch-demokratische Herrschaft des Trustkapitals setzt die willige Gefolgschaft des Kleinbürgertums und mindestens der ausschlaggebenden Teile der Arbeiterklasse voraus. Diese aber beruht nicht auf irgendwelchen Kunststücken, die etwa die englische oder französische Bourgeoisie gelernt hätte, die deutsche aber noch nicht. Sie ist nur möglich in einer Situation, wo der Kapitalismus noch im Aufstieg ist, wo er dem Kleinbürgertum und Teilen der Arbeiterklasse (mindestens ihrer Oberschicht) noch Aufstiegsmöglichkeiten zeigt.

Aus dieser tiefen ökonomischen und sozialen Grundlage der sogenannten Krise des Parlamentarismus ergibt sich, daß es utopisch wäre, an die Möglichkeit zu denken, daß der Parlamentarismus in Deutschland noch imstande wäre, sich zu den »klassischen« Formen zu entwickeln, wie die englische oder französische Bourgeoisie ihn entwickelt hat. Diese »klassische« Zeit ist in England wie in Frankreich im Verschwinden oder schon verschwunden. Im wesentlichen auf Grund derselben großen ökonomischen Tatsachen, die in Deutschland die Herausbildung des Parlamentarismus in klassischer Form erst gar nicht zustande kommen lassen. Eine solche Entwicklung in Deutschland setzte voraus eine Rückentwicklung zum klassischen Kapitalismus und das Übergewicht auf dem Weltmarkt. Sie ist daher unmöglich. Sie ist dieselbe Utopie, wie die Rückkehr vom Schutzzoll zum Freihandel, vom Monopol zur freien Konkurrenz.

So reift also Schritt für Schritt die *Krise des Parlamentarismus* in Deutschland heran, die *in eine Krise der bürgerlichen Herrschaft überhaupt auslaufen* muß. Denn zu ihrer *Durchsetzung* bedarf es des Bürgerkrieges, wie der volksparteiliche Abgeordnete *Zapf* ganz richtig bemerkte.

Wie aber diese Krise, wenn sie akut wird, gelöst wird, revolutionär oder konterrevolutionär, *das hängt in beträchtlichem Maße von der Kommunistischen Partei ab*. Davon, ob sie sich mit den werktätigen Massen und ihren Kämpfen zu verbinden weiß, oder ob die von der bürgerlichen Demokratie und von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie enttäuschten Massen den Stimmungen der Passivität, der politischen Gleichgültigkeit und der politischen Unorganisiertheit zum Opfer fallen.

Die tödliche Gefahr des heutigen Kurses der Partei besteht darin, daß er objektiv die letztere Entwicklung fördert.

Die tausendfache Wiederholung der Formel der proletarischen Diktatur, die natürlich als allgemeine Formel der sich vorbereitenden offenen Trustdiktatur gegenübergestellt werden muß, ist wirkungslos, wenn die Partei die Tageskämpfe auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet so führt, daß sie sich damit von den Massen entfernt, statt sich mit ihnen zu verbinden,

und wenn sie die Formel der proletarischen Diktatur nicht zu verknüpfen versteht mit den heutigen Kämpfen und Nöten der Massen.

Es versteht sich dabei, daß die Partei jeden Eingriff, um die bürgerliche Demokratie nach rückwärts zu revidieren, *aktiv abwehren muß*. Nicht, weil sie glaubt, die bürgerliche Demokratie sei zu retten, aber weil dieser Gang das Mittel ist, um *die wirkliche Rolle der bürgerlichen und reformistischen Prediger der Demokratie durch ihr Verhalten vor den Massen klarzustellen. Und weil die aktive Abwehr der reaktionären Angriffe gegen die bürgerliche Demokratie Voraussetzung ist zur Mobilisierung der Massen für den Kampf um die Rätediktatur.*

Niemand kann heute wissen, wann die Krise der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland, die sich in der Krise des Parlamentarismus ausdrückt, akut wird, wann die auf diesem Gebiet sich entwickelnden Widersprüche zum offenen Ausbruch kommen. Aber das kann man jedenfalls wissen, daß die Partei, wenn sie weiter den Kurs auf Sandbänke und Klippen hält, als Gegenkraft gegen diese Entwicklung ausfällt, ja, daß sie ihr, wenn noch so unbewußt, in die Hände arbeitet.

Blindheit ist keine Entschuldigung vor der Geschichte.

Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese*

August Thalheimer am 20. April 1929
(Gegen den Strom, 2. Jg., Nr. 16)

Seit Wochen tobt sich das Geschrei vom »Sozialfaschismus« in der offiziellen Parteipresse und in Parteireden aus. Zuerst konnte man es einfach für ein gedankenloses Kraftwort nehmen, das der neuen Methode entsprach, wonach die Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus einfach in der Prägung und Verwendung schärferer Kraftausdrücke besteht. Mit der Zeit empfand man wohl das abnorme Bedürfnis, sich bei dem Wort auch irgendwas zu denken. Und so entwickelte denn die Anne-Liese, wie die Heinz Neumann und Hermann Remmele sie verstehen, eine Theorie oder Philosophie des »Sozialfaschismus«, die geradezu ein Musterbeispiel der vollkommenen Unfähigkeit unserer Nebbich-Theoretiker ist, auch nur das ABC der wirklichen Klassenverhältnisse in Deutschland und ihre Tendenzen zu verstehen.

An dem Gerede vom »Sozialfaschismus« ist nur das Wort neu: Die Sache selbst ist die Aufwärmung des alten ultralinken Kohls von der Sozialdemokratie als dem *rechten (oder linken?) Flügel* des Faschismus, den der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unter Sinowjews und Stalins Patronat in Umlauf setzte, und den dann Maslow und Ruth Fischer als Grundlage ihrer ultralinken Taktik aufgriffen. Die Kommunistische Partei Italiens aber, die es mit dem wirklichen Faschismus zu tun hatte, und der die handgreiflichen Tatsachen zeigten, daß es praktisch unsinnig ist, den Reformismus und den Faschismus selbst bei voll entwickeltem, herrschendem Faschismus in einen Topf zu werfen, ließ diesen Unsinn stillschweigend fallen.

Die theoretische »Vertiefung« dieses neubenamten alten Unsinn findet man, wohl nicht zufällig, in der Nr. 12 der (deutschen) Internationale, die vom 1. April datiert ist.

Im Leitartikel dieser Aprilnummer, »Herr Greszinski«, wird zunächst die Sozialdemokratie eingeführt als »die die Geschäfte des Trustkapitals führende Partei«. Hier beginnt schon der Unsinn. Der unklare Ausdruck soll besagen, daß die Sozialdemokratie die *führende* Partei des Trustkapitals sei. Sie ist aber nur eine vom Trustkapital *geführte* Partei, was durchaus der

* Eine Verballhornung des von KPD-Funktionären ständig verwendeten Begriffs »Analyse«.

allgemeinen Rolle des kleinbürgerlichen Reformismus im Verhältnis zum Trustkapital entspricht. Die Quelle dieses Unsinnns ist der – parlamentarische Kretinismus, der das wirkliche, gesellschaftliche Verhältnis der Klassen und Parteien mit dem parlamentarischen Schein verwechselt. Dieser parlamentarische Schein stellt im gegebenen Fall das wirkliche Bild der Klassenverhältnisse auf den Kopf. Der Sozialdemokrat Hermann Müller ist Reichskanzler. Der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding Reichsfinanzminister. Und sie »führen« so die »Geschäfte des Trustkapitals«. Man braucht weder »Marxist« noch »Leninist« zu sein, sondern einfach nicht sich von der parlamentarischen Oberfläche düpiieren zu lassen, um zu verstehen, daß sie nicht die Führer, sondern die Geführten des Trustkapitals sind. Die Hermann Remmele u. Co. nehmen den Schein für bare Münze, und taufen diese höchst einfache Prozedur »marxistische Analyse«, und schon wird das ein Glaubenssatz, an dem zu zweifeln Liquidatorentum, Versöhnlerum, sozialdemokratische Rückständigkeit, jedenfalls aber ein frevelhafter Verstoß gegen die »Linie« ist.

Dieser ganz außergewöhnliche parlamentarische Kretinismus macht es erklärlich, daß diese »Theoretiker« unfähig sind, einen ganz einfachen politischen Tatbestand auch nur richtig aufzufassen. »Herr Stresemann«, heißt es in dem Artikel, »fordert eine einheitliche Partei, in der alle bürgerlichen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen aufgehen sollen, d. h. die faschistische Partei.« Sonderbar, davon hat bisher niemand etwas gewußt. Herr Stresemann forderte bekanntlich einen liberalen Block, was ein bißchen etwas anderes ist, aber abgesehen davon, so heißt es das Wesen einer faschistischen Partei vollkommen verkennen, wenn man glaubt, sie könne aus der Verschmelzung der bisherigen parlamentarischen Parteien hervorgehen. Sie kann nur aus ihrer Unterdrückung, Zerschlagung, Vernichtung hervorgehen. Denn der Faschismus gibt sich gerade als das Gegenstück zur parlamentarischen Korruption. Mit dem Kampf gegen den Parlamentarismus und die parlamentarischen Parteien mobilisiert er scheinrevolutionär die kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Massen, aus denen er seine Organisationen bildet. Diese scheinrevolutionäre Ideologie gehört aber zum Wesen des Faschismus. Nur mit diesem revolutionären Schein lassen sich die Massen mobilisieren, die vom Parlamentarismus enttäuscht sind, zur Zerschlagung der parlamentarisch-demokratischen Maschine, oder zu ihrer Verwandlung in eine bloße Attrappe.

Die Rolle der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, bei der Vorbereitung des Faschismus, besteht nicht darin, daß sie sich selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern darin, daß sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen, die das

Urteil vollstreckt, das sie über sich selber fällen, d. h. ihnen den Kragen zudreht. Man braucht nur die Darstellung von Marx im 18. Brumaire zu lesen, um diesen Mechanismus zu verstehen. Die bonapartistische oder faschistische Diktatur ist ihrem *gesellschaftlichen Inhalt nach* die Diktatur des Großkapitals. Ihrer *politischen Erscheinung* nach ist sie Diktatur auch *über* die Großbourgeoisie und ihre Parteien. Die Großbourgeoisie zeigt damit an, daß, wie Marx sagt, ihre politische Herrschaft nicht mehr verträglich ist mit ihrer gesellschaftlichen Herrschaft.

Unsere »offiziellen Theoretiker« lassen also *gleichzeitig die Bourgeoisie politisch abdanken und nicht abdanken*. Sie stellen sich den Faschismus, den Gegenpol und die *Ablösung des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus* gleichzeitig – als eine *Fortsetzung des bürgerlichen Parlamentarismus in etwas anderer Form* vor.

Das ist der Kern dieses Unsinns. Dahinter lugen wieder die langen Eselsohren des parlamentarischen Kretinismus hervor.

Dieser Unsinn wird, wie sich gebührt, in der krassesten Form ausgedrückt von dem berühmten Theoretiker Hermann Remmele:

»Stresemann«, wiederholt er nach dem Leitartikler in seinem Aufsatz »Tempoverlust«, »fordert die Beseitigung des gesamten bürgerlichen Parteiensystems und seine Ersetzung durch die einheitliche Klassenpartei der Trustbourgeoisie, wobei er sich ganz offen mit dem faschistischen Parteiwesen solidarisierte.«

So wörtlich zu lesen, während in der profanen Wirklichkeit Herr Stresemann »offen« die faschistische Diktatur ablehnte.

»Die Notwendigkeit des Übergangs zur faschistischen Diktatur«, fährt Hermann Remmele fort, »ist aber gerade bedingt durch die aufsteigende und immer stärker werdende neue revolutionäre Welle, mit der die bürgerliche Demokratie nicht mehr fertig wird. Diese (die Welle? d. Red.) *geht daher über in den Faschismus*, dessen Aufgabe die wirksamere Niederhaltung des Proletariats ist. Was Wahlen und Abstimmungen nicht mehr schaffen, soll der Belagerungszustand Greszinskis und der § 48 in der Hand Severings vollbringen. Auf Bajonetten läßt sich aber nicht schlafen (!) und die Polizeitruppen treibt nicht weniger der Hunger als die Hochbahner. Die Bajonette werden den Vormarsch des Kommunismus in der deutschen Arbeiterklasse nicht aufhalten, sondern beschleunigen, wenn diese Bajonette von den Helden der II. Internationale kommandiert werden, und so wird letzten Endes die Diktatur des deutschen Sozialfaschismus nur eine Episode im Vormarsch des deutschen Proletariats zur proletarischen Diktatur sein.«

Was ist also, nach Hermann Remmele, der Sozialfaschismus? Die Tatsache, daß Greszinski Demonstrationen verbietet und Severing evtl. mit dem § 48 wirtschaftet? Sonderbar, daß wir dann nicht früher vom »Sozialfaschismus«

gehört haben. Die Ebert und Noske haben alle kräftig von Bajonetten gegen die Arbeiter und auch vom § 48 Gebrauch gemacht. Das war konterrevolutionär, aber es war so wenig Faschismus, wie es schon Bonapartismus war, als im Juni 1848 die französische Nationalversammlung durch Cavaignac die Pariser Arbeiter niederkartätschen ließ.

Welch eine tolle Konfusion! Das Bajonett gegen die Arbeiter in der Hand des bürgerlichen Parlamentarismus ist unzweifelhaft Vorarbeit für den Faschismus oder Bonapartismus. *Aber der Faschismus beginnt erst da und dann, wo das Bajonett selbständig wird und seine Spitze sich auch gegen den bürgerlichen Parlamentarismus wendet.*

Das ist aber kein allmählicher »Übergang«, wobei der Parlamentarismus sich selber in sein Gegenteil verwandelt, sondern ein *Sprung*, praktisch ein *Staatsstreich*, durch den die bisherigen Inhaber der Bajonette durch den neuen Inhaber auf den Sand gesetzt werden. Dieser neue Inhaber, woher er auch kommen mag, kann sich nicht auf die demokratisch-parlamentarische Ideologie und auf Organisationen, die darauf aufgebaut sind, stützen, er muß diese Ideologie bekämpfen und die alten politischen und wirtschaftlichen Massen-Organisationen mit einer neuen Massen-Organisation stürzen und zerschlagen.

Was ist die praktische Folge dieses Unsinn? Dieselbe wie die von der Sozialdemokratie als dem linken Flügel des Faschismus: Die Unfähigkeit, die sozialdemokratischen Arbeiter, die noch auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie stehen, gegen ihre Führer und gegen den Faschismus zu mobilisieren und ihnen die Räte als das wirklich revolutionäre Gegenstück zum bürgerlichen Parlamentarismus begreiflich zu machen. Letzten Endes also die Isolierung von den breitesten proletarischen Massen.

Von dem sonstigen Unsinn Hermann Remmeles sei nur noch erwähnt, die Phantastereien von der bereits im Gang befindlichen, von der Partei geführten »Offensivstrategie«. Phantastereien, durch die man sich das wirkliche Heranführen der wirklichen proletarischen Massen an eine wirkliche Offensive erspart und die nur mit einem Sturz derer auf den Hintern enden können, die sich an solchem Phantasieren berauschen und sich mit souveräner Überlegenheit über den wirklichen Stand der Dinge *hinwegschwindeln*.

Weiter ist noch symptomatisch die Kriegserklärung an die Parteigenossen, denen an dieser angeblichen Offensive gerechte Zweifel aufsteigen.

»Die Partei«, donnert Remmele, »muß gegen solche Strömungen ebenso entschieden kämpfen, wie gegen die traditionellen Träger des rechten Liquidatoren- und des Versöhnertums. Die Partei kann ihre Aufgabe nicht erfüllen, *wenn sie diesen rückständigen, jede revolutionäre Strategie in der Gegenwart hemmenden Elementen die Durchführung ihrer Aufga-*

ben vertraut. Bei der Neuwahl der Organe der Partei dürfen darum nur die fortgeschrittensten Genossen, die das Wesen der offensiven Strategie erfaßt haben und sie in der Partei anwenden, zu Trägern der Parteiaufgaben gemacht werden.»

Da beginnt also ein neues Ketzengericht . . .

Oder vielleicht kommt es ganz anders. – Und unser Hermann Remmele wird nach den ersten Berührungen mit dem Erdboden und nach erhaltenem Kommando von oben, mit demselben Schneid gegen die »Offensivstrategie« losdonnern, in deren Namen er jetzt die Anne-Liese die tollsten Purzelbäume machen läßt und eine neue Ausschlußkampagne ankündigt.

Die Wurzeln und Ziele der Kapitaloffensive

(anonym) am 9. Oktober 1929

(Gegen den Strom, 2. Jg., Nr. 42)

In der Komintern hat sich der Brauch eingebürgert, daß bei jeder offiziellen Tagung, jedem Kongreß, jedem Parteitag eine neue Analyse konstruiert und neue Erscheinungen, neue Epochen, neue Perioden erfunden werden. Das ist kein Wunder bei einer Politik, deren Änderungen nicht auf wirklichen Ereignissen, sondern auf den unerforschlichen Ratschlüssen der obersten Instanzen beruhen. Wenn die Führerkunde die Richtlinie der Politik ist und nicht die Behandlung der aktuellen Fragen des Klassenkampfes, dann sind nicht die wirklichen Ereignisse, sondern die Tagungen der Instanzen die entscheidenden Wendepunkte der Weltgeschichte. Wir haben es nicht nötig, diesen Brauch mitzumachen. Die Reichskonferenz der Kommunistischen Opposition ist für uns kein Anlaß, aus dem Stegreif eine neue Politik zu entwickeln. Im Gegenteil. Sie soll uns nur in der Fortsetzung unserer bisherigen Politik bestärken.

Die wichtigste aktuelle Aufgabe der revolutionären Politik in Deutschland ist und bleibt die Organisation des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen die Kapitaloffensive. Während die offizielle Partei sich an ihren Schlagworten berauschte, von der »Offensive des Proletariats«, vom »revolutionären Aufschwung« usw. faselte, haben wir von Anfang an versucht, die wirklichen Tatsachen zu beleuchten. Jetzt erst entdeckt z. B. das ZK der KPD, daß es so etwas wie einen Young-Plan gibt. Wir haben schon seit Monaten auf die Aufgaben, die sich der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Reparationslösung der Bourgeoisie ergeben, hingewiesen.

Wir wollen hier nur einige Bemerkungen über den allgemeinen Inhalt und die allgemeinen Ziele der Kapitaloffensive in Deutschland machen. Daß diese Kapitaloffensive da ist, kann niemand bezweifeln, der ein Mindestmaß politischen Verständnisses besitzt. Wir beobachten sie auf allen Gebieten, auf politischem, auf sozialem, auf steuerlichem, auf kulturellem. Man kann aber nicht über die Kapitaloffensive mit dem Satz hinwegkommen, daß das Kapital stets bestrebt sei, die Lebenshaltung und die Rechte der Arbeiter anzugreifen. Wollen wir den Widerstand gegen die Kapitaloffensive richtig organisieren, so müssen wir uns über die *besonderen* Ziele, die

besondere Form und den besonderen Inhalt der gegenwärtigen Offensive des deutschen Kapitals klar werden.

Zur besonderen Lage des deutschen Kapitals gehört, daß der neue deutsche Imperialismus einstweilen viel mehr imperialistischen Heißhunger besitzt als Möglichkeiten und Mittel, ihn zu stillen. Die Notwendigkeit, sich Positionen auf dem Weltmarkt zu erobern, steht vor dem deutschen Kapital mit viel größerer Schärfe als vor seinen Rivalen. Die internationale Konkurrenz veranlaßt zur immer weiteren Anwendung neuer technischer Methoden, zur Rationalisierung, zum Ausbau der Betriebe. Aber jede neue Kapitalanlage erhöht den Widerspruch zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeiten. Jede Rationalisierungsmaßnahme, jede neue Anlage von Kapital wird begleitet von Stilllegungen, von einer Brachlegung von Kapital. Dieser Widerspruch zwingt die Kapitalisten, immer neue Anlagen zu machen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu werden. Während so auf der einen Seite ständig Kapital stillgelegt wird, überflüssig ist, herrscht auf der anderen Seite ein Heißhunger nach neuem Anlagekapital, ein Kapitalmangel.

Die Lage des deutschen Kapitals, das den Krieg verloren hat und durch die Inflation gegangen ist, zwingt es, seinen Kapitalmangel durch Einfuhr ausländischen Kapitals zu befriedigen. Das heißt, daß die deutschen Trusts ihre Extraprofite mit dem ausländischen Finanzkapital teilen müssen. Alle diese Momente veranlassen das deutsche Kapital, die *Lebenshaltung der Massen mit besonderer Wucht und in ganz besonders weitem Umfang anzugreifen*. Nach der Theorie des Sozialfaschismus ist die Arbeiteraristokratie, d. h. derjenige Teil der Arbeiter, der von der Bourgeoisie materiell an der kapitalistischen Entwicklung interessiert wird, der Hauptträger des faschistischen Angriffs, der Hauptträger der Kapitaloffensive. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Die besondere Zuspitzung der Klassenverhältnisse in Deutschland bahnt sich gerade aus dem Grunde an, *weil die deutsche Bourgeoisie nicht mehr wie in ihren besseren Tagen in der Lage ist, eine breitere Schicht der Arbeiterklasse an ihrem Wohlergehen durch Konzessionen zu interessieren*. Der Arbeiteraristokrat, der satte, zufriedene, verkleinbürgerlichte Arbeiter, ist die festeste Stütze der bürgerlichen Demokratie im imperialistischen Zeitalter. Das klassische Beispiel dafür ist England. Der Faschismus stützt sich nicht auf diese satten, zufriedenen kleinbürgerlichen Elemente, sondern gerade auf die deklassierten, ins Lumpenproletariat herabgesunkenen Schichten, die für ein billigeres Trinkgeld zu kaufen sind. Die italienischen Kommunisten haben mit Recht die faschistische Entwicklung in Italien aus der besonderen Lage des italienischen Kapitals erklärt, das sich u. a. nicht die Aufzucht einer Arbeiteraristokratie leisten konnte. Die Arbeiteraristokratie kann ihre besondere Rolle nur spielen, wenn sie sich auf

starke Arbeiterorganisationen stützt. Deshalb bedeutet die Zusammenarbeit mit der Arbeiteraristokratie für die Bourgeoisie die Gewährung von gewissen Rechten an die gesamte Arbeiterschaft. Das Charakteristische für die heutige Situation in Deutschland ist, daß die Bourgeoisie diejenigen Rechte und Positionen der Arbeiterklasse angreift, die zugleich auch die Stützpunkte des Einflusses der Arbeiteraristokratie sind. Die Bourgeoisie will die Sozialpolitik abbauen. Sie will die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung einschränken. Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde eine scharfe Attacke gegen die Wirtschaftsdemokratie geritten. Sicher glauben die Kapitalisten selbst nicht daran, daß die Wirtschaftsdemokratie zum Sozialismus führt. Sie stellen sich aber jetzt Ziele, die sie nicht mehr auf die Dauer in Gemeinschaft mit der reformistischen Bürokratie durchsetzen können. Man darf nicht vergessen, daß dem Unternehmer *gar keine Gewerkschaft lieber ist als eine reformistische Gewerkschaft*. Die heutigen Ziele der Kapitaloffensive, der Abbau der Sozialpolitik, der Angriff auf die Löhne, der radikale Abbau der Besitzsteuern, die Erhöhung der indirekten Steuern, sind gerade deshalb ein Nährboden für faschistische Tendenzen in der bürgerlichen Klasse, weil *sie sich auf die Dauer auch gegen die Arbeiteraristokratie und die Grundlagen ihrer sozialen Stellung richten*. Das wird in der Theorie des Sozialfaschismus verwischt und übersehen. Die Theorie des Sozialfaschismus operiert mit allgemeinen Phrasen, statt konkret den Widerstreit der Klasseninteressen in Deutschland zu untersuchen.

Die faschistischen Tendenzen in der Bourgeoisie äußern sich natürlich nicht überall direkt und unmittelbar. Sie kommen zum Ausdruck in der Konzentration der reaktionären Kräfte im Block Hugenberg-Hitler. Aber dieser Block wäre an sich noch kein Beweis für die faschistische Gefahr. Ein viel stärkerer Beweis ist das *einmütige Bekenntnis aller Fraktionen und Gruppen der Bourgeoisie zu den materiellen Zielen der Kapitaloffensive*. Wir sehen in der *Steuerfrage* eine Einmütigkeit von der »Frankfurter Zeitung« bis zu Hugenberg. Alle Fraktionen und Gruppen der Bourgeoisie haben sich hier mit den Interessen des Monopolkapitals identifiziert. Alle bürgerlichen Parteien vertreten heute im großen und ganzen dieselben Forderungen, die Forderungen des Monopolkapitals. Diese Parteien sind nur noch eine leere Form, denn ihnen entspricht nicht mehr der Widerstreit unter den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie. Geblieben sind noch traditionelle Fähnchen und Phrasen. Das Interesse, das dahinter steckt, ist überall gleichlautend. Es ist klar, daß diese materielle Solidarität der gesamten bürgerlichen Klasse mit der Großbourgeoisie, diese Aushöhlung des bürgerlichen Parteiwesens in einem bestimmten Augenblick in ein Bekenntnis zum Faschismus umschlagen kann, sobald der Rahmen der bürgerlichen Demokratie und des

parlamentarischen Parteischachers zur Durchsetzung dieser materiellen Ziele zu eng wird.

Der bürgerliche Staat ist das Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klasse. Er kann seine Rolle als Apparat zur Unterdrückung der ausgebeuteten Massen nur erfüllen, wenn er scheinbar eine unabhängige Stellung einnimmt. Er ist zugleich ein Mittel, um die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie auszugleichen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Er entwickelt, um Machtinstrument der bürgerlichen Klasse zu sein, gleichzeitig wirtschaftliche Funktionen, wird zu einer wirtschaftlichen Macht. Heute aber hat das Monopolkapital in Deutschland die bürgerliche Klasse auf seine Art, durch seine vorherrschende Stellung in der Wirtschaft unter einen Hut gebracht. Gewisse Funktionen des Staates werden dadurch für das Kapital überflüssig; übrig bleibt nur für sie das Bedürfnis nach Verstärkung des Gewaltapparats; die Verkleidung des Gewaltapparats aber erscheint als kostspieliges Vergnügen. Das Kapital strebt zur offenen Diktatur.

Die *Rolle der Koalitionspolitik* besteht darin, daß sie den faschistischen Tendenzen der Bourgeoisie in doppelter Weise vorarbeitet. Einmal übernimmt es die Sozialdemokratie, um ihren Koalitionsgenossen ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, *Teile der Kapitaloffensive durchzuführen*. Die Sozialdemokratie verschlechtert die Arbeitslosenversicherung, sie führt den Young-Plan durch, sie verspricht der Bourgeoisie ein Steuergeschenk von einer Milliarde. Die Sozialdemokratie verbietet revolutionäre Organisationen, bereitet reaktionäre Gesetze vor, die bestimmt sind, der Arbeiterklasse wichtige Rechte zu rauben. Zum anderen schafft die Sozialdemokratie durch die Enttäuschung der Massen über ihre Politik den Boden für die faschistische Demagogie, für die Entfaltung einer faschistischen Massenbewegung.

Die Rolle der KPD-Instanzen ist hier die von *unfreiwilligen Helfern der Sozialdemokratie und des Faschismus*. Durch die Ablehnung der Einheitsfronttaktik versperrt sie sich den Weg zu den Massen. Die mit der Koalitionspolitik unzufriedenen Arbeiter bleiben entweder bei der SPD oder laufen an der KPD vorbei – zum Faschismus.

Die Aufgabe der KPD-Opposition ist es, einen *wirklichen Widerstand der Massen gegen die Kapitaloffensive und gegen die faschistische Gefahr zu organisieren*. Die *Einheitsfronttaktik* ist die einzige Methode dazu. Wir müssen überall, bei jeder konkreten Äußerung der Kapitaloffensive, die Mittel und Wege zeigen, wie dieser Angriff abzuschlagen ist. Wir müssen den *schärfsten Kampf gegen die Koalitionspolitik führen*. Wir müssen zeigen, wie die Koalitionspolitik, die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie nur der Bourgeoisie nützt, wie sie die Voraussetzungen schafft für den faschistischen Generalangriff auf das Proletariat. Auf die Spaltung des

Proletariats durch die Koalitionspolitik antworten wir nicht mit der Abkapselung von den noch reformistisch gesinnten Arbeitern, sondern mit dem Ruf nach der Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Bourgeoisie, gegen das gesamte Kapital. Die nächste Aufgabe der Opposition ist die *Organisierung des Widerstandes gegen die Finanzreform*, durch die die Lasten des Young-Plans auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden sollen, *gegen die neuen indirekten Steuern, gegen die Drosselung der kommunalen Selbstverwaltung und der sozialen Leistungen der Kommunen*. In diesem Kampfe gelten unsere alten Losungen nach stärkerer Belastung der Besitzenden, Einstellung der Ausgaben für Rüstungszwecke, Rückzahlung der Subventionen, Bekämpfung der Steuerhinterziehung der Kapitalisten usw.

Im Kampfe gegen die konkreten Einzelerscheinungen der Kapitaloffensive müssen wir die *Propaganda für unsere grundsätzlichen Ziele* entfalten. Der Bankrott der bürgerlichen Demokratie, die Gefahr der faschistischen Diktatur muß zu einer *Propaganda der Räterediktatur* ausgenutzt werden. Der Bankrott der Wirtschaftsdemokratie, die Tatsache, daß das Monopolkapital sich die gesamte Wirtschaft und den gesamten Staat unterwirft, muß mit einer *Propaganda für die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse* beantwortet werden.



Faschismus, Bonapartismus und bürgerliche Demokratie

Peregrinus (Leo) am 22. Februar 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 8)

Die beiden Artikel der Genossen Reinhard und Jacobsen, die wir als Beitrag zur Plattformdiskussion in den letzten Nummern von »Gegen den Strom« veröffentlicht haben, sind ein Beweis für den ernstesten Willen, die aktuellen Probleme des Klassenkampfes in Deutschland theoretisch durchzuarbeiten. Die Auseinandersetzung mit den Zweifeln dieser Genossen an der Richtigkeit des Standpunktes des Plattformentwurfes in der Frage des Faschismus wird dazu beitragen, diese so wichtige Frage zu klären und wird uns helfen, die Formulierungen des Plattformentwurfes zu präzisieren.

So sehr auch die Auffassungen der Genossen Reinhard und Jacobsen voneinander abweichen, in einem Punkte sind beide derselben Ansicht. Sie leugnen eine Verbindung zwischen den Tendenzen der Politik der deutschen Großbourgeoisie und dem Anwachsen der faschistischen Bewegung. Sie bestreiten eine Entwicklung entscheidender Teile der deutschen Bourgeoisie zum Faschismus. Bekanntlich haben wir sowohl im Plattformentwurf als auch bei der Behandlung der gegenwärtigen politischen Entwicklung in Deutschland stets und unserer Ansicht nach mit voller Berechtigung auf die wachsenden faschistischen Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie hingewiesen. Es liegt auf der Hand, daß es sich hier um eine Frage handelt, die von entscheidender Bedeutung für unsere gesamte politische Arbeit ist.

Der Genosse *Reinhard* zitiert die auch vom Genossen Thalheimer erwähnte Stelle aus dem *Bürgerkrieg in Frankreich* von Karl Marx. Dort heißt es:

»Der Imperialismus (hier im Sinne von Bonapartismus) ist die prostituierteste und zugleich *die schließliche Form jener Staatsmacht*, die von der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft ins Leben gerufen war als das Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus, und *die die voll entwickelte bürgerliche Gesellschaft verwandelt in ein Werkzeug der Knechtung der Arbeit durch das Kapital.*«

Der Genosse Reinhard setzt neben dieses Marxsche ein Engelsches Zitat, in dem es heißt, daß das Kapital in der demokratischen Republik seine Macht indirekt aber um so sicherer ausübe.

Genosse Reinhard ist nun, wenn wir ihn recht verstehen, der Ansicht, daß die deutsche Großbourgeoisie keine Veranlassung habe, die bürgerliche

Demokratie, in der ihre Herrschaft gesichert sei, zugunsten des Faschismus preiszugeben. Zum Faschismus greift die Bourgeoisie nach dem Genossen Reinhard nur in einer Situation, »wo das Proletariat sich ansammelt, die Bourgeoisie niederzuwerfen«. Es sei zwar heute eine wachsende faschistische Gefahr in Deutschland vorhanden, aber das Großkapital denke nicht daran, der faschistischen Bewegung die Diktatur zu überlassen, sondern wolle diese faschistische Bewegung lediglich zur weiteren Festigung seiner demokratischen Diktatur, seiner Klassenherrschaft im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ausnützen.

Aus dem erwähnten Marxschen Zitat geht hervor, daß Marx den Bonapartismus als die letzte Form der bürgerlichen Staatsmacht auffaßte, deren andere Form die bürgerliche Demokratie ist. Was die Bourgeoisie stets und überall braucht, ist »jene Staatsmacht«, die »ein Werkzeug der Knechtung der Arbeit durch das Kapital« ist, d. h. der staatliche Gewaltapparat, der die Profitmacherei schützt. Die kapitalistische Staatsmacht, Bürokratie, Heer, Polizei usw. ist also das Wesentliche. Demokratie und Faschismus sind nur die Formen dieser Staatsmacht. Es ist nun klar, daß die Bourgeoisie die Formen dieser Staatsmacht nicht wie Kleidermoden wechselt, sondern nur, wenn sie durch objektive Ursachen, durch ihre Klasseninteressen, durch die Klassenverhältnisse dazu genötigt wird.

Die parlamentarisch-demokratische Herrschaft der Bourgeoisie setzt voraus, daß sie die Massen zur Unterstützung dieser Herrschaftsform gewinnen kann. Das geschah in der Frühzeit der bürgerlichen Demokratie durch gewisse Konzessionen an das Kleinbürgertum, später vor allem durch Konzessionen an die Arbeiteraristokratie, die gegenwärtig der stärkste Pfeiler der bürgerlichen Demokratie ist. Heute sehen wir einen Generalangriff der deutschen Kapitalisten auf jene Positionen der Arbeiterklasse, die es der verkleinbürgerlichten Oberschicht dieser Klasse der Arbeiteraristokratie ermöglicht hat, sich feste Stützpunkte in der heutigen Gesellschaft zu schaffen: das sind Sozialpolitik und Gewerkschaften.

Die Bourgeoisie gewährt keine Konzessionen mehr; sie baut ab. Durch die heutige Kapitaloffensive werden so die objektiven Grundlagen der bürgerlichen Demokratie unterwühlt. An einem bestimmten Punkt muß dieser Generalangriff der Bourgeoisie den Rahmen der bürgerlichen Demokratie sprengen. Das Großkapital wird, solange es geht, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und mit Hilfe der Sozialdemokratie die Rechte der Arbeiter abbauen. Will sie aber den Generalabbau der Sozialpolitik durchsetzen, will sie die ökonomischen Ziele erreichen, die heute von allen bürgerlichen Richtungen, von der »Frankfurter Zeitung« bis Hitler vertreten werden, dann muß sie schließlich und endlich alle Arbeiterorganisationen niederrennen.

Wenn der Genosse Reinhard meint, nur dann, wenn das Proletariat sich anschicke, die Bourgeoisie niederzuwerfen, bekehre sich das Kapital zum Faschismus, so ist das eine durchaus abwegige Auffassung. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß der Aufschwung und der Sieg des Faschismus überall nicht auf Grund eines revolutionären Aufschwungs erfolgt, sondern auf Grund der Niederlage der Revolution. Der Sieg des Faschismus setzt nicht nur die Diskreditierung des Reformismus und der bürgerlichen Demokratie überhaupt voraus, sondern auch die Diskreditierung der revolutionären Partei; nicht eine stürmische Angriffsbewegung des Proletariats, sondern seine Enttäuschung, seine Verzweiflung, seinen Unglauben an die Möglichkeit einer selbständigen Klassenbewegung. Wenn der revolutionäre Aufschwung da ist, dann schart sich, wie Engels gesagt hat, und wie alle geschichtliche Erfahrung zeigt, die gesamte Bourgeoisie um die »reine Demokratie«, dann reden sogar Generaldirektoren vom Sozialismus. Ist aber der Ansturm des Proletariats gescheitert, ist die Arbeiterklasse zerfleischt und enttäuscht, dann greift die Bourgeoisie zur Rache, dann gibt sie bonapartistischen oder faschistischen Gesellschaftsrettern die Möglichkeit, die Revolution und den Sozialismus in Gestalt selbst der zahmsten spießbürgerlichen Reformen zu bekämpfen, um sich nach der vergangenen Furcht vor zukünftigen Überraschungen zu sichern. Der Aufschwung des Faschismus setzt also nicht einen vorhandenen, sondern einen bereits vergangenen revolutionären Aufschwung voraus. Er setzt weiter voraus, daß die Bourgeoisie nicht für *heute*, sondern für die *Zukunft* mit einem neuen derartigen Aufschwung rechnet. Die faschistische Diktatur ist also gewissermaßen der *präventive* Bürgerkrieg.

Der Sieg des Faschismus hat also nicht die Stärke der subjektiven Faktoren der Revolution zur Voraussetzung, sondern ihre Schwäche. Er hat allerdings zur Voraussetzung den objektiv-revolutionären Charakter der Epoche, d. h. die Tatsache, daß wir in der Zeit des Niedergangs des Kapitalismus leben. Der revolutionäre Prozeß entwickelt sich im niedergehenden Kapitalismus nicht in der Weise, daß eine automatische regelmäßige Stärkung der revolutionären Kräfte erfolgt. Diese Stärkung hängt wesentlich von der Tätigkeit der Partei ab und kommt keineswegs von selbst. Die Zuspitzung der Widersprüche im niedergehenden Kapitalismus äußert sich darin, daß die herrschende Klasse ihre Macht nicht mehr in der alten Weise aufrechterhalten kann, daß sie gezwungen ist, das gesellschaftliche Gefüge von sich aus zu zersetzen. Marx sagte einmal, daß der Fortschritt der Revolution sich in der Herausbildung der Konterrevolution äußere. Das ist der wahre Zusammenhang zwischen der revolutionären Entwicklung und dem Aufkommen des Faschismus.

Wenn wir von faschistischen Tendenzen der Großbourgeoisie sprechen, so

handelt es sich hier nicht um die *bewußten* Absichten eines Teiles dieser Großbourgeoisie, sondern noch viel mehr um die objektiven Konsequenzen der Politik der anderen Teile. Es ist verkehrt, die bürgerliche Politik danach zu beurteilen, wie sie sich im Kopfe der bürgerlichen Politiker spiegelt, danach was diese zu tun vorgeben. Die Politik der Bourgeoisie muß auf Grund der objektiven Klasseninteressen der Bourgeoisie bewertet werden. Es kommt nicht darauf an, ob die Großbourgeoisie heute einen faschistischen Staatsstreich will oder nicht. Es kommt darauf an, ob ihre Klasseninteressen, ob die Politik, die sie heute treibt, diese Konsequenzen haben müssen.

Der Genosse Reinhard gibt selbst zu, daß die Großbourgeoisie die faschistischen Organisationen unterstützt, und daß diese Organisationen wachsen. Das Aufkommen einer starken faschistischen Massenbewegung, die ja nur auf Kosten der Arbeiterorganisationen wachsen kann, muß aber an einem bestimmten Zeitpunkt den faschistischen Staatsstreich notwendigerweise auf die Tagesordnung stellen, ganz gleich ob die Bourgeoisie das heute bewußt anstrebt oder nicht. Als die italienische Bourgeoisie begann, Mussolini zu unterstützen, dachte sie keineswegs daran, ihm die Diktatur zu übertragen. Ihre ökonomischen Interessen zwangen sie, eine Massenbewegung gegen die Arbeiterorganisation aufzuziehen. Als diese Massenbewegung stark genug war, ergab sich der Staatsstreich als die natürliche Folge, wenn auch gewisse Kreise des italienischen Großkapitals keineswegs davon entzückt waren, einen Diktator von so zweifelhafter Herkunft wie Mussolini zu erhalten. Objektiv ergab sich der Sieg des Faschismus, notwendig aus der Lage und den Interessen der italienischen Bourgeoisie. Nimmt man aber die bewußten Handlungen der Bourgeoisie, so erscheint der Sieg Mussolinis als ein Glied in einer Kette von Zufällen. Es wäre lächerlich sich vorzustellen, daß die italienischen Kapitalisten in dem Augenblick, als sie die Banden Mussolinis zum erstenmal zur Niederschlagung von Streikenden ausschickten, gedacht hätten, daß dieser ihr Schritt zu einer faschistischen Diktatur führen müsse. Hätte man ihnen das damals gesagt, sie hätten das für einen guten Witz gehalten.

Seinen Ansichten und unmittelbaren Absichten nach ist z. B. *Schacht* wohl kein Faschist. Aber sein Vorstoß gegen die Regierung war objektiv ein Ausdruck der heute anwachsenden faschistischen Tendenzen, war objektiv eine Vorschubleistung für den Faschismus. Das wird wohl auch der Genosse Reinhard nicht bestreiten.

Wenn wir von einem faschistischen *Staatsstreich* sprechen, so denken wir nicht an einen Staatsstreich im juristischen Sinne, sondern an den politischen Begriff. Der juristische Begriff des Staatsstreichs ist der vollendete und erfolgreiche Hochverrat, d. h. die Änderung des bisherigen verfassungsmä-

ßigen Rechtszustandes. Der politische Begriff des Staatsstreichs kann mit dem juristischen zusammenfallen, braucht es aber nicht. Mussolini hat die Verfassung erst einige Jahre nach seinem Staatsstreich geändert, in Polen ist sie noch heute nicht geändert. Wesentliches Moment des Staatsstreichs ist der Gewaltakt, durch den sich die ausführende Gewalt von der gesetzgebenden, d. h. vom Parlament, unabhängig macht und die tatsächliche Außerkraftsetzung der demokratischen Rechte. Ob das auch paragraphenmäßig festgelegt wird oder nicht, d. h. ob die legale Form gewahrt wird oder nicht, tut nichts zur Sache.

Auch die bürgerliche Demokratie kann nicht ohne eine ständige Gewaltanwendung gegen die ausgebeuteten Massen und eine fortwährende Außerkraftsetzung von demokratischen Rechten auskommen. Das beste Beispiel ist die deutsche Republik mit dem § 48, dem Republiksschutzgesetz, den Presse- und Organisationsverboten usw. Aber die bürgerliche Demokratie setzt die demokratischen Rechte von Fall zu Fall oder in beschränktem Maße außer Kraft. Der Unterschied zwischen Demokratie und Faschismus besteht nicht darin, daß die Demokratie gewaltlos ist, während der Faschismus Gewalt anwendet. Wer, wie die Komintern, jede Gewalttat gegen die Arbeiterklasse als Faschismus bezeichnet, idealisiert dadurch die bürgerliche Demokratie. Das Charakteristische des Faschismus besteht darin, daß er die systematische und allgemeine Rechtlosmachung der Massen ist, daß er die demokratischen Rechte nicht einzeln und von Fall zu Fall, sondern generell außer Kraft setzt. Von diesen demokratischen Rechten sind für die Arbeiterklasse die wichtigsten die Freiheit der Organisation, der Presse und des Streiks. Der Faschismus zerschlägt alle selbständigen Organisationen der Arbeiterklasse, auch die reformistischen.

Es ist deshalb falsch, anzunehmen, daß die bürgerliche Demokratie unmerklich in den Faschismus übergehe, d. h. eigentlich mit ihm identisch sei, wie das die Theoretiker des »Sozialfaschismus« behaupten. Es ist aber auch unrichtig, nicht zu sehen, daß die Diktaturtendenzen des Großkapitals in einem bestimmten Augenblick den Rahmen der bürgerlichen Demokratie sprengen müssen. Das vergißt der Genosse Reinhard.

Der Genosse *Jacobsen* sieht im Faschismus eine selbständige Bewegung des *Kleinbürgertums*, die nicht ohne weiteres die Klasseninteressen des Großkapitals vertritt, ja, diese Klasseninteressen teilweise sogar bekämpft.

Genosse *Jacobsen* weiß, daß Marx der Ansicht war, der Kleinbürger könne in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, zwischen den beiden Hauptklassen: Bourgeoisie und Proletariat, keine selbständige Politik betreiben. Genosse *Jacobsen* hilft sich aus der Verlegenheit, indem er den sogenannten neuen Mittelstand auf Kosten des alten idealisiert und herausstreicht. Der Kleinbürger der 50er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts war seiner

Ansicht nach beschränkt und feige, während der heutige Kleinbürger einen weiteren Gesichtskreis besitze, und überdies im Kriege gelernt habe, mit Waffen umzugehen. Diese Geschichtsbetrachtung stimmt nicht ganz. Das beschränkte und feige Kleinbürgertum des 19. Jahrhunderts hat immerhin eine wirklich revolutionäre kleinbürgerliche Demokratie hervorgebracht und den alten feudalen Gewalten Barrikadenschlachten geliefert, während das heutige Kleinbürgertum, soweit es nicht auf den Standpunkt des revolutionären Proletariats übergang, was bisher nur in seltenen Fällen der Fall war, seinen weiten Gesichtskreis in einer Unterstützung der imperialistischen Expansion und seinen Mut in einem begeisterten Kadavergehorsam in den Armeen des Großkapitals äußerte. Die Charakteristik des Kleinbürgertums, die uns Genosse Jacobsen liefert, stimmt also nicht.

Wir ziehen es deshalb vor, bei Marx zu bleiben. Eine kleinbürgerliche Politik kann in der bürgerlichen Gesellschaft nur den Interessen der großen Bourgeoisie dienen, ganz gleich, ob die kleinbürgerlichen Politiker sich dessen bewußt sind oder nicht. Die kleinbürgerliche Ideologie – und auch die Ideologie des Faschismus – gibt sich natürlich antikapitalistisch. Aber ihr Antikapitalismus ist reaktionär und deshalb undurchführbar. Er ist eine reaktionäre Utopie. Er will die kapitalistische Ausbeutung nicht bekämpfen, indem er die kapitalistischen Verhältnisse überhaupt aufhebt, sondern indem er diese Privateigentumsverhältnisse auf ein bereits überwundenes Stadium zurückschraubt. Dieser reaktionären antikapitalistischen Utopie entspricht deshalb eine reaktionäre prokapitalistische Praxis; jede rückschrittliche Politik im kapitalistischen Staat dient den kapitalistischen Scharfmachern und damit der kapitalistischen Ausbeutung.

Genosse Jacobsen behauptet, der Faschismus sei das im Besitz der Macht befindliche Kleinbürgertum. Der Faschismus habe die Herrschaftsform der Großbourgeoisie zertrümmert. Genosse Jacobsen lehnt die Parallele zwischen Faschismus und Bonapartismus ab.

Wir halten diesen Vergleich *im wesentlichen*, natürlich nicht in allen Einzelheiten für durchaus zutreffend. Was Genosse Jacobsen dagegen anführt, ist durchaus unrichtig.

Die soziale Demagogie des Bonapartismus, der Versuch, allen Klassen zu schmeicheln, ihnen Versprechungen zu machen, trifft, wie das der Genosse Schreiner in seinen Aufsätzen nachgewiesen hat, im vollen Umfange auch für den Faschismus zu.

Wenn der Genosse Jacobsen bestreitet, daß der Faschismus sich wie der Bonapartismus auf deklassierte Elemente stütze, so tut er es wahrscheinlich deshalb, weil er den Begriff des Deklassiertseins allzu eng faßt. Nicht jeder deklassierte Kleinbürger muß unbedingt Zuhälter oder Dieb sein; das war auch in der Dezemberbande Napoleons III. nicht der Fall. Genosse Jacobsen

weiß aber wohl selber, welche Massen von Kleinbürgern gegenwärtig deklassiert, d. h. ihrer früheren Existenzgrundlage beraubt sind.

Daß Napoleon III. sich auf die Armee stützte, während Mussolini sich seiner Miliz bedient, ist nur ein formaler Unterschied. Die Behauptung, daß der italienische Faschismus nicht die Korruption als Regierungsmethode kenne, wie der Bonapartismus, beruht auf einfacher Unkenntnis der Tatsachen.

Der Vergleich mit dem Bonapartismus ist für uns aber aus dem Grunde wichtig, weil wir dadurch die Ergebnisse der genialen Analyse von Marx für die Untersuchung des Faschismus dienstbar machen können.

Auch sonst hat Genosse Jacobsen unrecht.

Der Faschismus zertrümmert zwar die Herrschaftsform der Bourgeoisie, aber nur die Form. Die kapitalistische Staatsmacht, den Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie zertrümmert er nicht, er stärkt ihn, er baut ihn aus. Im Besitz der wirklichen Macht ist deshalb unter dem Faschismus nicht das Kleinbürgertum, sondern das Großkapital.

Unserer Ansicht nach ist der Faschismus die gefährlichste Form der *Kapitalsoffensive*. Nach Ansicht des Genossen Reinhard ist sie nur eine Nebenerscheinung dieser Offensive. Nach Ansicht des Genossen Jacobsen gar eine kleinbürgerliche Rebellion gegen diese. Eine solche falsche Einschätzung des Charakters der faschistischen Gefahr und ihrer Tragweite muß uns hindern, die Massen gegen die Kapitalsoffensive zu mobilisieren. Der Sieg des Faschismus ist nicht unvermeidlich. Aber er kann nur verhindert werden durch die Gegenwehr des Proletariats. Dazu aber muß die Gefahr im vollen Umfange erkannt werden. Beim Genossen Reinhard verschwindet die faschistische Gefahr aus dem Blickfeld. Seine Auffassung ist eine Umkehrung der Theorie des »Sozialfaschismus«, die vor lauter »Faschismen« den eigentlichen Faschismus nicht sieht. Mit Argumenten nach Art des Genossen Jacobsen haben die polnischen Kommunisten seinerzeit den faschistischen Staatsstreich Pilsudskis unterstützt. Wir müssen uns davor hüten, ähnliche Fehler zu machen.

Über die Perspektiven der Entwicklung des Faschismus in Deutschland

Wir bringen zunächst die folgenden Bemerkungen des Genossen Schlamm (Wiert) zum Abdruck, um uns dann kritisch mit ihm auseinanderzusetzen. (Red. »Gegen den Strom«)

EINIGE BEDENKEN

W. Schlamm am 26. April 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 17)

Diese Zeilen wollen *nicht* ein theoretischer Beitrag zur Diskussion über Probleme des Faschismus sein. (Unsere österreichischen Erfahrungen verpflichten uns allerdings zur Teilnahme an der – bisher schon sehr ergiebigen – Selbsterklärungsarbeit in »Gegen den Strom« und wir werden diese Verpflichtung demnächst einlösen.) Diese Zeilen sollen nur einige Bedenken formulieren, die wir gegen die *konkrete* Stellungnahme des »Strom« zur *gegenwärtigen* Lage in Deutschland vorzubringen haben.

Es scheint, daß innerhalb der KPD-O gewisse Neigungen bestehen, Spannung und Reife der gegenwärtigen politischen Situation Deutschlands zu überschätzen. Selbstverständlich hüten wir uns, aus der – allerdings nicht allzugroßen – Entfernung ein leichtfertiges Urteil über die deutsche Lage zu fällen. Aber Österreich hat ja eine ähnliche politische Entwicklung vorweggenommen und das berechtigt uns wohl, auf einige Momente aufmerksam zu machen.

Unsere Gruppe hat im Vorjahre den schärfsten Kampf gegen die wahnwitzige Idiotie der »Linie« geführt, die anlässlich der bekannten Vorgänge in Österreich die Situation als reif für den Kampf um die Macht erklärte. Die KPD-O hat uns darin sehr wirksam unterstützt. Aber heute, da sich in Deutschland eine gewisse Umstellung in den Regierungsmethoden der Bourgeoisie vollzieht (offenbar keineswegs so weitstehend wie vorher in Österreich), kennzeichnet die Tageszeitung eurer Gruppe am 4. April in einem sonst wirklich ausgezeichneten Leitartikel die politische Lage mit folgendem Schlußsatz:

»Die Zeit duldet keinen Aufschub. Es geht um die Frage, wer in Deutschland herrschen soll: *der Faschismus oder die Arbeiterklasse.*« (Hervorhebung von der »Arbeiterpolitik«)

Das kann keinen anderen Sinn haben wollen als den, daß »ohne Aufschub« der Kampf um die Macht auf der Tagesordnung sei. Ist das in Deutschland

der Fall? Gegen eine solche (m. E. grundfalsche) Meinung wäre erst dann zu polemisieren, würde sie aufrechterhalten werden.

Es fiel mir überhaupt nicht ein, auf die zitierte Stelle aufmerksam zu machen, dürfte man annehmen, daß es sich um eine jener berühmten Entgleisungen handelt, die ja wirklich jedem dazwischenlaufen können. Aber gegen diese Annahme spricht manches aus dem Leitaufsatz in »Gegen den Strom« Nr. 14 vom 5. April. Dort heißt es z. B.:

»Von der heutigen Präsidentenregierung geht der gerade Weg zur faschistischen Diktatur...«, von dem verfassungsmäßigen Regime des Artikel 48 führt der Weg zum faschistischen Staatsstreich.«

Ein leichtfertiger Prolet wäre man, wollte man jede Möglichkeit einer solchen Entwicklung apodiktisch leugnen. Aber marxistische Politik besteht ja nicht in der Aufzählung aller möglichen Eventualitäten; sie muß sich – gestützt auf eine ernste Analyse der wirklichen Klassenkräfte – entschließen können, aus all den Möglichkeiten die *wahrscheinlichste* zu erkennen. Und da scheint die Prognose des »geraden Weges« etwas gewagt. Mit den »geraden Wegen« hat es ja überhaupt so seine eigene Bewandnis. Die Bourgeoisie, solange ihr *nicht* sämtliche Manöverfähigkeiten abgeschnitten sind, geht in ihrer Politik *nicht* den »geraden Weg«; sie geht in jedem Augenblick gerade dorthin und gerade so weit, wo und wie weit sie mit den geringsten Risiken den jeweils größten Erfolg erzielen kann. Das heißt konkret, die deutsche Bourgeoisie hat sich m. E. mit der Einsetzung des Brüning-Kabinetts absolut noch nicht verpflichtet, den »geraden Weg« »zur faschistischen Diktatur« zu gehen. Wer sich darauf festlegt, könnte noch seine blauen Wunder erleben, etwa mit einer nicht allzufernen Wiederkehr der Koalitionspolitik.

Da sagt aber der fragliche Leitaufsatz, man dürfe eben nicht das formale Problem der faschistischen Diktatur für entscheidend halten, sondern den faktischen Inhalt der gegenwärtigen Politik der Regierung; und der habe die offene Tendenz zum Faschismus.

Mit Verlaub: Der Faschismus ist aber ein sozusagen »formales« Problem; denn Faschismus – das ist ein System von ganz bestimmten *Formen, Methoden, Ausdrucksmitteln* kapitalistischer Politik. Nicht ihr *Inhalt* ändert sich auf dem Wege von der Demokratie zum Faschismus, dieser Inhalt ist vielmehr – eine Fibelweisheit – stets der gleiche Drang nach größtmöglichem Profit. Auf die *Formen*, in denen sich dieser Drang ausleben darf, kommt es an!

Und darum ist es ein recht schiefes Argument, sagt man:

»Wenn wir vom faschistischen Staatsstreich sprechen, so denken wir nicht an die juristische Seite der Frage, sondern an die politische, klassenmäßige.«

Das klingt gut, marxistisch, also bestrickend, aber es ist m. E. falsch. Im

durchkapitalisierten Deutschland bedeutet ein faschistischer Staatsstreich nicht, daß eine »dritte« Kraft sich siegreich in den Klassenkampf mengt und die bisherige Politik der Bourgeoisie einen anderen Inhalt bekommt, sondern er bedeutet, daß die bisherige Politik mit *anderen Formen* fortgesetzt wird. Umgekehrt bedeutet eine verfassungsmäßige Verschärfung der bisherigen Bourgeoisiepolitik eben nicht den faschistischen Staatsstreich. Wenn die bürgerliche Demokratie in bestimmten Situationen diese oder jene Maske lüftet, hört sie nicht auf bürgerliche Demokratie zu sein, die ja in jeder Maske eine ausschließliche Herrschaft des Kapitalismus und seiner Interessen ist. Ich glaube, man sollte mit der verächtlichen Ablehnung der »formalen, juristischen« Bestimmungsgründe des Faschismus und des faschistischen Staatsstreiches etwas vorsichtiger umgehen.

Der fragliche Leitsatz behauptet:

»Um dieses (ihr) Programm durchzuführen, durchlöchert die Bourgeoisie das parlamentarische System.«

Daß die Bourgeoisie ihr Programm *mit* dem Parlament durchführen kann, beweist die (nicht jeden »überraschende«) parlamentarische Mehrheit für das Brüning-Kabinett. Aber noch mehr wird das durch die Müller-Regierung bewiesen, die während ihrer fast zweijährigen Existenz in höchst parlamentarischen Formen das kapitalistische Programm durchgeführt hat. Es wird doch wohl niemand behaupten wollen, daß die Müller-Regierung für ihre Kapitulationen vor dem Finanzkapital auch nur die allergeringste Gegengabe für die Arbeiter herausgeholt hat. Und trotzdem, die SPD würde, käme es nach diesen ihren Heldentaten demnächst zu Neuwahlen, dennoch nicht erheblich unter ihre 9 Millionen Stimmen fallen. Das findet seine Erklärung freilich nicht zuletzt in der katastrophalen Politik der KPD; aber mit diesem unglückseligen Faktor dürfen eben Bourgeoisie und Sozialdemokratie rechnen. Die Beweisführung des angegriffenen Leitaufsatzes in »Gegen den Strom«:

»Das parlamentarische System beruht darauf, daß die regierenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien die Massen durch kleine Konzessionen für die Unterstützung der großen Raubzüge des Kapitals gewinnen. Das heutige Programm der Bourgeoisie macht Schluß so gut wie mit allen Kompromissen an die Massen, läßt so gut wie keinen Spielraum mehr übrig für die parlamentarische Demagogie.«

– diese Beweisführung ist nur sehr bedingt richtig. Erstens, glaube ich, ist es falsch, daß das parlamentarische System auf Konzessionen an die Massen beruht. Solche Konzessionen werden nur in Zeiten revolutionärer Bedrohung der Kapitalherrschaft gemacht; ebbt der revolutionäre Aufstieg ab, dann nimmt dasselbe parlamentarische System, das sie notgedrungen gemacht hat, diese Konzessionen wieder restlos zurück. Die Rücknahme der

Konzessionen ist für den Parlamentarismus mindestens ebenso wesentlich wie ihre Gewährung. Zweitens scheint mir die Behauptung unrichtig, daß das heutige Programm der Bourgeoisie so gut wie keinen Spielraum mehr für die parlamentarische Demagogie übrig läßt. Seit 1923 haben wir sowohl in Deutschland wie in Österreich einen im Wesen »kompromißlosen« Zustand, d. h. die Sozialdemokratie bekam seither für ihre Knechtsdienste so gut wie nichts mehr bezahlt. Trotzdem hat sie sich – durchaus darin von der Bourgeoisie freundlich unterstützt – durch raffinierte parlamentarische Demagogie die Massenbasis erhalten können. Es würde eine sehr gefährliche und absolut unzulässige »Vereinfachung« der Perspektive bedeuten, wollten wir für die nächste Periode die Möglichkeit solcher parlamentarischer Demagogie leugnen. Wären die Dinge so einfach, dann wäre revolutionäre Politik ein Kinderspiel, in dem also sogar der Remmele mitspielen dürfte.

Endlich noch ein Wort über eine reichlich unklare und sehr zweideutige Stellungnahme des angegriffenen Aufsatzes zur Frage der »Verteidigung des Parlamentarismus«. Derselbe Aufsatz, der behauptet, daß in Deutschland gegenwärtig nicht etwa »nebensächliche Formen« des Parlamentarismus, sondern sehr materielle »demokratische Rechte« der Arbeiterklasse auf dem Spiele stehen, behauptet:

»Die revolutionäre Arbeiterschaft kann es ruhig den linksbürgerlichen und sozialdemokratischen parlamentarischen Kretins überlassen, die Trümmer des deutschen Parlamentarismus wieder zu leimen... , daß es heute nicht gilt, die Agonie des Parlamentarismus zu verlängern...«

Freilich, die revolutionäre Arbeiterschaft hat ohne Zweifel die Demaskierung der bürgerlichen Demokratie zu einer wirksamen *Agitation* gegen diese und für eine revolutionäre Lösung auszunützen. Sie ist alles eher als ein Sachwalter des Parlamentarismus. Aber ich fürchte, daß die zitierten Formulierungen etwas unglücklich sind. In ihrer Konsequenz würden sie besagen, daß die revolutionäre Arbeiterschaft an einer weiteren Zertrümmerung der demokratischen Rechte des Proletariats geradezu interessiert ist, damit die »Agonie des Parlamentarismus« nur ja nicht verlängert werde. Sie würden weiter besagen, daß die revolutionäre Arbeiterschaft keine Ursache hat, die gefährdeten demokratischen Rechte zu verteidigen, sondern nur noch die Aufgabe, direkt auf die revolutionäre Lösung hinzuarbeiten. Und hier schließt sich der Kreis: unsere Kritik begann ja an bedenklichen Äußerungen, die genau das vertreten. Man sieht, daß es sich nicht um eine gelegentliche Entgleisung, sondern um ein System handelt.

Zusammenfassend: es herrscht völlige Übereinstimmung, daß die deutsche Arbeiterklasse einem *verschärften* Angriff der Konterrevolution ausgesetzt, durch den Abbau lebenswichtiger Rechte bedroht ist. Bestritten ist aber, daß dieser Angriff schon die bürgerliche Demokratie sprengt (die ja eben nicht

die Summe demokratischer Rechte, sondern die entwickeltste Herrschaftsform der modernen Bourgeoisie ist), Faschismus ist oder auf »geradem Wege« zu ihm führt. Unbezweifelt ist die Richtigkeit eines Teiles eurer taktischen Konsequenzen.

GRUNDLAGEN UND WEGE DER FASCHISTISCHEN ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

August Thalheimer am 26. April 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 17)

Wir haben die vorstehenden Bemerkungen des Genossen Schlamm deshalb wiedergegeben, weil anzunehmen ist, daß ähnliche Bedenken auch anderwärts auftauchen und weil von der Beurteilung der Entwicklung des Faschismus in Deutschland *taktische Folgerungen der ernstesten Art abhängen*.

1. Was ist die Regierung Brüning?

Wir hatten behauptet: »Um dieses (ihr) Programm durchzuführen, durchlöchert die Bourgeoisie das parlamentarische System.«

Dem Genossen Schlamm scheint es offenbar falsch, daß die Regierung Brüning bereits eine Durchlöcherung des parlamentarischen Systems bedeutete. Denn es hat ja noch eine *parlamentarische Mehrheit* für diese Regierung gegeben.

Hier ist der Kritiker das Opfer einer rein formalen Betrachtungsweise. Ihre Verkehrtheit wird sofort klar, wenn man sich erinnert, daß sowohl Pilsudski als auch Mussolini noch geraume Zeit *parlamentarische Mehrheiten* hatten, obwohl ihre Diktaturen bereits feste und unbestrittene Tatsachen waren. Man darf auch daran erinnern, daß, als Louis Bonaparte seinen Kampf gegen das Parlament und die parlamentarische Republik begann, sein Kabinett noch eine Mehrheit im Parlament hatte und daß es trotzdem von Marx bereits – mit Recht – als »nichtparlamentarische Regierung« bezeichnet wurde.

Entscheidend für den parlamentarischen oder nichtparlamentarischen Charakter der Regierung ist also *nicht*, ob sie sich noch auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann oder nicht (im letzteren Fall haben wir es bereits mit einer *gegenparlamentarischen* Regierung zu tun), sondern ob die Regie-

rung, ihre *Zusammensetzung* und ihre *Politik*, vom Parlament, von der gesetzgebenden Körperschaft her bestimmt wird, oder ob umgekehrt die *Exekutivgewalt* (durch außerparlamentarische Macht- und Druckmittel) Zusammensetzung und Politik der Regierung bestimmt und die Überhand über die Legislative, das Parlament gewonnen hat. Die entscheidende Frage ist also hier: »Wer wen?« – Wer hat wen in der Hand, welche Macht ist die stärkere, die bestimmende, die ausführende oder die gesetzgebende Gewalt?

Wo stehen wir nun in dieser Hinsicht heute in Deutschland?

Die Tatsachen sind folgende:

1. Bereits die *Zusammensetzung* der Regierung Brüning wurde von der Exekutivgewalt und zwar vom *Reichspräsidenten* bestimmt. Und zwar geschah das *ostentativ*. Der Reichspräsident ließ kundtun, daß die Regierung Brüning nicht *koalitionsgebunden* sein solle und daß *unter dieser Voraussetzung* Brüning die Zusammensetzung der Regierung übernommen habe. »Nicht koalitionsgebunden« ist aber in der gegebenen Lage nur ein verschleierter Ausdruck für »nicht gebunden an das Parlament«.
2. Das *Ostprogramm* der Regierung wie ihr *Agrarzollprogramm* wurden ihr und dem Parlament vom Reichspräsidenten *vorgeschrieben*.
3. Die Regierung erhielt vom Präsidenten im Falle des Konflikts mit dem Parlament die Vollmacht, dieses aufzulösen und *ohne Reichstag*, mit dem Artikel 48, nicht die oder jene Einzelmaßregel, sondern ein umfassendes Gesetzgebungswerk durchzuführen. Die Regierung erzielte also die parlamentarische Zustimmung nur durch die Drohung der Exekutivgewalt, im Falle des Konflikts über das Parlament und seinen Willen hinwegzugehen.

Es ist also kein Zweifel, daß die formale Zustimmung der Parlamentsmehrheit die Folge des überlegenen Drucks der Exekutivgewalt ist. Indem das Parlament *formal* den Schein seiner Macht aufrechterhält, hat es sich materiell bereits als die unterlegene Macht anerkannt. *Formal* ist hier alles noch in »parlamentarischer Ordnung«, materiell liegt schon der *Beginn* einer anderen »Ordnung«, das *Kommando der Exekutivgewalt*, in diesem Falle des Reichspräsidenten und der von ihm abhängigen Regierung, vor.

4. Aber wie sieht nun die »parlamentarische Mehrheit« aus, die der Regierung ihre Zustimmung gab? Diese Mehrheit kam nur zustande durch die Zustimmung der Deutschnationalen – die *nicht auf dem Boden des parlamentarischen Systems* stehen, sondern programmatisch und tatsächlich die bürgerliche Diktatur anstreben und vorbereiten.

Die Deutschnationalen wie die Volkskonservativen berufen sich jetzt schon jeden Tag darauf – daß sie den Weisungen des *Reichspräsidenten*

folgen. Die Regierung Brüning stützt sich also noch auf eine *Mehrheit im Parlament*, aber schon nicht mehr auf eine *parlamentarische Mehrheit*. In der Mehrheit der Regierung im Parlament ist bereits entscheidend ihr *antiparlamentarischer Flügel*. Ohne diesen *antiparlamentarischen Flügel* hat die Regierung Brüning *keine Mehrheit im Parlament*.

5. Nicht zu vergessen schließlich ist, daß dieses Parlament unter steigendem Druck einer wachsenden antiparlamentarischen Strömung der bürgerlichen sogenannten öffentlichen Meinung, d. h. der Masse der Bourgeoisie außerhalb des Parlaments steht.

Die anti-demokratischen rechten Strömungen wachsen offensichtlich auch in der bürgerlichen Literatur. So berichtet im »Tagebuch« (Heft 16 vom 19. April) H. Ihering:

»Niemand zweifelt daran, daß eine Kulturreaktion heraufzieht, deren Ausdehnung und Dauer nicht abgeschätzt werden kann. Diese Kulturreaktion kommt nicht kämpfend. Sie bedeutet keine Gegenoffensive. Wo sie Kampf, wo sie Gegenoffensive ist, kann ihr begegnet, kann sie geschlagen werden. Nein, der Umschwung vollzieht sich allmählich. Unmerkbar ändern sich die Vorzeichen. Unsichtbar lagern sich die Begriffe um. Es ist nichts anderes als ein langsamer und vorsichtiger Klimawechsel. Mit allen verführerischen Übergängen kündigt sich nur eine neue Jahreszeit an. Wohliger sickert sie durch alle Poren. Der Widerstand wird schwach und schwächer. Laue Wärme. Geistiges Capua . . . Die Intellektuellen sind die ersten – die umfallen? Nein, die den Übergang finden, die die Verbindungen herstellen, die die Schlagworte liefern – für die neue Lethargie, die neue Sentimentalität, die *neue Reaktion* . . .«

Was der Berichterstatter hier so anschaulich beschreibt, ist die literarische Spiegelung und Wegbahnung für einen Umschwung in der *Grundströmung* der bürgerlichen Klasse.

Das »parlamentarische System«, der »Parlamentarismus« ist also heute in Deutschland bereits *durchlöchert* trotz der formalen Mehrheit im Parlament, über die die Regierung Brüning noch verfügt. Eine parlamentarische Mehrheit und eine Mehrheit im Parlament *sind nicht dasselbe*. *Nichts ist gefährlicher, als sich durch den formalen parlamentarischen Schein über den bereits eingetretenen tatsächlichen Übergang zu einem Systemwechsel täuschen zu lassen*, wenn auch dieser Systemwechsel sich noch in seiner ersten Etappe, in seinem Anfang befindet.

Dieser *Anfang* vereinigt in sich *widersprechende Merkmale*. Die *Form* ist noch *parlamentarisch*, der *Inhalt* ist bereits *nichtparlamentarisch*. Dieser innere Widerspruch muß sich entfalten, muß entweder weitertreiben, indem die parlamentarische Form schließlich von dem nichtparlamentari-

schen Inhalt überwältigt wird, oder umgekehrt, die parlamentarische Form überwältigt schließlich den parlamentarischen Inhalt.

Ob die eine oder die entgegengesetzte Lösung des vorliegenden Widerspruches stattfinden wird, das hängt natürlich nicht von reiner Logik ab, sondern von den tatsächlichen Kräften, die in der Bourgeoisie und in der Arbeiterklasse aufgeboten werden.

Wenn wir sagten, daß von der Regierung Brüning zur offenen faschistischen Diktatur ein »gerader Weg« führe, so hat das nur den Sinn, daß die *objektive Logik* von dem gegebenen Anfangspunkt zu diesem Ziele führt – falls in das jetzt vorhandene Spiel der Kräfte nicht die außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiterklasse noch rechtzeitig und in dem notwendigen Umfang eingreift.

Der Weg von der Regierung Brüning zur offenen faschistischen Diktatur kann und wird, wenn es eintritt, kein *einfacher* sein, er wird eine Reihe von Abschnitten durchlaufen, aber im Ausgangspunkt ist bereits das Ziel kraft objektiver Logik, kraft der wirkenden Kräfte gegeben. Es ist das in demselben Sinn gemeint, wie der Weg vom Ei zum Küken ein »gradliniger«, d. h. zwangsläufiger ist, es sei denn, dieser Weg werde gewaltsam unterbrochen, gehemmt, oder abgelenkt.

2. *Form und Inhalt der bürgerlichen Demokratie und der faschistischen Diktatur*

Genosse Schlamm sieht zwischen der faschistischen Diktatur und der bürgerlichen Demokratie nur *formale* Unterschiede, die er mit *juristischen*, d. h. formal-verfassungsmäßigen gleichsetzt.

Denn, so schließt Genosse Schlamm, der *Inhalt* der faschistischen Diktatur wie der parlamentarischen Diktatur ist, »eine Fibelweisheit«, derselbe, »stets der gleiche Drang nach größtmöglichem Profit«.

Hier liegt eine *elementare Begriffsverwechslung* zugrunde.

Der soziale, klassenmäßige »Inhalt« *aller* bürgerlichen Staatsformen ist allerdings derselbe – die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse, kurz, die *kapitalistische Klassenherrschaft*.

Aber er brauchte sich nur an die alte Lassallesche »Verfassungsweisheit« zu erinnern, um einzusehen, daß die *formale* (juristische, verfassungsrechtliche) Verfassung und die *wirkliche Verfassung*, d. h. das *wirkliche Kräfteverhältnis der Klassen im Staat*, nicht dieselbe ist.

Die *Staatsform* hat also ihrerseits wieder eine *formelle* und *materielle*, eine rechtliche und eine tatsächlich-*politische* Seite, die unterschieden werden müssen und gerade in Zeiten des Übergangs einer Staatsform in die andere

tatsächlich unterschieden sind, ja sich geradezu *widersprechen* können. In diesem Widerspruch zwischen rechtlicher Form und tatsächlichem Kräfteverhältnis ist aber das letztere *entscheidend* und *bestimmend*.

Wenn wir als Marxisten vom Unterschied der Staatsform der bürgerlichen Demokratie von der faschistischen Diktatur reden, so ist für unser Urteil entscheidend nicht die *Rechtsform*, sondern das tatsächliche Kräfteverhältnis, nicht der juristische *Schein*, sondern die *politische Wirklichkeit*.

Was die verfassungsrechtliche Form anbelangt, so kann, wie das Beispiel Polens und Italiens zeigt, die verfassungsrechtliche Form der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie noch eine ganze Strecke weit, ganz oder teilweise, erhalten bleiben, wenn die wirkliche Staatsform, die wirkliche Verfassung schon vollständig faschistisch geworden ist, d. h. wenn die *Exekutivgewalt*, gestützt auf ihre Machtorganisationen, bereits die *ausschlaggebende Macht im Staate* geworden ist.

Das *Nachhinken* der verfassungsrechtlichen Form hinter der wirklichen Verfassung ist auch sonst eine bekannte Erscheinung. Klassisch ist in dieser Beziehung die *englische* Entwicklung, wo bekanntlich die größten Umwälzungen der wirklichen Verfassung ohne wesentliche Änderungen der rechtlichen Formen, »des Blatt Papiers« erfolgt sind. Formalrechtlich ist der englische König von heute so souverän wie im 13. Jahrhundert. Daß er es tatsächlich nicht mehr ist, weiß jedes Kind.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung wird schließlich auch die rechtliche Form der Verfassung mehr oder weniger der tatsächlichen Verfassung angepaßt werden.

Während aber die Bourgeoisie beim Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur ein klares Interesse daran hat, die Volksmasse durch die möglichst lange Beibehaltung des Scheins der demokratischen Verfassung zu täuschen, so hat die *Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei gerade das entgegengesetzte Interesse*.

Die *theoretische Konfusion* in diesem Punkte heißt *praktisch* dem Klassengegner in die Hände arbeiten.

Unter diesem Gesichtswinkel muß auch der *faschistische Staatsstreich* betrachtet werden, der als Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur *unvermeidlich* ist. Er ist kein juristischer Akt, sondern ein Akt der *politischen Gewalt*, durch den die faschistische Exekutivgewalt sich die *alleinige und ausschlaggebende Macht im Staate* sichert, und die tatsächlichen Kräfte, auf die die bürgerliche Demokratie sich noch stützte, lahmlegt und außer Kraft setzt, zertrümmert.

Wenn zunächst *staatsrechtlich* nichts geändert wird, so kann der parlamentarisch-juristische Kretinismus glauben, es sei überhaupt nichts geschehen, so löst sich ihm der wirkliche faschistische Staatsstreich in blauen Dunst auf.

Muß man noch betonen, daß es der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei nicht erlaubt ist, sich durch diesen blauen Dunst benebeln und einschlafen zu lassen, geschweige denn, ihn sich selber vorzumachen? Das seit langem übliche Gerede der Linie vom »kalten Staatsstreich« ist eben solch ein Kretinismus, der auf der Verwechslung der staatsrechtlichen und der politisch-tatsächlichen Seite des Staatsstreiches beruht. Der *wirkliche Akt der Gewalt*, den der faschistische Staatsstreich vorstellt, verschwindet bei dieser Gedankenverwirrung.

Praktisch bedeutet diese Verwirrung, daß die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei vom Gegner im Schlaf überrascht wird.

3. *Die objektiven Voraussetzungen für den Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur in Deutschland*

Unser Kritiker bestreitet die Behauptung, daß objektive Gründe die deutsche Bourgeoisie von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur führen. Wir behaupten, daß dieser Übergang dadurch bedingt sei, daß die parlamentarische Demokratie darauf beruhe, daß die Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiterklasse mit bestimmten Zugeständnissen an sie verbinde und daß der Übergang zur faschistischen Diktatur dadurch bedingt sei, daß sie mit dem *System solcher Konzessionen* breche.

Was sind die Einwände unseres Kritikers? Erstens, auch unter der parlamentarischen Demokratie nehme die Bourgeoisie bereits gemachte Konzessionen zurück. Zweitens: auch unter dem System der parlamentarischen Demokratie habe die deutsche Bourgeoisie noch reichliche Manövermöglichkeiten. Drittens: die Bourgeoisie gebe das System der bürgerlichen Demokratie als das entwickeltste (und wohl auch »billigste«) erst dann auf, wenn sie nicht mehr anders könne, da sie ja doch (das ist der wirkliche Gedanke dabei) ihre eigene *politische* Macht, die sie dabei verliert, nicht *freiwillig* aufgebe.

Dazu ist folgendes zu sagen:

1. Die deutsche Bourgeoisie hat sicherlich auch unter der parlamentarischen Demokratie eine Reihe von Zugeständnissen, die sie in der Zeit der revolutionären Hochflut an die Arbeiterklasse machen mußte, abgebaut.

Aber daraus *folgt nicht*, daß sie das mit *Beibehaltung der parlamentarischen Demokratie unbegrenzt fortsetzen kann*. An einem *bestimmten Punkt* ist das nicht mehr möglich.

Welches ist dieser Punkt? Es ist eben der Punkt, wo die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse, die *auch* ein solches Zugeständnis an sie sind, von der Bourgeoisie zurückgenommen werden müssen, weil die wirtschaftliche

Ausbeutung der Arbeiterklasse so gesteigert werden soll, daß sie mit der Aufrechterhaltung der demokratischen Rechte für die Arbeiterklasse nicht mehr verträglich ist.

Dazu gehörten nicht nur die üblichen demokratischen Rechte: allgemeines gleiches Wahlrecht, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, sondern vor allem das *Koalitions- und Streikrecht*, der Bestand der *Gewerkschaften*, der *Arbeitergenossenschaften*, der politischen Organisationen der Arbeiterklasse usw.

Es fragt sich also: sind solche Bedingungen vorhanden, die deutsche Bourgeoisie dazu zu führen, mit den demokratischen Rechten für die Arbeiterklasse aufzuräumen? Sie sind vorhanden. Die Zertrümmerung der Sozialpolitik, ein 10–15%iger allgemeiner Lohnabbau sind mit der Existenz der Gewerkschaften, sind mit dem Bestand der heutigen Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterklasse schon unverträglich.

Und andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß bei der heutigen Lage der Weltwirtschaft und der Rolle des deutschen Kapitalismus in ihr die jetzige Steuer- und Zollpolitik der Bourgeoisie nur ein *Anfang*, eine *Einleitung* ist, der die Hauptstücke, die Zertrümmerung der Sozialpolitik und ein umfassender Generalabbau des Lohnniveaus erst folgen sollen.

Die Weltmarktpreise sinken. In der deutschen Industrie wächst die Tendenz, durch allgemeine Lohnsenkung und Senkung der Selbstkosten ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu stärken und gleichzeitig den inneren Markt durch Erhöhung der Industriezollmauer fester für sich abzuschließen. Die erhöhten Agrarzölle, die niemals ohne die Zustimmung der Industriellen hätten durchgesetzt werden können, sind der Vorspann für erhöhte Industriezölle. Die Liebesgaben an die Junker sind gleichzeitig der Preis für die politische Hilfe der Junkerschaft und der Großbauern gegen die Arbeiterklasse. Aber um den Junkern Hunderte von Millionen zu schenken und gleichzeitig die Steuerlast der Bourgeoisie um Hunderte von Millionen zu erleichtern, dazu reichen die Steuererhöhungen für die werktätigen Massen allein bei weitem nicht aus. Dazu muß man die Sozialpolitik abbauen und in Trümmer legen. Man muß sie auch abbauen, um die Lohnsenkungen in dem geplanten Ausmaße von der Arbeiterklasse erzwingen zu können.

Diese objektiven Gründe sind es, die den Kurs der Bourgeoisie auf den Faschismus, die den Abbau auch noch der Konzessionen an die Arbeiterklasse bedingen, ohne die die bürgerliche Demokratie nicht funktionieren kann und zu denen die bürgerliche Demokratie selbst gehört.

2. Die Sozialdemokratie und die bürgerlich-demokratische Presse machen die Rechnung auf, daß die bürgerliche Demokratie im allgemeinen und die Große Koalition im besonderen doch »billiger« seien als die faschistische Diktatur oder auch eine Etappe dazu, wie die Regierung Brüning.

Diese Rechnung ist echte Vulgärökonomie. Der faschistische Staatsapparat wird sicherlich »teurer« sein, als der bürgerlich-demokratische; der staatliche Unterdrückungsapparat muß vergrößert werden, die herrschende faschistische Partei muß im Staatsapparat versorgt werden, man muß die Junker für ihre politische Hilfe reichlich bezahlen usw. Nur wird dabei das *Grundlegende* vergessen: daß trotz der Steigerung des relativen Anteils der Kosten des Staatsapparates in der *Gesamtrechnung* für die Bourgeoisie ein *Plus* herauskommen kann, wenn der Fonds, aus dem diese Kosten bezahlt werden, der der *Arbeiterklasse ausgepreßte Mehrwert noch stärker gesteigert wird*. Das ist aber eben der *Zweck der Übung*.

Einige Zahlenbeispiele zur Erläuterung. Angenommen, die Bourgeoisie »erspare« 1 Milliarde an Sozialpolitik, sie steigere ihre Profitmasse durch Lohnsenkung um 1½ Milliarden. Das sind bereits 2½ Milliarden. Sie steigere gleichzeitig die Kosten des Staatsapparates um 1 Milliarde Mark jährlich. So bleibt ihr immer noch ein Plus von 1½ Milliarden. Und auch an der reichlicher gefüllten Staatskrippe wird die Bourgeoisie sich und den ihren einen gehörigen Anteil zu sichern wissen.

Der Kostenpunkt ist also ein sehr oberflächliches und völlig unzureichendes Beweismittel zugunsten der bürgerlichen Demokratie.

3. Die Bourgeoisie, wird gesagt, gibt ihre eigene politische Macht niemals *freiwillig* zugunsten des Faschismus auf. Es kommt aber nicht darauf an, was sie will, sondern was sie unter bestimmten Bedingungen *muß*, d. h. wozu ihre eigenen Zwecke und die Konsequenzen der Handlungen, die sie unternimmt, um diese Zwecke durchzusetzen, sie kraft ihrer inneren Logik führen. Das braucht mit ihren ursprünglichen subjektiven Absichten nicht übereinzustimmen und wird es in der Regel auch nicht. Die italienische Bourgeoisie wollte keineswegs die Herrschaft Mussolinis und seiner Faschisten, als sie die *Terrorfeldzüge* der faschistischen Banden gegen die Arbeiter begünstigte.

Sie wollte die Einschüchterung der Arbeiter, ihre Bändigung, die Zerschlagung ihrer Organisationen, aber nicht die Herrschaft des Faschismus. Aber um die Organisationen der Arbeiter auf dem Wege des systematischen Terrors zu brechen, mußte sie den Aufbau der faschistischen Organisationen, ihre Bewaffnung, ihre militärische Ausbildung, die Duldung und Unterstützung ihrer Aktionen durch die staatliche Zivil- und Militärgewalt mit in den Kauf nehmen. Der faschistische Marsch nach Rom zog nur die Summe der aufgelaufenen Rechnung, zog die Schlüsse aus dem geänderten Kräfteverhältnis. Dieses Endresultat war von der italienischen Bourgeoisie ursprünglich nicht gewollt, aber es war die unvermeidliche Folge ihrer Handlungen.

Die SPD-Führung wollte keineswegs die Hindenburg-Diktatur, als sie Hin-

denburg zur Unterstützung der parlamentarischen Durchführung des Young-Planes anrief. Und doch war dies die natürliche Folge. Sie wollte schwerlich die Stärkung der faschistischen Organisationen, indem sie systematisch die Kommunistische Partei unterdrückte. Aber auch dies war die unvermeidliche Folge.

Ist die »Große Koalition« nun überhaupt unmöglich geworden? Sie ist, wenn keine grundlegende Änderung der Kräfteverhältnisse eintritt, immer noch möglich – aber dann nur als *Zwischenfall*.

Und bei einem Massenangriff der Arbeiterklasse kann die Bourgeoisie auch wieder hinter der »reinen Demokratie« zeitweilige Deckung suchen.

Aber es hat nicht nur ein theoretisches, sondern ein ausschlaggebendes praktisches Interesse, der Arbeiterklasse klar zu machen, daß, *wenn sie nicht noch entscheidend in den Machtkampf eingreift*, die Entwicklung folgerichtig von der Regierung Brüning zur offenen und vollständigen faschistischen Diktatur fortschreiten muß.

4. Der Weg von der Präsidentendiktatur zur faschistischen Diktatur

Daß der Weg von der Präsidentendiktatur zur faschistischen Diktatur in Deutschland geht, scheint manchem heute vielfach noch unwahrscheinlich, weil die unmittelbar gegebene Lage, der *unmittelbare Augenschein* noch ganz anders aussieht. Da sind noch mächtige Gewerkschaften. Anscheinend intakte und starke bürgerliche Parteien. Die Nationalsozialisten scheinen noch eine Nebenrolle zu spielen usw.

Daraus geht nur hervor, daß der Faschismus in Deutschland noch eine gewaltige Vorbereitungsarbeit, eine gewaltige Arbeit der »Abnützung« und Zertrümmerung der ihm entgegenstehenden Kräfte vor sich hat. Aber diese Arbeit hat bereits begonnen und bereits wichtige Resultate gezeitigt.

Die Präsidentendiktatur ist eine erste Etappe. Daß es dabei nicht bleiben kann, sieht selbst die ernstere bürgerliche Presse.

So schreibt Georg Bernhard in der »Vossischen Zeitung« vom 13. April:

»Wenn in einem solchen Augenblick das Parlament versagt und aus Furcht vor der Verantwortung oder auch nur aus prinzipiellen Bedenken gegen diese oder jene Maßnahme der Reichsregierung den Anlaß gibt, auf Grund des Artikels 48 die Steuern zu verordnen, so bedeutet das den ersten Schritt auf antiparlamentarischen Wegen. *Bei all solchen Aktionen weiß man immer, wie es anfängt, aber man weiß nie, wie es endet.*«

Und die »Kölnische Zeitung« vom 15. April schreibt:

»Im infinitum kann aber diese Methode der Regierung wohl kaum angewandt werden.«

Was ist nun bereits erreicht? Erreicht ist das Ziel, das sich die Faschisten seit

2 Jahren stellen: *die Verstärkung der Präsidentenmacht, die Präsidentendiktatur.*

Was bahnt sich weiter an?

Die *Zermürbung* des Parlaments und der *parlamentarischen Parteien*. Die Deutschnationalen mit Hugenberg an der Spitze wenden dem Parlament und der Regierung Brüning gegenüber dieselbe Taktik an, wie zuvor Zentrum und Deutsche Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie in der Großen Koalition: sie suchen möglichst viel zu erpressen von ihren Forderungen, gleichzeitig aber die parlamentarischen Parteien, das Parlament und die Regierung Brüning möglichst zu *diskreditieren*.

Die demokratische Hoffnung, daß der landbündlerische Teil der Deutschnationalen sich in eine feste Stütze der Regierung Brüning verwandeln werde, hat sich als sehr kurzlebig erwiesen. Die Führung dieses Flügels hat dieser Tage deutlich erklärt, daß er seine grundsätzliche Oppositionstellung gegen die Regierung Brüning und gegen das parlamentarische System nicht aufgebe. Im Parlament, in den verschiedenen Parlamentsparteien ist bereits ein Zersetzungsprozeß eingetreten, der die *Elemente einer Hindenburg-Partei, einer breiten antiparlamentarischen Partei* liefert.

Der agrarische Flügel der Deutschnationalen beruft sich bereits ständig nur auf den Willen Hindenburgs. Der Führer der Volkskonservativen, Treviranus, kann direkt als ein Vertrauensmann Hindenburgs bezeichnet werden. Im Zentrum repräsentiert Brüning und sein nächster Anhang den Hindenburg-Flügel.

Die Demokraten fragen sich selbst schon, wozu sie als Partei noch nötig sind.

Jetzt erfährt man durch Dittmann, daß bei den Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Volkskonservativen Partei bereits in den Wochen vor der Bildung der Regierung der Versuch begonnen hatte, eine große »Staatspartei« unter dem Protektorat Hindenburgs und unter Beihilfe des Zentrums zu bilden. Diese Arbeit geht weiter. Und ihre Wirkung wird nicht sein, wie die sozialdemokratischen Illusionäre sich einbilden, eine neue parlamentarische Partei, sondern eine Partei, die den *Übergang breiter bürgerlicher Schichten von der bürgerlichen Demokratie und dem Parlamentarismus zum Antiparlamentarismus bewerkstelligt*.

Für die Demokraten und Teile der Deutschen Volkspartei, d. h. für die Teile der Bourgeoisie mit liberaler und demokratischer Tradition ist kennzeichnend, daß sie in großer Besorgnis um die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus sind, aber *gleichzeitig eine starke Regierung* verlangen, die den Parlamentsfraktionen die starke Faust zeige und das Wirtschafts- und Finanzprogramm unterstütze, das den Inhalt der Kapitaloffensive betont.

Der Widersinn springt hier in die Augen. Ein starkes Parlament beruht auf starken parlamentarischen Fraktionen, diese auf starken parlamentarischen Parteien außerhalb des Parlaments. Die Forderung der starken Exekutive und der ihr untergeordneten Parlamentsfraktionen macht die Wünsche nach Erhaltung des Parlamentarismus zu bloßen frommen Wünschen.

Um die parlamentarischen Fraktionen schwach zu machen, muß man die parlamentarischen Parteien außerhalb des Parlaments schwächen. Um das zu erzielen, muß man die allgemeinen demokratischen Rechte abbauen und am Ende abschaffen.

Welche Rolle spielen die *Nationalsozialisten*?

Sie sind der aktive vorwärtstreibende Flügel. Sie haben bereits eine Schwenkung in der Frage des Young-Plans begonnen. Sie erklären, jetzt stehen die *innerpolitischen Fragen im Vordergrund*. Nur auf Grund einer inneren Revolution ließen sich die außerpolitischen Fragen neu angreifen. Das ermöglicht ihnen, mit Hindenburg und dem Hindenburg-Flügel und mit Hugenberg zu *kooperieren*, diese Kräfte für sich selbst auszunützen und *gleichzeitig* sich von ihnen *abzugrenzen*, die Entwicklung als *selbständige Kraft* weiterzutreiben.

Sie nützen die Zeit vor allem, um ihre Parteiorganisation, ihre Zellenbildung in den *Betrieben* und im *Regierungsapparat* weiter auszubauen. Die verrückte Betriebsrätewahl- und Gewerkschaftstaktik der Kommunistischen Partei hat ihnen unerwartete Fortschritte in den *Betriebsräten* ermöglicht. Die demokratisch-liberalen Esel reden davon, als ob durch den Spalt bei den Deutschenationalen die parteimäßige Grundlage der parlamentarischen Demokratie sich nach rechts erweitere.

Auch in der offiziellen Presse der Kommunistischen Partei liest man, daß die Nationalsozialisten nun an die Wand gequetscht seien.

Das alles heißt, den parlamentarischen Schein für bare Münze nehmen, mit dem sich die antiparlamentarischen Kräfte sammeln und organisieren.

Die Taktik der Deutschenationalen und der Nationalsozialisten läuft auf das gerade Gegenteil der Verbreiterung der Grundlagen der parlamentarischen Demokratie hinaus. Diese Taktik ist sehr biegsam aber zugleich zielbewußt. Sie läuft auf einen »Abnützungskrieg« gegen die parlamentarische Demokratie hinaus.

Und zugleich verstärken sich die terroristischen Vorstöße der Faschisten gegen die Arbeiterorganisationen und ihr Zusammenwirken mit dem Staatsapparat dabei.

Man muß sich die Entwicklung nicht so kindlich vorstellen, daß die Bourgeoisie den Nationalsozialisten »freiwillig« die Macht übergebe, weil die Faschisten eine großkapitalistische konterrevolutionäre Partei sind. *Ein Teil* der Bourgeoisie unterstützt die Faschisten heute aktiv und planmäßig, ein

anderer Teil kämpft noch gegen sie, führt aber diesen Kampf so, daß er objektiv, wider ihre Absicht den Faschisten in die Hände arbeitet und die antifaschistischen Kräfte in der Bourgeoisie zermürbt und lähmt.

Der Prozeß der Entwicklung zum Faschismus in Deutschland ist also ein verwickelter, aber darum nicht weniger folgerichtiger.

Das Kommen des Faschismus ist keine Unvermeidlichkeit in dem Sinne, daß keine gesellschaftliche Macht ihr Halt gebieten könne.

Aber diese gesellschaftliche Kraft kann nur die Arbeiterklasse sein.

Alle unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, diese Kraft aufzubieten, um die faschistischen Kräfte zurückzuschlagen. Noch ist es nicht zu spät dazu, aber es ist schon sehr spät. Wichtige Zeit ist verloren worden, wichtige Positionen sind von der Arbeiterklasse dem Gegner ohne Widerstand eingeräumt worden.

Das muß man sehen und der Arbeiterklasse sagen. Denn die größte Gefahr für sie wäre ein blindes und gedankenloses Vertrauen darauf, daß die bloße *passive* Existenz der Arbeiterorganisationen bereits eine Kraft ist.

Ohne *Einsatz im Kampf*, ohne wirklichen *Massenwiderstand* sind diese Organisationen keine wirkliche Kraft. Und je länger sie in Untätigkeit verharren, je mehr Schläge sie ohne Widerstand einstecken, um so schneller und stärker nützt sich ihre Kampfkraft ab.

Es ist vor allem die Sozialdemokratie, die diesen gedankenlosen Optimismus der *Passivität züchtet*.

Und die darüber hinaus die Illusion züchtet, als ob in der Bourgeoisie selbst Kräfte seien, die die faschistische Entwicklung aufhalten könnten.

Demgegenüber müssen wir Kommunisten klar sehen und aussprechen, daß, wenn die *Aktion der Arbeiterklasse nicht eingreift*, dann die Entwicklung in Deutschland unvermeidlich dem Faschismus zutreibt.

Diese Logik der Lage müssen wir der Arbeiterklasse klarmachen, um ihr den denkbar stärksten Antrieb zum *Handeln* zu geben, *ehe es zu spät ist*.

Ist man allerdings der Ansicht, daß die deutsche Bourgeoisie den Faschismus gar nicht braucht, oder daß sie noch unbegrenzt lange mit bürgerlich-demokratischen Methoden auskommen kann, daß also der Faschismus nicht ein Moment der Klassenentwicklung der deutschen Bourgeoisie ist, sondern irgendein Auswuchs, eine dem bürgerlichen Klasseninteresse *entgegengesetzte* kleinbürgerliche Bewegung, gegen die die Bourgeoisie als *Klasse* grundsätzlich kämpfte, so ergeben sich aus einer solchen Auffassung ganz bestimmte Folgerungen in bezug auf die von der Arbeiterklasse einzuschlagende Taktik.

Dann folgt daraus nämlich die sozialdemokratische Koalitionspolitik – Koalition mit der Bourgeoisie zur Abwehr des Faschismus.

Die sächsischen »linken Sozialdemokraten«, die bisher als Koalitionsgegner

auftraten, haben sich dementsprechend um 180 Grad gedreht und betreiben jetzt die Koalition als vermeintliche Abwehr gegen den Bürgerblock, der nur noch mit faschistischer parlamentarischer Unterstützung regieren kann.

Natürlich bin ich überzeugt, daß Genosse Schlamm solche taktischen Folgerungen entschieden ablehnt.

Dann muß man aber auch die *Voraussetzungen* fallen lassen, aus denen solche Folgerungen sich ergeben. Man muß die Frage der Perspektiven der faschistischen Entwicklung in Deutschland und der Taktik des Kampfes gegen den Faschismus rechtzeitig und vollständig klarstellen. Denn wenn die Entwicklung ein schnelleres Tempo annimmt, wenn die Ereignisse sich drängen, so muß die Klarheit bereits geschaffen sein, sonst kann es unerwartete und gefährliche Purzelbäume geben.

5. Die parlamentarische Demokratie und die Kommunisten

Unser Kritiker wirft die Frage auf, ob die Kommunisten die parlamentarische Demokratie nun sich selber überlassen, ihre Verteidigung ablehnen und ausschließlich die Vorbereitung der proletarischen Diktatur bezwecken sollen.

Die Frage ist so falsch gestellt.

Die Kommunisten haben im Kapp-Putsch die bürgerliche Republik gegen die Kapp-Putschisten verteidigt. Sie haben in Rußland 1917 die Kerenski-Republik gegen Kornilow mit der Waffe in der Hand verteidigt.

In einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und der bürgerlichen Republik werden die Kommunisten nicht neutral sein, sie müssen den Faschismus abwehren und insoweit die bürgerlich-demokratische Republik gegen den Faschismus verteidigen.

Aber hier kommt es entscheidend auf das Wie an. Der bürgerliche Parlamentarismus kann nicht mit parlamentarischen Mitteln verteidigt werden.

Die Abwehr erfordert die energischste außerparlamentarische Aktion der Arbeiterklasse als Klasse.

In der Abwehr muß die Arbeiterklasse ihre *eigene Klassenstellung verstärken*.

Unbewaffnete Angriffe des Faschismus auf die bürgerliche Demokratie abwehren zu können, bedarf die *Arbeiterklasse selbst der Waffen*.

Denn die bewaffnete Staatsmacht ist heute noch weniger als in den Kapp-Tagen eine zuverlässige Abwehr gegen den Faschismus.

Um die Waffen gegen den Faschismus plan- und zweckmäßig und mit der

nötigen Energie führen zu können, bedarf die Arbeiterklasse einer selbständigen breiten Klassenführung: sie bedarf der Arbeiterräte.

Die Frage steht aber nicht so: Verteidigung der bürgerlichen Demokratie oder Kampf um die proletarische Diktatur, sondern so:

Eroberung von Machtpositionen zum Kampf für die proletarische Diktatur aus der Verteidigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie gegen den Faschismus heraus. Andererseits ist klar, daß die bürgerliche Demokratie, wenn sie aus ihrer eigenen Entwicklung die Kräfte entwickelt hat, die ihr auf konterrevolutionärem Weg den Garaus machen wollen, nur verteidigt werden kann durch Kräfte, die gewillt sind über den gegebenen Zustand, über die bürgerliche Demokratie, hinauszugehen.

Das Entscheidende ist, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus als selbständige *Klassenmacht* auftritt (nicht als unselbständiges Anhängsel der bürgerlichen Demokraten).

In welchen Formen und Fristen die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie konkret in den Kampf um die proletarische Diktatur *übergeht*, hängt von der Situation ab und ist nicht von vornherein zu bestimmen.

Schließlich noch die Frage: wenn wir den Perspektiven der faschistischen Diktatur die der proletarischen Diktatur gegenüberstellen, bedeutet das dann, in den Fehler der KPO (und der Exekutive) zu verfallen, die im Herbst vorigen Jahres der KPO die Aufgabe der Machteroberung, des Aufstandes stellte?

Es ist dies natürlich nicht dasselbe.

Die Gegenüberstellung der Perspektive der proletarischen Diktatur gegenüber der faschistischen war auch in Österreich vollkommen richtig.

Richtig ist es ferner, in einer solchen Frage aktiv zu arbeiten, um die Voraussetzungen für den Kampf um die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse zu schaffen.

Abenteuerlich und kindisch dagegen war es anzunehmen, daß im Herbst 1929 für die KPO bereits die Voraussetzungen gegeben waren, um den Aufstand auf die Tagesordnung zu setzen.

Man muß auseinanderhalten die proletarische Diktatur, die sozialistische Revolution als politische Perspektive, als Propaganda, als politischen Leitfaden für die gesamte kommunistische Tätigkeit und den Aufstand als Aktionslösung.

Bei Ausbruch des Weltkrieges stellten sowohl die Bolschewiki unter Führung Lenins als auch der spätere Spartakusbund unter Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts die Perspektive der proletarischen Revolution, der »Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg«.

Sie stellten diese Perspektive nicht nur den Sozialpatrioten gegenüber, die auf die Seite des Imperialismus übergegangen waren und mit der imperiali-

stischen Bourgeoisie durch Dick und Dünn gingen, sondern auch den Unabhängigen und Zentristen aller Art, die ihre Rechnung einstellten auf die erhoffte »bessere Einsicht« der Bourgeoisie.

War diese Einstellung richtig? Sie war absolut richtig, die vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterklasse einzig mögliche.

Den Aufstand, die Machtergreifung als unmittelbare Aktionslösung haben aber die Bolschewiki, wie bekannt, erst im Herbst 1917, der Spartakusbund im Herbst 1918 angesetzt.

Der Vormarsch des Faschismus stellt objektiv die Alternative: faschistische oder proletarische Diktatur. Er stellt der Arbeiterklasse die *Aufgabe*, die subjektiven Vorbereitungen für den Kampf um die proletarische Diktatur in beschleunigtem Tempo zu schaffen.

Aber das besagt noch nichts darüber, ob es der Arbeiterklasse auch *tatsächlich gelingt*, diese Voraussetzungen nun auch *wirklich und rechtzeitig zu schaffen*.

Entscheidendes hängt hier ab von der richtigen taktischen und strategischen Führung der Arbeiterklasse durch ihre revolutionäre Partei, *wenn auch nicht alles*: denn zu den subjektiven Faktoren kommen die objektiven. Der Unterschied ist nur der: *die subjektiven können wir beeinflussen*. Und darum muß die revolutionäre Partei, wenn sie auch über die objektiven Vorbedingungen in jedem Augenblick sich klare Rechenschaft geben muß, auf die subjektiven Bedingungen, auf ihre taktische und strategische Linie das *Hauptaugenmerk richten*.

Die Entwicklung des Faschismus in Deutschland

ERNEUT BEDENKLICHES

E. B. am 10. Mai 1930

(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 19)

Die Diskussion über den Faschismus, die bisher im Anschluß an die Plattform mehr akademisch geführt wurde, wird jetzt in Anbetracht der wachsenden faschistischen Gefahr in Deutschland als Diskussion über die gegenwärtige politische Lage und die Perspektiven der weiteren Entwicklung fortgesetzt durch die Artikel der Gen. Schlamm, Frank und Thalheimer in Nr. 17 und 18 des »Gegen den Strom«. Es kann nur im Interesse unserer Sache sein, diese Diskussion bis zur möglichst vollständigen Klärung aller Streitfragen zu führen. Denn aus der einen oder anderen Einschätzung der Aussichten des Faschismus in Deutschland ergeben sich wichtige taktische Konsequenzen für eine kommunistische Bewegung. Die folgenden Ausführungen sollen nur in dem Sinne ein Beitrag zur Diskussion sein, daß sie einige Fragen aufwerfen, die m. E. nach einer weiteren Klärung bedürfen.

Nichts wäre verfehlter, unmarxistischer, als das Problem des deutschen Faschismus rein als politisches Problem zu untersuchen, d. h. nicht die wirtschaftliche Lage des deutschen Kapitalismus zum Ausgangspunkt der Analyse zu machen. Erst wenn wir eine klare Vorstellung von den ökonomischen Aufgaben, Plänen und Schwierigkeiten der Ausführung gewonnen haben, die vor der deutschen Bourgeoisie liegen, können wir einen Schritt weiter gehen und fragen, welche innerpolitischen Maßnahmen sie zu treffen hat, um ihr Wirtschaftsprogramm durchzuführen, welche politischen Mittel sie zur Durchführung dieses Programms benötigt.

Die heutige Lage des deutschen Kapitalismus ist durch zwei Tatsachen im wesentlichen charakterisiert: durch den Konjunkturrückgang, den wir mit wenigen Ausnahmen in der ganzen Welt beobachten, und die Neuordnung des Reparationsproblems durch den Young-Plan. Der allgemeine Konjunkturrückgang, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, wird in Deutschland verschärft durch die Neuorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik nach Annahme des Young-Plans. Die endgültige Festsetzung der Reparationszahlungen hat erneut die Reparationsfrage zum Zentralproblem des deutschen

Kapitalismus gemacht, ja vielleicht ist sie erst jetzt in ihrer ganzen Bedeutung zu erkennen. Warum bedeutet der Young-Plan, der der deutschen Bourgeoisie wesentliche Erleichterungen gegenüber dem Dawes-Plan bringt, einen so entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung des deutschen Kapitalismus? Weil er die deutsche Bourgeoisie zu ganz neuen Methoden der Schuldentilgung führen wird, führen muß. Die Zahlungsverpflichtungen, die Deutschland in den Jahren der Gültigkeit des Dawes-Plans zu erfüllen hatte, sind in der Hauptsache durch die zahlreichen Anleihen erfüllt worden, die bis 1929 hereinströmten, durch den »unechten« Transfer. Schon jetzt wird der Schulden- und Tilgungsdienst der Auslandsanleihen auf über eine Milliarde jährlich veranschlagt. Rechnet man dazu die Reparationszahlung, so hat Deutschland im ersten Jahr des Young-Plans bereits drei Milliarden zu zahlen. (»Wirtschaftsdienst« Nr. 9, 1930, S. 347.) Weitere Auslandsanleihen würden die Verschuldung nur steigern, ja zuletzt nur dazu dienen, wie man leicht errechnen kann, die Zinsen für die alten Anleihen aufzubringen. Das würde in wenigen Jahren den Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus bedeuten. Die deutsche Bourgeoisie hat diese Gefahr längst erkannt, und so ertönt allenthalben der Ruf nach dem »echten« Transfer, d. h. der Aufbringung der Reparationslasten aus den Erträgen der »Wirtschaft«, durch eine gewaltige Steigerung des deutschen Exports, durch Erzielung eines Exportüberschusses. Der deutsche Kapitalismus trifft umfangreiche Vorbereitungen zu einem Dumpingexport. Denn nur durch ein Dumping hat der deutsche Konkurrent im Kampf um die sich stetig verengenden Absatzmärkte Aussicht auf Erfolg. Die übrigen kapitalistischen Staaten wappnen sich bereits gegen den deutschen Warenansturm. Schutzzölle werden bereits erhoben oder sind geplant. Ein neues protektionistisches Zeitalter scheint heraufzuziehen. Ein groteskes Bild, wie sich die großen imperialistischen Staaten gegen den »Segen« des Young-Plans, ihres ureigensten Produktes, wehren! Der Kampf um den Weltmarkt wird erbitterter werden als im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege.

Zur Durchführung der Exportoffensive braucht die deutsche Industrie eine Verbilligung der Ausfuhrprodukte, der industriellen Fertigwaren. Für diese Preissenkung plant sie Herabsetzung der Löhne, Senkung der Besitzsteuern, Abbau der Soziallasten. Das bedeutet auf der anderen Seite Erhöhung der Massensteuern. Die Orientierung auf die Hebung des Exportes um jeden Preis erfordert aber weiter eine Umstellung der deutschen Industrie auf die Produktionszweige, deren Waren sich vornehmlich für den Auslandsabsatz eignen, das heißt aber neue Rationalisierung und damit erhöhte Arbeitslosigkeit. Für diese Rationalisierung allein sollen einige neue Anleihen verwandt werden. Den Kommunen aber wird die Aufnahme von Krediten unmöglich gemacht, so daß öffentliche Arbeiten, Notstandsarbeiten, wegfal-

len, und die Gemeinden nicht in der Lage sind, ihre durch den Abbau der Arbeitslosenversicherung gestiegenen Verpflichtungen in der Wohlfahrtspflege zu erfüllen. Hand in Hand mit den Vorbereitungen zum Dumpingexport gehen die Vorbereitungen zur Sicherung des inneren Marktes für die deutsche Industrie durch Industriezölle, die eine neue Massenbelastung bringen. Die Forderungen der Großagrarien sind bereits in weitestem Maße erfüllt worden. Ihre lohnpolitische Konsequenz müßte selbst nach Berechnungen bürgerlicher Wirtschaftspolitiker eine Lohnerhöhung von 5% sein. Wenn die Ansprüche der Junker trotz dieser drohenden Konsequenzen, der handelspolitischen Schwierigkeiten und der weiteren Belastung des Etats, die »Kölnische Zeitung« und die industrielle Denkschrift beklagen, erfüllt wurden, so in erster Linie aus den politischen Erwägungen heraus, die Gen. Th. in seinem Artikel anführt, aber auch wohl auf Grund des finanziellen Interesses des Bankkapitals an dieser »Sanierung«.

Das sind die wirtschaftspolitischen Pläne der deutschen Bourgeoisie, deren Umfang und Bedeutung Genosse Frank nicht klar genug sieht. Einen Teil hat sie bereits durchgeführt, der größere, wichtigere wartet noch auf seine Ausführung. An dieser Stelle wird nun das Problem des Faschismus sichtbar. Ist das Programm des deutschen Kapitalismus bei Beibehaltung der parlamentarischen Demokratie zu erfüllen, oder führt seine Durchführung notwendig zur Errichtung der faschistischen Diktatur? Das ist die Kernfrage, und so stellt sie auch Genosse Thalheimer in seinem Artikel. Genosse Thalheimer beantwortet die Frage *eindeutig* ablehnend für die erstere Möglichkeit und bejaht sie in letzterem Sinne. Wie begründet er seine Behauptung? »Die Zertrümmerung der Sozialpolitik, ein 10–15%iger allgemeiner Lohnabbau sind mit der Existenz der Gewerkschaften, sind mit dem Bestand der heutigen Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterklasse schon unverträglich.« Die gesteigerte wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterklasse, führt er aus, verträgt sich nicht mehr mit der Aufrechterhaltung der demokratischen Rechte, dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit, dem Bestand der Gewerkschaften, der Arbeitergenossenschaften, der politischen Organisationen der Arbeiterklasse usw., d. h. »der Konzessionen an die Arbeiterklasse . . ., ohne die die bürgerliche Demokratie nicht funktionieren kann und zu denen die bürgerliche Demokratie selbst gehört«. Diese Auffassung ist wohl nur so zu erklären, daß Genosse Thalheimer erwartet, daß die Arbeiterklasse auf den Angriff der Bourgeoisie mit den allerschärfsten Abwehrmitteln antworten wird, daß ein allgemeiner Abwehrkampf der Arbeiterklasse einsetzen wird, dem die Bourgeoisie nur mit den äußersten Terrormaßnahmen, eben faschistischen Methoden begegnen kann. Denn begegnete der Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse nur demselben passiven Verhalten, das

wir heute beobachten, oder wäre gar die Folge, daß die Mitglieder aus den Gewerkschaften weglaufen, wie es das Politische Rundschreiben 8/30 als Möglichkeit hinstellt, so erledigten sich diese Organisationen als Machtfaktoren des Widerstandes von selbst. Genosse Thalheimer scheint also anzunehmen, daß die Versuche des deutschen Kapitalismus, sein Programm auf Kosten der Arbeiterklasse durchzuführen, auf die Gegenaktion der Arbeiterklasse stoßen werden, diese aber nicht stark genug ist, sich durchzusetzen, während auf der anderen Seite die deutsche Bourgeoisie selbst auch nicht von sich aus die Kraft hat, den Widerstand des Proletariats niederzuschlagen. Damit wären die Klassenverhältnisse gegeben, die die Voraussetzungen für die Errichtung der faschistischen Diktatur sind. Von der zweiten Voraussetzung spricht Genosse Thalheimer nicht – wir werden darauf noch zurückkommen. Aber daß er zu der Annahme kommt, daß die erste Voraussetzung gegeben ist, ist nicht weniger verwunderlich. Denn leider zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, daß alle Aussicht auf eine Fortdauer der Passivität in den Massen besteht. Der Raub des Achtstundentages konnte ohne faschistischen Staatsstreich durchgeführt werden, die Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren brachten keinerlei Abwehrkämpfe, und sogar für die Haltung der Arbeiterschaft bei Lohnkürzungen haben wir ein Beispiel aus der letzten Zeit: der Fall des Stahlwerks Becker, wo die gesamte Belegschaft ihre Einwilligung zur Lohnreduzierung gab. Ein Fall, der zu denken gibt! Ich erinnere weiter daran, daß bei den neuen Zöllen und Massensteuern jegliche Protestaktion fehlte. Man kann hier einwenden, daß das alles ein Pappenstiel gegen das ist, was kommt. Gewiß, aber man darf nicht vergessen, daß das Programm der deutschen Bourgeoisie sich über Jahre erstreckt, daß selbst der reaktionärste Flügel der Schwerindustrie nicht erwartet, bis Jahresfrist seine Forderungen erfüllt zu sehen. Das Gift soll hübsch in homöopathischen Dosen gereicht werden, wie es seit Jahren mit Hilfe der SPD geschieht.

Gegenüber der Behauptung des Genossen Thalheimer, daß das parlamentarische System auf Konzessionen an die Arbeiterklasse beruht, wies Genosse Schlamm bereits darauf hin, daß die Sozialdemokratie seit 1923 für ihre Liebesdienste keinerlei Konzessionen erhalten hat. Wenn unsere Behauptung stimmt, daß die Pläne der Bourgeoisie nicht an sich bereits den Widerstand der Arbeiterklasse entfesseln müssen, so ist es klar, daß die SPD es wagen kann mitzuhelfen, diese Gift Dosen als Zuckerpillen anzupreisen und zu verabreichen mit den bekannten demagogischen Phrasen von der Stärkung der deutschen Industrie im Interesse der Arbeiterklasse usw. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die SPD ihren Regierungsaustritt schon heute bereut, besonders da sie sieht, daß die Bourgeoisie droht, auch ohne sie zu regieren.

Aber trotz dieser erneuten Bereitwilligkeit der SPD zu voller Hingabe an die Bourgeoisie sehen wir im bürgerlichen Lager die ernstesten Bestrebungen, sich von der SPD unabhängig zu machen. Die Emanzipationsbestrebungen sind mannigfacher und verwickelter Art. Die Bourgeoisie ist nicht wählerisch in ihren Mitteln, kann es auch im Augenblick gar nicht sein. Die Brüning-Regierung drohte mit dem § 48 und hat dadurch ihre Lebensdauer, das Zwischenstadium, verlängert, das die Bourgeoisie braucht. Inzwischen gehen die Versuche, die alten bürgerlichen Parteien umzubilden (Staatspartei der Mitte) weiter. Der Emanzipation von der SPD soll auch die beabsichtigte Wahlverschlechterung dienen. Daß eine Neuwahl eine arbeitsfähige Parlamentsmehrheit für ein Bürgerblockkabinett bringen wird, scheint mir nicht unmöglich. Was eine solche Regierung an weiterem Abbau der demokratischen Rechte bringen wird, läßt sich jetzt nicht voraussehen. Daß sie ihn bringen wird, ist sicher.

Wir sehen also weitgehende Wandlungen im Lager der Bourgeoisie, im Lager des Parlamentarismus. Wie sind diese Vorgänge zu erklären? Das parlamentarische System hat sich nur in zwei Perioden seiner Geschichte der ungetrübten Zuneigung der Bourgeoisie erfreut. Einmal in der Zeit des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Feudalismus, da das Parlament eine wichtige Waffe in der Hand der um die politische Macht ringenden Klasse war, zum anderen Mal, *als es ihr in der Nachkriegszeit den sichersten Schutz gegen die proletarische Revolution gewährte*. Sobald der Kampf gegen den Feudalismus für die Bourgeoisie gegenstandslos geworden war, begannen ihre Versuche, die parlamentarischen Einrichtungen, die jetzt mehr und mehr ein Kampfmittel des Proletariats gegen die Bourgeoisie wurden, abzubauen. Der Weltkrieg unterbrach in Deutschland diese Entwicklung. Als sich mit der Überwindung der Nachkriegskrise (1924) die wirtschaftliche und politische Stellung der Bourgeoisie festigte, begann sie die Konzessionen zurückzunehmen, die sie unter dem Druck der Massen in den Revolutionsjahren hatte gewähren müssen. Heute ermöglicht ihr die Ohnmacht der Arbeiterklasse, diese Politik verschärft weiterzuführen, ohne sich des Feigenblattes der Koalitionspolitik mit der SPD bedienen zu müssen. *Obwohl die Bourgeoisie letzten Endes ihr gesamtes Programm mit Hilfe der Sozialdemokratie durchführen könnte*, versucht die Bourgeoisie auf die Mitarbeit der SPD zu verzichten. Denn aus Rücksicht auf die Millionen Arbeiter, die noch hinter ihr stehen, wäre die SPD gezwungen, *Widerstand zu heucheln, Verhandlungen müßten geführt, Kompromisse geschlossen werden – das alles kostet Zeit*. Zeit aber ist heute mehr denn je Geld für die deutsche Bourgeoisie. So ist die Grundtendenz in dem Umgruppierungsprozeß der bürgerlichen Parteien: los von der SPD und ihrem Werk, der Weimarer Verfassung.

Aber das alles ist doch kein Faschismus! Der Fehler in der Argumentation des Genossen Thalheimer scheint mir darin zu liegen, daß es für den Genossen Thalheimer zwischen der Weimarer Verfassung und der faschistischen Diktatur kein *Zwischenglied* zu geben scheint. Weimarer Verfassung und parlamentarische Demokratie muß man nach seinen Auffassungen als identisch ansehen. Jeder Abbau, ja jeder Versuch, diese Verfassung abzubauen, ist in seinen Augen ein Schritt zum Faschismus. Das heißt aber, *jede Reaktion als Faschismus* zu betrachten – eine irrige Auffassung, bei deren Bekämpfung sich gerade Genosse Thalheimer so große Verdienste erworben hat. Einige Beispiele: Die Regierung Brüning ist u. a. deshalb eine erste Etappe zur faschistischen Diktatur, weil sie sich auf die Zustimmung der Deutschnationalen, einer antiparlamentarischen Partei, stützt. Dann müssen wir 1926–1928 schon einen Schritt weiter zum Faschismus gewesen sein, denn damals saß diese Partei bekanntlich in der Regierung. Ferner: »Erreicht ist das Ziel, das sich die Faschisten seit zwei Jahren stellen: die Verstärkung der Präsidentenmacht, die Präsidentendiktatur.« Das ist seit der Revolution bereits das *Ziel sämtlicher bürgerlicher Parteien*. Vorbild: die Stellung des amerikanischen Präsidenten. Im »Gegen den Strom« Nr. 16 wird die Einführung der Warenhaussteuer als Erfolg der Nationalsozialisten gebucht. Dabei ist die Steuer eine alte *mittelständlerische Forderung*. Sie wurde unter dem Druck der Wirtschaftspartei dekretiert. Auch die Partei-umgruppierung sei zum Schluß ein geradezu klassisches Beispiel: die »Frankfurter Zeitung« wirft anläßlich des Rätselratens um die neue Staatspartei der Mitte die bange Frage auf, ob sich die neue Mittelpartei ohne jede Einschränkung auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen wird. Das ist für den Genossen Thalheimer ein Beweis, daß diese geplante Partei kein »bürgerlich-parlamentarisches Gesicht« mehr hat! Natürlich wird sie sich nicht »ohne jede Einschränkung« auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen. Aber wir wiederholen noch einmal: das alles ist noch kein Faschismus und braucht nicht unbedingt sein Anfang zu sein.

Denn dazu gehört noch ein wichtiger Punkt, über den sich Genosse Thalheimer ausschweigt: eine geschwächte Bourgeoisie, die nicht imstande ist, selbst die Regierung auszuüben. Einer solchen Bourgeoisie reißt der Faschismus mit Leichtigkeit das Staatsruder aus der Hand. Sie muß sich – bei Strafe ihres Untergangs – in ihr Schicksal fügen. Hat die deutsche Bourgeoisie diesen Tiefstand ihrer *wirtschaftlichen, sozialen und politischen Macht* bereits erreicht oder ist vorauszusehen, daß sie ihn in absehbarer Zeit (Jahresfrist) erreichen wird? Ich verneine diese Frage. Eine Bejahung ist erst in dem Augenblick möglich, da sich das Wirtschaftsprogramm der deutschen Industrie als undurchführbar erwiesen hat, d. h. eine schwere Wirtschaftskrise eingetreten ist, da sich zu der Wirtschaftskrise eine politische gesellt,

es also der Bourgeoisie nicht mehr möglich ist, auf parlamentarischem oder nichtparlamentarischem Wege (§ 48) selbst zu regieren. Eine solche Situation glaubten wir 1923 zu haben. Genosse Thalheimer führt das damalige Scheitern der faschistischen Pläne allein auf den starken Masseneinfluß der Kommunistischen Partei zurück. Aber war nicht die Stärke der Bourgeoisie eine ebenso große Hemmkraft? Haben wir nicht gegenüber den Schwätze-reien mancher Kominterngrößen von der »klassischen revolutionären Situation des Oktober« darauf hingewiesen, daß der entscheidende objektive Faktor, die Tatsache fehlte, »daß die oberen Schichten nicht mehr wie bisher schalten und walten« konnten (Lenin)? Im Vergleich zu 1923 fehlt heute die Aktionskraft der KPD, aber fehlt nicht ebenso sehr *die wirtschaftliche und politische Schwäche der Bourgeoisie*? Ich glaube, auch diese Erfahrung kann uns zur Vorsicht gegenüber der »unvermeidlichen« Entwicklung zum Faschismus mahnen.

Wie weit haben wir uns heute bereits diesem »unvermeidlichen« Endpunkt einer Entwicklung von »logischer Konsequenz« genähert? Über diese Frage gab es eine kleine Polemik zwischen den Genossen Frank und Thalheimer. Der Genosse Frank meinte, daß die Perspektiven dieser Entwicklung überspitzt und übertrieben werden. Genosse Thalheimer erwiderte, daß der Genosse Frank aus den Textstellen, die er zum Beweis zitierte, etwas herauslese, was auch »keine sinngemäße Folgerung« ist. Sehen wir zu! In dem bereits erwähnten Rundschreiben heißt es, nachdem vorher die Regierung Brüning als nichtparlamentarische Regierung bezeichnet worden ist, in einem Abschnitt 3 »Rolle und Perspektiven der nichtparlamentarischen Regierung«: »Die nichtparlamentarische Regierung muß in der Konsequenz zur antiparlamentarischen Regierung, d. h. zum vollen Faschismus führen.« Denn sie hat keine parlamentarische Mehrheit, und auch Neuwahlen werden ihr keine Mehrheit bringen. »Die nichtparlamentarische Regierung treibt also mit logischer Konsequenz der gegenparlamentarischen, der offenen Diktatur zu... Die Regierung Brüning steht auf halbem Wege zur offenen und vollen Diktatur. Daher kann die Entwicklung nicht stehenbleiben... Die Regierung Brüning muß ihrerseits... die Stärkung der *offenen faschistischen Kräfte* fördern, *um schließlich von ihnen als unzulänglich und ohnmächtig beiseite geschoben zu werden.* Das Tempo dieser Entwicklung wird voraussichtlich ziemlich rasch sein (vielleicht Jahresfrist).« Ich glaube, daß auch Leser mit nicht abnormen Raumvorstellungen wohl kaum zu einer anderen Interpretation dieser Sätze als die des Genossen Frank kommen können. In dem Rundschreiben ist weder von der Möglichkeit einer Rechtsregierung nach Neuwahlen, noch gar von einer großen Koalition, ganz zu schweigen von der »reinen Demokratie« die Rede. Auch »geometrische Erläuterungen« können über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen.

Aber selbst wenn von solchen Zwischenlösungen die Rede gewesen wäre, hätte man sie ignorieren können, da sie in einem Zeitraum von dreiviertel Jahr nur Episoden sein werden. Dieser Termin, der im Rundschreiben angegeben ist, steht in engstem Zusammenhang mit unserer Taktik *heute*. Wenn es stimmt, daß die Entwicklung zur faschistischen Diktatur in Deutschland unvermeidlich ist, wenn es stimmt, daß diese Entwicklung nur aufgehalten werden kann durch die proletarische Revolution und wenn man wirklich damit rechnen muß, wie es das Rundschreiben tut, daß der faschistische Staatsstreich um die Jahreswende kommt, dann ist es die Aufgabe einer kommunistischen Partei, schon heute ernsthaft an die Vorbereitung der Revolution zu gehen. Der Abschnitt des Thalheimerschen Artikels, der zu dieser Frage Stellung nimmt, ist etwas unklar. Es heißt dort, daß die Arbeiterklasse selbst zur Abwehr der unbewaffneten Kämpfe der Faschisten der Waffen bedarf. Da diese Angriffe sich in nächster Zeit verstärken werden, müßte die Losung dann doch wohl heißen: Bewaffnung der Arbeiterklasse? Es heißt weiter, daß, »um die Waffen gegen den Faschismus plan- und zweckmäßig und mit der nötigen Energie führen zu können, die Arbeiterklasse einer selbständigen breiten Klassenführung« bedarf, der Arbeiterräte. Die Frage der Arbeiterräte ist aber untrennbar verknüpft mit der Frage des Aufstandes. Es wird auf den Unterschied zwischen der proletarischen Revolution und dem bewaffneten Aufstand als Propagandalosung und als Aktionslosung hingewiesen. Schön und gut. Also müssen wir die Vorbereitungen treffen, um im Dezember–Januar den Aufstand als Aktionslosung stellen zu können? Die notwendige Konsequenz muß meiner Ansicht nach eine Politik sein, die nach dem Genossen Thalheimer als »abenteuerlich und kindisch« zu bezeichnen ist, oder eine dumpfe Verzweiflung in der Arbeiterklasse, ein fatalistisches Sichergeben in das unvermeidliche faschistische Schicksal. Nicht die unwichtigste Aufgabe wäre dann weiterhin, sich auf die Illegalität vorzubereiten.

Ein Blick auf unsere tatsächlichen Losungen zeigt, daß wir die Perspektive doch wohl anders sehen. Ein Glück! Sonst behielte der skeptische Schwejk doch recht, denn bei einer solchen Schnelligkeit muß es selbst den Gelehrten schwindlig werden.

WIRTSCHAFTLICHE VORAUSSETZUNGEN UND POLITISCHE FOLGERUNGEN

August Thalheimer am 10. Mai 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 19)

1. Der vorstehende Diskussionsartikel von E. B. über die Aussichten der faschistischen Entwicklung in Deutschland hat den Vorzug, daß er die *wirtschaftlichen Voraussetzungen* der faschistischen Entwicklung mit großer Klarheit zeichnet, er leidet an dem Widerspruch, daß er den *politischen Folgerungen* daraus auszuweichen sucht. Richtig gezeichnet ist die Tendenz des deutschen Kapitalismus, die Voraussetzung zur Steigerung des Exports, für einen Dumpingexport zu schaffen durch Senkung der Besitzsteuern, Abbau der Sozialpolitik, Abbau der Löhne, Erhöhungen der Agrar- und Industriezölle.

Nur eine kleine Korrektur ist hier anzubringen. Es steht nicht die Alternative für die deutsche Bourgeoisie: weitere Auslandsanleihen *oder* gesteigerter Export. Sondern hier gilt: *sowohl* das eine *als* das andere. *Tatsächlich* ist die Kapitaleinfuhr nach Deutschland in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits verhältnismäßig höher als im Vorjahr und in früheren Jahren überhaupt.

Die »Frankfurter Zeitung« vom 3. Mai, Abendblatt, macht darüber folgende Angaben:

»Bisher schon beläuft sich der Kapitalzufluß, wenn man den Eingang aus der Mobilisierungsanleihe für Bahn und Post und den zweiten Kreuzer-Vorschuß (nach Abzug der Tilgung des Dillon-Read-Kredits) in Ansatz bringt, auf *reichlich eine Milliarde*, während in früheren Jahren *im Höchstfalle 1,7 Milliarden Auslandsanleihen im ganzen Jahre abgeschlossen worden sind*. Gerade in den letzten Tagen ist eine *ganze Reihe weiterer mittlerer Anleihen* aufgelegt oder verabredet worden (Neckar A-G, Phoenix, Max-Hütte, sämtlich in Holland). Diese Kapitaleinfuhr, die durch die Mobilisierung wahrscheinlich nicht beeinträchtigt, vielleicht sogar noch gefördert wird, hat sich nun bisher *ohne gleichzeitigen Wiederabfluß von kurzfristigem Auslandsgeld* vollzogen. Im Gegenteil scheint im März nach den zuletzt veröffentlichten Bankbilanzen, in denen die Großbanken allein eine Kreditorenvermehrung von einer viertel Milliarde ausweisen, ein neuer Zufluß von kurzfristigem Auslandsgeld erfolgt zu sein.«

E. B. betont auch richtig, daß die wichtigeren Teile des Wirtschaftsplanes *noch auf Durchführung warten*.

2. E. B. folgert nun: ich müßte unterstellen, daß die Arbeiterklasse auf diesen kapitalistischen Angriff mit den allerschärfsten Angriffsmitteln ant-

worten wird, um zu begründen, daß die Bourgeoisie dem nur mit den äußersten Terrormaßnahmen, eben mit dem Faschismus, begegnen könne. Bleibe aber die Arbeiterklasse passiv, so bedürfe die Bourgeoisie keiner faschistischen Methoden, sie könne dann *mit der Sozialdemokratie* und noch mit parlamentarischen Methoden, wenn auch mit einem »Abbau der demokratischen Rechte«, ihren Angriff durchführen.

Hier liegt der *entscheidende Fehlschluß* vor. Wir haben hier wiederholt nachgewiesen, wie *historisch* der Faschismus und verwandte Erscheinungen nicht die Folge der Stärke der Aktion der Arbeiterklasse ist, sondern gerade umgekehrt ihrer *Schwäche, Passivität, Zersplitterung, Entmutigung*. Der *Aufstieg* des Faschismus entspricht und entspringt einem *Abstieg* der Aktionskraft der Arbeiterklasse. *Die Bourgeoisie stößt da vor, wo die Arbeiterklasse das Feld räumt*. So Louis Bonaparte, so Mussolini, so anderwärts. Der vorstoßende Faschismus hat in der Regel mißglückte Vorstöße der Arbeiterklasse *im Rücken*, sein Zweck ist, in Zeiten der Schwäche der Arbeiterklasse sie so zu knebeln und zu fesseln, daß eine Neuerhebung für längere Zeit niedergehalten wird, daß sie einer verstärkten Ausbeutung unterworfen werden kann, ohne daß sie mit entsprechendem Widerstand antworten kann. Der Faschismus unterbindet den *Alltagskampf* der Arbeiterklasse, ihren gewerkschaftlich-parlamentarischen Kampf, er entzieht ihr für diesen Kampf den Boden, die demokratischen Rechte, den parlamentarischen Kampfboden, er zertrümmert ihre Organisationen und er fesselt Teile der Arbeiterklasse durch seine faschistischen Organisationen.

Die bisherigen Tatsachen in Deutschland bestätigen aber diesen Zusammenhang vollständig. Die Reichspräsidentendiktatur, die Schwächung der Arbeiterklasse – sind sie Folgen gesteigerter Aktivität der Arbeiterklasse oder des Gegenteils? Natürlich des Gegenteils.

3. E. B. sagt: Möglich ist, daß eine Wahlrechtsverschlechterung dem Bürgerblock eine arbeitsfähige Parlamentsmehrheit sichert. Es sei nicht unmöglich, daß eine solche Regierung einen weiteren Abbau der demokratischen Rechte (der Arbeiter) bringen werde. Wieviel, sei nicht vorauszusehen. Daß sie ihn bringen werde, sei aber sicher.

Aber, ruft E. B. aus: das alles ist doch kein Faschismus! Wir dürfen doch nicht jede Reaktion als Faschismus betrachten.

Der Widerspruch liegt hier auf der Hand.

E. B. gibt zu, daß ein Abbau der demokratischen Rechte sicher ist. Die Stärkung der Exekutivgewalt (der Gewalt des Reichspräsidenten) ist eine bereits vorliegende Tatsache. Der Faschismus ist die *Vernichtung* der demokratischen Rechte der Arbeiter, ihr *vollständiger* Abbau und die *Allmacht* der Exekutivgewalt. Der *teilweise* Abbau der demokratischen Rechte der Arbeiter, der *stückweise* Aufbau der Macht der Exekutivgewalt verhält sich also

zum Faschismus – wie der Teil zum Ganzen, wie Vorbereitung zur Durchführung. Wie kann man diesen Zusammenhang übersehen?

Nicht jede Reaktion ist Faschismus. Nämlich eine solche Reaktion ist kein Faschismus, die die bürgerlich-parlamentarische Grundlage *unverändert läßt!* Darum handelte es sich 1926–28 und auch in früheren Jahren. Um Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse *mit den Mitteln und auf Grundlage der bürgerlichen Demokratie*. Das haben wir ja gerade gegenüber der Phrase vom »Sozialfaschismus« gezeigt.

Aber hier handelt es sich ja gerade um den *stück- und schrittweisen Abbruch* dieser bürgerlich-parlamentarischen Grundlage! Das ist also nicht Reaktion schlechtweg, nicht die gewöhnliche bürgerlich-demokratische, sondern gerade die ganz bestimmte Reaktion in der Richtung zum Faschismus.

Augenscheinlich aber liegt unausgesprochen der Vorstellung E. B.s der Gedanke zugrunde, der *Teilabbau* der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus könne nicht zum vollen Abbau fortgehen. Und dem liegt wieder die Vorstellung zugrunde, die *Bourgeoisie* sei daran interessiert und bringe genügend Kräfte auf, um diesen Abbau *in den Grenzen eines Teilabbaus* zu halten.

Und hier kommen wir auf einen weiteren Trugschluß. Eine der Voraussetzungen dafür, daß der volle Faschismus eintritt, wäre nach E. B. »die *wirtschaftliche und politische Schwäche der Bourgeoisie*«.

Der Fehler liegt in dem »und«, in der Verkoppelung wirtschaftlicher und politischer Stärke und Schwäche der Bourgeoisie.

Gerade die wirtschaftliche Stärke und das Bedürfnis der Bourgeoisie, sie noch weiter zu befestigen, trieb sie in einer Reihe geschichtlicher Perioden dazu, auf die *direkte* politische Machtausübung in Form der bürgerlichen Demokratie zu *verzichten* und ihre Diktatur *indirekt* auszuüben. Der Faschismus ist eben eine der Formen der *offenen* aber *indirekten* Diktatur der Bourgeoisie. Ich erinnere an zwei Perioden in der Geschichte der deutschen Bourgeoisie.

Erstens nach der Revolution von 1848/49, wo die deutsche Bourgeoisie sich mit voller Kraft dem materiellen Aufbau widmete, aber die direkte Führung der Politik den Hohenzollern, ihren Junkern und ihrer Bürokratie überließ.

Zweitens die Zeit von 1890 bis 1914, eine wahre *kapitalistische Sturm- und Drangzeit*, die eine kolossale Vermehrung der materiellen Macht der deutschen Bourgeoisie in sich schloß, in der sie sich aber ebenfalls damit begnügte, die Regierung den Hohenzollern, ihren Junkern und Bürokraten, zu überlassen und ihre Herrschaft *indirekt* auszuüben: durch Beeinflussung dieser Faktoren »von hinten herem«.

Dieses System brach im Weltkrieg zusammen. Die deutsche Bourgeoisie

entledigte sich dieses Systems unter dem Druck der Niederlage und der anstürmenden Arbeiterklasse.

4. Eine einfache Rückkehr zu diesem System, zur Überlassung der Regierung an die Junker und ihre monarchische Spitze, ist heute nicht mehr möglich. Da bringt eben der Faschismus das *Neue*: die konterrevolutionäre und zugleich scheinrevolutionäre faschistische *Massenorganisation* als Regierungswerkzeug. Die konterrevolutionären Massenorganisationen sind nötig als Gegenkraft gegen die inzwischen auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie ausgebildeten Massenorganisationen der Arbeiterklasse, als Mittel, um sie zu *zertrümmern* und sie durch ein konterrevolutionäres Gebilde zu *ersetzen*.

Man muß sich überhaupt hüten, die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus als die sozusagen »normale« und »klassische« Form der bürgerlichen Klassenherrschaft zu betrachten, wie das die vulgär-demokratische Mythologie tut. Sie ist *eine* der Formen der bürgerlichen Klassenherrschaft, die *an ganz bestimmte geschichtliche Voraussetzungen*, an ein ganz bestimmtes Kräfteverhältnis der Klassen gebunden ist, und die mit diesen Voraussetzungen aufgehoben wird.

Die kapitalistische Klassenherrschaft in der Form der bürgerlichen Demokratie ist in Deutschland, geschichtlich gesprochen, nur *eine Episode*. Selbst in *Frankreich* füllt die parlamentarische Republik einen kürzeren Zeitraum als andere Formen der bürgerlichen Klassenherrschaft: napoleonische Militärdiktatur, konstituente Monarchie, Bonapartismus. In *England* erklärt sich die lange Dauer der bürgerlichen Demokratie durch die bekannte langfristige Ausnahmestellung Englands auf dem Weltmarkt (sie ist auch hier im Abstieg), in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ebenfalls durch Ausnahmeverhältnisse, auf die ich hier nicht weiter eingehen will.

Die *Präsidentenmacht* in Amerika läßt sich mit der heutigen Präsidentendiktatur in Deutschland nicht im geringsten vergleichen. Die Präsidentenmacht in den Vereinigten Staaten hat als Gegengewicht eine Schwäche des zentralen bürokratischen Apparates, eine so weitgehende lokale und einzelstaatliche Selbstverwaltung, wie sie in keinem kapitalistischen Lande sonst vorhanden ist. Ein schlagender Beweis dafür ist die Unmöglichkeit, die Prohibition wirklich durchzuführen. Der *Apparat* dafür fehlt.

5. Über die *Terminfrage* habe ich mich schon in der Antwort an den Genossen Frank des Näheren auseinandergesetzt. Was aber sonst die taktischen Folgerungen anbelangt, so meine ich, daß es einerseits opportunistischer Fatalismus wäre, *passiv* die Entwicklung zum Faschismus abzuwarten, andererseits *Abenteuerum*, die revolutionäre Erhebung gegen den Faschismus *aus der Pistole schießen zu wollen*.

Es handelt sich einfach darum, die *ersten Schritte* außerparlamentarischer

Massenaktion gegen die wachsenden faschistischen Kräfte und Tendenzen zu tun. *Allein* von dem Umfang und von den Fristen, in denen das gelingt, hängt es ab, diese Kräfte und Tendenzen *zurückzuschlagen*. Wirklicher und gefährlicher Fatalismus aber wäre es, darauf zu bauen, daß *Kräfte aus der Bourgeoisie* mit Erfolg die Entwicklung zum Faschismus hemmen könnten. Vielmehr müssen wir klar sehen, daß es gerade die Bourgeoisie ist, die die Entwicklung zum Faschismus teils direkt, teils indirekt, teils absichtlich, teils wider die eigene Absicht, fördert.

Unsere Analyse der Kräfte, die in Deutschland zum Faschismus treiben, *ist gerade der stärkste Antrieb für die Aktion der Arbeiterklasse*, indem sie zeigt, daß *nur die Arbeiterklasse* als ernsthafte Gegenkraft in Betracht kommt.

Heute einen *Termin* für den antifaschistischen Aufstand zu stellen, wäre in der Tat kindisch. Das hieße einen Sprung in die Luft machen. Aber *heute* die Frage der *ersten Schritte der außerparlamentarischen Massenaktion* der Arbeiterklasse stellen, ist absolut notwendig; erst aus der Entfaltung der außerparlamentarischen Massenaktion kann sich das Weitere ergeben.

Aber diese ersten Schritte außerparlamentarischer Massenaktion kann man heute nur tun, wenn man die faschistische Gefahr und die den Faschismus fördernden Kräfte als *reale* und *gegenwärtige* versteht, nicht, wenn man sie nur als unbestimmte Möglichkeit in unbestimmter Zukunft auffaßt.

6. Ich fasse zum Schluß noch einmal *positiv* und in aller Kürze zusammen, worin ich die Voraussetzungen und Kräfte der Entwicklung zum Faschismus in Deutschland sehe.

Von seiten der *Bourgeoisie*:

Ein wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisches Programm, das ein gründliches Aufräumen mit den bisherigen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse bedeutet.

Über dieses Programm herrscht im wesentlichen bereits Einigkeit unter den verschiedenen Gruppen und Schichten der Bourgeoisie.

Die Vereinigung auf dieses Programm ist *unter Führung des Trustkapitals* erfolgt.

Der Parlamentarismus ist für das Trustkapital als Mittel der Ausgleicheung der verschiedenen kapitalistischen Gruppeninteressen *überflüssig* geworden. Diese Ausgleicheung, die bisher die Sozialdemokratie vollzog, besorgt das Trustkapital jetzt direkt.

Der Parlamentarismus ist für das Trustkapital in Deutschland ein *Hemmnis*, eine *Fessel* geworden, vor allem, weil er ein bestimmtes Maß von *Zugeständnissen* an die Arbeiterklasse erfordert (Sozialpolitik, Steuern usw.), weil er ein wesentliches Element der Unsicherheit in die kapitalistische Politik bringt. Die bürgerliche Demokratie ist weiter zur Fessel für die Trustbour-

geoisie geworden, weil sie den Boden abgibt für organisierten Widerstand der Arbeiterklasse.

Man kann die *demokratischen Rechte der Arbeiter* aber nur aufheben, indem man sie *allgemein für alle Klassen* aufhebt. Die *Kapitalherrschaft* wird dadurch aber nicht geschwächt, sondern gestärkt, an die Stelle *direkter* aber *verschleieter* Kapitalherrschaft tritt die *indirekte* aber *offene Kapitaldiktatur*. Sie ist eine stärkere, brutalere Form der Kapitalherrschaft. Ihre moderne Erscheinung ist der *faschistische Staat*.

Die beginnende Auflösung der bürgerlich-parlamentarischen Parteien in Deutschland ist nur die Folge der bereits erfolgten Vereinigung der Grundmasse der Bourgeoisie auf der Grundlage des Wirtschaftsprogramms des Trustkapitals. Die alten Parteigrenzen und die alten parlamentarischen Parteien haben ihren Sinn und Zweck verloren.

Der politisch-organisatorische Neuaufbau erfolgt auf neuer Grundlage. Einerseits Annäherung der bisherigen bürgerlich-parlamentarischen Parteien an den Faschismus, andererseits Anpassung der faschistischen Parteien und Organisationen an das Wirtschaftsprogramm des Monopolkapitals, Abstumpfung der schärfsten antikapitalistischen Spitzen.

Die konkreten Einzelheiten dieses Prozesses werden wir an anderer Stelle behandeln.

Von beiden Seiten her bereitet sich also die breite faschistische Massenpartei vor.

Die einen, die bisherigen bürgerlich-parlamentarischen Parteien, stoßen ihre (sehr oberflächlichen und kurzlebigen) demokratisch-liberal-parlamentarischen Traditionen stückweise ab, nähern sich dadurch untereinander und dadurch den faschistischen Organisationen, die ihrerseits ihr antikapitalistisches Programm stückweise abstoßen. Dieser Prozeß vollzieht sich in sehr bunten Formen: teils in denen eines *Konkurrenzkampfes* der verschiedenen Parteien und Organisationen, teils planmäßig gefördert vom Reichspräsidenten und den außerparlamentarischen Kräften der Bourgeoisie.

Die *allgemeine objektive* Tendenz dieses Umbildungsprozesses und seine wirklichen Ergebnisse muß man natürlich unterscheiden von den Meinungen, Ansichten oder auch nur Vorwänden der einzelnen beteiligten Gruppen. Diese *objektiven Tendenzen* und realen Ergebnisse sind aber entscheidend, nicht die oder jene subjektiven Flausen der Beteiligten.

Von seiten der *Arbeiterklasse* sind die wichtigsten, den Faschismus fördernden Faktoren:

1. *objektiver Art*: Die Einengung der Arbeiteraristokratie, dieser klassischen Grundlage des Reformismus und der bürgerlichen Demokratie, nach ihrem zahlenmäßigen Umfang, sowie die kapitalistische Tendenz, sie weiter einzuschränken.

Andererseits: die Deklassierung eines Teiles der Arbeiterklasse, die Herausbildung eines Lumpenproletariats, das die ebenso klassische Stütze des Faschismus in der Arbeiterklasse ist.

2. *subjektiver Art*: das (objektive) Zusammenwirken des Reformismus und des ultralinken Kurses in der KPD zur Herbeiführung der Lähmung der Aktionskraft der Arbeiterklasse und der Schwächung und Zersplitterung ihrer Massenorganisationen.

Dieselben objektiven Tendenzen, die in Verbindung mit den genannten subjektiven den Faschismus fördern, könnten natürlich, verbunden mit einer richtigen kommunistischen Politik, die kommunistischen Kräfte fördern. Wenn das möglich sein soll, darf aber die Politik der Arbeiterklasse nicht sich der Ideologie der deklassierten Teile der Arbeiterklasse anpassen, was im Grunde das Wesen des ultralinken Kurses ausmacht, noch der Arbeiteraristokratie, was das Wesen der reformistischen Politik ausmacht, sondern muß ausgehen vom *Gesamtinteresse* der proletarischen Klasse.

Das ist die Aufgabe der Kommunisten, wie sie bereits von Marx im kommunistischen Manifest bestimmt worden ist. Das ist der Gesichtspunkt der kommunistischen Opposition.

Faschismus und bürgerliche Demokratie

(anonym) am 23. August 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 34)

Daß die Kommunisten bei einem Konflikt zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus nicht beiseite stehen dürfen, sondern gegen den Faschismus kämpfen und insofern die bürgerliche Demokratie verteidigen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit der revolutionären Politik. Aber damit ist die Frage noch nicht gelöst. Es handelt sich darum zu untersuchen, was die Kommunisten an der bürgerlichen Demokratie verteidigen und wie sie es zu verteidigen haben.

Die bürgerliche Demokratie ist eine Klassenherrschaft des Kapitals. Verteidigen die Kommunisten die bürgerliche Demokratie, insofern sie eine Klassenherrschaft des Kapitals ist? Sie verteidigen das nicht, sie bekämpfen das stets. Die Kommunisten verteidigen die demokratischen Rechte der werktätigen Massen. Diese demokratischen Rechte werden aber um so wirksamer verteidigt, je energischer die Arbeiter den Kampf gegen die bürgerliche Klassenherrschaft überhaupt führen. Der faschistische Staatsstreich bedeutet, daß der staatliche Apparat zur Unterdrückung der werktätigen Massen, der auch in der bürgerlichen Demokratie besteht, sich selbständig macht und die politischen Rechte der Massen vernichtet. Die erfolgreiche Abwehr des faschistischen Staatssturms erfordert also nicht eine Politik der Staatsbejahung, der Bejahung der bürgerlichen Demokratie schlechthin, wie sie von der Sozialdemokratie vertreten wird, sondern eine Politik des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat, gegen die Kapitalherrschaft überhaupt. Die Sozialdemokratie, die den bürgerlich-demokratischen Staat bejaht und keine Ziele kennt, die über den Rahmen dieses Staates hinausgehen, kann den Angriff des Faschismus nicht abwehren; sie begünstigt ihn objektiv, weil sie den bürgerlichen Staatsapparat, die reaktionäre Unterdrückungsmaschine gegen das Proletariat unterstützt und stärkt. Der bürgerliche Staatsapparat wird aber, je mehr die faschistische Gefahr anwächst, immer mehr zu einem Herd faschistischer Staatsstreichvorbereitungen. Der faschistische Staatsstreich wird nicht gegen den bürgerlichen Staatsapparat gemacht, sondern mit ihm. Italien und Polen sind die besten Beispiele dafür. Der erfolg-

reiche Kampf gegen den faschistischen Staatsstreich erfordert die Bereitschaft zum Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat.

Die Kommunisten führen also den Kampf für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte der werktätigen Massen nicht von dem Standpunkt der bürgerlichen Demokratie, vom Standpunkt der Bejahung des bürgerlich-demokratischen Staates, sondern vom Boden des Kampfes gegen die Kapitalherrschaft überhaupt, vom Boden des Kampfes für die proletarische Diktatur.

Der Faschismus entsteht als Produkt der Zersetzung der bürgerlichen Demokratie. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die bürgerlich-demokratische Politik dem Faschismus die Wege ebnet. Der faschistische Staatsstreich, der die bürgerliche Demokratie vernichtet, ist deshalb nur die konsequente Weiterentwicklung von Tendenzen, die innerhalb der bürgerlichen Demokratie entstanden sind.

Deshalb erfordert es der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus, daß die Kommunisten rücksichtslos vor den Massen darlegen, wie die bürgerliche Demokratie das Aufkommen des Faschismus begünstigt, daß sie rücksichtslos die Ohnmacht der bürgerlichen Demokratie gegenüber dem Faschismus kritisieren. Bedeutet nun diese rücksichtslose Kritik vielleicht, daß wir den Massen den Glauben an die Möglichkeit der Verteidigung ihrer demokratischen Rechte nehmen, daß wir unter ihnen eine Stimmung der Verzweiflung erzeugen, eine Stimmung, daß es nicht möglich sei, den Faschismus abzuwehren? Das ist keineswegs der Fall. Die Kritik der Ohnmacht der bürgerlichen Demokratie und ihrer Mittel gegenüber dem Faschismus ist notwendig, um die Massen zum Kampf gegen den Faschismus aufzurütteln. Die Stimmung der Passivität unter der Arbeiterschaft wird gezüchtet durch die Sozialdemokratie, die ihnen einredet, der Faschismus sei gar nicht so gefährlich, er könne durch die staatlichen Machtmittel der bürgerlichen Republik und durch parlamentarische Mittel abgewehrt werden. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, daß diese Abwehr nur möglich ist durch die außerparlamentarische Aktion der Massen.

Als lehrreich für das Verhalten der Kommunisten bei faschistischen Staatsstreichversuchen sei hier die Stellung Lenins beim Kornilow-Putsch erwähnt. Damals (September 1917) schrieb Lenin in einem Brief an das Zentralkomitee der Bolschewiki, der in der »Prawda« vom 7. November 1920 veröffentlicht worden ist:

»... Und unterstützen dürfen wir die Regierung Kerenski sogar *jetzt* nicht. Das wäre prinzipienlos. Man wird fragen: Sollen wir denn nicht gegen Kornilow kämpfen? Natürlich sollen wir das. Aber das ist nicht dasselbe. Hier gibt es eine Grenze: Sie wird von einigen Bolschewiken überschritten, die jetzt in Kompromißpolitik verfallen und sich vom Gang

der Ereignisse *hinreißen* lassen... Wir werden gegen Kornilow kämpfen. Wir kämpfen gegen ihn. Aber wir unterstützen Kerenski nicht, sondern entlarven seine *Schwäche*. Das ist ein Unterschied. Es ist dies ein Unterschied, der sehr fein ist, aber sehr wesentlich und nicht vergessen werden darf... Worin besteht die Veränderung unserer Taktik nach dem Aufstand Kornilows? Darin, daß wir die Form unseres Kampfes gegen Kerenski ändern. Ohne unsere Feindschaft gegen ihn um ein Deut zu mildern, ohne ein Wort, das wir gegen ihn gesagt haben, zurückzunehmen, ohne auf die Aufgabe des Sturzes Kerenskis zu verzichten, sagen wir: Man muß den Augenblick berücksichtigen. Jetzt werden wir Kerenski nicht stürzen. Wir werden jetzt an den Kampf gegen ihn anders herangehen, und zwar indem wir dem Volke (das gegen Kornilow kämpft) die *Schwäche* und die *Schwankungen* Kerenskis darlegen. Das haben wir auch früher getan. *Aber das ist jetzt die Hauptsache*. Darin besteht die Veränderung... Weiter besteht eine Veränderung darin, daß jetzt zur *Hauptsache* geworden ist die Verstärkung der Agitation für gewisse »Teilforderungen« an Kerenski: Verhaftung Miljukows, Bewaffnung der Petrograder Arbeiter, Herbeirufung von Truppen aus Kronstadt, Wyborg und Helsingfors nach Petrograd, Auflösung der Duma, Verhaftung von Rosjanko, gesetzliche Übergabe des gutsherrlichen Landes an die Bauern, Arbeiterkontrolle über Getreide und Fabrikwaren usw. usw.*

Die politischen Verhältnisse von 1917 in Rußland werden natürlich in Deutschland nicht wiederkehren. Ein faschistischer Staatsstreich in Deutschland wird kein Kornilow-Putsch sein. Auch haben wir in Deutschland keine Kerenski-Regierung usw. usw. Für uns ist aber die grundsätzliche Einstellung Lenins in dem Konflikt zwischen bürgerlicher Demokratie (Kerenski) und der offenen antidemokratischen Konterrevolution (Kornilow) wichtig. Die Taktik Lenins beim Kornilow-Putsch ist ein Muster für eine richtige kommunistische Politik, die grundsätzliche Klarheit mit der Ausnützung der konkreten Möglichkeiten vereint, die die notwendige Verbindung des Tageskampfes mit dem Endkampf in einer dem konkreten geschichtlichen Augenblick angepaßten Form herstellt.

IV. Der Aufschwung des Faschismus

Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution

August Thalheimer am 20. September 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 38)

Das ist die Signatur der Lage. Die Arbeiterklasse tut gut daran, sich diese *Tatsache* durch keinerlei Redensarten vernebeln zu lassen, weder durch die »kommunistische« Prahlerei darüber, daß die Kommunisten *die* Sieger des Wahlkampfes sind (solche Prahlerei im Widerspruch zu den Tatsachen ist ganz unkommunistisch), noch durch die billigen sozialdemokratischen Trostgründe, daß die nationalistische Flut »von selber« wieder zurückgehen werde, noch durch die lächerlichen Redensarten der liberalen Presse, daß eben die »Unvernunft« gesiegt habe, woraus der zufriedenstellende Schluß folgt, daß die liberale »Vernunft« sich wieder einstellen wird. Wenn die »Izvestia«, das Organ der Sowjet-Exekutive im selben Stil meldet, daß die »Panik« des Kleinbürgertums sich in den nationalsozialistischen Wahlstimmen ausdrücke, so braucht man dagegen nur die Frage aufzuwerfen, warum denn die Panik und Verzweiflung des Kleinbürgertums und beträchtlicher Schichten der Arbeiterklasse sich nicht in einem kommunistischen Aufschwung in diesem Maße ausdrückt?

Die Tatsache des Aufschwungs der faschistischen Konterrevolution muß erkannt und anerkannt werden, nicht um sich davor zu beugen, nicht um sie als unabwendbares Schicksal anzuerkennen, sondern weil die Erkenntnis dieser Tatsache und ihrer Ursachen die unumgängliche Voraussetzung dafür ist, um mit ihr fertig zu werden, um den Gang der Entwicklung noch zu *wenden*. Die Täuschung über die Lage kommt nur dem Gegner zugute. Sie ist kein Zeichen der Stärke des revolutionären Optimismus, sondern des Gegenteils, der *inneren Schwäche, Unsicherheit und Kopflösigkeit*.

Diese ist so groß, daß man nicht einmal den vollen Umfang des faschistischen Wahlsieges klar zu sehen vermag. Dieser drückt sich nämlich nicht nur aus in den 6,4 Millionen national-sozialistischen, sondern auch in den 2,5 Millionen Hugenberg'scher Wahlstimmen. Das sind zusammen 8,9 Millionen faschistischer Wahlstimmen und $107 + 41 = 148$ Mandate. Hugenberg ist nicht ein Geschlagener des Wahlkampfes, wie die liberale Dummheit ausposaunt, sondern einer der *Sieger*. Man muß den Hitler-Hugenberg'schen

Block als ein Ganzes rechnen. Dieser faschistische Block rangiert dann nach der Zahl der Wahlstimmen und Mandate nicht an der zweiten, sondern an der ersten Stelle. Der faschistische Block ist als *absolut stärkste Partei* aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Zusammengehauen sind die *bürgerlichen Mittelparteien*. Die *Deutsche Volkspartei* hat ein *Drittel* ihrer Stimmen verloren. Die Demokraten in der Gestalt der *Deutschen Staatspartei* haben ein *Fünftel* ihrer Stimmen verloren. Und sie haben ihre Verluste auf dieses Maß nur eindämmen können, weil sie mit den Jungdo-Leuten eine Partnerschaft eingingen. Ohne das wären sie noch viel stärker aufgerieben worden. Aufgerieben worden sind ferner die *rechten Splittergruppen*, die sich von Hugenberg abtrennten, die *Konservativen unter Westarp und Treviranus* und die *Landbündel unter Schiele*. Der Versuch *Brünings*, die parlamentarische Stütze seiner Regierung nach Rechts zu erweitern, hat elend Schiffbruch gelitten. Das *Zentrum* selbst hat zwar noch Stimmen und Mandate gewonnen, aber seine *relative Stärke* gemessen am Anteil an den Gesamtwahlstimmen, ist *ebenfalls zurückgegangen*. Das Zentrum hat sich gehalten durch scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie, durch Hervorheben des religiösen Moments, durch vollen Einsatz seiner Pfaffenherrschaft, durch eine *ausgesprochene Rechtswendung*, politisch und kulturell. Im ganzen ist der Brüning-Regierungsblock mit noch verminderter parlamentarischer Stärke aus dem Wahlkampf hervorgegangen. *Parlamentarisch ist er heute in einer hoffnungslosen Minderheit*.

Der *Wahlauftieg der Nationalsozialisten* ist ohne Beispiel in der bürgerlichen Republik. Die Stimmenzahlen der Nationalsozialisten haben sich in etwas über zwei Jahren *verachtfacht*. Die Zunahme umfaßt ebenso hochindustrielle wie großagrарische und bäuerliche Gebiete: *Westfalen-Nord* (von 12 auf 162 Tausend Stimmen), *Düsseldorf-Ost* (von 20 auf 210 Tausend), *Chemnitz-Zwickau* (von 41 auf 265 Tausend Stimmen), *Ostpreußen* (von 8 auf 235 Tausend), *Oberbayern-Schwaben* (von 72 auf 218 Tausend), *Württemberg* (von 22 auf 135 Tausend), *Baden* (von 26 auf 256 Tausend).

Was bedeutet der faschistische Wahlerfolg für das Bürgertum als Klasse? Sowohl die *führenden Schichten des Großbürgertums* als die bürgerliche und kleinbürgerliche *Masse* wandert beschleunigt ab ins Lager des Faschismus, spricht sich gegen Parlamentarismus und bürgerliche Demokratie und für die faschistische Diktatur aus. Was die wirtschaftlich führenden Schichten des Großbürgertums anlangt, so sind folgende Tatsachen kennzeichnend: Die Führer der industriellen Verbände haben *öffentlich* noch zur Stimmabgabe für die verfassungstreuen Parteien aufgefordert, *geheim* aber haben sie die Wahlkasse der Nationalsozialisten mit Millionen gespickt. Was die Großgrundbesitzer betrifft, so hat der *Landbund* sich *offiziell* hinter Schiele gestellt. Aber die Junker haben die Landarbeiter und die anderen wirtschaft-

lich von ihm abhängigen Kreise für Hitler und Hugenberg abkommandiert.

»Sie predigen öffentlich Wasser und tranken heimlich Wein.«

Wie steht es *im Lager der Arbeiterklasse*? Auch hier hat der Faschismus bereits einen *tiefen Einbruch* gemacht. Die Sozialdemokratie hat eine ernste, schwere Niederlage erlitten, *trotzdem* der stärkste organisatorische Apparat, der in Deutschland vorhanden ist, der der *Gewerkschaften* sich ungehemmt für sie einsetzte, *trotzdem* die Wahlarbeit der Sozialdemokratie alles bisherige übertraf, *trotzdem* die Sozialdemokratie alles tat, um die Aufmerksamkeit der Massen von den Früchten der zweijährigen Koalitionspolitik abzulenken, *trotzdem* sie in ihrer Massenagitation die rote Farbe in den Vordergrund stellte. Was die Sozialdemokratie schlug, waren nicht nur die bitteren Früchte der Koalitionspolitik der jüngsten Vergangenheit, sondern ebenso sehr das Zusteuern auf neue Koalitionspolitik. *Ein guter Teil der Gewerkschaftsmitglieder versagte den Gewerkschaftsführern die Gefolgschaft.* Die Niederlage der Sozialdemokratie im Wahlkampf mißt sich nicht nur an den 10 verlorenen Mandaten, sondern noch mehr an den 2 Millionen Stimmen, die sie beim Halten ihrer Stellungen hätte hinzugewinnen müssen. Es ist schon so, wie das Hitlerblatt sagt: *»Die alten 'Veteranen der Sozialdemokratie haben noch ihre alte Partei gewählt. Die Jugend ist, wie überall, weggeblieben.«*

Die Niederlage der Sozialdemokratie ist *keine vorübergehende Schlappe, sie ist der Anfang vom Ende.* Denn was die Sozialdemokratie noch gehalten hat, hat sie gehalten vermöge des organisatorischen und politischen *Beharrungsvermögens* ihres alten Anhangs, nicht vermöge eines aktiven Aufschwungs.

Der Reformismus ist aber dezimiert worden, *nicht durch die Kräfte der Revolution, sondern durch die der Konterrevolution.* Das ist der Grundzug der Lage. Der Zuwachs des Kommunismus bleibt weit hinter dem des Faschismus zurück. Im Kampf gegen den Reformismus hat der Faschismus den Kommunismus weit überflügelt. Der Wahlerfolg der Kommunistischen Partei bleibt nicht nur weit hinter dem des Faschismus zurück, er steht auch *in keinem Verhältnis zu dem, was die objektive Lage ermöglicht hätte.* Bei einer richtigen Politik der Kommunistischen Partei hätte der Kommunismus die Sozialdemokratie aufreiben müssen. Der Faschismus aber hätte überhaupt nicht auf die Beine kommen dürfen. Die Massenarbeitslosigkeit, die Not des Kleinbürgertums, die Agrarkrise, die sozialdemokratische Koalitionspolitik – wenn all das nicht den überwältigen Aufstieg der Kommunistischen Partei brachte, sondern den des Faschismus, *so müssen grundlegende Fehler der Politik der Kommunistischen Partei die Ursache sein.*

Wenn aber sowohl die Führung der Sozialdemokratie wie der KPD ihre Anhänger über diese Sachlage hinwegzutäuschen versuchen, wobei die Füh-

rung der KPD sich ganz am unrechten Platz der sonst so verpönten »Spontaneitätstheorie« hingibt (daß nämlich die faschistische Welle »von selber« zurückfluten werde), so werden die Tatsachen selbst binnen kurzem diesen gedankenlosen und betrügerischen Optimismus Lügen strafen, gerade weil dieser selbstbetriebene Optimismus das Hindernis dafür bildet, daß der Faschismus durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung zurückgeschlagen wird.

Auch ist es ein falscher und fauler Trost, daß die Massen, die jetzt der Faschismus aufgewühlt hat, keine bewußten Anhänger und Kämpfer für die faschistische Diktatur sind. Das ist auch gar nicht nötig für den Sieg der faschistischen Diktatur. Der Weg des Faschismus wie überhaupt der Konterrevolution zur Macht ist ein anderer, ja entgegengesetzter, wie der der proletarischen Revolution. Wenn es im Programm des Spartakusbundes richtig heißt, daß die Kommunistische Partei nur die Macht ergreifen wird, gestützt auf die bewußte Zustimmung der Mehrheit der Arbeiterklasse, so ist es umgekehrt beim Faschismus. Sein Weg zur Macht setzt nicht die Bewußtheit der großen Massen voraus, sondern gerade ihre Unbewußtheit, die Trübung und Verwirrung ihres Klassenbewußtseins, nicht ihre Aktivität, sondern ihre Passivität. Gestützt auf diese Passivität und Verwirrung der Massen, auf Grund ihres Gewährenlassens, kann eine aktive und bewußte konterrevolutionäre Minderheit zur Macht gelangen, und *sie ist nie anders zur Macht gelangt*. Diese Voraussetzungen für den Weg des Faschismus zur Macht sind aber bereits heute in weitem Maße geschaffen, sowohl die Verwirrung der Massen, wie die aktiven und bewußten organisierten Kader des Faschismus.

Weiter besteht der folgende *grundlegende Unterschied* zwischen dem Weg des Faschismus zur Macht und dem des Kommunismus. Der Faschismus kann die bürgerliche Staatsmaschine, so wie sie ist, *erobern, besetzen und für seine Zwecke ausnützen*. Der Kommunismus und die Arbeiterklasse kann dies nicht, er kann sie zwar zersetzen, aber nicht besetzen. Er muß sie *sprengen* und er muß für seine Zwecke *einen neuen proletarischen Staatsapparat aufbauen: die Räte*.

Was werden die nächsten Schritte des Faschismus sein?

1. Er wird jetzt planmäßig und brutal den *zweiten Teil* seiner Aufgabe in Angriff nehmen. Er hat die anderen bürgerlichen Parteien zersprengt oder zersetzt.

Er hat angefangen, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Er wird jetzt alle seine Kraft darauf konzentrieren, die *Arbeiterorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, aber auch die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei durch systematischen Terror wie durch andere politische Mittel in Trümmer zu schlagen*. Er wird seine Anstrengungen besonders auf Berlin

konzentrieren, wo er noch im Rückstand ist gegenüber dem übrigen Reich.

2. Er wird versuchen, die entscheidenden Teile der bürgerlichen Staatsmaschine, die bewaffnete Staatsmacht in die Hände zu bekommen. Darum fordert er das *Reichswehrministerium*, das *Innenministerium* im Reich und in Preußen, das *Berliner Polizeipräsidium* (Forderung von Goebbels).

3. Er wird unmittelbar in den *Betrieben* seine Leute unter dem Kommando der Unternehmer einsetzen, um Streiks zu brechen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu terrorisieren und matt zu setzen.

Der *systematische faschistische Terror* wird nicht allzulange auf sich warten lassen. Er wird sich stützen auf das gesteigerte Machtbewußtsein seiner Anhänger, auf die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sympathien, auf die wachsende passive oder aktive Unterstützung durch und in den staatlichen Behörden.

Das zusammengelahuene liberale Bürgertum ruft jetzt nach der *Großen Koalition*. Die sozialdemokratische Führung hat keinen anderen Gedanken. Ob sie zustande kommt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. *Erstens* davon, wie die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sich dazu stellen. *Zweitens*, ob die *Deutsche Volkspartei* und die *Wirtschaftspartei* mittut. Die Wirtschaftspartei hat sich bereits *dagegen* erklärt. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Scholtz, hat sich zwar *gegen* eine Koalition mit den Nationalsozialisten ausgesprochen, aber noch nicht positiv für eine Koalition mit der Sozialdemokratie.

Aber es ist heute schon klar, daß eine *neue Große Koalition noch etwas anderes wäre als die letzte*. Brüning erklärt, er bleibe und werde dem neuen Reichstag die Notverordnungen und das weitere Programm des Kapitalsangriffs *fertig ausgearbeitet vorlegen*. Die Sozialdemokratie hätte also in einer neuen Großen Koalition die Notverordnungen und das weitere Programm des Kapitalsangriffs *unbesehen zu schlucken*. Sie wäre *nur noch das fünfte Rad am Wagen der Regierung der Hindenburg-Diktatur*. So will der »katholische Staatsmann« nach dem Rezept des Jesuitenpaters Muckermann »vollendete Tatsachen« schaffen. Die *Einberufung des Reichstages* ist unter lächerlichen technischen Vorwänden nach Pilsudskischem Muster bis auf den äußersten gesetzlich zulässigen Termin hinausgeschoben worden, damit man sich gehörig daran gewöhne, daß auch ohne Parlament regiert werden kann. Vielleicht auch benutzt man später noch das Pilsudskische Rezept, um im Parlament Raum zu schaffen, indem man einem Teil der Parlamentarier andere Sitzplätze, in den Gefängnissen, anweist.

Gleichzeitig wird an einem *Rechtsblock* mit Beteiligung der Nationalsozialisten geschmiedet. Zwar hat die »Germania« sich *dagegen* ausgesprochen, aber die Regierung Brüning läßt auch dafür die Wege offen, indem sie ihr

Programm *allen* Parteien vorlegt. Auf der rechten Seite muntert *Hugenberg* die *Nationalsozialisten* auf, daß sie jetzt konkret zum Programm des *Kapitalsangriffs* Stellung nehmen müssen.

Welches auch immer die nächsten konkreten Formen der Regierungsbildung sein mögen, so steht heute schon fest, daß von keiner »Rettung« oder »Gesundung« des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie die Rede ist, sondern daß es sich um *weitere Etappen und Vorbereitungen in der Richtung der faschistischen Diktatur* handelt, daß das *Tempo dieser Entwicklung durch den Wahlausfall weiter beschleunigt* ist, daß das *Bürgertum keine Gegenkräfte gegen den Faschismus aufbringt, sondern nur solche Kräfte, die bewußt oder unbewußt, gewollt oder nicht gewollt in dieser Richtung wirken.*

Ob diese Entwicklung weiter geht oder zurückgeschlagen wird, das hängt jetzt ausschließlich ab von der Arbeiterklasse. Und zwar in erster Linie davon, ob der Gedanke der kommunistischen Opposition die Arbeiterklasse zu außerparlamentarischen Massenaktionen gegen Faschismus und Kapitalsangriff in einer Einheitsfront auf Grund eines Programms der dringenden Tagesforderungen in Verbindung mit konkreter revolutionärer Propaganda zu vereinigen – ob dieser Gedanke sich durchsetzt gegen den ultralinken Kurs und die Blindheit und Unfähigkeit des kommunistischen Parteiapparates wie gegen den blanken Klassenverrat und die kampflöse Preisgabe der demokratischen Rechte der Arbeiter durch den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparat.

Die *kommunistische Opposition*, die gezeigt hat, daß sie allein die Klassenkräfte in Deutschland und ihre Entwicklungstendenzen richtig zu beurteilen und der Arbeiterklasse die richtigen Kampfwege zu zeigen verstanden hat, muß sich bewußt sein, daß von ihren weiteren Anstrengungen Entscheidendes für die Arbeiterklasse abhängt. Nicht daß sie es mit ihren eigenen Kräften allein schaffen könnte, aber nur ihre Kraft ist vorhanden, um die Kräfte der Arbeiterklasse auf der Grundlage zu sammeln und in der Richtung zu führen, daß der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution abgelöst wird durch den der proletarischen Revolution, durch den des Kommunismus.

Der Erfolg dieser ihrer Anstrengungen hängt nicht von ihr allein ab. Aber daß diese Anstrengungen mit der äußersten Kraft gemacht werden, ist entscheidend für den weiteren Gang der Arbeiterbewegung in Deutschland, dafür, ob wann und in welcher Stärke der Kommunismus als *führende politische Kraft* innerhalb der Arbeiterklasse wieder Fuß faßt und an ihrer Spitze der faschistischen Konterrevolution entgegentritt.

Daß die KPD unter ihrer heutigen Führung und mit ihrem heutigen Kurs diese Kraft nicht ist, das beweist schlagend die Tatsache des riesigen

Aufschwungs der faschistischen Konterrevolution. Und der Wahlerfolg der KPD kann heute niemand darüber hinwegtäuschen, daß bei der Fortsetzung dieses Kurses der Sieg der faschistischen Konterrevolution eben so sicher ist wie die *Katastrophe, der Zusammenbruch der Kommunistischen Partei*, damit der Arbeiterbewegung in Deutschland, und damit der Kommunistischen Internationale als einer revolutionären Massenkraft außerhalb, der Sowjet-Union.

Diese Perspektive widerspricht so grob wie möglich dem Augenschein und den Einbildungen, denen sich die Führung der KPD und der Kommunistischen Internationale hingibt. Aber sie hat vor diesen ebenso angenehmen wie hohlen Einbildungen den Vorzug voraus, daß sie auf Tatsachen aufgebaut ist und die logischen Folgerungen aus diesen Tatsachen zieht.

Und bis zu diesem Augenblick haben eben die Tatsachen bewiesen, daß keinerlei Täuschungen und Phantasien den gesetzmäßigen Gang der wirklichen Kräfte auch nur um Haaresbreite abbiegen können.

Geändert werden kann die Lage nur durch die *Aktion*, die die Massen der Arbeiterklasse in Bewegung setzt und damit diese Aktion zustande kommt, bedarf es *dreier unerläßlicher Voraussetzungen* – erstens eines *Programms von Tagesforderungen*, eines *proletarischen Kampf- und Notprogramms*, das den Bedürfnissen und Verständnis der Massen entspricht. Zweitens einer *Gewerkschaftspolitik*, die den Kommunisten ermöglicht, die Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen und drittens die *grundsätzliche Sicherheit der Kommunisten*, die sie bewahrt sowohl vor spießbürgerlichen Nationalismus als auch vor opportunistischer Passivität und Illusionen.

Die kommunistische Opposition hat die Aufgabe, diese weder in der Kommunistischen Partei noch sonst vorhandenen Voraussetzungen zu schaffen und durchzusetzen. Sie kann und muß das in der Zuversicht tun, daß früher oder später der revolutionäre Gedanke, der dem historischen und dringenden Bedürfnis der Arbeiterbewegung entspricht, sich durchsetzt. *Entweder über den Sieg oder über die Katastrophe der kommunistischen Bewegung in ihrer jetzigen Form hinweg.*

Eine verlorene Hauptschlacht

August Thalheimer am 6. November 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 45)

In ihrer Zeitschrift »Klassenkampf« trösten sich die Parlamentshelden vom »linken Flügel« der Sozialdemokratie à la Seidewitz über ihren schmachvollen Umfall am 18. Oktober damit hinweg, daß sie erklären, der 18. Oktober sei noch gar keine Entscheidung gewesen, er bedeute nur eine *Verschiebung* der Entscheidung über das Schicksal der Brüning-Regierung. Man habe der Fraktionsmehrheit Gelegenheit geben wollen, sich in den Ausschußverhandlungen über die Notverordnungen der Regierung selbst zu überzeugen, daß die Regierung auf ihrem Programm beharre, daß es nicht gelingen werde, den Notverordnungen die Giftzähne auszuziehen. Erst danach falle die wirkliche Entscheidung, und dann werden die linken Helden sich unwiderrüflich als Helden bewähren – wenn sie nicht neue Gründe finden, ihre Heldentaten wieder »auf das nächste Mal« zu verschieben. Sieht man näher zu, so findet man, daß in den »Gründen« für diesen Umfall bereits die Entschuldigungen für eine unabsehbare Reihe weiterer Umfälle enthalten sind. Einer der angeführten Hauptgründe ist nämlich die Erhaltung der Einheit der Sozialdemokratie. Wenn also das nächste Mal in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich keine Mehrheit gegen die Brüning-Regierung findet, wenn diese Mehrheit auch die Notverordnungen mit Haut und Haaren schlucken wird – und warum soll sie sich nicht finden, wenn die Theorie vom »kleineren Übel« die Richtschnur bleibt und der Sturz der Regierung Brüning das größte aller Übel bleibt? –, so werden die »Linken« um der »Einheit« willen auch die Notverordnungen schlucken, und das kann so lange weitergehen, bis die Sozialdemokratie auch das Letzte für die Durchführung des Programms des Kapitalangriffs geleistet haben wird, was sie leisten kann.

Inzwischen aber hat die Entscheidung des 18. Oktober schon eine andere Entscheidung zur Folge gehabt, die von der größten und unheilvollsten Bedeutung ist für die gesamte weitere politische Entwicklung in Deutschland. Diese Entscheidung ist die Niederlage im Metallarbeiterstreik, die Niederlage infolge des blanken Verrats der reformistischen Gewerkschaftsführer. Diese Niederlage ist offenbar der Aufmerksamkeit der vom parla-

mentarischen Kretinismus bis in die Knochen zerfressenen »Linken« nicht würdig, denn sie ist nur eine außerparlamentarische Tatsache, und die zählt nicht mit. Da das Parlament bis zum 3. Dezember vertagt ist, so ist inzwischen nach der fixen Idee des parlamentarischen Kretinismus auch die Weltgeschichte vertagt und muß als nicht vorhanden betrachtet werden.

Für diejenigen, die nicht vom Bazillus des parlamentarischen Kretinismus verseucht sind, liegt es auf der Hand, daß der Verrat vom 18. Oktober mit dem Verrat des Metallarbeiterstreiks eine Einheit bildet und daß die Verantwortlichen für den einen zugleich die Verantwortlichen für den anderen sind. Aber hier kommt den Betreffenden eine andere nicht minder »schöne« Sorte von Kretinismus zu Hilfe – der bürokratische Kretinismus. Danach sind für die parlamentarischen Entscheidungen die Parlamentarier und letzten Endes die Parteiinstanzen verantwortlich, für die gewerkschaftlichen Entscheidungen aber die Gewerkschaftsinstanzen. Und so hat der Verrat des 18. Oktober nichts mit dem Verrat des Metallarbeiterstreiks zu tun. Die Gewerkschaftsinstanzen sind nicht verantwortlich für den 18. Oktober, die Parteiinstanzen sind nicht verantwortlich für den Verrat am Metallarbeiterstreik. Man erinnert sich, wie bei der bekannten Aufgabe der Betriebsbesetzung in *Italien*, die der Wendepunkt für die Niederlage der Arbeiterklasse und den Vormarsch des Faschismus war, die sozialdemokratischen Instanzen entdeckten, daß diese Frage zur »Kompetenz« der Gewerkschaften gehöre und unter diesem Vorwand der stärksten revolutionären Massenaktion des italienischen Proletariats das Rückgrat brechen halfen. In Wirklichkeit war dies eine politische Entscheidung erster Ordnung – die Entscheidung, ob die italienische Arbeiterklasse den begonnenen Kampf um die Macht entschlossen zu Ende führe oder sich selbst für besiegt erkläre.

Die Niederlage im Berliner Metallarbeiterstreik ist von kaum geringerer *politischer* Bedeutung. Sie bedeutet eine durch die Schuld der *Führung* verlorene Hauptschlacht gegen den Unternehmerangriff und gegen den Faschismus. Der unter dem schärfsten Druck der Wirtschaftskrise mit überwältigender Mehrheit gefaßte Streikbeschluß, die geschlossene Durchführung des Streikes selbst, sind der Beweis dafür, daß in der Masse eine elementare, revolutionäre Kraft zum Ausbruch drängte. Der *unter diesen Umständen* gefaßte Streikbeschluß war weit mehr als ein gewöhnlicher gewerkschaftlicher Streikbeschluß. Er offenbarte einen hochgespannten *politischen* Kampfwillen der Arbeiter. Er war Ausdruck des Willens zum politischen Gegenangriff gegen den Kapitalsangriff und gegen den Faschismus. Diesem Kampfwillen freien Lauf lassen, ihn sich entfalten lassen, das bedeutete das Ingangsetzen einer mit *revolutionären Konsequenzen* schwangeren, dem Machtkampf zustrebenden Massenaktion. Das aber hieß nicht nur die Entscheidung des 18. Oktober aufheben, das hieß 12 Jahre sozial-

demokratischer Politik im Dienste der Erhaltung, Sicherung und Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft preisgeben, das hieß, in das für die Sozialdemokratie grauensvolle Meer der revolutionären Aktion steuern.

Darum haben die Gewerkschaftsinstanzen und hat die Sozialdemokratie nicht nur nicht das geringste Positive getan, um den Metallarbeiterkampf in einen allgemeinen politischen Kampf zu verwandeln, um die gesamte Arbeiterklasse zu seiner Unterstützung aufzurufen, um die Ziele des Kampfes zu allgemeinen politischen Zielen, zu einem Generalangriff gegen die herrschenden Klassen zu steigern, was nur bedeutet hätte, die eigene Logik dieses Kampfes zu vollziehen; sondern sie hat sich planmäßig bemüht, ihn dem Umfang und der Zielsetzung nach in den engsten möglichen Grenzen zu halten und ihn, so rasch das überhaupt ging, abzubrechen. Die sozialdemokratische Führung hat der Massenbewegung das Rückgrat gebrochen.

Die Kommunistische Partei aber hat weder die *politische* Aufgabe gesehen, die dieser Streik stellte, noch hatte ihr Versuch *außerhalb* der Gewerkschaften die Bewegung *gegen* die Gewerkschaftsinstanzen zu führen, irgendeinen Erfolg und konnte ihn nicht haben. *Aber wenn je, so war hier eine klassische Situation, um, gestützt auf den ungestümen und entschlossenen Kampfwillen der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, gestützt auf die Sympathien und das Verständnis der übrigen Arbeiterschaft, innerhalb des Metallarbeiterverbandes die sabotierende sozialdemokratische Führung zu überrennen und den Streik gegen sie durchzuführen und zu einer politischen Massenaktion erster Ordnung auszuweiten.* Hätte man, statt zwei Jahre ultralinke RGO-Taktik zu betreiben und dadurch alle Positionen und Funktionen im Metallarbeiterverband preiszugeben, kommunistische Eroberungsarbeit im Metallarbeiterverband geleistet, so wären alle nötigen Voraussetzungen dafür vorhanden gewesen, so hätten die Kommunisten wirklich die Führung des Kampfes den Reformisten aus der Hand nehmen können. So aber lief die Kommunistische Partei ohnmächtig, aber mit eitlen Prahlereien *neben* der Bewegung her, und die Plakate, daß die RGO den »Streik führe«, konnten kaum diejenigen täuschen, die seit Jahren sich und anderen weismachen wollen, daß es genüge, möglichst laut zu *behaupten*, daß man führe, um auch wirklich zu führen. Es ist das die Methode Coué, angewandt auf die Politik, also der reine Scharlatanismus. Die Verantwortung dafür trägt nicht nur die »Führung« der KPD, sondern auch die der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Eine Hauptschlacht gegen den Kapitalangriff und den Faschismus ist verloren, verloren durch den Verrat der Sozialdemokratie und durch die ultralinke Quacksalberei der offiziellen Kommunistischen Partei. Daran wird nichts geändert dadurch, daß der Schiedsspruch, der den Ausgangspunkt des

Streikes bildete, nicht für verbindlich erklärt worden ist und daß vielleicht der neue Schiedsspruch, dem beide Parteien sich fügen sollen, *zunächst* einige Prozente Lohnkürzung weniger bringen wird – jedermann weiß, daß das nur zu bedeuten hat, daß die Unternehmer nun die Lohnherabsetzung, statt mit einem Schlag, in mehreren Etappen durchführen wollen. Das Kapital setzt jetzt an die Stelle der Niederwerfungsstrategie, die sich zunächst als undurchführbar erwies, die Ermattungsstrategie, den Schützengrabenkrieg.

Das für das Kapital *Entscheidende* ist, daß es ihm im Bunde mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gelungen ist, die Arbeiter zu entwaffnen und sie vom Kampfplatz zu entfernen, die *Aktion* der Massen zum Abbruch zu bringen. Damit ist für das Kapital alles gewonnen.

Auch hier liegt die Analogie mit der italienischen Betriebsbesetzung auf der Hand. Nachdem die Arbeiter die besetzten Betriebe aufgegeben hatten, hatten die italienischen Kapitalisten das Spiel gewonnen. Sie gestanden den Arbeitern sogar *auf dem Papier* die Betriebskontrolle zu; das hatte aber keinerlei Bedeutung mehr, nachdem die Arbeiter tatsächlich das Kampffeld verlassen und abgerüstet hatten. Die italienischen Kapitalisten zogen sofort und rücksichtslos die Konsequenzen aus der zu ihren Gunsten veränderten Kampfslage. Sie setzten die Faschisten zum *Gegenangriff* ein. Jetzt begann jene zweijährige Kampagne des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse, deren Endergebnis die faschistische Machtergreifung war. Im Gefolge des verratenen und verlorenen Metallarbeiterkampfes kommt naturgemäß die Entmutigung, Verwirrung und Zersetzung der Arbeiter, denen die eigene Führung den Dolchstoß in den Rücken versetzt hat. Es kommt der kombinierte weitere Angriff der Kapitalisten und der Faschisten. Der Klassengegner macht sich an die Verfolgung, und je drohender die Kampfkraft der Arbeiter, die dieser Streik offenbarte, um so rücksichtsloser wird diese Verfolgung sein.

Die Nationalsozialisten, die aus taktisch-demagogischen Gründen, wie sie jetzt selbst vor den Unternehmern kund tun, den Streik unterstützt haben, weil sie ihn nicht hindern konnten und sonst ihre eigenen Anhänger vor den Kopf gestoßen hätten, machen jetzt eine *Kehrtwendung*. Sie schüren jetzt rücksichtslos die Empörung der Arbeiter gegen den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, um einen konterrevolutionären Schlag zu führen *gegen die Existenz der Gewerkschaften selbst*.

Die Führung der Kommunistischen Partei ruft jetzt auf zur Gründung eines »Roten Metallarbeiterverbandes«. Die vom 4. RGI-Kongreß eingeleitete ultralinke Gewerkschaftspolitik gelangt jetzt zu dem logischen Ende, das die kommunistische Opposition, allen offiziellen Leugnungen gegenüber, vom ersten Augenblick voraussah und voraussagte. Die Gewerkschaftsspaltung,

die Gründung eigener »revolutionärer« Gewerkschaften wird Tatsache, ist schon Tatsache in dem Augenblick, wo dieses Blatt erscheint.

Das Schicksal und die Wirkungen des »Roten Metallarbeiterverbandes« und etwaiger anderer revolutionärer Gewerkschaften, deren Gründung sich etwa anschließen wird, läßt sich ohne besondere Prophetengabe voraussehen. Diese revolutionären Gewerkschaften werden ohnmächtige Minderheits- und Splitterorganisationen sein. Sie werden sich infolge der Hoffnungen, die sie bei ihren Anhängern erwecken, auch unter den ungünstigsten Kampfchancen in Kämpfe wagen müssen und Niederlage nach Niederlage einheimen. Den Niederlagen werden die Maßregelungen, wird die Reinigung der Betriebe von Kommunisten folgen. An ihre Stelle wird der Unternehmer Faschisten oder Gelbe setzen. Auf der anderen Seite werden auch die Kampfchancen für die reformistischen Verbände geschwächt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer werden jedem Kampf ausweichen können unter Hinweis auf die Gewerkschaftsspaltung. Die Enttäuschung wird schnell einsetzen in den »revolutionären« Verbänden. Ein Teil der Mitglieder wird den Faschisten Rekruten liefern. Die Entmutigung wird auch wachsen in den reformistischen Verbänden.

Die Voraussetzungen für den Erfolg des von Kapitalisten und Faschisten geführten Generalangriffs gegen den Bestand der Gewerkschaften werden die denkbar günstigsten sein.

Was das für den weiteren Vormarsch der Faschisten und den faschistischen Machtkampf bedeutet, bedarf keiner näheren Ausführung.

Der Metallarbeiterstreik konnte der Anlauf zu den außerparlamentarischen Massenaktionen sein, die dem Faschismus Halt gebieten, den Kapitalangriff zurückwerfen und zum Machtkampf der Arbeiterklasse führen konnten. Die Niederlage in diesem Kampf setzt auf die Tagesordnung die Verschärfung und Beschleunigung des faschistischen Machtkampfes. Eine Hauptschlacht ist verloren, aber noch ist der Feldzug für die Arbeiterklasse nicht verloren. Das nächste Kettenglied, das jetzt aufgenommen werden muß, das ist die Stärkung der Opposition in den reformistischen Gewerkschaften durch die kommunistische Opposition. Die kommunistische Opposition muß jetzt in verstärktem Maße die Ausbildung einer breiten und zielbewußten Opposition in den reformistischen Gewerkschaften in die Hand nehmen, die den schärfsten Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer führt und auf neuen Kampfeinsatz der Gewerkschaften hinsteuert.

So schwer unter den gegebenen Umständen die Erfüllung dieser Aufgabe ist, so ist sie nicht aussichtslos. Wenn der Metallarbeiterstreik die unverbesserliche Verräterei der reformistischen Führung offenbart hat, so auch den stürmischen Kampfwillen der Gewerkschaftsmitglieder. Dieser Kampfwille erhält durch den Verrat der Führung einen schweren Schlag, aber er ist

gewiß noch nicht gänzlich erschöpft. Die Aufgabe besteht darin, ihn aufs neue anzufachen und durch eine starke Opposition in den Gewerkschaften die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß kommende Aktionen über verräterische Führungen hinweggehen und aus dem engen Bett des nurgewerkschaftlichen Kampfes hinübergeleitet werden in das breite Strombett des politisch-revolutionären Kampfes.

Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten in Deutschland

Resolutionsentwurf der Reichsleitung für die Reichskonferenz der KPD-O, veröffentlicht am 6. Dezember 1930 (Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 49)

I. Die Weltlage

1. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise offenbart den allgemeinen Niedergang des kapitalistischen Systems. Sie geht in ihren wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen und Wirkungen weit tiefer als die Wirtschaftskrisen der imperialistischen Sturm- und Drangzeit von 1890–1914.

Die Weltwirtschaftskrise ging aus von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem hochkapitalistischen Musterland. Dort war die Vorstellung am tiefsten verwurzelt, daß der Kapitalismus aus eigener Kraft fortan Krisen bannen und eine dauernde Prosperität herstellen könne. Diese Ideologie war nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen Ländern eine der stärksten Grundlagen für die Politik der Klassenharmonie. Der Eintritt der Weltwirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat dieser Ideologie einen unüberwindlichen Stoß gegeben. Von den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus hat sich die Wirtschaftskrise auf fast alle Länder, außer der Sowjetunion, ausgedehnt. In Frankreich, dem letzten großen kapitalistischen Land, das bisher von der Krise verschont geblieben war, zeigen sich jetzt die ersten Ansätze zu ihr.

Die Wirtschaftskrise hat rund 20 Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen. Sie hat, als Agrarkrise, zugleich Millionen bäuerlicher Wirtschaften erfaßt. Die stürmische Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinenteknik hat die Produktionskosten insbesondere für Getreideerzeugung für die kapitalistischen Großbetriebe in den überseeischen Getreideexportländern rasch und weitgehend gesenkt und zur Überproduktion, gemessen am zahlungsfähigen Bedarf, geführt.

Der Kampf der großen kapitalistischen Monopole um die Rohstoffe, in Verbindung mit der Senkung des Rohstoffbedarfs durch die Industriekrise, hat zu einer Rohstoffüberproduktion geführt. In den Kolonial- und Halbkolonialländern, die überwiegend auf die Produktion eines oder mehrerer Rohstoffe eingestellt sind, nimmt deshalb die Wirtschaftskrise besonders schwere Formen an. Sie ist Grundlage und Ausgangspunkt für politische

Krisen (Südamerika) und für die Stärkung der Kräfte der kolonialen Revolution (Indien, Ägypten).

2. Die Wirtschaftskrise schafft objektiv Möglichkeiten für einen Aufschwung der revolutionären Bewegung des Proletariats, der anderen unterdrückten werktätigen Klassen und der vom Imperialismus unterjochten Völker.

3. Wird diese objektive Möglichkeit durch eine richtige Politik der Kommunistischen Partei ausgenutzt, dann kann die Wirtschaftskrise in den Zusammenbruch des Kapitalismus ausmünden. Die Wirtschaftskrise wird nur dann zur Endkrise des Kapitalismus, wenn die Arbeiterklasse die politische Folgerung zieht, daß die Herrschaft des Kapitalismus gestürzt werden muß und diese Folgerung durch die proletarische Revolution in die Tat umsetzt. Die Endkrise des Kapitalismus ist also keine rein wirtschaftliche Erscheinung, sondern zugleich eine politische Revolution.

4. Die kommunistische Opposition hat längst vor dem 6. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Gegensatz sowohl zu den Versöhnlern als auch der Leitung der Kommunistischen Internationale festgestellt, daß gerade das Wachstum der kapitalistischen Produktivkräfte nach der Überwindung der Nachkriegskrise zur Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus, zu verschärften wirtschaftlichen und politischen Krisen und Katastrophen führen müsse, und daß diese Widersprüche nur durch die proletarische Revolution gelöst werden können.

5. Die Versöhnler leugneten den allgemein revolutionären Charakter der gegenwärtigen Situation. Sie lehnten infolgedessen die revolutionäre Propaganda ab und beschränkten die Agitation und Propaganda auf bloße Tageslosungen.

6. Die Leitung der Kommunistischen Internationale hat auf dem 6. Kongreß (Juli 1928) das unmittelbar bevorstehende Ende der Stabilisierung, d. h. den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch der proletarischen Revolution, prophezeit. Sie hat auf dem X. Plenum des EKKI (Juli 1929) von einem angeblich bereits vorhandenen revolutionären Aufschwung gesprochen. Sie hat erstens die auf Grund der objektiven Voraussetzungen vorhandene *Möglichkeit* des revolutionären Aufschwungs mit der *Wirklichkeit* verwechselt. Sie hat zweitens die Verwirklichung dieser Möglichkeit praktisch durch den ultralinken Kurs vereitelt. Der revolutionäre Aufschwung ist Tatsache in Indien, in Spanien. In dem größten Teil Europas aber ist die Konterrevolution im Aufschwung begriffen.

Die Leitung der KPD hat, indem sie Wirtschaftskrise und Krise der Stabilisierung gleichsetzte, im Laufe der letzten 2 Jahre wiederholt verkündet, daß das deutsche Proletariat sich in der Offensive befinde, daß der revolutionäre Aufschwung bereits da sei, sie hat ihre wiederholten Niederlagen als revolu-

tionäre Durchbruchsschlachten ausgegeben (1. Mai 1929, 1. August 1929, Ruhrkampf usw.).

7. Eine schnelle Behebung der Weltwirtschaftskrise ist nicht zu erwarten; ebensowenig eine langanhaltende und stürmische Periode einer neuen allgemeinen Welthochkonjunktur. Am wahrscheinlichsten ist in Zukunft eine nur durch kurze Konjunkturaufstiege unterbrochene Dauerdepression. Diese Wahrscheinlichkeit ergibt sich aus dem ungeheuren absoluten und relativen Wachstum der Produktivkräfte im Verhältnis zu den kapitalistischen Verwertungsmöglichkeiten, insbesondere den wachsenden Schwierigkeiten für den Kapitalismus, neue ausgedehnte Absatzmärkte und Gebiete für die Kapitalanlage zu erschließen.

8. Der Kapitalismus ist längst zu einem Hemmnis für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte geworden. Die augenfälligsten Beweise dafür sind: das Vorhandensein einer Massenarbeitslosigkeit selbst in Zeiten der Hochkonjunktur (in weit höherem Ausmaße als vor dem Kriege) und die dauernde Nichtausnutzung der Produktionskapazität. Die Vergesellschaftung der Arbeit hat die höchste Stufe erreicht, die sie in kapitalistischer Form erreichen kann (Herrschaft der Trusts). Die Verhältnisse sind für die Einführung der sozialistischen Produktionsweise reif und überreif.

9. Die wachsenden objektiven Schwierigkeiten des Kapitalismus verstärken seine kriegerischen Tendenzen. Die imperialistische Bourgeoisie wird versuchen, die Frage der Gewinnung von Absatzmärkten und Gebieten für Kapitalanlage mit dem Schwerte zu lösen. Diese kriegerischen Tendenzen äußern sich auch im internationalen Aufschwung des Faschismus.

10. Die Gegensätze unter den imperialistischen Staaten selbst haben sich verschärft und werden sich weiter verschärfen. Es ist die Tendenz vorhanden, neue Systeme von Kriegsbindnissen zu schaffen.

Die Gruppierung der Mächte, die den Versailler Vertrag zustande brachte und aufrechterhielt, ist in Auflösung, und es wird versucht, sie durch neue Gruppierungen zu ersetzen. Das Ziel des deutschen Imperialismus ist, durch Beteiligung an dieser neuen Mächtegruppierung die imperialistische, teilweise bereits begonnene, Revision des Versailler Vertrages zu Ende zu führen.

11. Zugleich verstärken sich die Bestrebungen der imperialistischen Mächte, einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu entfachen (Organisation des wirtschaftlichen und politischen Boykotts unter dem Vorwand des Kampfes gegen das angebliche russische Dumping; Organisation der Sabotage gegen den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion). Von entscheidender Bedeutung für die Durchführung der Interventionspläne gegen die Sowjetunion ist die Stellung Deutschlands. Ein Sieg des Faschismus in Deutschland würde die Kriegsgefahr für die Sowjetunion vervielfachen.

12. Während in der kapitalistischen Welt die Wirtschaftskrise wütet, wird von der Sowjetunion der Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaus in Industrie und Landwirtschaft, trotz der großen Schwierigkeiten und Entbehrungen, erfolgreich durchgeführt.

II. Die Lage in Deutschland

13. Die Besonderheit der Wirtschaftskrise in Deutschland besteht darin, daß die deutsche Bourgeoisie infolge der besonderen Schwierigkeiten, vor denen die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland steht, und der geschwächten Kampfkraft der Arbeiterklasse versucht, die Wirtschaftskrise zu überwinden und ihre Schmarotzerexistenz aufrechtzuerhalten durch eine so grundstürzende Senkung der Lebenshaltung der Werktätigen, daß dadurch die sozialen und kulturellen Errungenschaften des jahrzehntelangen Kampfes der deutschen Arbeiter zunichte gemacht werden würden. Die wirklichen Löhne sind bereits heute durchschnittlich um mindestens 10% gesenkt worden. Die neuen Massensteuern und erhöhten Agrarzölle legen der Arbeiterklasse eine neue Last von mehreren Milliarden RM auf. Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung sind wiederholt verschlechtert worden. Die Krankenversicherung wird ausgehöhlt. Die Gemeindefinanzen werden erdrückt. Dadurch wird die Grundlage der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge wie überhaupt der gesamten sozialen Tätigkeit der Kommunen zerstört. Die Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen, die so gut wie keine Unterstützung mehr erhalten, schwillt von Woche zu Woche an.

Der bevorstehende Winter bringt für die Werktätigen Deutschlands Not und Elend in einem Ausmaße, wie es seit dem Kriege nicht vorkam.

14. Aus diesem Grunde wird die Tendenz zum Faschismus immer mehr zur vorherrschenden Tendenz in der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie will durch die faschistische Diktatur alle Arbeiterorganisationen vernichten, um so ungehindert ihr Programm durchführen zu können. Zugleich faßt der Faschismus infolge des Verrats der SPD und des Versagens der KPD mehr und mehr Fuß in kleinbürgerlichen und in den gedrücktsten und politisch unentwickeltesten Schichten der Arbeiterklasse.

15. Die Regierung Brüning versucht, das Programm der Kapitaloffensive durchzuführen, indem sie die parlamentarischen Parteien der Präsidentendiktatur unterwirft und das Parlament als entscheidenden Faktor immer mehr ausschaltet. Unter dem Druck der außerparlamentarischen Masse der Bourgeoisie, unter dem Kommando und entsprechend den Interessen des Monopolkapitals läßt sich das Parlament willig vergewaltigen. Die Regierung Brüning ist eine Etappe auf dem Wege zur faschistischen Diktatur. Sie

muß schließlich den inneren Widersprüchen ihrer Stellung erliegen. Diese Widersprüche sind: a) das Kapital unterstützt die Brüning-Regierung, soweit sie sein Programm durchführt, es verlangt aber mehr als sie, entsprechend ihren Grundlagen, trotz des besten Willens leisten kann; b) die Regierung Brüning muß das Programm der Kapitaloffensive mit Hilfe parlamentarischer Parteien durchführen; aber die Durchführung der Kapitaloffensive treibt die Wähler der parlamentarischen Parteien zu den Nationalsozialisten und reißt so diese Parteien auf (Reichstagswahlen, Wahlen in Baden, Mecklenburg, Bremen); c) der Gegensatz zwischen den alten bürgerlichen Parteien, den traditionellen politischen Vertretern der Bourgeoisie und der Masse der Bourgeoisie selbst; d) die Regierung Brüning will die parlamentarischen Parteien vor dem Faschismus retten, indem sie das Parlament, also den Schauplatz der Tätigkeit dieser Parteien, ausschaltet; e) indem die Regierung Brüning angeblich »zum Schutz der Verfassung«, in Wirklichkeit zur Wahrnehmung der Interessen des Monopolkapitals, diese Verfassung in Stücke reißt, gibt sie den Faschisten die Möglichkeit, sich als die Träger des Volkswillens aufzuspielen. Eine auf parlamentarische Parteien gestützte antiparlamentarische Diktatur ist ein Widerspruch in sich, der auf die Dauer nicht haltbar ist. Eine offene kapitalistische Diktatur auf längere Dauer ist nur möglich, gestützt auf starke konterrevolutionäre Massenorganisationen, das heißt als faschistische Diktatur.

16. Auf dieser Grundlage sowie infolge des weiteren Verrats der SPD und Versagens der KPD schwillt die faschistische Bewegung weiter an. Mit der wachsenden Stärke der Nationalsozialisten, dem wachsenden Zustrom kapitalistischer Kreise zu ihnen und dem steigenden Einfluß, den sie im Staatsapparat (insbesondere in der bewaffneten Macht des Staates) ausüben, wird ihre Demagogie in der Form stärker, in der Sache aber werden die antikapitalistischen Phrasen mehr und mehr abgestumpft. Auch in der Außenpolitik nehmen die Nationalsozialisten eine ähnliche Wendung vor. Insbesondere verschärft sich ihre Hetze gegen die Sowjetunion. Es bildet sich immer mehr eine Einheitsfront für die imperialistische Revision des Versailler Vertrages und des Young-Planes heraus, die von der SPD bis zu den Nazis reicht. Die Regierung und die bürgerlich-parlamentarischen Parteien suchen der nationalsozialistischen Agitation zu begegnen, indem sie immer chauvinistischer werden, indem sie überhaupt eine faschistische »Idee« nach der andern übernehmen. Die Wirkung davon ist aber nicht die Stärkung der Regierung und der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, sondern die Offenbarung ihrer Ohnmacht und Unsicherheit und infolgedessen ihre weitere Diskreditierung.

17. Die Kleinbürger und Arbeiter, die sich von den antikapitalistischen Phrasen der Nationalsozialisten einfangen lassen, nähern sich damit nicht

der Arbeiterbewegung und dem Kommunismus, sondern entfernen sich von ihnen zur Konterrevolution. Es gibt nicht nur eine revolutionäre, sondern auch eine reaktionäre Auflehnung gegen den Kapitalismus, deren wichtigste soziale Grundlage der wachsende Druck des Monopolkapitals auf das Kleinbürgertum ist (Proletarisierung der Kleinbürger). Die letztere wird unter der Herrschaft des Kapitalismus stets zu einem Werkzeug des schlimmsten Scharfmachertums.

18. Der legale Weg zur Macht, von dem die Nationalsozialisten heute sprechen, wo sie der Frage der Übernahme der Macht näher stehen, bedeutet keinen friedlichen Weg zur Macht, sondern lediglich das Bestreben, den legalen Machtapparat des bürgerlichen Staates für die Durchführung des faschistischen Terrors und die Aufrichtung der faschistischen Diktatur auszunützen. Die faschistische Konterrevolution kann zum Unterschied von der proletarischen Revolution den bürgerlichen Staatsapparat für ihre Zwecke ausnützen und ihn übernehmen.

19. Die Illusionen, als ob die Nationalsozialisten »von selber« abwirtschaften würden, die von der liberalen Bourgeoisie, der SPD und der offiziellen Führung der KPD gehegt werden, sind durch die Tatsachen widerlegt worden (siehe das Reichstagswahlergebnis in Thüringen nach mehrmonatiger Tätigkeit der Frick-Regierung und die Wahlergebnisse nach dem 14. September). Dies deshalb, weil die Nationalsozialisten eine antiparlamentarische Partei sind, die im Parlament das Versagen des Parlamentarismus demonstrieren will und deshalb nicht durch bloße parlamentarische Aktionen entlarvt, sondern nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf geschlagen werden kann.

III. Die Sozialdemokratie

20. Die Politik der Sozialdemokratie ist von dem Gedanken geleitet, daß man die bürgerliche Republik und den Parlamentarismus retten könne, indem man das Programm der Kapitalsoffensive durchführen hilft und diesem Programm die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und des Mittelstandes opfert. Die heutige Praxis der sozialdemokratischen Theorie vom »kleineren Übel« besteht darin, daß die Sozialdemokratie, nach ihrem eigenen Eingeständnis, eine halbfaschistische Regierung unterstützt, um eine ganzfaschistische zu verhindern. Das sind die letzten Errungenschaften der 12jährigen Tätigkeit der SPD zum Schutze der bürgerlichen Demokratie, zur Verteidigung der kapitalistischen Republik, zur »Erfüllung dieser Republik mit sozialistischem Inhalt«. Aus diesem Grunde hat die SPD den Bestand der Brüning-Regierung am 18. Oktober gerettet, hat sie auf die

sofortige Aufhebung der Notverordnungen verzichtet, den Berliner Metallarbeiterstreik abgewürgt und ist bereit, selbst die erneute Anwendung des Artikels 48 gegen das Parlament zur weiteren Durchführung des Regierungsprogramms zu unterstützen. Die SPD sieht ihre Hauptwaffe im preußischen Polizeiknüppel (Severing).

21. An der Preisgabe der elementarsten wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Werktätigen durch die Sozialdemokratie muß diese Politik scheitern. Dies wird zur Aushöhlung und schließlich zum Zerfall der Gewerkschaften führen, die nur bestehen können, wenn sie den Arbeitern als Werkzeuge mindestens zur Verteidigung einer bestimmten Höhe der Lebenshaltung *erscheinen*. Diese Politik gibt den Nationalsozialisten die Möglichkeit, sich als Vertreter nicht nur der sozialen, sondern auch der demokratischen Rechte der Arbeiter aufzuspielen. Da die Führung der KPD nicht fähig ist, die sozialdemokratischen Arbeiter an sich zu fesseln, wird dadurch teils der Zerfall der Sozialdemokratischen Partei aufgehalten, teils erfolgt er überwiegend zugunsten der faschistischen Konterrevolution.

22. Die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diese Politik des Verrats steht einstweilen vorwiegend unter der Führung zentristischer Elemente (Seydewitz und Genossen). Diese Zentristen stehen grundsätzlich auf demselben Boden wie die rechten Sozialdemokraten. Sie sind Anhänger der bürgerlichen Demokratie. Sie lehnen die Koalitionspolitik nicht *grundsätzlich* ab. Ihre Forderungen laufen tatsächlich auf die nurparlamentarische Opposition hinaus. Den außerparlamentarischen Kampf fassen sie, soweit sie überhaupt von ihm sprechen, lediglich als Hilfsmittel der parlamentarischen Opposition auf. Der außerparlamentarische Kampf wird so zur Phrase, zum bloßen Schein.

In den Gewerkschaften tritt die zentristische Opposition nicht nur nicht gegen die offizielle reformistische Bürokratie auf, sondern unterstützt praktisch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik. Die Zentristen verteidigen die sozialdemokratische Parteidisziplin, d. h. sie stellen die Einheit mit Severing, mit den Beamten der Bourgeoisie über die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse. Sie sind vom parlamentarischen Kretinismus zerfressen, sie haben sich durch den Hinweis der Rechten auf die parlamentarische Konstellation einschüchtern lassen, ohne zu begreifen, daß nur die außerparlamentarische Aktion die parlamentarische Konstellation grundlegend zu ändern vermag. Eine der Voraussetzungen der Entwicklung der Bourgeoisie zum Faschismus ist, daß sie infolge der Passivität der Arbeitermassen glaubt, ihnen alles zumuten zu können. Die Erfahrung zeigt, daß die Bourgeoisie sofort »demokratisch« wird und der Arbeiterklasse wirtschaftliche und soziale Zugeständnisse macht, wenn sie Grund hat, die proletarische Revolution zu fürchten.

Die fortschreitende Entwicklung der Gegensätze in der SPD treibt einerseits bestimmte Teile der zentristischen Linken zu den Rechten (=Leipziger Volkszeitung=). Andererseits beginnen bestimmte Teile der sozialdemokratischen Arbeiter, besonders der jüngeren Arbeiter, die Halbheiten und Widersprüche der zentristischen Politik einzusehen und suchen nach dem Wege zu konsequenten revolutionären Aktionen. Das konsequente Fortschreiten auf diesem Wege muß sie schließlich zum Kommunismus führen, d. h. zum vollständigen Bruch mit dem Reformismus, zum Übergang vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie auf den der proletarischen Diktatur. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diesen sozialdemokratischen Arbeitern durch geduldige Aufklärungsarbeit und gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind zu helfen, daß sie diesen Weg möglichst schnell und geradlinig zurücklegen. Die offizielle Führung der KPD versagt hier vollkommen. Nur die KPD-O nimmt sich dieser unerläßlichen und fruchtbaren kommunistischen Aufgabe an.

Ein unerläßlicher Teil dieser revolutionären Aufklärungsarbeit, die die Kommunisten unter den sozialdemokratischen Arbeitern leisten müssen, ist die unnachgiebige und ständige Kritik der Theorie und Praxis des Zentrismus. Sie muß mit der Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Aktionen Hand in Hand gehen.

23. Unter zentristischer Führung werden die sozialdemokratischen Arbeiter nicht nur nicht zu erfolgreichen Aktionen gegen den Faschismus gelangen, sondern auch dem Parteivorstand der SPD unterliegen. Gegen den konsequenten Reformismus ist der inkonsequente und feige Reformismus, der Zentrismus, machtlos. Die Gründung einer neuen zentristischen Partei (neue USP) würde nur ein neues Fiasko, eine neue Schädigung der gesamten Arbeiterklasse bedeuten und die Enttäuschung der Massen nur vergrößern. Was die sozialdemokratischen Arbeiter als *ersten Schritt* tun müssen, ist, ohne Rücksicht auf formale Parteidisziplin, mitzuhelfen an der Schaffung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive. Vor allem gilt es auch, in den Gewerkschaften dafür einzutreten, daß diese für die proletarische Einheitsfront eingesetzt werden. Da die KPD-O heute die einzige wirkliche und konsequente Vorkämpferin der proletarischen Einheitsfront und die einzige Kraft ist, die fähig ist, die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunismus zu führen, so ist die organisatorische Stärkung der KPD-O eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Durchführung dieser Aufgaben.

IV. DIE KPD

24. Der Wahlerfolg der KPD am 14. September 1930 ist keineswegs ein Beweis für die Richtigkeit ihrer taktischen Linie, sondern lediglich für die objektiven Möglichkeiten, die eine kommunistische Partei in der gegenwärtigen Situation hat, und für die Abwendung breiter Massen vom Reformismus. Der Wahlerfolg der KPD wird weit überflügelt von dem des Faschismus. Die Nationalsozialisten hatten bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 ein Viertel der kommunistischen Stimmen (800 000), am 14. September 1930 fast das 1½fache (6,4 Mill. gegen 4,6 Mill.). Bei richtiger Politik hätte die KPD die Sozialdemokratie vernichtend schlagen und den Aufschwung nehmen müssen, den die Faschisten genommen haben. Der Aktionsradius der KPD ist weit kleiner als ihr Wählerkreis.

25. Bei verschiedenen Wahlen nach dem 14. September hat die KPD Stimmenverluste im Vergleich zu den Ergebnissen der Reichstagswahlen erlitten, während die Nationalsozialisten zum Teil weitere Gewinne aufzuweisen haben (Gemeindewahlen in Baden, Bürgerschaftswahl in Bremen). Der ultralinke Kurs ist in der letzten Zeit weiter verschärft worden, insbesondere durch die Wirkung der Illusion, als ob die Wahlen die Richtigkeit der taktischen Linie der Parteiführung bestätigt hätten. Dies kommt zum Ausdruck: a) in der nunmehr offen betriebenen Gründung eigener Gewerkschaften und der Fortführung der Spaltungspolitik in den anderen proletarischen Massenorganisationen, b) in der national-bolschewistischen Agitation, c) in dem Führerkultus und der weiteren Einschränkung der Rechte der Mitglieder, d) in der Kommunalpolitik (Parole des Steuerstreiks, Helferdienste für die bürgerliche Reaktion usw.).

26. Die Folgen davon sind: a) die weitere Isolierung von den entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse, b) die Einflußlosigkeit im gewerkschaftlichen Kampf, c) die Verwischung der Grenzen gegenüber dem Faschismus und damit die Zersetzung der Partei und der Arbeiterklasse durch faschistische Gedankengänge, d) die Zunahme der Passivität der Mitglieder. Die nationalbolschewistische Agitation zeigt, wie der ultralinke Kurs zum Übergang auf den bürgerlichen Standpunkt führt. Gleichzeitig schlagen die ultralinken Abweichungen ständig um in opportunistische (Tageslosungen nur für den parlamentarischen Gebrauch, Beschränkung der gewerkschaftlichen Aktionen auf den Lohnkampf usw.).

27. Die Partei wird dadurch immer weniger fähig, Massenaktionen der Arbeiterklasse zu organisieren und zu führen. Setzt sie ihren ultralinken Kurs fort, dann wird sie von den Schlägen des Faschismus zertrümmert werden. Sie wird nicht nur eine physische Niederlage, sondern auch einen moralischen Zusammenbruch erleiden.

Die Leitung der KPD wiederholt immer wieder, daß die Partei bereits die Mehrheit der Arbeiter erobert habe oder unmittelbar davor stehe. Eine kommunistische Partei, die die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze des Kommunismus gewonnen hat, ist befähigt und daher auch verpflichtet, den Entscheidungskampf um die Macht aufzunehmen. Die prahlerischen und falschen Behauptungen der Parteileitung über den Einfluß der Partei eröffnen nur ihren Gegnern die besten Möglichkeiten, sie durch planmäßige Provokationen zu putschistischen Abenteuern zu verlocken.

Der Bankrott der reformistischen Ideologie

(anonym) am am 28. März und 4. April 1931
(Gegen den Strom, 4. Jg., Nr. 7 und 8)

I.

Die deutsche Sozialdemokratie befindet sich heute in der schwersten Krise seit 1918. Ihre Politik hat Schiffbruch erlitten. Breite Anhängermassen fallen von ihr ab, in den eigenen Reihen rebellieren die Mitglieder. Die reformistische Führung macht verzweifelnde Anstrengungen, den drohenden Zusammenbruch der Partei aufzuhalten, indem sie versucht, durch neue Illusionen den Bankrott der alten zu vertuschen. Nie sind solche Betrugsmanöver gefährlicher gewesen als in der augenblicklichen Situation, da der Einbruch des Faschismus in die Arbeiterbewegung immer mehr zu befürchten ist, wenn nicht endlich Klarheit geschaffen wird über jene Partei, die 12 Jahre lang das Vertrauen der deutschen Arbeiter so mißbraucht hat, daß ihnen heute das bittere Schicksal ihrer italienischen Brüder bevorsteht.

Der Kampf um den Sozialismus ist in hervorragendem Maße ein Kampf um das Klassenbewußtsein des Proletariats. Das schwerste Hemmnis in diesem Ringen war bisher die reformistische Ideologie. Heute können wir nicht nur durch die marxistische Theorie nachweisen, daß diese Ideologie falsch und verlogen ist, die Tatsachen, die Geschichte, die gesellschaftliche Entwicklung selbst widerlegen sie. Hier liegt nun die große Aufgabe des Kommunismus. Sollen die vielen sozialdemokratischen Arbeiter, die, erschreckt, verwirrt über das Fiasko der reformistischen Politik, am Sozialismus überhaupt verzweifeln, nicht in Passivität versinken oder eine leichte Beute des nationalsozialistischen Scheinradikalismus werden, so müssen die Kommunisten den Massen zeigen, daß die Sozialdemokratie nichts mit Sozialismus, Marxismus zu tun hat, daß im Gegenteil das Versagen des Reformismus die stärkste Bestätigung des Marxismus, der kommunistischen Theorie bedeutet.

Was wir heute erleben, ist der Zusammenbruch des stolzen reformistischen Lehrgebäudes, zu dem der Revisionismus der Vorkriegssozialdemokratie manche Steine hinzugesteuert hat, dessen Basis die Theorie des organisierten

Kapitalismus, dessen mächtige Eckpfeiler die Theorien von der politischen und wirtschaftlichen Demokratie bildeten, und das, in den Jahren der Stabilisierung vollendet, auf dem ehernen Felsen der geschichtlichen Tatsachen erbaut sein sollte, ganz im Gegensatz zu jenem Lehrgebäude, das, von Marx und Engels errichtet, in den Stürmen der Zeit verfallen zu sein schien. Als die Revolutionsperiode 1918/19, in der die Sozialdemokratie die Führung der Arbeiterklasse hatte, mit der Stabilisierung des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Republik endete anstatt mit der versprochenen Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, suchte die SPD die Ursache für die Niederlage des Proletariats nicht in ihrer Politik des Paktierens mit den Mächten der Konterrevolution, sondern in dem Versagen des »Vorkriegssozialismus«, der Theorien von Marx. Um das Überlaufen der enttäuschten Massen in das kommunistische Lager zu verhindern, proklamierte sie ihren Verrat an den proletarischen Interessen als Scheitern des Marxismus und versprach, einen neuen erfolgreicherem als den von Marx gewiesenen Weg zum Sozialismus zu zeigen und die »veralteten« Lehren von Marx zu ersetzen durch »den Marxismus des 20. Jahrhunderts«.¹ Auch der Geschichte des Sozialismus bleiben ermüdende Wiederholungen nicht erspart. 25 Jahre vorher hatte Bernstein denselben kühnen Angriff auf die Marxschen Theorien unternommen. Jetzt feierten seine Lehren trotz der genialen Kritik Rosa Luxemburgs und ihrer Widerlegung durch die Erfahrung der Revolutionsjahre eine ungeahnte Auferstehung.

Es ist die große historische Leistung von Marx, durch seine ökonomischen Untersuchungen nachgewiesen zu haben, wie die im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte die materiellen Bedingungen für den Untergang dieser Gesellschaft und für die Errichtung einer neuen Gesellschaft schaffen, wie der Sozialismus sich mit Naturnotwendigkeit aus den Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung ergibt. Der Reformismus leugnet seit Bernsteins Tagen diese objektive historische Notwendigkeit des Sozialismus, so auch der »Marxismus des 20. Jahrhunderts«. Hilferdings große Rede auf dem Kieler Parteitag über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik begann mit einer Absage an die »ökonomische Zusammenbruchtheorie«, die den Sturz des kapitalistischen Systems »aus inneren Gesetzen des Systems« lehre.² Nach Kautsky hängen die Aussichten des Sozialismus nicht von der Möglichkeit oder Notwendigkeit eines kommenden Zusammenbruchs oder Niedergangs des Kapitalismus ab, sondern im Gegenteil von der höchsten Entwicklung der Produktivkräf-

¹ K. Renner, *Auf dem Wege zur großen Erneuerung*, »Die Gesellschaft« 1928/II, S. 293.

² *Protokoll des Kieler Parteitages der SPD*, S. 165.

te.³ Und Renner, um einen letzten Kronzeugen des Reformismus anzuführen, sieht den größten Irrtum des »Vorkriegssozialismus« in der Auffassung, »die Automatik des Kapitals treibe von selbst die menschliche Gesellschaft bis zu einem Zustand, der nichts als eine siegreiche revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse erfordere, um an die Stelle kapitalistischer Ausbeutung die sozialistische Gemeinschaft treten zu lassen«.⁴ Die Revolutionsperiode, die dank der tatkräftigen Unterstützung der Sozialdemokratie mit der Festigung des kapitalistischen Systems endete, soll bewiesen haben, daß ein ökonomischer Zusammenbruch des Kapitalismus nicht zu erwarten ist, der Sozialismus niemals das Resultat einer schweren ökonomischen und politischen Krise sein kann, die mit der Machteroberung des Proletariats und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel endet, sondern vielmehr die Krönung einer langen, ruhigen, steten Höherentwicklung des Kapitalismus ist. Wird somit die Marxsche ökonomische Begründung des Sozialismus abgelehnt, so erst recht die Lehre Lenins, daß der Kapitalismus unserer Tage sich in seiner Niedergangsperiode befindet, und so die objektive Voraussetzung für den Sturz des kapitalistischen Systems gegeben ist. Hatte Lenin gelehrt, daß der Monopolkapitalismus die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems (Produktion – Absatz – Verwertung des Kapitals) auf erhöhter Stufenleiter reproduziere und damit notwendig den Zusammenbruch der bestehenden Gesellschaft beschleunigen müsse, so wird in der reformistischen Ideologie diese Entwicklungsstufe zur eigentlichen Blütezeit des Kapitalismus. Der Monopolkapitalismus garantiert nämlich, so dozieren die »Marxisten des 20. Jahrhunderts«, eine ungeahnte Entwicklung der Produktivkräfte, ungestört durch Krisen, da heute im »organisierten Kapitalismus« angeblich »das Walten der blinden Marktgesetze«, die kapitalistische Anarchie ausgeschaltet sind.⁵ So überwindet der Kapitalismus aus eigener Kraft seine Gesetzmäßigkeit, die ihm nach der Marxschen Theorie den Tod bringen mußte, indem er das »kapitalistische Prinzip der freien Konkurrenz« durch »das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion« ersetzt. Worin sieht nun der Reformismus die Bedeutung dieser »Organisierung der Wirtschaft« auf dem Boden des kapitalistischen Privateigentums? Erstens in einer psychologischen Erkenntnis: mit dem Prinzip der freien Konkurrenz fällt »der letzte psychologische Einwand gegen den Sozialismus«, der Einwand nämlich, daß eine organisierte Wirtschaft an der Ausschaltung der Initiative des Privatunternehmers zugrunde gehen müsse.⁶ Zweitens in dem beruhigenden Bewußtsein, daß, da der Kapitalismus von sich aus sich bereits

3 *Die materialistische Geschichtsauffassung*, Bd. II. S. 623.

4 *Wege der Verwirklichung*, S. 7.

5 Hilferding in Kiel. *Protokoll* S. 166.

6 Hilferding in Kiel. *Protokoll* S. 167.

»sozialisiert«, ein gewaltsamer Sturz des kapitalistischen Systems unnötig wird. Drittens in der Tatsache, daß der Monopolkapitalismus im Gegensatz zum Kapitalismus der freien Konkurrenz, dessen Ideal der »Nachtwächterstaat« war, immer mehr zur Sicherung seiner Produktion und seines Absatzes auf die Unterstützung und den Schutz des Staates angewiesen ist, und somit der von der Arbeiterklasse beherrschte demokratische Staat die Macht hat, die Entwicklung der Wirtschaft zum Sozialismus tatkräftig zu unterstützen.

Auf politischem Gebiet hat nämlich das 20. Jahrhundert nach der Auffassung des Reformismus eine nicht minder entscheidende Umwälzung hervor gebracht, die die Marxsche politische Doktrin endgültig zum alten Eisen wirft. Wie die heutige Wirtschaft angeblich immer mehr ihren kapitalistischen Charakter verliert, so auch der Staat. Es war das Unglück von Marx, daß er die moderne Entwicklung, die den Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft, den Marx nur in der kommunistischen Gesellschaft für aufgehoben wähnte, bereits jetzt schon überbrückt, nicht mehr erlebt hat, so daß er mit seiner veralteten Theorie des Klassenstaates nicht einmal mehr zu revidieren, sondern vollends zu erneuern ist – im »Marxismus des 20. Jahrhunderts«. ⁷ Da es Marx nicht vergönnt war, jenen Staat zu erleben, der nach der Naphtalischen Definition ein »Gemeinwesen« ist, d. h. »eine über allen einzelnen stehende öffentliche Körperschaft, die einen Gemeinwillen ausdrückt«, ⁸ so wurde er leider ein Opfer jener »naiven Vorstellung«, »daß sich die Wandlung vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Form des Sprunges vollziehen könnte, daß der Umschlag durch Katastrophe, durch die politische Revolution abzuwarten sei«. ⁹

Marx begeht mit dieser »naiven Vorstellung« zwei Fehler, erfahren die stau nenden Zeitgenossen. Einmal hat er die selbsttätige ökonomische Entwick lung zum Sozialismus (organisierter Kapitalismus) unterschätzt und damit den politischen Faktor, die Rolle des sozialistischen Staates bei der Verge sellschaftung der Produktionsmittel überschätzt. Zum anderen hat er über sehen, daß der sozialistische Staat nicht erkämpft wird in schärfstem Gegen satz zum bestehenden bürgerlichen, durch dessen revolutionären Sturz, son dern vielmehr durch die allmähliche Reform, die Demokratisierung des Staates. Wie die ökonomische Theorie von Marx nur für den Kapitalismus seiner Zeit gelten soll, so besitzt auch sein Wort, daß der moderne Staat nur der Vollzugsausschuß der herrschenden Klasse ist, nur für die europäischen

⁷ Renner, *Auf dem Wege . . .*, S. 292/93.

⁸ *Wirtschaftsdemokratie*, hg. im Auftrage des ADGB von F. Naphtali, Berlin 1929, S. 15.

⁹ Naphtali, *Debatten zur Wirtschaftsdemokratie*, »Die Gesellschaft« 1929/I, S. 213.

Staaten zu seinen Lebzeiten Geltung. Die demokratische Republik ist bereits kein kapitalistischer Staat mehr, behauptete Hilferding in Kiel, mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts und der Koalitionspolitik wird sie organisch zum sozialistischen Staat ausgebaut. Nach Renner sozialisiert der bestehende Staat fortwährend, so daß an die Stelle des kapitalistischen Klassenstaates, den Marx kannte, der demokratische Wirtschaftsstaat – die Einheit von Genossenschafts-, Gewerkschafts-, Sozialversicherungsstaat – getreten ist, der schon heute ein Stück sozialistischen Staates darstellt.¹⁰ Forderungen wie »Sturz der Bourgeoisie«, »Übernahme der Staatsgewalt« sind somit ein »Atavismus«, »ein Rückfall in längst überwundene Zeiten«, sie zu stellen ein kindisches Vergnügen, das allein den »Afften des Sozialismus«, den Kommunisten, geziemt.¹¹

Der demokratische Staat garantiert aber nicht nur einen schmerzlosen Übergang zum Sozialismus, er sichert auch vor Störungen des Sozialisierungsprozesses durch Eingreifen politischer Gewalten, den Kriegen. Wird einerseits der »organisierte Kapitalismus« mit seiner internationalen Verflechtung schon vom »realen Pazifismus« erfüllt, so kennt die Demokratie keinen Krieg gegen einen gleichfalls demokratisch organisierten Staat. Denn der Krieg hat nach reformistischer Auffassung mit Kapitalismus nichts zu tun; auch der Weltkrieg brach nicht aus durch den Wettbewerb um die Aufteilung der Welt, sondern er war die Folge der Existenz halb-absolutistischer, feudaler Militärstaaten (Österreich-Ungarn, Deutschland). In der heutigen demokratischen Staatenwelt ist der Krieg wie der Imperialismus kein Problem der Weltpolitik mehr. »Der Kapitalismus zerschlug den Föderalismus, den Absolutismus, und nun zerschlägt er auch die Einrichtung des Krieges. Er kann den letzten seiner geschichtlichen Triumphe erringen: die Ausschaltung des Krieges als Mittel der Politik.«¹² Damit wird die These des Stuttgarter Kongresses, daß der Kapitalismus der Krieg und allein der Sozialismus der Friede ist, unhaltbar, und wiederum fällt ein Faktor fort, der das Proletariat zum beschleunigten Sturz des kapitalistischen Systems antreiben mußte.

II.

Haben die Revolutionserfahrungen die Reformisten veranlaßt, die Wirtschafts- und Staatstheorie von Marx zu liquidieren, so haben sie nach der

¹⁰ *Wege der Verwirklichung*, S. 124.

¹¹ *Protokoll d. Parteitag's zu Magdeburg*, S. 112.

¹² W. Schwarz, *Krieg, Friede u. Kapitalismus*, »Die Gesellschaft«, 1928/II, S. 206/07.

Auffassung der Hilferding, Renner und Naphtali ebenfalls mit einem letzten Irrtum des Marxismus aufgeräumt, der im *Kommunistischen Manifest* so formuliert ist: »Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren.« Die Revolution von 1918 soll gezeigt haben, daß es unmöglich ist, mit Hilfe der Staatsgewalt die Sozialisierung, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durchzuführen. »Generalsozialisierung ist Generalunsinn«, mit diesem Wort zieht Renner das Fazit der Revolutionsperiode.¹³ So entstand aus der Enttäuschung über das Versagen der politischen Demokratie, die an den Machtverhältnissen der Wirtschaft nichts änderte, die dritte Säule des »Marxismus des 20. Jahrhunderts«: die Theorie von der Wirtschaftsdemokratie. Organisierter Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie stehen im engsten Zusammenhang miteinander. Nimmt die kapitalistische Wirtschaft durch die Überwindung der Anarchie des Marktes immer mehr sozialistischen Charakter an, so steht jetzt, nachdem der Versuch, sich durch den demokratischen Staat der wirtschaftlichen Leitung zu bemächtigen, gescheitert ist, als die größte Aufgabe vor der Arbeiterklasse, auf ökonomischem Wege, »durch unmittelbare Anteilnahme der Arbeiterschaft an den Organisationen der Wirtschaftsführung« die »Wandlung von der kapitalistischen Wirtschaft zur Gemeinwirtschaft« zu beschleunigen.¹⁴ Diese Aufgabe durchzuführen, sind in erster Linie die Gewerkschaften prädestiniert. Die Wirtschaftsdemokratie wird zur leitenden Generalidee der Gewerkschaftsbewegung. Auf den verschiedensten Wegen soll das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Demokratisierung der Wirtschaft, erreicht werden: durch die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, öffentliche Betriebe, Konsumgenossenschaften, genossenschaftliche Eigenbetriebe, Arbeiterbanken, Ausbau des Betriebsrätewesens, des Arbeiterschutzes und Versicherungswesens usw. usw. Diese Demokratisierung der Wirtschaft füllt eine lange Periode aus, eine große Zwischenperiode, in der die Wirtschaft nicht mehr rein kapitalistisch, aber auch noch nicht sozialistisch ist.¹⁵ So entspricht der politischen Übergangsperiode, der Koalitionspolitik, die ökonomische, die Wirtschaftsdemokratie. Welches wird das Resultat dieses Stadiums sein? Die Auffassung einiger Gewerkschaftstheoretiker, daß es zweifelhaft ist, ob nach Ablauf der Zwischenphase »dann noch ein Kampf um Änderung der Besitzverhältnisse

13 *Wege der Verwirklichung*, S. 131.

14 *Wirtschaftsdemokratie*, S. 35.

15 K. Zwing, *Zum Hamburger Gewerkschaftskongreß*, »Gewerkschaftsarchiv« 1928, S. 179.

und Beseitigung des Unternehmertums überhaupt zu führen ist»,¹⁶ wird heute von Naphtali, dem offiziellen Theoretiker des ADGB, abgelehnt, wohl weil alle Demokratisierung der Wirtschaft im entscheidenden Punkte, den Besitzverhältnissen, dem Monopol der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln, nichts ändert. Wie also soll der letzte Schritt zum Sozialismus getan werden? Hier schweigen die »Marxisten des 20. Jahrhunderts«. Das sozialdemokratische Programm gibt uns keine Antwort auf unsere Frage. Hilferding vertagte in seiner Programmrede auf dem Heidelberger Parteitag 1925 die Lösung des Problems auf unbestimmte Zeit: »Die eine große Frage, die künftiger Programmarbeit vorbehalten ist, ist also die Stellung zu den Problemen der Verwirklichung des Sozialismus, und ich hoffe, daß einer der nächsten Parteitage Zeit und Gelegenheit haben wird, sich ausführlich mit diesem Problem zu beschäftigen.« Inzwischen kamen Kiel und Magdeburg – aber keine Antwort.

Nichts zeigt besser als diese Ratlosigkeit in der wichtigsten Frage der Arbeiterbewegung, daß der Reformismus, als er den Weg des Marxismus ablehnte, auch sein Ziel, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aufgegeben hat. Und das ist klar: der Sozialismus ist das Produkt der gesellschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus, einmal in dem Sinne, daß sie den Sozialismus als ökonomische Notwendigkeit erweisen, zum anderen darin, daß sie das Klassenbewußtsein des Proletariats und seinen Willen, die sozialistische Neuordnung zu vollziehen, stärken. Schwinden aber diese Widersprüche, stumpfen sie sich zumindest sehr stark ab im »organisierten Kapitalismus«, im demokratischen Staat und in der demokratischen Wirtschaft, so fehlt die wichtigste Triebkraft für die Revolutionierung der Arbeiterklasse. Der Sozialismus erscheint nicht mehr als einziger Weg, der zur dauernden Verbesserung der Lebenslage des Proletariats führt, er ist nicht mehr die Aufgabe der heutigen Generation, er wird zum »fernen Endziel«. Je mehr es in das Dunkel der ungewissen Zukunft gehüllt ist, desto heller muß das Ziel der Gegenwart erstrahlen. Und so werden die Reformisten nicht müde, das bisher Erreichte in den strahlendsten Farben zu malen. Wir leben bereits nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern befinden uns schon im Übergang zum Sozialismus.¹⁷ Der große Zug der Entwicklung besteht in der Verschiebung der Macht zugunsten des Sozialismus.¹⁸ Deutschland ist jetzt ein wirklich demokratisch werdender Staat.¹⁹ Der demokratische Wirt-

16 K. Zwing, *Soziologie der Gewerkschaftsbewegung*, 1. Bd., Jena 1925, S. 8.

17 Magdeburger Protokoll S. 109/10.

18 Decker, *Der Kapitalismus von heute*, »Die Gesellschaft«, 1928/II., S. 97.

19 Decker, *Der Kampf um die Demokratie*, »Die Gesellschaft«, 1929/I., S. 308.

schaftsstaat ist auf der ganzen Linie im Vormarsch.²⁰ Die breiten Massen befreien sich allmählich, aber sicher vom kapitalistischen Einfluß, und indem sie die politische Stellung der Sozialdemokratie stärken, verbessern sie ihre ökonomische Lage (Theorie vom politischen Lohn).²¹ Das Proletariat hat in Deutschland heute schon 10mal mehr an sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen als in Rußland.²² Das »Wirtschaftswunder« Amerika eröffnet ungeahnte Perspektiven auch für die europäische Arbeiterschaft. Ein beispielloser Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft und, was gleichbedeutend damit, der Arbeiterklasse, bahnt sich an. Der Friede ist gesichert. Die deutsche Sozialdemokratie ist auf dem besten Wege zur Eroberung des Staates und seiner Organe.²³ Das deutsche Proletariat wird von Sieg zu Sieg unaufhaltsam weiter bis zum Sozialismus schreiten, so lautet die Prophezeiung auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg!

III.

Seit dem Magdeburger Parteitag sind zwei Jahre vergangen. Heute wird selbst der verstiegenste Illusionist in der Sozialdemokratie nicht mehr an solche Voraussagen glauben. Der Reformismus steht vor einem Trümmerhaufen. Das stolze Gebäude seiner Ideologie ist wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Es war von jeher das Verhängnis des Opportunismus, Einzel Tatsachen zu verallgemeinern und auf diese seine Politik aufzubauen. Verschwinden dann diese Einzelercheinungen, so mit ihnen plötzlich der sichere Grund, auf dem der Reformismus zu stehen wähnte. Als der »Marxismus des 20. Jahrhunderts«, der sich von dem »überlebten Marxismus des 19. Jahrhunderts« vor allen Dingen darin unterscheidet, daß ihm eine wissenschaftliche Methode zur Untersuchung des gesellschaftlichen Lebens fehlt, wie sie uns Marx in seiner materialistischen Dialektik überliefert hat, sein kühnes Werk begann und die »veralteten Theorien« von Marx zu ersetzen versuchte durch neue, die angeblich der modernen Entwicklung Rechnung trugen, da verabsolutierte er eine kurze Entwicklungsspanne der Nachkriegszeit. Jetzt, da die kleine Konjunkturwelle verebbt ist, die Niedergangstendenzen des Kapitalismus sich schärfer durchsetzen als je zuvor, bleibt den reformistischen Theoretikern nichts übrig, als wehklagend zuzugestehen: »Die ökonomische Krise hat einen völligen Umsturz seit 1928

20 Renner, *Wege zur Verwirklichung*, S. 128.

21 Hilferding in Kiel.

22 *Protokoll v. Magdeburg*, S. 115.

23 *Das Freie Wort* 1929, Nr. 6.

bewirkt.«²⁴ In der Tat, der Umsturz läßt sich radikaler nicht denken. Der »organisierte Kapitalismus« erweist sich als höchst unorganisiert, anstatt das »Walten der blinden Marktgesetze« einzudämmen, wird er von ihm stärker beherrscht als der Kapitalismus der freien Konkurrenz. Die Kartelle, die krisenmildernd wirken sollten, haben mit ihrer maßlosen Produktionsausdehnung den Eintritt der Krise beschleunigt und mit ihren starren Preisen ihre schnelle Überwindung verhindert. Das »Wirtschaftswunder« Amerika hat sich als Bluff entpuppt. Der »politische Lohn« besteht im ständigen Sinken des Nominal- und Reallohnes. Der Traum von der Wirtschaftsdemokratie ist ausgeträumt angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen, fortdauernden Entlassungen, Stilllegungen, Feierschichten und Lohnsenkungen. Der »wirklich demokratische Staat« ist im Begriff, sich in einen bürgerlichen Staat in Reinkultur zu verwandeln. An Stelle des Sieges der Arbeiterklasse steht der Sieg der faschistischen Diktatur bevor. Und im Weltmaßstabe droht ein Krieg in ungeahnter Dimension. Kann man sich einen größeren Zusammenbruch, einen schmäheren Bankrott einer Partei vorstellen? Aber die reformistische Führung denkt nicht daran, die Konsequenzen aus dem Scheitern einer Politik zu ziehen, welche die nächst dem russischen Proletariat bestorganisierte und geschulteste Arbeiterklasse der Welt dem blutigsten Terror des Faschismus auszuliefern droht. Im Gegenteil. Sie ist heute eifriger als je damit beschäftigt, neue Illusionen zu erwecken, die Täuschungsmänöver von neuem zu beginnen.

Die heutige Krise gänzlich zu leugnen, fällt selbst Propheten der krisenlosen, der schönen Zeit des »organisierten Kapitalismus« schwer. Etwas anderes aber ist, ihre Ursachen klar zu erkennen und damit die Mittel zu ihrer Überwindung. Vom marxistischen Standpunkte aus betrachtet ist die gegenwärtige Krise der Ausdruck der Niedergangsperiode des Kapitalismus, in der sich die Widersprüche des kapitalistischen Systems immer mehr verschärfen und in der immer mehr die Frage Sozialismus oder Untergang in die Barbarei zum Lebensproblem der menschlichen Gesellschaft wird. Würde der Reformismus eine solche Analyse anerkennen, die der Arbeiterklasse als einziges sicheres Mittel zur Überwindung der Krise nur den Sturz des kapitalistischen Systems angeben kann, so würde er sich selbst den Todesstoß versetzen, da er doch das Schicksal der Arbeiterklasse aufs engste verknüpft glaubt mit dem Aufstieg des Kapitalismus. Das wissen die Naphtali und Co., und so haben sie ihre garantiert marxismusfreie, reformistische Krisentheorie. Die sieht so aus: Die gegenwärtige Krise ist eine typische Krise, wie sie im Wesen des kapitalistischen Systems begründet liegt (leider war von diesen in der Eigenart des Kapitalismus begründeten »Zwischenfällen« kein Wort

24 Hilferding i. d. »Gesellschaft«, 1929, Nr. 10.

in der ganzen Theorie der Wirtschaftsdemokratie zu lesen). Sie hat ihre historischen Besonderheiten, wie jede andere Krise auch, aber diese Besonderheiten reichen keineswegs aus, sie auf einen Strukturwandel des Kapitalismus zurückzuführen, wie es die kommunistische Theorie tut. Die Krise ist kein Zeichen für die wachsenden ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus, für die Sackgasse, in der sich die bürgerliche Gesellschaft befindet. »Es besteht keine Veranlassung, an den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zu glauben.«²⁵ »Die Gewerkschaften haben trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu dem weiteren Aufstieg der deutschen Wirtschaft volles Vertrauen« heißt es in der offiziellen Schrift *Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen*, die vom ADGB, AFA und ADB herausgegeben wurde.²⁶ Welche Aufgaben ergeben sich aus dieser Einschätzung der Lage für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen? Keinesfalls solche, die den Sturz des kapitalistischen Systems bezwecken, ganz im Gegenteil nur solche, die eine Stützung des schwankenden Systems bedeuten. Konjunkturpolitik zur Überwindung der Krise, zur Erreichung größter Produktivität treiben, lautet die Zentrallösung. Was sie besagen soll, hat einmal Renner sehr deutlich gemacht an dem Beispiel der Arbeitsverfassung. »Es genügt nicht mehr«, schreibt er, »daß die Arbeitsverfassung, die der Unternehmer entwirft, Rechte und Interessen der Arbeiter nicht kränke – sie hat zugleich die größte Produktivität zu verbürgen! In Krisenzeiten mag es sein, daß die Gewerkschaft eine Arbeitsverfassung mitbeschließt, die positive Interessen kränkt und gegen die alten Gewerkschaftsregeln verstößt, wenn sie nur in Zukunft den Lebensboden der Klasse durch Erhaltung und Steigerung der industriellen Produktivität verbürgt! Verbürgt diesen positiven Erfolg – das ist die neue Gewerkschaftsregel.«²⁷ Daß die neue Gewerkschaftspolitik, die Konjunkturpolitik, allerdings empfindliche Rechte und Interessen der Arbeiter kränkt, werden wir sogleich sehen. Zwei Mittel propagiert die Gewerkschaftsführung zur Überwindung der Krise: Kapitaleinfuhr, neue Kredite und Stärkung des inneren Marktes durch Lohnerhöhung bzw. Preissenkung. Die Krise aus Kapitalmangel zu erklären, war von jeher das Vorrecht der Vulgärökonomie. Ein Hinweis auf die empirischen Tatsachen – in Amerika wütet trotz Kapitalüberfluß die Krise – widerlegt bereits diese Auffassung. Desgleichen eine andere Überlegung. Wozu soll der Kredit dienen? Um eine neue, erweiterte Produktion ins Leben zu rufen, die den Gegensatz zwischen Produktion und Absatz, die Hauptquelle der Krisen, nur verschärfen kann. Wozu also? Um »allseitigere und gewaltigere Krisen«

25 Grosse, *Zur Wirtschaftslage*, »Gewerkschaftsarchiv«, 1930, S. 155.

26 S. 68.

27 *Wege d. Verwirklichung*, S. 72.

vorzubereiten (*Kommunistisches Manifest*)! Das zweite Wundermittel, das die Reformisten zur Beseitigung der Krise anpreisen, sind höhere Löhne, die den Absatz steigern sollen. Leider vergessen unsere Gewerkschaftstheoretiker eine Tatsache, die Marx bereits im Jahre 1865 Gewerkschaftsführern auseinandergesetzt hat, die Tatsache nämlich, daß höhere Löhne weniger Profit bedeuten, was unsere Industriellen sehr wohl wissen – sie erweisen sich in dieser Situation entschieden als die »besseren Marxisten« –, so daß sie für die guten Ratschläge der Reformisten nur taube Ohren haben. Die Industriellen wissen außerdem, daß der Innenmarkt für den ausschlaggebendsten Teil der deutschen Industrie, die Schwerindustrie, den Innenmarkt nicht ersetzen kann, daß der Innenmarkt auch nicht die Devisen liefert, deren die deutsche Bourgeoisie für die Zahlung der Reparationen und Zinsen für die ausländischen Anleihen bedarf. Was tun nun aber ihrerseits die Gewerkschaften, um ihre Forderungen durchzusetzen, nachdem die Kapitalisten nicht daran denken, sie zu erfüllen? Nichts! – Kämpfe um Lohnerhöhung in Krisenzeiten stoßen auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie, die ihre gesamten Abwehrmittel, einschließlich der bewaffneten Staatsgewalt, einsetzen wird, um den Angriff der Arbeiterklasse niederzuschlagen. Solche Kämpfe müssen, wenn sie wirklich ernsthaft und unter Einsatz der breiten Massen geführt werden, notwendig zu politischen Kämpfen werden, die in konsequenter Weiterführung an den Grundfesten des kapitalistischen Systems rütteln. Das weiß die Gewerkschaftsführung ganz genau, und so verzichtet sie auf den Kampf und flüchtet sich in die Defensive, d. h. in die Passivität. »In den Krisenzeiten, wie wir sie heute erleben, ist die Arbeiterbewegung in hohem Maße dazu verdammt, einen Kampf in der Defensive zu führen«, schreibt resigniert Naphtali.²⁸ Dieser »Kampf in der Defensive« erschöpft sich im Augenblick darin, zu hoffen, daß der Lohnabbau – hinter der Preissenkung zurückbleiben wird. Als im Zusammenhang mit der Diskussion über die Wirtschaftsdemokratie von linkssozialdemokratischer Seite aus der schüchterne Einwand gemacht wurde, die Wirtschaftsdemokratie habe bisher an den Machtverhältnissen nichts geändert, höhnte Naphtali: »Da lebt also wirklich noch im Jahre 1928 die gute alte Theorie von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaft.«²⁹ Als Rosa Luxemburg dieses Wort prägte, wollte sie, indem sie auf die wachsenden Schwierigkeiten hinwies, die den Gewerkschaften erwachsen bei der Erfüllung ihrer rein ökonomischen Aufgaben, Schutz der Ware Arbeitskraft, infolge der Verschlechterung der Lage für den Kapitalisten selbst, um so nachdrücklicher aufmerksam machen auf

28 *Wirtschaftskrise u. Arbeitslosigkeit*, S. 32.

29 *Debatten zur Wirtschaftsdemokratie*, »Die Gesellschaft«, 1929/I., S. 218.

die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften, sich einzusetzen für die Beseitigung des kapitalistischen Lohnsystems. Heute erfüllen die Gewerkschaften weder die eine, noch die andere Aufgabe. Und jene »Sisyphusarbeit« zu leisten, auf die Naphtali als einzige Möglichkeit gewerkschaftlicher Tätigkeit in längst überwundenen Kindheitsperioden der Gewerkschaften verächtlich herabsah, erscheint ihm jetzt als Riesenaufgabe, zu gewaltig für die Arbeiterorganisationen.

Die Bourgeoisie denkt aber nicht daran, sich auf die Defensive zu beschränken. Sie weiß, um was es geht. Gelingt es ihr nicht, vom kapitalistischen Boden aus die Krise zu überwinden, so droht ihr der Untergang. Und so spannt sie ihre letzten Kräfte an, um einen Ausweg aus der gefährlichen Situation zu finden, einen Ausweg, der sie am wenigsten kostet. Rücksichtslose Lohnkürzungen, Abwälzung der Steuern und Soziallasten, Zölle sollen auch in der Krise einen hohen Profit sichern. Aber die Bourgeoisie verteidigt nicht nur ihre ökonomische Position. Ihr Wirtschaftsprogramm trifft den Lebensnerv breitester Schichten, treibt sie in Rebellion gegen den Monopolkapitalismus, in Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die jenes Programm vertreten und zu erfüllen bereit sind. Damit schwindet die Möglichkeit für die Bourgeoisie, auf demokratischem Wege ihre Forderungen durchzusetzen. Würden jene unzufriedenen, rebellischen Massen die Reihen der Arbeiterbewegung füllen – es stände schlecht um die Sache des Kapitalismus. Die Tatsache, daß jene Schichten nicht in das revolutionäre, sondern in das konterrevolutionäre Lager stoßen, charakterisiert die gegenwärtige Situation als reaktionär. Enttäuscht von der Sozialdemokratie, die während 12 Jahren die eifrigste Vertreterin monopolkapitalistischer Interessen war, enttäuscht auch von der KPD, die einen ernsthaften Kampf durch radikale Phrasen ersetzt, strömen sie zu der neuen Partei des Faschismus, die ihnen ein besseres Dasein verspricht durch einen Kampf gegen Marxismus, Demokratie und Kapitalismus – Begriffe, die in der Agitation der Faschisten unter Berufung auf die zwölfjährige engste Gemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Monopolkapitalismus als identische erscheinen. Der Faschismus verspricht einen Ausweg aus der Krise. Aber die Geschichte läßt nur zwei Lösungen zu: die sozialistische, die die Krise überwindet, indem sie ihre Ursache, das kapitalistische Privateigentum, beseitigt, und die konterrevolutionäre, die auf dem Rücken der Arbeiterklasse erfolgt. Indem der Faschismus den revolutionären Weg ablehnt, hat er sich bereits für den zweiten entschieden, den er, einmal an der Macht, rücksichtsloser beschreiten wird, als es die Bourgeoisie im demokratischen Regime tun konnte. Darin liegt die Bedeutung des Faschismus für die Bourgeoisie, daß er ihr Dasein, das sich unter »normalen Verhältnissen« rapide dem Ende zuneigt, künstlich verlängert – damit zugleich aber auch die Leidenszeit der Arbeiterklasse.

Das Auftreten des Faschismus paßt schlecht in das Bild des gefestigten demokratischen Staates, der mehr und mehr in sozialistischem Sinne ausgebaut wird, und so sehen wir denn, wie die Sozialdemokratie sich anfangs bemühte, diese unerwartete, nicht programmäßige, unliebsame Störung zu ignorieren oder zu glossieren. »Nur ganz wenige Utopisten der Reaktion denken aber an die Möglichkeit, die organisierte Arbeiterschaft als einen gewaltigen Machtfaktor aus der Politik oder wenigstens für die Dauer von der Beteiligung an der Staatsmacht auszuschalten und die bürgerliche oder bürgerlich-agrarische Herrschaft in ihrer reinen Form wiederherzustellen«, lesen wir noch im Herbst 1929 in der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratie »Die Gesellschaft«. ³⁰ Als sich aber zeigte, daß diese Utopisten recht zahlreich waren, daß auch »Nervenzerrüttung« nicht zur Erklärung der stark anwachsenden faschistischen Bewegung ausreichte, fing man an, sich gegenseitig Mut zuzusprechen. Es begann mit den leeren Prahlereien von der Diktatur der SPD, die, wenn schon mal auf diktatorischem Wege regiert werden müsse, einzig und allein in Frage käme. Schon bald begnügte man sich aber mit der Versicherung, daß eine offene faschistische Diktatur infolge der Stärke der Arbeiterbewegung und der relativen Schwäche der nichtproletarischen Massen in Deutschland nicht zu befürchten sei, und es endete damit, daß man sich aus Angst vor jener doch höchst irrationalen faschistischen Diktatur der letzten demokratischen Scheinregierung auf Leben und Tod verband.

Wir hatten gesehen, daß der Faschismus in engster Verbindung mit der Krise, d. h. der Schwäche und Labilität des Nachkriegskapitalismus, steht und daß, da das kapitalistische System sich im Niedergang befindet und die Krisen sich eher verschärfen als mildern werden, der Faschismus solange eine stete Gefahr für die Arbeiterklasse sein wird, als der Kapitalismus selbst, sein Erzeuger, lebt. Wieder muß die Konsequenz der revolutionäre Kampf um den Sozialismus sein. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie wie die ökonomische, so auch die politische Analyse der heutigen Situation durch den Kommunismus ab. Wo wir den Versuch einer ernsthaften Auseinandersetzung über den Faschismus in der sozialdemokratischen Literatur antreffen, da finden wir eine Polemik gegen die Auffassung von der ökonomischen Bedingtheit der faschistischen Bewegung. Nach der Ansicht von Schiffrin z. B. ist die These, daß der Faschismus ein Produkt der Krise des Monopolkapitalismus ist, doppelt falsch: einmal weil die eigentlich stärksten kapitalistischen Staaten, Frankreich, England, Amerika, nicht von der faschistischen Welle berührt sind, zum anderen, weil die Hochburgen des Faschismus,

³⁰ S. 228.

Ungarn, Polen, Italien, keine hochkapitalistischen Länder sind.³¹ Aber einzig und allein vom Boden des Marxismus aus lassen sich diese Erscheinungen erklären. Wie die proletarische Revolution nicht das mechanische Resultat des kapitalistischen Entwicklungsprozesses ist, also zuerst auch in einem nicht hundertprozentig industrialisierten Lande ausbrechen kann, wenn nur dort die kapitalistische Front am schwächsten ist, so ist auch der Faschismus nicht die Staatsform des Monopolkapitalismus überhaupt, sondern des Monopolkapitalismus, »wenn dieses Monopolkapital in der Epoche seines Niedergangs gezwungen ist, mit der Politik politischer und wirtschaftlicher Konzessionen an größere Teile der Arbeiterklasse Schluß zu machen. Es ist kein Zufall, daß wir einen klassischen Faschismus in Italien haben, in dem Lande, dessen durch die Kriegskonjunktur aufgepöppeltes Monopolkapital den Druck der Nachkriegskrise mit am schärfsten zu spüren bekam. Es ist kein Zufall, daß wir in Polen einen Faschismus haben, in einem Lande, dessen Industrie sich nach dem Kriege ganz neuen Absatzverhältnissen anpassen mußte. Es ist kein Zufall, daß wir in Amerika, in England und in Frankreich heute keine starken faschistischen Bewegungen haben, dagegen aber in Deutschland, dessen Monopolkapital diesen Konkurrenten gegenüber stark benachteiligt ist. Das deutsche Monopolkapital verfügt nicht über die mächtigen finanziellen und kolonialen Hilfsquellen des englischen, französischen und amerikanischen Kapitals.«³² Die letzten Ereignisse in England aber sind vielleicht bereits die Vorboten einer nahenden faschistischen Welle. Die Weltwirtschaftskrise bedroht den englischen Kapitalismus auf schwerste, gleichzeitig hat das Fiasko der Labourregierung das Vertrauen in den Sozialismus stark erschüttert, eine kommunistische Partei existiert faktisch nicht – damit sind die Voraussetzungen für das Aufkommen des Faschismus gegeben. Es ist keinerlei Garantie gegeben, daß wir nicht bald dieselben Beobachtungen in Frankreich, ja selbst in Amerika, der stärksten Feste des Monopolkapitals, machen können.

Kommt für Schifrin die ökonomische Bedingtheit des Faschismus nicht in Frage, so erst recht nicht der Zusammenhang zwischen der Schwäche der Arbeiterbewegung und der Stärke des Faschismus. Wie erklärt nun er die Entstehung des Faschismus? Nach Schifrin tritt eine faschistische Gegenrevolution nur in den Nachkriegsdemokratien auf, während die Länder »der organischen und historischen Entwicklung der Demokratie« immun sind. Wie das Beispiel England zeigt, kann diese Behauptung schon morgen durch die Praxis widerlegt sein. Andererseits: sind nicht jene alten Demokratien die Länder mit dem relativ stabilsten Kapitalismus, einer ökonomisch und

31 »Die Gesellschaft«, 1931, H. 1.

32 »Gegen den Strom«, 1930, S. 377.

politisch starken Bourgeoisie, deren Stellung noch nicht so gefährdet ist, daß sie Schluß machen muß mit der Politik wirtschaftlicher und politischer Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, die noch nicht weiß, welche Gefahren ihr von einer infolge der Krise radikalisierten Arbeiterklasse drohen – Erfahrungen, die jene Nachkriegsdemokratien in den Jahren 1918 bis 1924 gemacht haben? Wird aber die nächste, schwerere Krise jene starken demokratischen Länder noch in derselben günstigen Lage vorfinden?

Mit seiner Analyse der faschistischen Bewegung bezweckt Schifrin eine Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik gegenüber dem Faschismus zu geben. Mit der mißlungenen Analyse fällt auch der Rechtfertigungsversuch. Die Politik der Kapitulation vor der scheindemokratischen Regierung Brüning muß in Wirklichkeit zu einer weiteren Schwächung der Arbeiterfront, Vertiefung der Krise in der sozialistischen Bewegung und Stärkung des Faschismus führen. Das italienische Beispiel zeigt uns, daß der Faschismus erst dann nach der Staatsgewalt greifen kann, wenn er keinen Widerstand der Arbeiterorganisationen mehr zu befürchten hat. Der Zerfall der italienischen Arbeiterbewegung aber war das Resultat derselben Politik der Passivität, der bedingungslosen Unterstützung einer reaktionären Regierung, die noch die demokratische Maske trug, der vagen Hoffnung auf die antifaschistische Einstellung der bürgerlichen Parteien, wie sie heute die deutsche Sozialdemokratie treibt.

Die reformistische Führung versucht oft, der kommunistischen Kritik die Spitze abzuberechen durch das Argument, die Kommunisten unterschätzten die Bedeutung der Demokratie für die Arbeiterklasse. Allerdings hat der Kommunismus in der demokratischen Republik nie den »Volksstaat« gesehen, der über den Klassen steht, aber er ist mit Marx und Lenin der Auffassung, daß die Demokratie der günstigste Boden für den Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus ist, weil sie einmal die Klassengegensätze nicht verhüllt, sondern offen zum Austrag bringt³³, zum anderen weil sie eine »breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung für das Proletariat, eine riesige Erleichterung im Kampfe für die Beseitigung der Klassen überhaupt«³⁴ bedeutet. Die sozialdemokratische Politik führt jedoch in ihrer Konsequenz zu einem Aufgeben dieser vorteilhaften Kampfbasis des Proletariats. Schon Engels hat darauf hingewiesen, daß eine Gefahr, die der Demokratie, der Republik droht, nicht abgewendet wird durch Paktieren und Kompromisse mit der Bourgeoisie. »Gebt jedem Arbeiter eine Flinte und 50 Patronen, und die Republik wird nie mehr in Gefahr sein.« Denn je mehr sich die Demokratie im Laufe der Jahre aus

33 Engels, *Grundsätze des Kommunismus*.

34 Lenin, *Staat u. Revolution*.

einem Kampfmittel der Bourgeoisie gegen den Absolutismus zu einer Waffe im Befreiungskampf des Proletariats verwandelt hat, wird die Kapitalistenklasse nur unter stärkstem revolutionären Druck gewillt sein, demokratische Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen, um sich dadurch vor der proletarischen Revolution zu retten. So entsteht die paradoxe Lage, daß die Demokratie, die die Revolution überflüssig machen sollte, zum Schluß nur mit revolutionären Mitteln gesichert wird. Die Flucht vor der Revolution macht heute mehr denn je die sozialdemokratische Führung zur Stütze der Konterrevolution. Es liegt bei den sozialdemokratischen Arbeitern, mit dem Mißbrauch ihrer Partei ein Ende zu machen.

Über die Lage und Rolle der SPD

Resolution, angenommen von der
5. Reichskonferenz der KPD-O,
veröffentlicht am 14. Januar 1933
(Gegen den Strom, 6. Jg., Nr. 1)

1. Mit dem 4. August 1914 beginnt die Laufbahn der SPD als bürgerliche Arbeiterpartei oder als Partei des Reformismus. Der 4. August ist für die SPD der Bruch mit dem Marxismus und dem Sozialismus, ihr Übergang in das Lager der Bourgeoisie.

Vor anderen bürgerlichen Parteien unterscheidet sich die Sozialdemokratie dadurch, daß sie für den kapitalistischen Zweck die Arbeiter organisiert und sich auf eine scheinsozialistische Phraseologie und Ideologie stützt.

Als bürgerliche Arbeiterpartei oder als reformistische Partei durchläuft die Sozialdemokratie verschiedene Etappen, die von der jeweiligen Lage des Klassenkampfes im ganzen abhängen, insbesondere von dem Verhalten der herrschenden Klasse ihr gegenüber und von der Lage der Arbeiterklasse.

2. Während des imperialistischen Weltkrieges unterstützte die SPD die von der Junkerschaft, einem verjunkteten Militarismus und einer verjunkteten Bürokratie mit der Hohenzollern-Monarchie an der Spitze geführte Bourgeoisie.

Sie unterstützte alle Unterdrückungsmaßregeln der allmächtigen Militärgewalt gegen die Arbeiterklasse aktiv oder passiv. Sie war die entscheidende Kraft, um die Kriegsstimmung in den Massen aufrecht zu erhalten. Sie tat für die Bourgeoisie, was diese selbst nicht hätte tun können. Sie hängte den imperialistischen Kriegszielen ein sozialistisches und demokratisches Mäntelchen um (»Gegen den Zarismus«, »Gegen England als Beherrscher des Weltmarktes« usw.). Sie fälschte sogar die Maßregeln der Kriegswirtschaft in »sozialistische« um (Brotkarte, »Sozialismus, wohin wir blicken« usw.). Sie erweckte in den Massen Hoffnungen, daß sie für die Unterstützung der imperialistischen Kriegsführung durch demokratische Zugeständnisse belohnt würden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verzichteten ausdrücklich auf Führung und Unterstützung von Streiks während des Krieges. Die sozialdemokratischen Führer behinderten offen und insgeheim alle revolutionären und gegen den imperialistischen Krieg gerichteten Bewegungen, Richtungen usw., Hand in Hand mit den Militärbehörden. Die Sozialdemokratie half im letzten Stadium des Krieges aktiv der Hohenzol-

lernmonarchie, der Junkerschaft und dem Militarismus bei ihren Versuchen, durch unbedeutende Zugeständnisse (»Parlamentarisierung«) ihre wankende Herrschaft aufs neue zu stützen, indem sie einige ihrer Führer in die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden schickte.

Die Führer der Sozialdemokratie suchten bis zum letzten Augenblick die Monarchie zu halten und die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse zu verhindern.

Während des Krieges also unterstützte die SPD Gewaltmaßregeln der schändlichsten Art gegen die Arbeiterklasse und eine antidemokratische, halbabsolutistische Regierungsform und verzichtete auf den Kampf für Reformen.

Das alles datiert also nicht erst seit dem Aufkommen des Faschismus.

3. Erst die von der SPD mit allen Mitteln und bis zuletzt bekämpfte revolutionäre Erhebung der Arbeiter und Soldaten brachte die Sozialdemokratie dazu, die junkerliche Monarchie fallen zu lassen und sich auf den Boden der bürgerlich-demokratisch-parlamentarischen Republik zu begeben.

Die bürgerlich-demokratische Republik gab den Boden ab, auf dem sich alle Kräfte der Konterrevolution gegen die sozialistische Revolution, gegen die Kräfte, die für die Rätemacht und den Sozialismus kämpften, sammelten. Die Sozialdemokratie wurde zur führenden Partei der bürgerlich-demokratischen *Konterrevolution*. Sie schloß sofort ein Geheimbündnis mit der Generalität, mit Hindenburg, Gröner, Schleicher usw. gegen die revolutionären Arbeiter. Die Gewerkschaftsführer schlossen eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden. Sie wandten sich gegen jeden Streik. Die Sozialdemokratie, zusammen mit der Generalität und den Freikorps, finanziert vom Großkapital, schlugen vermittelt einer Reihe planmäßiger Provokationen im Laufe der Jahre 1918, 1919 und 1920 die revolutionäre Arbeiterschaft *gewaltsam nieder*. Mit der Gewalt verband die Sozialdemokratie den Betrug (»Sozialismus«, »die Sozialisierung marschiert« usw.).

Hatte die Sozialdemokratie während des imperialistischen Krieges die Gewalt gegen die Arbeiterklasse *unterstützt*, die von den Organen der Hohenzollernmonarchie ausgeübt wurde, so übte sie *jetzt unmittelbar* und offen konterrevolutionäre Gewalt in den grausamsten Formen des Bürgerkrieges gegen die Arbeiterklasse, ihrerseits darin unterstützt von den Militaristen, der alten Bürokratie, der Macht der Bourgeoisie.

Wenn Gewaltanwendung in ihrer schärfsten Form gegen die Arbeiterklasse das Wesen des »Sozialfaschismus« ausmacht, so müßte man die Periode von 1918 bis 1920 als den Höhepunkt des »Sozialfaschismus« bezeichnen, der begonnen hätte – nach dem 4. August 1914.

Aber 1914 bis 1918 unterstützte die Sozialdemokratie die junkerlich-monarchistische Gewalt gegen die Arbeiterklasse.

November 1918–1920 übte die Sozialdemokratie konterrevolutionäre Gewalt gegen die Arbeiterklasse im Namen der bürgerlich-demokratisch-parlamentarischen Republik. Die Sozialdemokratie hat in dieser Periode Tausende von revolutionären Arbeitern erschießen lassen, in Gefängnisse, Festungen und Zuchthäusern gesteckt, die KPD wiederholt verboten, ihre Zeitungen unterdrückt, Streiks gebrochen, Streikleitungen verhaftet und den Belagerungszustand verhängt usw. Aber sie konnte nicht wagen, die Arbeiterorganisationen als solche zu unterdrücken.

Faschismus ist Gewalt gegen die Arbeiterklasse. Aber nicht jede Gewalt gegen die Arbeiterklasse ist faschistisch. Auch die bürgerlich-demokratische Republik ist, wie die Tatsachen zeigen, der brutalsten und zügellosesten Gewalt gegen die Arbeiterklasse fähig. Der Faschismus steigert die Rolle der Gewalt, hebt die bürgerliche Demokratie auf, unterdrückt schließlich alle politischen Parteien außer der faschistischen, zerschlägt die vom bürgerlichen Staat unabhängigen Arbeiterorganisationen.

Die von der Sozialdemokratie an der Spitze der bürgerlich-demokratischen Republik gegen die Arbeiterklasse geübte konterrevolutionäre Gewalt war daher keineswegs schon Faschismus. Aber sie hat den Faschismus und der Restauration der bürgerlichen Republik den Weg bahnen helfen, indem sie den Gegnern der bürgerlichen Republik immer mehr die staatlichen Machtmittel in die Hand gab, die Rolle der Exekutivgewalt steigerte, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen sie lähmte und die Machtmittel der bürgerlich-demokratischen Republik ständig in den Dienst des Schutzes der kapitalistischen Ausbeutung stellte.

4. Die Sozialdemokratie rühmt sich heute der sozialen »Reformen«, die sie an der Spitze der bürgerlichen Republik durchführte: des Achtstundentags, des Betriebsrätegesetzes, der Sozialversicherungen usw.

Sie hat genau so wenig recht, diese Reformen auf ihre Rechnung zu schreiben, wie die Hohenzollernmonarchie die während ihres Bestandes durchgeführten Reformen für sich in Anspruch nehmen kann.

Die sozialen Reformen der Vorkriegszeit waren nicht das Geschenk der Hohenzollern, der Junker und Bürokratie, sondern das Ergebnis des von der damaligen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften jahrelang geführten *Kampfes* für sie. Jede der Reformen wurde *gegen* die Regierung und die herrschende Klasse von der Arbeiterklasse erkämpft. Die Regierung und die herrschende Klasse haben die schließlich gewährten Reformen nach Möglichkeit beschnitten und verkrüppelt.

Nicht anders steht der Fall mit den Reformen der Zeit der Weimarer Republik. Sie wurden erkämpft von der revolutionären Arbeiterschaft *gegen* die mit der Bourgeoisie verbündete Sozialdemokratie. Sie waren das »Nebenprodukt« des Kampfes für die proletarische Revolution, nicht das Geschenk

der bürgerlich-demokratischen Konterrevolutionen. Die Sozialdemokratie hat sie beschnitten und verkrüppelt.

Die sozialen Reformen waren für die Sozialdemokratie und die Bourgeoisie eines der Mittel, um die Wogen der proletarischen Revolution zu brechen, um die Arbeiterklasse zu spalten, um sie mit der kapitalistischen Ausbeutung auszusöhnen, um sie an den bürgerlichen Staat zu ketten.

Umfang und Tempo dieser Reformen steht daher in direkter Beziehung zum Umfang und der Kraft der revolutionären Bewegung. In dem Maße, wie die revolutionäre Bewegung abebbt, werden die sozialen Reformen kümmerlicher und seltener.

Der Reformismus ist *niemals* die aktive Kraft bei der Schaffung der sozialen Reformen gewesen. Er hat nur jeweils dem revolutionären Druck nachgegeben, soweit er mußte und soweit die Bourgeoisie das ihrem Klasseninteresse entsprechend fand und erlaubte.

Die Sozialdemokratie war auch während der Zeit, in der die Bourgeoisie ihr erlaubte, soziale Reformen zu gewähren, eine reaktionäre Kraft.

Im großen ganzen umfaßt die Zeit von Ende 1918 bis 1920 die Rolle der Sozialdemokratie als offen konterrevolutionäre, die von 1920 bis 1928 die als reaktionäre Kraft, beides auf der Grundlage und mit den Mitteln der bürgerlich-demokratischen parlamentarischen Republik.

Die SPD begleitete ihre konterrevolutionäre und reaktionäre Politik mit immer neuen Selbsttäuschungen, auf deren Grundlage sie ihre eigenen Anhänger und die Arbeiterklasse überhaupt täuschte (friedlicher und demokratischer Weg zum Sozialismus, Wirtschaftsdemokratie, organisierter Kapitalismus usw.).

5. Die in Deutschland bereits 1928 einsetzende Wirtschaftskrise, an die sich 1929 die Weltwirtschaftskrise anschloß, leitete den Abbau der sozialen Reform ein. Die Sozialdemokratie erweiterte und beschleunigte den bereits früher begonnenen Abbau der Sozialpolitik mit der Koalitionsregierung Hermann Müller (1928 bis April 1930). Sie leitete gleichzeitig die Schwächung des Parlamentarismus und die Stärkung der Exekutivgewalt ein.

Die bürgerlich-demokratische Republik bedarf zu ihrer Grundlage gewisser Zugeständnisse an die Arbeiterklasse in Gestalt sozialer Reformen und besonderer Zugeständnisse an die Arbeiteraristokratie.

Der Abbau der sozialen Reformen ist daher Voraussetzung und Grundlage für den Abbau der parlamentarischen Republik. Die Einleitung dieses Abbaues war das direkte Werk der Sozialdemokratie.

6. An einem bestimmten Punkte warf die Bourgeoisie die Sozialdemokratie aus der Regierung, um den sozialen Abbau zu *beschleunigen*. Die Regierung Brüning wurde gebildet als antiparlamentarische Diktatur mit parlamenta-

rischer Grundlage, mit Reichswehr und Gewerkschaften als wichtigsten außerparlamentarischen Stützen.

Die Brüning-Regierung führte den sozialpolitischen Abbau und den wirtschaftlichen Angriff auf die Arbeiterklasse beschleunigt weiter. Sie führte ebenso den Abbau der demokratischen und parlamentarischen Rechte weiter. Die Sozialdemokratie »tolerierte« die Regierung Brüning, sie unterstützte den weiteren Abbau der sozialen und politischen Rechte der Werktätigen.

Sie unterlag der unvermeidlichen *Wechselwirkung* zwischen sozialem und wirtschaftlichem und demokratisch-politischem Abbau. Der soziale und wirtschaftliche Abbau schuf die *Voraussetzungen* für den Abbau der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus. Die Sozialdemokratie bildete sich ein, den sozialen Abbau durchführen, und die bürgerlich-demokratische Republik erhalten zu können. Aber die Wirkung wurde ihrerseits zur Ursache: an einem gewissen Punkte wurde der weitere Abbau der bürgerlich-demokratisch-parlamentarischen Republik zur *Bedingung*, um den sozialen Abbau zu verteidigen, weiterzuführen, zu beschleunigen. Die Sozialdemokratie deckte daher auch den ratenweisen Abbruch der Weimarer Republik unter der Brüning-Regierung.

7. Die Brüning-Regierung führte ihrerseits folgerichtig zur Junkerdictatur Papen-Schleicher. Die Bourgeoisie fand nicht mehr nötig, auch nur die Tolerierung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu tolerieren. Die Papen-Schleicher-Regierung ging zum offenen Angriff gegen die Weimarer Republik und die Sozialdemokratie über, warf sie in Preußen aus Regierung und Verwaltung usw.

Die Sozialdemokratie gab kampflos Preußen und die Weimarer Republik preis (20. Juli, 12. September). Sie verzichtete auf den einzigen ersten Widerstand, den außerparlamentarischen. Durch ihre *Passivität* unterstützte sie die junkerlich-monarchistische Reaktion. Gegen den großpreußischen Partikularismus, den sie, als sie in der preußischen Regierung saß, eifrig kultiviert hatte, mobilisierte sie den Partikularismus der mitteldeutschen und süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten.

Der 20. Juli zeigte, daß die Sozialdemokratie die bürgerliche Demokratie nicht einmal mehr gegen die junkerliche Reaktion und den Faschismus, die ihr gemeinsam den Garaus machten, zu verteidigen imstande war. Die SPD war nur fähig, *konterrevolutionäre* Energie für die bürgerlich-demokratische Republik aufzuwenden. Der Kampf gegen den Kapp-Putsch wurde von ihr abgebrochen, sobald er ins revolutionäre Geleise geriet. Jetzt, wo die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter nur noch mit revolutionären Mitteln zu verteidigen waren, offenbarte sich der reformistische Charakter der SPD darin, daß sie keine revolutionären Mittel anwenden konnte, vor ihnen zurückschreckte.

Die Sozialdemokratie fürchtete, daß eine revolutionäre Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Republik und der sozialen Reformen in den Kampf um die sozialistische Räterepublik umschlagen würde. Daher ihre kampflose Preisgabe der bürgerlichen Demokratie wie der sozialen Rechte der Arbeiter, daher die freiwillige Unterwerfung unter die Junkerdiktatur.

8. Die Sozialdemokratie zeigte sich sofort bereit, auch mit der Junker- und Generalsdiktatur zu paktieren, als diese genötigt war, zeitweilig einige Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu machen, um Zeit zu gewinnen für einen neuen konterrevolutionären Anlauf auf breiterer Grundlage.

Die Gewerkschaftsführer gingen ein Bündnis mit dem Schleicher-Kabinett ein, die Sozialdemokratie erfand eine neue Art der Unterstützung einer reaktionären Regierung, die Opposition, die sich das Gesetz von ihrem »Gegner« diktieren läßt und dem Konflikt mit ihm ausweicht. Diese »loyale« Opposition bildet die Fortsetzung der Tolerierungspolitik unter den veränderten Bedingungen der Generalsdiktatur.

9. Die offizielle Theorie der KPD erklärt diese Entwicklung damit, daß sich die SPD seit 1928 aus einer reformistischen in eine »sozialfaschistische Partei« verwandelt habe. Sie versteht darunter, daß die Sozialdemokratie als Partei eine Partei sei, vermittelt derer die faschistische Diktatur ausgeübt wird (die nach der offiziellen Theorie längst besteht und nicht erst vor der Türe steht). Die offizielle Theorie erweist damit dem Reformismus völlig unverdiente Komplimente. Sie unterstellt, daß die direkte oder indirekte Gewaltanwendung durch die Sozialdemokratie gegen die Arbeiterklasse etwas Neues sei. Wir haben aber gesehen, wie die Unterstützung der militärischen Gewalt gegen die Arbeiterklasse durch die SPD vom August 1914, die direkte Führung des Bürgerkrieges gegen die revolutionären Arbeiter vom November 1918 ab datiert. Diese offizielle Theorie unterstellt ferner, daß der Reformismus der aktive Faktor gewesen sei, der die sozialen Reformen herbeigeführt habe.

Die faschistische Diktatur ist aber in ihrer reinen und ausgebildeten Form unverträglich mit der Existenz anderer bürgerlicher Parteien und daher auch einer bürgerlichen Arbeiterpartei. Der Reformismus würde sich von sich aus ebenso abfinden mit der Existenz einer faschistischen Diktatur, wie er sich mit der Hohenzollern-Diktatur abgefunden hat. Aber der Faschismus kann sich nicht mit der Existenz des Reformismus abfinden. Er kann keine vom Staat unabhängigen Gewerkschaften und andere proletarischen Massenorganisationen dulden, da sie unvermeidlich zu Stützpunkten des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur und gegen die verstärkte kapitalistische Ausbeutung werden würden, unabhängig von der Haltung der reformistischen Führer, denn die proletarischen Massenorganisationen würden bei

Unterdrückung allein der Kommunistischen Partei Deckung bieten für die Sammlung revolutionärer Kräfte.

Der Reformismus hat sich nicht in den Sozialfaschismus verwandelt und kann sich nicht in eine faschistische Partei verwandeln. Aber er hat eine Reihe von Etappen durchlaufen und verschiedene Rollen gespielt, konterrevolutionäre und reaktionäre, monarchistische und demokratisch-republikanische, unter dem Druck der revolutionären Arbeiter soziale Reformen zugestanden, und unter dem verstärkten Druck der Bourgeoisie sie wieder abgebaut; aber diese verschiedenen Rollen hat er gespielt je nach der Gesamtlage des Klassenkampfes. Für noch weitere Rollen, die der Reformismus spielen kann, liefert das Vorbild das Verhalten des Menschewismus nach der Oktoberrevolution bis heute. Der Reformismus hat hier eine ganze Reihe weiterer Formwechsel vorgenommen. Alle diese Formwechsel aber ändern nichts am Wesen des Reformismus, sie sind Folgen der Bindung des Reformismus an den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Wirtschaft unter verschiedenen Verhältnissen des Klassenkampfes.

Die Auffassung, daß die SPD stets die »soziale Hauptstütze« der Bourgeoisie bilde, d. h. die hauptsächliche Massenbasis der bürgerlichen Herrschaft, ist nur die ultralinke Umkehrung der Behauptungen und Illusionen der reformistischen Führer, daß sie durch »staatsmännische« Politik im Sinne der Bourgeoisie ihre Organisationen vor der Zertrümmerung durch den Faschismus retten können. Das Kennzeichnende der gegenwärtigen Lage ist gerade der Umstand, daß die Bourgeoisie, weil sie ihre Interessen nicht mehr mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie wahren kann, dazu *übergeht*, den Reformismus als Massenbasis der Kapitalsdiktatur durch den Faschismus zu ersetzen.

10. In der Sozialdemokratie reagieren Führer und Mitglieder in verschiedener Weise auf die geschilderte Entwicklung, auf das Ende der Weimarer Republik und der Machtstellung der Sozialdemokratie in ihr, auf das Wachstum des Faschismus und die Machtergreifung durch die junkerliche Reaktion.

In der Führung der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners hat sich ein sogenannter »aktivistischer« Flügel herausgebildet. Sein Kern bildet die junge Schicht der in Staatsposten avancierten und jetzt an die Luft gesetzten sozialdemokratischen Bürokratie, der Gewerkschaftsbürokratie, des Reichsbanners, insbesondere die bürgerliche Intelligenz, die nach dem November 1918 zur Sozialdemokratie kam und republikanische Karriere machte, aber auch ein Teil der alten Partei-, Gewerkschafts- und Reichsbannerführer.

Die Hauptpunkte der »aktivistischen« Auffassungen und Bestrebungen sind:

- a) Ablehnung des Materialismus; statt dessen bürgerlicher Idealismus in seinen »modernsten« Formen, denen des Irrationalismus und der religiösen Mystik.
- b) Offene und grundsätzliche Bejahung des kleinbürgerlichen Eigentums (damit auch, wenn auch unausgesprochen, des kapitalistischen Eigentums, da kleinbürgerliches Eigentum unaufhörlich und unvermeidlich sich in kapitalistisches Eigentum verwandelt).
- c) Offene und grundsätzliche Bejahung der bürgerlichen Klassen als Stützen der bürgerlichen Republik.
- d) Erhöhung der »Autorität« des »Staates« (d. h. der bürgerlichen Staatsgewalt), Einschränkung des Parlamentarismus, ein berufsständisch zusammengesetztes Oberhaus.
- e) Grundsätzliche Aufgabe des austromarxistischen »Kosmopolitismus«, d. h. des Internationalismus, dafür offener Nationalismus, Ablehnung des Pazifismus und Eintreten für militärische Aufrüstung und »Wehrhaftigkeit«, für »Wehrsport« und Anschluß an das »Reichskuratorium«.
- f) Für außerparlamentarische Aktionen im *Interesse dieser Ziele*.
- g) Für die Verjüngung in der Führung der SPD.
- h) Für die »Dritte Front«, d. h. für die Zusammenarbeit mit faschistischen und nationalistischen Verbänden (Arbeitsdienst, Siedlungswesen, Wehrverbände, Sportorganisationen).

Diese Auffassungen sind entwickelt in den »Neuen Blättern für Sozialismus«, in der Bernauer Rede Leiparts usw.

Der »Aktivismus« ist die Brücke zum Nationalismus und Faschismus. Seine Wirkung wird aber nicht die sein, die sich die offizielle Theorie der KPD-Führung als die des »Sozialfaschismus« vorstellt, die Eingliederung der SPD, der Gewerkschaften usw. in die faschistische Diktatur, sondern die *Sprengung* der SPD, der Gewerkschaften, des Reichsbanners von innen und oben her, die Vorbereitung eines Überlaufens eines Teils der sozialdemokratischen Führer zum Faschismus.

Der Aktivismus tritt äußerlich radikal auf als »positiver«, d. h. konterrevolutionärer nationalistisch-faschistischer Radikalismus, im schärfsten Gegensatz zum »negativen«, d. h. revolutionären Radikalismus, dem Kommunismus. Der Aktivismus kämpft gegen den traditionellen Reformismus von rechts her.

Das äußere radikale Gehabe wirkt vielfach *verwirrend* auf die sozialdemokratischen Mitglieder im Sinne der Verwechslung konterrevolutionärer und revolutionärer Kritik des Reformismus. Dieser Verwirrung muß begegnet werden durch die Aufdeckung des Klasseninhalts des Aktivismus, durch revolutionäre Kritik gegen die konterrevolutionäre.

Insbesondere gilt es den Kampf zu führen gegen die Erscheinungen des

»Aktivismus« in den Gewerkschaften (»Leipartismus«), im Reichsbanner (Höltermann), in den Arbeitersportorganisationen (Wildung) usw. Es gilt, die Kräfte für diesen Kampf zu *organisieren*.

11. Der traditionelle Reformismus protestiert in der Phrase gegen die Forderungen des Aktivismus, fügt sich ihnen aber praktisch (Verhältnis der SPD und des ADGB zur Regierung Schleicher).

12. Die linke Opposition in der SPD ist infolge des ultralinken Kurses der KPD und des Bankrotts der zentristischen SAP schwach. Sie stützt sich vorwiegend auf die Auffassungen des Austromarxismus. Der Kernpunkt des Austromarxismus in der gegenwärtigen Lage ist die Verbindung der reformistisch-bürgerlich-demokratischen Praxis mit unverbindlicher Anerkennung der außerparlamentarischen Kampfmittel für den Fall, daß die Bourgeoisie die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus über den Haufen wirft, d. h. die Ankündigung revolutionärer Heldentaten jeweils für übermorgen, die Verweisung der revolutionären Aktion ins Jenseits der aktuellen Praxis.

Eine andere Spielart »linker« Auffassungen in der SPD vertritt die schwache Gruppe der »Roten Kämpfer«. Für die praktische Unterwerfung unter den Reformismus entschädigen sie sich durch die KAPD-istische Phrase, durch das »edelmütige Bewußtsein«. Die warten auf »den Tag«, wo in der SPD der Kommunismus, wie sie ihn mißverstehen, »von selbst« durchbricht.

13. Der Schwerpunkt kommunistischer Arbeit gegen den Reformismus, der Eroberung sozialdemokratischer Arbeiter für den Kommunismus, liegt gegenwärtig in den proletarischen Massenorganisationen. Das nächste praktische Ziel ist die Herausbildung breiter, oppositioneller Fraktionen unter kommunistischer Führung. Dazu ist erforderlich die Liquidierung der RGO-Taktik, die Aufnahme wirklicher Einheitsfrontpolitik, der Einsatz der Kommunisten für die Wiederherstellung der Einheit und für die organisatorische Stärkung der Gewerkschaften und der anderen proletarischen Massenorganisationen.

14. Der Sieg des Kommunismus ist an die Vernichtung des Masseneinflusses des Reformismus geknüpft. Nur so kann die Einheit und Schlagkraft der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage verwirklicht, ihre Macht aufgerichtet und festgehalten werden. Darum ist der erfolgreiche Kampf gegen den Reformismus zugunsten des Kommunismus die unentbehrliche und wichtigste Voraussetzung für den Sieg des Kommunismus. (Resolution, angenommen von der 5. Reichskonferenz)

Der Bankrott der ultralinken Auffassungen von der Krise des Kapitalismus

E. B. am 7. Mai 1932
(Gegen den Strom, 5. Jg., Nr. 10)

Die Niederlagen der KPD am 13. März, am 10. und 24. April beleuchten blitzartig den verhängnisvollen Zustand, in dem sich die Kommunistische Partei in einer Situation befindet, da der gefährlichste Feind der Arbeiterklasse, der Faschismus, von Sieg zu Sieg eilt und die letzten Vorbereitungen zur Machtübernahme trifft. Daß die Kommunistische Partei infolge der falschen ultralinken Politik nicht das revolutionäre Bollwerk ist, als das sie die Parteibürokratie hinstellen beliebt, daß sie seit Jahren keinen nennenswerten Einfluß mehr in den Betrieben, in den großen Massenorganisationen der Arbeiterklasse besitzt, ist in breiten Kreisen seit langem kein Geheimnis mehr. Aber diese tatsächliche und entscheidende Schwäche der KPD wurde immer wieder durch die Tatsache verdeckt, daß seit Beginn der Krise neue Mitgliedermassen der Partei zuströmten und sie auch parlamentarische Erfolge erzielen konnte. Die glänzende Fassade verbarg jahrelang die Ärmlichkeit und Dürftigkeit des ultralinken Kurses. Bei den Wahlen der letzten Wochen ist nun diese Fassade zusammengestürzt, und hinter ihren Trümmern erblickt die Arbeiteröffentlichkeit nichts als Hohlheit und Leere. Fürwahr ein alarmierender Anblick! Der Feind im Anmarsch – und die Partei, unter deren Führung allein die Arbeiterklasse ihn zurückschlagen kann, geschwächt, verwirrt, ihre Reihen schwankend. Diese bedrohliche Lage muß die Mitglieder der KPD zum Nachdenken zwingen, zur Untersuchung der Ursachen, die zum drohenden Zusammenbruch der Partei geführt haben. Dieses kritische Besinnen hat bei einigen, den politisch klarsten kommunistischen Arbeitern begonnen. Wenn der Vormarsch des Faschismus, die Niederlagen der Partei nicht vermocht haben, die selbstherrliche Parteibürokratie aus ihrer olympischen Ruhe aufzuschrecken, so beunruhigt sie die Unzufriedenheit der Mitglieder, ihre wachsenden Zweifel an der Richtigkeit der politischen Linie, ihre Zugänglichkeit gegenüber den Argumenten der KPD-O um so mehr. So macht sie die verzweifeltsten Anstrengungen, um die heiligsten Güter, den Glauben an die Unfehlbarkeit der ultralinken Führung und das blinde Vertrauen auf die Beschlüsse, zu retten. Aber die weitere Existenz der Partei, ihre Behauptung gegenüber dem

Faschismus hängt gerade davon ab, daß der fetischistische Glaube an die ultralinke Führung und die ultralinke Politik radikal zerstört wird, daß die Mitglieder in letzter Stunde eine Kursänderung erzwingen. Die Manöver der Parteibürokratie mit der »bolschewistischen Selbstkritik«, d. h. der Kritik der kommunistischen Arbeiter, den eigenen Bankrott zu vertuschen, wird leider dadurch begünstigt, daß ein großer Teil der Mitglieder erst kurze Zeit in der Partei, politisch umgeschult und unerfahren ist, die Entwicklung der KPD, der kommunistischen Politik und Taktik nicht kennt und vor allem ahnungslos hinsichtlich der Geschichte der ultralinken Politik und ihrer Fehler ist. Was das in der augenblicklichen Situation bedeutet, ersehen wir sofort, wenn wir uns die beiden Tatsachen vor Augen halten, daß von der Liquidierung der ultralinken Politik und ihrer Ersetzung durch eine kommunistische Einheitsfrontpolitik das Schicksal der KPD und der deutschen Arbeiterklasse auf Jahre hinaus abhängt, daß aber dieser Kurswechsel nicht von oben, sondern nur gegen den Willen der ultralinken Führung von unten her erzwungen werden kann. Der kommunistische Arbeiter, das einfache Parteimitglied hält den Zauberschlüssel in den Händen, der das Tor aufschließen kann zu den weiten Gefilden einer erfolgreichen kommunistischen Politik. Diesen Arbeiter aufzuklären, die Lehren der Tatsachen zu verbinden mit der Kritik des ultralinken Kurses und der Darlegung der politischen Notwendigkeiten in diesen Tagen und Wochen, ist die wichtigste Aufgabe der KPD-O im Augenblick. Von der Erfüllung der Aufgabe, die kommunistischen Mitglieder zur Rebellion gegen die unfähige ultralinke Bürokratie zu führen, hängt es ab, ob die Welt ein zweites finnisches Drama, diesmal auf deutschem Boden, erleben wird oder nicht.

Der kommunistische Arbeiter, der erst seit einigen Monaten, im günstigsten Fall seit ein bis zwei Jahren in der KPD organisiert ist, weiß nicht, daß die ultralinke Politik, die die Partei seit dem 6. Weltkongreß betreibt, einen vollständigen Bruch mit den taktischen Lehren bedeutet, die die Komintern unter Leitung von Lenin sich erarbeitet hat und die in den Beschlüssen der ersten vier Weltkongresse niedergelegt worden sind. Als die Kommunistische Internationale die Taktik für die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern bestimmte, ging sie von den Erfahrungen der Revolutionsjahre in Westeuropa aus. Diese Erfahrungen bewiesen, daß die kommunistischen Parteien nicht erst im Feuer der Revolution die Massen für sich gewinnen können, sondern daß die proletarische Revolution nur dann siegen kann, wenn es den Kommunisten in vorrevolutionärer Zeit gelungen ist, in zäher Arbeit den Einfluß des Reformismus auf die Arbeiterklasse zu überwinden und die entscheidenden Schichten des Proletariats für die Ideen des Kommunismus zu erobern. Von dieser geschichtlichen Erkenntnis ausgehend, bestimmten der zweite und besonders der dritte Weltkongreß im

einzelnen die Taktik der kommunistischen Parteien bis zum Zeitpunkt der Machteroberung. Arbeit in den Gewerkschaften, Einheitsfronttaktik, Kampf für die Tagesinteressen der Werktätigen, in Verbindung mit der Propaganda der kommunistischen Endziele und der revolutionären Übergangslösungen – das waren die Grundpfeiler der Taktik, die verhindern sollte, daß bei der zweiten revolutionären Welle die kommunistischen Parteien so ungerüstet daständen wie die eben erst gegründeten kommunistischen Parteien der Jahre 1918/20. Dieses wichtige Vermächtnis Lenins an die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Staaten hat die KI und die KPD mit dem Beginn der ultralinken Ära leichtfertig preisgegeben. Bedenkenlos wurden die Resultate einer langjährigen Erfahrung, einer sorgfältigen marxistischen Analyse, die Arbeit der bedeutendsten Führer der Kommunistischen Internationale beiseite geschoben. Mit der schnoddrigen Bemerkung Losowskis auf dem 6. Weltkongreß, daß die Aufgaben einer Internationalen nicht darin bestünden, auf jedem ihrer Kongresse ein und dasselbe zu sagen, wurden die taktischen Beschlüsse der ersten vier Weltkongresse, die nach der Auffassung Lenins Geltung bis zum Siege der proletarischen Revolution haben sollten, ad acta gelegt und die Bahn frei gemacht für die ultralinke Politik, die in direktem Gegensatz zu den Lehren Lenins steht und deren Ergebnis die heutige Tragödie der kommunistischen Bewegung in den außerrussischen Ländern ist.

Der Ausgangspunkt für die ultralinke Taktik, die durch den 6. Weltkongreß eingeleitet wurde, war die Untersuchung der Lage des Kapitalismus auf diesem Kongreß. Für den Marxisten ist eine genaue Analyse der objektiven Situation unerläßlich. Richtet sich doch die jeweilige kommunistische Politik nach den jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und den Möglichkeiten für die Verwirklichung der kommunistischen Ziele, die sich aus ihnen ergeben. Jede Fehlanalyse muß infolgedessen Irrtümer in der politischen Arbeit der Kommunistischen Partei nach sich ziehen. Eine solche falsche Analyse kann aus zwei Fehlerquellen entstehen. Einmal aus der Beschränkung der Untersuchung auf Oberflächenerscheinungen des gesellschaftlichen Lebens – die typische Haltung des Reformismus. Zum andern daraus, daß die eigene Phantasie, eigene Wünsche und Hoffnungen in bezug auf die wirkliche Lage das Instrument der Untersuchung, die dialektische Methode, ersetzen – das charakterisiert den »Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus. Die ökonomische Analyse des 6. Weltkongresses, zusammengefaßt in dem Schlagwort von der »dritten Periode«, krankte im wesentlichen an dem letzteren Irrtum, wengleich sie ihre Entstehung zunächst der ersten Fehlerquelle verdankte. Bucharin, der in seinem Referat zum erstenmal von der »dritten Periode« sprach, definierte sie als das Stadium der gefestigten Stabilisierung des Kapitalismus. Dieser opportuni-

stische Irrtum wurde nicht korrigiert, indem durch eine genaue Untersuchung die Widersprüche im stabilisierten Kapitalismus festgestellt wurden, die die *kommende* Erschütterung des kapitalistischen Systems ankündigten, sondern indem der entgegengesetzte Irrtum an seine Stelle trat. Im Laufe des Kongresses und besonders in den folgenden zwei Jahren bis zum unrühmlichen Ende dieser Theorie wurde aus der 3. Periode der gefestigten Stabilisierung, wie sie Bucharin definiert hatte, die oberfaule, schwankende und zerrüttete Stabilisierung.

In Diskussionen mit Anhängern der ultralinken Taktik wird von ihnen oft die Auffassung vertreten, daß die Theorie der 3. Periode durchaus richtig und durch die Weltwirtschaftskrise bestätigt worden sei und daß die Kritik der Kommunistischen Opposition, die sie an der 3. Periode geübt hat, verfehlt gewesen sei. Diese Genossen übersehen zweierlei. Erstens wurde die Theorie der 3. Periode nicht als Prophezeiung aufgestellt, d. h. die 3. Periode der erschütterten Stabilisierung sollte nicht erst in der Zukunft beginnen, sondern wurde vom Jahre 1928 an datiert. Die Krise aber begann erst rund zwei Jahre später. Der unverzeihliche Fehler, in einer Zeit, da in den meisten kapitalistischen Ländern noch Konjunktur herrschte, den unmittelbaren Zusammenbruch des Kapitalismus zu dekretieren, konnte nur gemacht werden, weil auf jede exakte ökonomische Untersuchung verzichtet wurde – gründeten doch auf dasselbe Tatsachenmaterial einmal Bucharin seine These von der gefestigten Stabilisierung und nachher die Verfechter der Behauptung, daß das kapitalistische System erschüttert sei. Nur so war es auch möglich, den Anbruch der 3. Periode in gleicher Weise für die ganze Welt mit Ausnahme der Sowjetunion zu proklamieren und dabei das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus unbeachtet zu lassen. Zweitens vergessen die Verteidiger der 3. Periode den Kardinalfehler dieser Theorie. Die 3. Periode sollte nicht nur die ökonomische Erschütterung des Kapitalismus bedeuten, sondern ebenso den politischen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. In unzähligen Reden, Resolutionen und Aufsätzen wurde erklärt, daß die 3. Periode gleichbedeutend mit dem revolutionären Aufschwung sei, daß die sich zuspitzenden kapitalistischen Widersprüche die Massen in das kommunistische Lager führen würden, daß die Partei eine »kurze, feurige Perspektive« haben und sich auf den »großen Krach« einstellen müsse. Im Laufe des Jahres 1929 wurde die »unmittelbar revolutionäre Situation«, die heranreife, zum geflügelten Wort.

Mit dieser Auffassung gaben aber die Theoretiker der 3. Periode die marxistische Erkenntnis von dem dialektischen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik zugunsten einer mechanistischen, ökonomistischen Betrachtungsweise auf. Jeder Marxist weiß, daß der Kapitalismus nicht automatisch das Proletariat zum Klassenbewußtsein, zum sozialistischen Denken und

revolutionären Handeln führt, daß die ökonomische Entwicklung keineswegs von selbst die Massen zur Erkenntnis der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen und die proletarische Revolution durchzuführen bringt. Das erreicht erst die bewußte politische Erziehungsarbeit der sozialistischen, bzw. heute der Kommunistischen Partei, die an Hand der Tatsachen des gesellschaftlichen Prozesses die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein ihrer Aufgaben als Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft erfüllt. Diese wichtige Rolle der Kommunistischen Partei wird aber bei der Theorie der 3. Periode vollkommen vergessen. Und das von einer Parteiführung, die sich einen Sport daraus macht, eine Kampagne heftiger als die andere gegen den »Luxemburgismus«, gegen die Überschätzung der Spontaneität der Massen und gegen die Unterschätzung der Bedeutung der Kommunistischen Partei führt. In Wirklichkeit ergibt sich aus einer kapitalistischen Krise ohne eine unermüdliche Arbeit, eine erfolgreiche Taktik, höchste Aktivität der Kommunistischen Partei durchaus nicht die Stärkung des revolutionären Faktors. Das lehrt die Gegenwart. Das mechanische Resultat auch der schwersten Krise ist nicht der »große Krach«, der automatische Zusammenbruch des Kapitalismus. Es gibt nicht nur einen sozialistischen, sondern auch einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise, nicht nur eine revolutionäre, sondern auch eine konterrevolutionäre Lösung der Krise. Wenn die Kommunistische Partei nicht mit aller Kraft eine Politik betreibt, die ihr das Vertrauen der Arbeiterklasse einbringt, die den Werktätigen zum Bewußtsein bringt, daß der revolutionäre Ausweg aus der Krise die einzig mögliche Rettung für sie bedeutet, so laufen die Massen, das Kleinbürgertum zuerst, aber bei andauerndem Versagen der Partei auch Arbeiterschichten in das Lager der Konterrevolution, die ihnen eine Beseitigung ihrer Notlage verspricht. Diese »Kleinigkeit« vergaßen die Strategen der 3. Periode, die sich damit als vulgäre Ökonomen, als Anbeter der Spontaneität der Massen erwiesen.

So sah die ökonomische Analyse aus, auf deren »sicherem« Fundament die neue ultralinke Taktik der Offensiv- und Durchbruchsschlachten, der eigenen Gewerkschaftsorganisationen, der »roten Einheitsfront« begründet wurde und die die wissenschaftliche Rechtfertigung für die Preisgabe der Leninschen Taktik darstellen sollte.

Die Theorie der 3. Periode erreichte ein Alter von zwei Jahren. Dann machte ihr die inzwischen ausgebrochene Weltwirtschaftskrise den Garaus. Jahrelang hatten sich die Kominternbürokraten an den Phrasen über die erschütterte Stabilisierung und die unmittelbar bevorstehende akut-revolutionäre Situation berauscht und bereits in Siegesfreude geschwelgt, als die Krise eintrat. Sie brachte jetzt wirklich eine starke wirtschaftliche Erschütterung des kapitalistischen Systems und damit die objektiven Voraussetzungen für den revolutionären Aufschwung mit sich – Tatsachen, die bisher nur

in der üppigen Phantasie der ultralinken Führer existiert hatten. Jetzt galt es zu zeigen, daß die Kommunistische Partei den revolutionären Aufgaben, die nun vor ihr standen, gewachsen war, zu beweisen, daß sie das Vertrauen der Massen besaß, wie das ZK geprahlt hatte. Doch siehe da! Mit dem Beginn der Krise, als die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, nahm der Mut der kühnen Strategen der 3. Periode mehr und mehr ab und immer kleinlauter wurden ihre Äußerungen – bis die stolze Theorie der 3. Periode, die das Ende der kapitalistischen Stabilisierung und den Sieg der Revolution bringen sollte, begraben wurde.

Der Ausbruch der Krise traf die ultralinke Führung gänzlich unvorbereitet. Sie hatte in zwei vorhergehenden Jahren der ultralinken Politik, da sie die Konjunktur für die Krise angesehen hatte, die dialektische Methode zur Untersuchung der ökonomischen Entwicklung zu handhaben verlernt. Als die Krise nun wirklich kam, war sie infolgedessen ebenso unfähig, ihre konkreten Erscheinungsformen zu analysieren, wie sie nicht imstande gewesen war, die wirtschaftliche Lage in den Jahren 1928/29 zu untersuchen. Bis auf den heutigen Tag fehlt eine gründliche Behandlung und Darstellung der Weltwirtschaftskrise in der offiziellen kommunistischen Literatur. Wo wir eine Beschäftigung mit den Krisenfragen finden, da nähert sich die Auffassung sehr oft der grobmechanistischen Theorie, daß es keine kapitalistische Lösung der heutigen Krise gäbe, einer Theorie, wie sie von der SAP vertreten wird und deren praktische Konsequenz die Passivität der Arbeiterklasse ist. Die offiziöse Zeitschrift der Komintern, »Die Kommunistische Internationale«, mußte noch im Februar dieses Jahres darüber klagen, daß die kommunistische Parteipresse, »eine dialektische Behandlung dieser Frage (der Weltwirtschaftskrise) vermissen« lasse. Sie fragt aber nicht nach der Ursache für dieses Versagen. Mit der Preisgabe der dialektischen Behandlung der Krise treten die kommunistischen Redakteure nur wacker in die Fußtapfen der Verkünder der 3. Periode. Auch sie spielten mit dem Gedanken eines automatischen Zusammenbruchs des Kapitalismus, wie wir gesehen haben. Und noch in einer anderen Hinsicht dauert das alte Spiel fort. An die Stelle einer ernsthaften Beschäftigung mit der ökonomischen Lage in der sogenannten dritten Phase setzten ihre Apologeten Spekulationen über die verschiedenen Phasen der 3. Periode, die ebensoviel ernsthaften Sinn hatten wie die buntschillernden Seifenblasen der Kinder. Heute stellen sie tief-sinnige, aber gänzlich bedeutungslose Betrachtungen über die Etappen der Krise an, die in Wirklichkeit nur die Etappen der ohnmächtigen Kapitulation des ultralinken Kurses vor den Schwierigkeiten des revolutionären Auswegs aus der Krise sind.

Die erste Sitzung der Komintern, die nach Beginn der Krise stattfand, die Sitzung des erweiterten Präsidiums des EKKI im März 1930, brachte die

erste Revision der Theorie von der 3. Periode. Die Krise hatte zu einem beispiellosen Angriff des Kapitals auf die Lebenshaltung der Massen, zu einem verschärften konterrevolutionären Druck geführt. Von der erschütterten kapitalistischen Herrschaft, der Hilflosigkeit und Ohnmacht der Bourgeoisie, dem kühnen Ansturm des Proletariats gegen das kapitalistische System konnte keine Rede sein. Unter der Wucht dieser Tatsachen wurde das EKKI bescheidener. Und es entschloß sich, in der Sache die 3. Periode preiszugeben und z. T. die Analyse der verhassten »Renegaten«, der KPD-O, zu übernehmen. Es hieß jetzt, daß der *Beginn* der Erschütterung der Stabilisierung da sei. Der »revolutionäre Aufschwung« aber blieb.

Diese erste Wendung ist lehrreich für alle folgenden. Angesichts der unerbittlichen Wirklichkeit bequemte sich die ultralinke Führung, die größten Übertreibungen und Auswüchse der Theorie der 3. Periode zu beseitigen, mühsam die Theorie, wenigstens dem Scheine nach, mit den Tatsachen in Übereinstimmung zu bringen. Aber sie brachte nicht den Mut und die Einsicht auf aus Furcht, ihre Autorität zu erschüttern und aus mangelhafter Kenntnis der Verhältnisse, die durch die Entwicklung als falsch erwiesenen Beschlüsse offen zu kritisieren und aufzuheben. Sie unterschob plötzlich der Theorie der 3. Periode einen anderen, den oben erwähnten Sinn, wobei sie großzügig deren ursprüngliche Bedeutung und Interpretation »vergaß«. So wurde die »glänzende Generallinie« – wie Thälmann zu sagen pflegt – und die Unfehlbarkeit der Instanzen gerettet.

Aber da die Fehlerquelle der Theorie der 3. Periode nicht aufgedeckt wurde, da der Betrug von dem revolutionären Aufschwung aufrechterhalten wurde, so blühte bald der alte Unsinn in anderem Wortgewande wieder auf. Von der 3. Periode wurde zwar nicht mehr gesprochen, sie verschwand als zu sehr kompromittiert aus dem Sprachschatz der Parteijournalisten. Doch als Ersatz für sie kam die »revolutionäre Krise«. Bis zum XI. EKKI-Plenum gehörte die Auffassung, daß die revolutionäre Krise vor der Tür stehe, zu den Fundamentallehren des ultralinken Kurses. In langen Artikeln wurden in den Zeitungen und Zeitschriften der Komintern und der KPD Betrachtungen über die »ökonomische Krise«, die »politische Krise«, die »revolutionäre Krise«, die »revolutionäre Situation«, das »Umschlagen der Wirtschaftskrise in eine politische Krise« angestellt. Ihr Kerngedanke war die alte Theorie der 3. Periode: der Zusammenbruch des Kapitalismus erfolgt automatisch durch die weitere Verschärfung der ökonomischen Krise, die in die politische Krise, in die politische Erschütterung der Herrschaft der Bourgeoisie, umschlägt, deren Endergebnis die revolutionäre Krise, der Sturz des Kapitalismus ist. Die Situation in Deutschland wurde so charakterisiert, daß dort bereits die ökonomische in die politische Krise umgeschlagen sei; teils wurde die revolutionäre Krise für die allernächste Zeit erwartet, teils –

besonders in Artikeln in der »Internationale« – wurde erklärt, daß die revolutionäre Situation bereits da sei, daß alle von Lenin angeführten Voraussetzungen für die proletarische Revolution erfüllt seien.

Damals wies die KPD-O auf den groben Unfug hin, der in diesem Spiel mit den Begriffen politische und revolutionäre Krise besteht. Sie zeigte, daß bei Lenin kein Unterschied zwischen der politischen und revolutionären Krise besteht, daß nach seiner Lehre aus der ökonomischen Krise die revolutionäre Krise wird, wenn die Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei die kapitalistische Festung berennt, wenn nicht nur die objektive Voraussetzung, die wirtschaftliche Erschütterung des kapitalistischen Systems, erfüllt ist, sondern auch die subjektive, die Kampfbereitschaft der Massen, vorhanden ist. Wir erklärten, daß in diesem Sinne Deutschland bisher keine politisch-revolutionäre Krise durchmacht. Wir betonten in unserer Kritik, daß die objektiven revolutionären Voraussetzungen in Deutschland längst erfüllt sind, daß aber infolge des ultralinken Kurses der subjektive Faktor versagt, daß die wiederholten Beteuerungen, daß die revolutionäre Situation bereits da sei, nichts als Selbstbetrug ist und daß die mit viel scholastischem Scharfsinn herausgeklügelten Stufen der revolutionären Entwicklung nur darüber hinwegtäuschen sollten, daß die Partei von Stufe zu Stufe in ultralinkes Phrasentum und opportunistische Passivität versinkt. Unserer Kritik antwortete ein wüstes Geschimpfe. Die Instanzen beeilten sich, noch einmal zu bestätigen, daß Deutschland am Vorabend der Revolution stehe und der revolutionäre Faktor sich im Gleichschritt mit dem objektiven Faktor entwickle.

Doch unbekümmert um ultralinke Deklamationen, Phrasen und Wunschträume ging die Krise ihren Gang weiter, die Not der Massen wuchs, die Kapitaloffensive wurde heftiger, die Konterrevolution stärker – wo es in Deutschland den revolutionären Aufschwung, die revolutionäre Krise, die revolutionäre Situation gab, blieb das Geheimnis der ultralinken Führer. Außer den Komintern- und Parteiinstanzen merkte die gesamte übrige Welt nichts von dem Herannahen der proletarischen Revolution.

Angesichts der wirklichen Lage sah sich die Komintern endlich auf dem XI. Plenum im März/April 1931 gezwungen, radikal mit dem ganzen Spuk von der bereits vorhandenen revolutionären Krise aufzuräumen, um die kommunistische Bewegung vor dem Fluch der Lächerlichkeit zu bewahren. Damit wurde endgültig der Theorie der 3. Periode der Todesstoß versetzt. Die Kritik des EKKI-Plenums deckte sich weitgehend mit der der »konterrevolutionären Renegaten«. Manuïlski mußte in seinem Referat konstatieren, daß es einen Unterschied zwischen politischer und revolutionärer Krise nicht gibt, daß eine revolutionäre Krise in keinem Lande vorhanden ist, daß der revolutionäre Faktor hinter den objektiven Voraussetzungen zurück-

bleibt, daß in der Frage des Charakters und des Tempos des revolutionären Aufschwungs krasse Fehler vorgekommen sind usw. usw. Wie auf der EKKI-tagung ein Jahr vorher begnügte sich aber die Kominternführung mit der Aufzählung der Mängel in der Theorie und Praxis der kommunistischen Parteien. Die Frage nach dem Warum wurde nicht gestellt. Warum die kommunistischen Parteien gegenüber den günstigen objektiven Voraussetzungen für die Revolution so vollständig versagen, wurde nicht geklärt. Hätte doch die Aufrollung dieser Frage die ultralinke Katastrophenpolitik, den Bankrott des ultralinken Kurses enthüllt, den preiszugeben die Komintern sich immer noch nicht entschließen konnte. So mußte notwendigerweise auch diese Wendung eine halbe, ungenügende bleiben.

Das Ergebnis des XI. EKKI-Plenums war, daß die radikale Phrase von der revolutionären Situation, dem nahenden Sieg der Revolution usw. in der Agitation der Kommunistischen Partei zurücktrat. Aber da das XI. EKKI-Plenum versäumt hatte, durch eine Kursänderung das Mißverhältnis zwischen dem objektiven und subjektiven Faktor zu beseitigen, dieses Mißverhältnis sich jedoch durch die Vertiefung der Krise nur noch vergrößerte, konnte die Folge des Fallenlassens der radikalen Phrase nur das andere Extrem, Opportunismus, Defaitismus, Panikstimmung sein.

Nehmen wir als Beispiel die Rede, die Thälmann auf der Plenartagung des ZK der KPD im Februar 1932 gehalten hat und die als Massenbroschüre *Der revolutionäre Ausweg aus der Krise* verbreitet worden ist. Thälmann muß getreu der Anweisung des XI. Plenums das Zurückbleiben des revolutionären Faktors zugeben. Wer trägt die Schuld daran? Nicht die Partei ist daran schuld, antwortet Thälmann, »wenn in Deutschland nicht die Revolution gesiegt hat. Eine solche Darstellung des »Zurückbleibens« würde unter Umständen dazu führen können, daß ein Teil der Arbeiterklasse auf Grund unserer eigenen Ausführungen in ihrem Vertrauen zur Partei erschüttert würde.« Also die politische Linie, die Instanzen stehen makellos da. Aber wer trägt denn die Schuld? Die Schuld liegt – erfahren wir – bei den objektiven Schwierigkeiten. Als solche werden aufgezählt: die Drohung des französischen Imperialismus mit der Intervention im Falle einer deutschen Revolution, die von der SPD daraufhin hervorgerufene Stimmung, die »zusätzlichen Schwierigkeiten der Krise«, das große Erwerbslosertheer, das Streik erschwere. Das ist Opportunismus schlimmster Sorte. Alle diese Schwierigkeiten könnten bei einer richtigen Politik der Partei überwunden werden. Sie aber zur Entschuldigung für das Versagen der unfähigen Parteiführung anzuführen, ist nichts als Kapitulation vor eben diesen Schwierigkeiten.

Gehen wir dieser Auffassung, daß die objektiven Verhältnisse, nicht die Partei, die Schuld daran tragen, daß wir in Deutschland noch keine Revolu-

tion haben, bis zu Ende nach, so kommen wir zu jenen Kommunisten, die am 10. und 24. April ins Lager des Faschismus übergelaufen sind. Sind nämlich die objektiven Verhältnisse noch nicht reif für die revolutionäre Tat der Kommunistischen Partei, so helfen wir ihnen nach, so schaffen wir durch den Sieg des Faschismus die revolutionäre Krise, die die Partei bisher nicht hat herbeiführen können. Die so argumentieren und handeln, das sind die »revolutionären Ungeduldigen«. Aber nicht weniger üppig als diese Art von »revolutionärer Ungeduld« wuchert der Defaitismus. Das Versagen der Kommunistischen Partei, der Vormarsch der Konterrevolution werden mehr und mehr als unabwendbares Schicksal betrachtet. Schon bekennen sich kommunistische Autoritäten wie die »Prawda« zu dem skandalösen Defaitismus, der auf dem 6. Weltkongreß von einem Delegierten vertreten wurde unter Berufung auf einen angeblichen »großen Gedankengang, den Marx und Engels uns gegeben haben, daß die Arbeiterbewegung nicht eine Reihe von Siegen bis zum endgültigen Sieg sein wird, sondern daß wir durch eine Kette von Niederlagen schreiten müssen«. Sollten solche Gedanken zum Gemeingut der Parteimitglieder werden, so wäre der Sieg des Faschismus und der Zusammenbruch der KPD nicht mehr aufzuhalten.

Der Weg von der siegesgewissen ökonomischen Analyse des 6. Weltkongresses bis zu der opportunistischen und defaitistischen Einschätzung der Lage in den letzten Monaten und Wochen ist lang. Aber die ultralinke Führung hat es fertig gebracht, ihn in knapp vier Jahren zu gehen. Es ist ein Abstieg ohnegleichen. Zwar gab es Stationen, kurze Besinnungspausen, ein Hin-und-her-Schwanken, aber die Kraft zur Umkehr wurde nicht aufgebracht. Die gegenwärtige Kapitulationsstimmung bei den Parteiinstanzen, bei fortdauernden günstigen Voraussetzungen für die kommunistische Bewegung bedeutet das Todesurteil für die ökonomische Einschätzung der Situation durch die ultralinke Führung und die Taktik, die sich auf sie gründete. Angesichts dieser Verhältnisse muß die KPD-O durch eine marxistische Analyse der augenblicklichen Lage den Parteimitgliedern zeigen, daß kein Anlaß zu Kapitulations- und Panikstimmungen vorhanden ist, wenn sie uns im Kampfe gegen den Urheber dieser Gefahr, gegen den ultralinken Kurs und seine Träger, die Hand reichen.

Die ultralinke Politik und der Faschismus

E. B. am 21. Mai 1932
(Gegen den Strom, 5. Jg., Nr. 11)

Wir haben im vorhergehenden Artikel versucht nachzuweisen, wie die ökonomische Analyse, auf der sich die ultralinke Taktik aufbaut, vom 6. Weltkongreß an bis zu unsern Tagen leichtfertig und fehlerhaft war. Nicht weniger falsch war die Untersuchung der politischen Lage, die von der ultralinken Führung in den vier Jahren geführt worden ist.

Auch hier war der 6. Weltkongreß der Ausgangspunkt des Unsinnns, der seitdem über die politischen Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern zusammengeredet und -geschrieben worden ist. Die erste große »Entdeckung« des ultralinken Kurses, den der 6. Weltkongreß einleitete, war die »dritte Periode«, jene angeblich neue Etappe in der Entwicklung des Nachkriegskapitalismus, die – automatisch und mechanisch – den ökonomischen Zusammenbruch der bestehenden Gesellschaftsordnung herbeiführen sollte. Die zweite, für ihre Urheber nicht weniger blamable Erfindung war der »Sozialfaschismus«.

Wir erinnern uns an die Konzeption, die den Beschlüssen des 6. Weltkongresses über die ökonomische Lage zugrunde lag: zunehmende Erschütterung der Stabilisierung, gleichbedeutend mit ihr der »revolutionäre Aufschwung«, die Empörung der Massen, das Wachstum der kommunistischen Bewegung. Wie aber würde, angesichts einer solchen Gefährdung ihrer Herrschaft, die Haltung der Bourgeoisie sein? Auf diese Frage sollte die Theorie des »Sozialfaschismus« die Antwort geben.

Der 6. Weltkongreß legte den Grund für diese Theorie, indem er von der allgemeinen Krise der Demokratie sprach, von der wachsenden Neigung der Bourgeoisie zu faschistischen Herrschaftsmethoden, bei gleichzeitiger Heranziehung der Sozialdemokratie, überzugehen. Ebenso wenig wie die Theorie der »dritten Periode« stützten sich auch diese Behauptungen über die Faschisierung der Sozialdemokratie auf die Wirklichkeit, auf Tatsachen.

Nach dem 6. Weltkongreß lieferte die politische Entwicklung zwar genau so wenig Material, das geeignet gewesen wäre, die politischen Auffassungen des Kongresses zu rechtfertigen, nichtsdestoweniger aber wurden die Ansätze zu einer Theorie des »Sozialfaschismus« in dem Sinne ausgebaut, daß jetzt offen von der Sozialdemokratie als dem Träger des Faschismus

gesprochen wurde. Allmählich wuchs die Literatur über den »Sozialfaschismus« immer mehr an, so daß bald an die Stelle der knappen politischen Behauptungen des 6. Weltkongresses ausführliche und langatmige Darlegungen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des »Sozialfaschismus« traten.

Sehen wir uns die so ausgebaute Theorie des »Sozialfaschismus«, das Lieblingskind des ultralinken Kurses, näher an!

Ihre erste These lautete, daß in der »dritten Periode« der Faschismus die politische Herrschaftsform des Monopolkapitalismus sei. Wie nach dem Beschluß des 6. Weltkongresses im Jahre 1928 in fünf Sechsteln der Welt die kapitalistische Stabilisierung erschüttert und die Sektionen der Kommunistischen Internationale im Aufstieg sein sollten, so wurde dekretiert, daß zu gleicher Zeit auch in den kapitalistischen Ländern die Ära des Faschismus beginne. Diese Auffassung war nicht nur deshalb falsch, weil im Jahre 1928 noch kaum Anzeichen einer Zersetzung der bürgerlichen Demokratie zu sehen waren. Wenn das ihr einziger Fehler gewesen wäre, so hätte er nur bewiesen, daß die Theoretiker des »Sozialfaschismus« sich in der Zeitbestimmung verrechnet hatten. Aber diese Theorie besaß ebensowenig Gültigkeit für die folgende Zeit der Weltwirtschaftskrise, denn sie legte mechanisch *einen* Maßstab an die auf den verschiedensten Stufen des ökonomischen und politischen Entwicklungsprozesses stehenden kapitalistischen Länder.

Der Faschismus ist keineswegs nur die Summe der beiden Faktoren Monopolkapitalismus plus Krise. Sondern er entsteht erst, wenn zu diesen beiden Tatbeständen noch ein ganz bestimmtes Klassenverhältnis hinzutritt, nämlich dann, wenn nicht nur die Bourgeoisie infolge des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft durch die Krise sich hilflos nach einem Retter, nach dem Diktator umschauf, sondern wenn auch die Arbeiterklasse geschwächt, zerfahren, ohne zielbewußte revolutionäre Führung ist. Das heißt also, daß es einmal von dem Maß der ökonomischen Zerrüttung, zum anderen von dem Stand der Arbeiterbewegung, von der Aktionsfähigkeit der Kommunistischen Partei abhängt, ob der Faschismus in einem Land siegt oder nicht. Nicht nur die Erfahrungen mit dem italienischen und polnischen Faschismus, die vor der gegenwärtigen Krise liegen, beweisen das, sondern auch die politischen Ergebnisse der letzten Jahre. Wenn eine bedrohliche Entwicklung zur faschistischen Diktatur gerade in Deutschland eingesetzt hat, so deshalb, weil Deutschland heute das schwächste Glied in der kapitalistischen Kette ist und hier infolge der langjährigen Koalitions politik der Sozialdemokratie und der ultralinken Taktik der KPD die Arbeiterbewegung geschwächt wurde. Von diesen *besonderen* Voraussetzungen des Faschismus absehen, wie es die ultralinke Führung tut, die faschistische Diktatur als ein unvermeidliches Resultat der monopolkapitalistischen Entwicklung betrach-

ten, die Rolle des Proletariats dabei ignorieren, das muß zu Fatalismus, zu Passivität auf seiten der Arbeiterklasse führen.

Diese praktische Konsequenz der ultralinken Auffassung über den Faschismus wurde noch verschärft durch eine weitere Behauptung, der Theorie des »Sozialfaschismus«. Sie lautete, daß die faschistische Diktatur nicht die Folge einer Niederlage der Arbeiterklasse, sondern im Gegenteil ihrer Macht, ihres Aufstieges, ihres Angriffs sei, »die geschichtliche Antithese des revolutionären Aufschwungs der proletarischen Bewegung«. (Thälmann auf dem XI. EKKI-Plenum.) Wenn das stimmte, so könnten die werktätigen Massen in der Tat beruhigt sein. Das Wachstum der faschistischen Bewegung wäre dann nur der Gradmesser für das verschärfte Tempo des revolutionären Aufstiegs. Leider lehren die Tatsachen etwas anderes. Vor allen Dingen beweist die italienische Erfahrung das genaue Gegenteil.

Aber die ultralinke Bürokratie versteht sich auf die Behandlung widerspenstiger Tatsachen, der Schmerzenskinder der neuen Taktik. Sie werden entweder ignoriert, zurechtgesetzt, oder auf ein totes Gleis der Geschichte abgeschoben. Das letztere geschieht mit Vorliebe gegenüber dem für die Theorie des Sozialfaschismus unbequemen italienischen Beispiel. Bei allen Hinweisen auf die klassische Entwicklung des italienischen Faschismus antworten die Verkünder des Sozialfaschismus mit der Melodie: Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder. So soll die Niederlage der Arbeiterklasse in Italien nur ein einmaliges Ereignis, ein bedauerlicher Betriebsunfall des italienischen Proletariats und seiner kommunistischen Partei gewesen sein. Polen und Finnland werden ebenso abgetan.

Und Deutschland? Hier wird die andere Behandlungspraxis gegenüber den Tatsachen angewandt. Hier werden sie zurechtgebogen und -gelogen, bis sie in das Schema vom »revolutionären Aufschwung«, demgegenüber die faschistische Abwehr weit an Bedeutung zurückstehen soll, passen. Und doch zeigt gerade die deutsche Erfahrung, daß die Auffassung über den Faschismus, wie sie die KPD-O vertritt, die einzig richtige, mit den Tatsachen übereinstimmende Theorie der faschistischen Entwicklung ist. Warum reagierten die Mittelschichten und Teile der Arbeiterklasse in Deutschland auf die Krise und Kapitaloffensive, auf Not und Entbehrungen nicht, indem sie die Reihen der Revolution stärkten oder wenigstens Sympathie oder Neutralität dem Kommunismus gegenüber bekundeten? Weil durch den ultralinken Kurs die KPD hilflos gegenüber der Krise dastand und keinen Ausweg zeigen konnte. Erst diese Schwäche der Kommunistischen Partei ermöglichte es dem Nationalsozialismus, die Not der Massen im Dienst für das Monopolkapital auszunutzen, aus den durch reformistischen Verrat und ultralinke Ohnmacht enttäuschten Kleinbürgern und Arbeitslosen aktive Stoßtrupps gegen den »Marxismus« zu formieren. Wäre die ultralinke

These, daß der Faschismus ein Produkt der Stärke der Arbeiterklasse ist, richtig, so müßte das Verhältnis zwischen dem faschistischen und kommunistischen Wachstum heute umgekehrt sein. Es ist also nichts als eitler Selbstbetrug, wenn die ultralinken Bürokraten trotz reichlicher Beweise aus Vergangenheit und Gegenwart des Faschismus bestreiten, daß der faschistische Aufschwung die Konsequenz aus der Schwäche des Proletariats hervorgerufen durch eine falsche Politik der Kommunistischen Partei, ist.

Diese Gedankengänge der ultralinken Auffassung über den Faschismus sind jedoch noch nicht der Kern der Theorie des Sozialfaschismus. Sie beschäftigen sich mit dem Faschismus schlechthin. Aber die Theorie des Sozialfaschismus will mehr sein. Sie will einen besonderen, den »hervorragendsten« Typus des Faschismus behandeln, den sogenannten »Sozialfaschismus«. Als die Theorie des »Sozialfaschismus« geboren wurde, da herrschte in den meisten kapitalistischen Ländern noch die parlamentarische Demokratie, und die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie stand in voller Blüte. Nichtsdestoweniger wurde der Beginn der »Faschisierung« proklamiert. Um die politische Analyse mit den Tatsachen in Einklang zu bringen, wurde erklärt, daß zwischen Demokratie und Faschismus kein Gegensatz bestehe, die Sozialdemokratie der Träger des Faschismus sei und die eigentliche faschistische Bewegung dagegen nur untergeordnete Bedeutung habe.

Wieder stand der neuen Weisheit die italienische Erfahrung hindernd im Wege, die das Gegenteil bewies. Die ultralinken Instanzen halfen sich aus der Verlegenheit, indem sie zwei Arten von Faschismus unterschieden. Der eine, der »chemisch reine«, wie ihn Heinz Neumann nannte, vom Typus des italienischen Faschismus sollte nur in den agrarischen Ländern vorkommen, der andere, der »Sozialfaschismus«, dagegen in den industriellen Ländern herrschen. Nach diesem Schema verfahren die Theoretiker des »Sozialfaschismus« bis auf den heutigen Tag. Alle für die Theorie des »Sozialfaschismus« unbequemen Tatsachen, die aus dem italienischen, polnischen und finnischen Beispiel resultieren, werden auf das Konto: »niedrige Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung« verbucht. Für diese minderwertige Sorte von Faschismus läßt man gnädigst gelten, daß hier die Niederlage der Arbeiterklasse die Voraussetzung für die faschistische Diktatur ist, der Faschismus den Bruch mit der parlamentarischen Demokratie bedeutet, und nicht die Sozialdemokratie, sondern die faschistische Partei die Stütze und Vollstreckerin des faschistischen Regimes ist. Aber als Produkte einer zurückgebliebenen Gesellschaft sollen ihre Lehren keine Bedeutung für die kapitalistisch entwickelten Länder haben. In Wirklichkeit liegen die Dinge genau umgekehrt, wie sie die unfähige Parteibürokratie darstellt. Der Faschismus in Italien und Polen ist nicht das Resultat ihrer Rückständigkeit, sondern ihrer kapitalistischen Entwicklung. Es war das Monopolkapital, das

die faschistische Entwicklung in diesen Ländern aktiv unterstützte. Infolgedessen haben diese Lehren der faschistischen Entwicklung auch für höher entwickelte kapitalistische Länder Gültigkeit. Das bestätigt zudem die deutsche Entwicklung. Trotz der großen ökonomischen und gesellschaftlichen Verschiedenheit weist der Weg des Faschismus in Italien und Deutschland eine überraschende Ähnlichkeit in den Hauptetappen auf.

Die Geschichte widerlegt also die Auffassung von einer besonderen Sorte von Faschismus in den kapitalistischen Ländern, kennt keinen »Sozialfaschismus«. Worauf stützen sich denn die Verfechter der Theorie des Sozialfaschismus bei ihren Behauptungen? In dem für Marxisten eigenartigen Kampf gegen die Geschichte, den sie führen müssen, haben die ultralinken Bürokraten nur eine »Waffe« zur Verfügung – ein Stalin-Zitat. Mit der ihm eigenen Naivität in bezug auf nichtrussische Verhältnisse erklärte Stalin im Jahre 1924, daß »der Faschismus die Kampforganisation der Bourgeoisie« ist, »die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus«. Zum Unglück für Stalin wurde dieser Unsinn wieder ausgegraben. Er gilt jetzt bei den offiziellen Instanzen als Axiom, das ihnen die schwierige Beweisführung für die Theorie des Sozialfaschismus erspart.

Die KPD-O, der Stalin-Zitate nicht einen Ersatz für eigenes kritisches Denken und für die Überprüfung der Theorie an Hand der Praxis bedeuten, hat in der Frage des »Sozialfaschismus« von Anbeginn an unerbittlich gegen die ultralinke Konfusion gekämpft. Sie hat, gestützt auf das reiche, konkrete Material, das uns die Geschichte bereits zur Beurteilung von Wesen und Werden des Faschismus geliefert hat, die falschen Behauptungen über den »Sozialfaschismus« widerlegt. Sie hat gegenüber dem Gerede, daß es »fauler Liberalismus« sei, einen Gegensatz zwischen Demokratie und Faschismus zu behaupten, die organische Entwicklung der Demokratie zum Faschismus zu leugnen, nachgewiesen, daß zwar Demokratie und Faschismus beides Herrschaftsformen der Bourgeoisie sind, daß sie sich aber durch charakteristische Merkmale voneinander unterscheiden. Solange günstige ökonomische Verhältnisse die Bourgeoisie nicht dazu zwingen, gegen die allerelementarsten Interessen der Arbeiterklasse zu verstoßen, kann sie, gestützt auf den Reformismus, mit demokratischen Methoden ihre Herrschaft ausüben. Tritt jedoch eine Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft ein, treibt die Krise die Bourgeoisie zu einer Offensive gegen die werktätigen Massen, so wird der Reformismus infolge des schwindenden Vertrauens des Proletariats zu ihm eine unsichere Stütze, die Bourgeoisie muß sich nach einer neuen Massenbasis umsehen, und die bietet ihr der Faschismus. Soll aber der Faschismus das Programm der Kapitaloffensive so radikal durchführen, wie es die Bourgeoisie im Interesse ihres Profits verlangt, so müssen alle gegen-

wärtigen und kommenden Hemmnisse aus dem Wege geräumt werden, als da sind demokratische Rechte, Parlament, Arbeiterorganisationen usw. Die faschistische Diktatur bedeutet deshalb den Bruch mit der Demokratie, nicht ihre organische Entwicklung, die offene brutale Gewalt und die Vernichtung der politischen, gewerkschaftlichen und sonstigen proletarischen Organisationen, also auch das Ende der Sozialdemokratischen Partei. Das wiesen wir gegenüber dem konfusen Geschwätz über die Sozialdemokratie als Bestandteil, als Flügel des Faschismus nach. Und wir charakterisierten die Rolle der Sozialdemokratie, nicht indem wir den ultralinken Unsinn nachplapperten, die Sozialdemokratie sei der Träger der faschistischen Diktatur, sondern indem wir aufzeigten, wie der Reformismus durch die Koalitionspolitik, die Unterstützung der Kapitaloffensive, die Mithilfe beim Abbau der Demokratie, den Sieg des Faschismus vorbereitet.

Zum Dank für das Verdienst, durch eine marxistische Analyse des Faschismus die Erkenntnis über diesen gefährlichsten Feind der Arbeiterklasse gefördert zu haben, wurde die KPD-O von der engstirnigen Parteibürokratie als der »linkeste Flügel des Sozialfaschismus« bezeichnet!

Zum eisernen Bestand der Theorie des Sozialfaschismus gehören schließlich noch einige Thesen über die soziale Basis des »Sozialfaschismus«. Bei der Behandlung dieser Frage leistete sich besonders das X. EKKI-Plenum erstaunliche Kunststücke. Es entdeckte, daß der – in den industriellen Ländern angeblich bedeutungslose – Faschismus sich im wesentlichen auf das Kleinbürgertum und die arbeitslosen unqualifizierten Arbeiter stützt, der Sozialfaschismus dagegen auf die »Arbeiteraristokratie«, »auf die den reformistischen Gewerkschaften angehörenden und sie beherrschenden Schichten der Arbeiterklasse« (Martynow). Für den revolutionären Endkampf sollte sich daraus als Konsequenz ergeben, daß der Entscheidungskampf zwischen dem Proletariat und der »sozialfaschistischen Arbeiteraristokratie« geführt werden würde, in dem, so schlußfolgerten die Komintern-Strategen, die reformistischen Arbeiter die Todfeinde der proletarischen Revolution sein würden, die faschistischen Arbeiter dagegen, als unqualifiziert und arbeitslos sozusagen prädestiniert für den Kommunismus, in das revolutionäre Lager übergehen würden. Das praktische Ergebnis einer solchen Perspektive mußte notwendig ein Kampf bis aufs Messer gegen die »sozialfaschistischen« Arbeiter und eine gefährliche Annäherung an die Faschisten, die künftigen Bundesgenossen im Kampfe gegen den »Sozialfaschismus« sein. Zeitweilig ließ sich auch eine derartige Frontstellung der KPD durchaus beobachten.

So sah die Theorie des Sozialfaschismus, die Analyse der politischen Lage aus, die dem Kampf der kommunistischen Parteien gegen die Konterrevolution, den Faschismus und die Sozialdemokratie Weg und Ziel weisen sollte. So leichtfertig wurde eine Theorie konstruiert, die ebenso den theoretischen

Erkenntnissen des Kommunismus wie auch der geschichtlichen Erfahrung widersprach.

Ausgerüstet mit solchen Erkenntnissen stürzte sich die Komintern mit ihren Sektionen, an der Spitze die KPD, in die Schlacht gegen den großen unbekanntenen Feind, genannt »Sozialfaschismus«. Gegen ein Phantasiegebilde zu siegen, erfordert keine große Kunst, zumal wenn der Kampf nur mit Phrasen und kräftigen Beschimpfungen geführt wird. Die fälligen Siegesmeldungen ließen denn auch nicht lange auf sich warten. In den Jahren der sozialdemokratischen Koalitionsregierung Hermann Müller überschlug sich die ultralinke Führung der KPD in Prahlereien über ihre Erfolge im Kampfe gegen den »Sozialfaschismus«, Erfolge, die allerdings nur durch die ultralinke Brille zu erblicken waren. Bajonette werden den Vormarsch des Kommunismus in der deutschen Arbeiterklasse nicht aufhalten, sondern beschleunigen, besonders wenn sie von Sozialdemokraten kommandiert werden, prahlte Remmele (»Die Internationale«, 1929, H. 7). Nach den blutigen Maitagen 1929 hieß es gar, daß der Kampf zwischen Kommunismus und Reformismus um die Hegemonie im deutschen Proletariat sich dem Ende zugunsten des Kommunismus zuneige. (»Die Internationale«, 1929, H. 10/11).

Inmitten dieses Siegesrausches erhob die KPD-O immer wieder ihre warnende Stimme. Sie wies darauf hin, daß die Theorie des »Sozialfaschismus« nur zwei traurige Ergebnisse zeitigen könne, einmal eine verhängnisvolle Verkennung der wahren faschistischen Gefahr, zum anderen durch die unsinnige Hetze gegen die »sozialfaschistische Arbeiteraristokratie« die Isolierung der Kommunisten von den sozialdemokratischen Arbeitern und die Stärkung des reformistischen Einflusses auf sie. Die Wirklichkeit gab uns allzubald recht.

Der Kampf gegen den »Sozialfaschismus« führte zu den tollsten Übertreibungen. Da der »Sozialfaschismus« als der Hauptfeind deklariert, die Einheitsfronttaktik als opportunistisch verbannt worden war, zwischen der Führung der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Arbeitern nicht differenziert, sonden beide in den »sozialfaschistischen« Topf geworfen wurden, geschah es, daß die Kommunisten sich ängstlich von jeder Berührung mit den sozialdemokratischen Arbeitern im Betrieb, in den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen fernhielten, die sozialdemokratischen Arbeiter als »kleine Zörgiebels« beschimpften und ihre Verjagung aus den Betrieben und proletarischen Organisationen forderten. Wer erinnert sich nicht, wie dieser Kampf zur Ausrottung des »Sozialfaschismus« groteskerweise sogar auf die Schulkinder, die »kleinsten Zörgiebels«, die aus den Schulen vertrieben werden sollten, ausgedehnt wurde? Als kurze Zeit, nachdem diese Taktik angewandt worden war, die Kommunisten sich in den

Betrieben und Massenorganisationen völlig isoliert sahen, bremste die Exekutive und mühsam wurde versucht, die absurdesten Auswüchse der Theorie des »Sozialfaschismus«, so die Bezeichnung der einfachen sozialdemokratischen Arbeiter als »Sozialfaschisten«, zu beseitigen, ohne die Theorie selbst aufzugeben.

Auch die andere Voraussage der KPD-O bewahrheitete sich sehr schnell. Vor lauter »Sozialfaschismus« merkten die ultralinken Strategen nicht, wie der wirkliche Faschismus wuchs. Als im Herbst 1929 beim besten Willen die steigende faschistische Gefahr nicht mehr zu ignorieren war, mußte sich die ultralinke Führung mit der neuen Erscheinung beschäftigen. Sie tat es höchst unwillig, empört über den frechen Eindringling, den »Nationalfaschismus«, wie sie ihn nannte, der absolut nicht in die Theorie des »Sozialfaschismus« hineinpaßte. Infolgedessen wandte sie ihm gegenüber die Taktik an, die man frechen Eindringlingen gegenüber anzuwenden pflegt. Sie versuchte, ihn *nur* mit den Mitteln der Gewalt zu bekämpfen. »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft«, wurde die Hauptparole im Kampf gegen den »Nationalfaschismus«. Sie zeigte nur, daß die KPD-Bürokratie unfähig war, Wesen und Umfang der faschistischen Bewegung zu erkennen. Der *bloße* wahrhafte Kampf gegen den Faschismus endete naturnotwendig mit einer kläglichen Niederlage. Nach dem rapiden Wachstum der NSDAP bei den Sachsenwahlen 1930 mußte die sächsische Bezirksleitung betrübt konstatieren, daß die Parole: »Schlagt die Faschisten...« den Nazis keinerlei Abbruch getan habe. Jetzt endlich, im Sommer 1930, bequemt sich die ultralinke Führung dazu, die Frage des Faschismus etwas ernsthafter zu stellen und über die Methoden seiner Bekämpfung nachzudenken.

Von vornherein stand für die Parteibürokratie eins fest: an den beiden Hauptthesen, daß der Faschismus nur die Abwehr gegen die kühne Offensive der Arbeiterklasse darstelle und daß die Sozialdemokratie die aktivste faschistische Kraft sei, durfte auch angesichts der neuen Entwicklung, dem Aufstieg des »Nationalfaschismus«, nicht gerüttelt werden. Trotzdem blieb das große Rätsel des faschistischen Aufstiegs. Warum trat neben dem »Sozialfaschismus« noch der »Nationalfaschismus« auf, da doch die Sozialdemokratie die Geschäfte des Faschismus bereits besorgte? Hätte sich die ultralinke Führung nur für einen Augenblick von ihren Phantasien über den »revolutionären Aufschwung« und die »sozialfaschistische Diktatur der Sozialdemokratie« befreit, so hätte sie leicht das Geheimnis des Faschismus entschleiern können. Sie hätte dann gesehen, daß die tiefste Ursache für den Vormarsch des Faschismus das durch den ultralinken Kurs bedingte Versagen der KPD ist. Doch die unfähige Bürokratie hielt an ihren Wunschräumen und ihrem Selbstbetrug fest und blieb auch durch die neuen Tatsachen unbelehrbar.

Da die ultralinken Theoretiker des Faschismus es ablehnten, die Wurzeln der faschistischen Bewegung zu untersuchen, so blieb ihnen nur übrig, aus ihren Erscheinungsformen die Herkunft und Bedeutung des Faschismus zu erklären. Das am meisten in die Augen fallende Merkmal des »Nationalfaschismus« war ohne Zweifel seine nationalistische Phraseologie, bezeichnete er sich doch selbst gern als »die nationale Bewegung« und wies er doch selbst auf Versailles und »Young-Schmach« als die Triebfedern seines Aufstiegs hin. Für Marxisten mußte es sofort klar sein, daß in der sogenannten nationalen Unterdrückung nicht die Quelle des Faschismus zu suchen war, rechneten doch die faschistischen Staaten Italien und Polen keineswegs zu den »unterdrückten Nationen« und dauerte die »nationale Schmach« Deutschlands bereits seit zehn Jahren, als der Nationalsozialismus seinen Vormarsch begann. Doch das ZK der KPD fiel prompt auf den Schwindel herein. Die Ursache für das Entstehen des »Nationalfaschismus« ist die nationale Frage, erklärte die Bürokratie. Die Tatsache, daß Deutschland ein unterdrücktes Land sei, habe der Nationalsozialismus benutzt, um sich in betrügerischer Weise als die Partei der nationalen Befreiung aufzuspielen und die über die »Unterdrückung« Deutschlands empörten Massen für sich einzufangen.

Aus dieser Analyse des Faschismus ergab sich notwendigerweise eine bestimmte Methode des Kampfes gegen ihn, die die KPD denn auch empfahl. Um den »Nationalfaschismus« zu schlagen, der zwar angeblich an Bedeutung gegenüber dem Sozialfaschismus zurücktritt, der der Hauptträger des Faschismus nach der ultralinken Auffassung bleibt und den der »Nationalfaschismus« nur unterstützt, schloß die unfähige Bürokratie, genügt nicht der »wehrhafte Kampf« allein (»Schlagt die Faschisten« . . .), sondern zu ihm sollte der ideologische Kampf treten, das heißt, die KPD sollte die »nationale Heuchelei« der NSDAP enthüllen, dem Faschismus die »nationale Maske« vom Gesicht reißen, und nachweisen, daß die Kommunistische Partei die einzige Kämpferin für die »nationale Befreiung« sei.

Mit dieser neuen Kampfmethod der KPD gegen den Faschismus beginnt eines der verhängnisvollsten Kapitel in der Geschichte des ultralinken Kurses. Es fangen der Wettlauf zwischen der KPD und dem Faschismus in nationalen Phrasen an, das Sichübertrumpfen in nationalistischen Forderungen, die gegenseitigen Vorwürfe über mangelnde nationale Zuverlässigkeit. »Das nationale und soziale Befreiungsprogramm« und die Teilnahme der KPD an dem faschistischen Volksentscheid sind Marksteine auf diesem Wege der tiefen Erniedrigung des Kommunismus vor dem Faschismus. Anstatt nachzuweisen, daß die nationalistische Agitation des Nationalsozialismus im Dienste der imperialistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie steht, warf die ultralinke Führung dem Faschismus vor, nicht eifrig genug die »nationale Befreiung« Deutschlands zu betreiben. Anstatt zu erklären, daß

die nationale Befreiung der sozialen untergeordnet ist, verkündete sie den Primat der ersteren. Anstatt das kapitalistische System als die Ursache der Not der breiten Massen anzuklagen, sprach sie im Tone des Nationalsozialismus von dem Young-Plan als der »tieferen Wurzel der allgemeinen Hunger-Offensive« (»Die Internationale«, Jg. 12, H. 19). Anstatt zu betonen, daß der Kommunismus nur für die Beseitigung der imperialistischen Verträge durch die internationale proletarische Aktion kämpft, duldete sie die Propaganda des Revanche-Krieges durch Scheringer.

Das Ergebnis der neuen Taktik gegenüber dem Faschismus war genau dem Resultat entgegengesetzt, das die ultralinke Führung erwartete. Die KPD schlug nicht den Faschismus, dem Faschismus gelang es vielmehr, einen tiefen Einbruch in die Reihen der Kommunistischen Partei zu machen. Die Ursache lag nicht nur darin, daß im Wettstreit mit der offen chauvinistischen Agitation des Nationalsozialismus der KPD gewisse Grenzen gezogen waren, die sie nicht überschreiten durfte, wollte sie nicht aufhören, eine kommunistische Partei zu sein. Der springende Punkt war vielmehr der, daß die Ausgangsstellung des kommunistischen Kampfes gegen den Faschismus infolge der falschen Analyse der faschistischen Entwicklung verfehlt war. Der ideologische Kampf gegen die nationale Demagogie des Nationalsozialismus – ganz abgesehen davon, daß er falsch geführt wurde – genügte ebensowenig wie der wehrhafte Kampf, um den Faschismus zu schlagen. Denn die nationalsozialistische Bewegung wuchs nicht weil die NSDAP am lautesten die Trommel des »nationalen Befreiungskampfes« schlug, sondern weil die Massen aus dem Elend, das die Wirtschaftskrise über sie brachte, keine andere Rettung als den Weg des Faschismus sahen. Hätte die KPD, anstatt sich in Nationalbolschewismus zu verirren, durch den Kampf gegen die Kapitaloffensive, gegen Lohnraub und Abbau der Sozialleistungen, für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Kontrolle der Produktion, durch Hilfe für das notleidende Kleinbürgertum den Werktätigen geholfen, so wäre der nationalistische Spuk des Faschismus sehr bald zerronnen, die anti-kapitalistische Demagogie des Nationalsozialismus entlarvt und der wirkliche Sieg des Kommunismus über den Faschismus herbeigeführt worden. Die unsinnige Theorie des »Sozialfaschismus«, das Festhalten an der These von der Sozialdemokratie als dem gefährlichsten faschistischen Feind, die Ablehnung der Einheitsfronttaktik verhinderte aber die Schaffung einer antifaschistischen Front der ganzen Arbeiterklasse, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter, die Bildung von überparteilichen antifaschistischen Kartellen und Klassenwehren als den berufenen Organen des Massenkampfes gegen den faschistischen Terror. Mit dem Verzicht jedoch auf diese einzig wirksamen Kampfmethoden mußte die KPD, die untaugliche Waffe des Nationalbolschewismus in der Hand, die in den eigenen Reihen mehr

Schaden anrichtete als bei dem Gegner, im antifaschistischen Kampf versagen.

So wuchs die nationalistische Bewegung dank der unfähigen ultralinken Führung, trotz des »ideologischen Kampfes« der KPD gegen den Faschismus.

Die vielen Sitzungen, Reden und Resolutionen der Komintern und KPD, die sich in den Jahren 1930/31, in den Jahren des faschistischen Aufstiegs, mit dem Faschismus beschäftigten, zeigten alle das gleiche mangelnde Verständnis für die politische Lage in Deutschland. An dem alten Schema wurde festgehalten. Der Aufschwung des Faschismus spiegelte sich in den Gehirnen der Parteibürokratie als Zeichen dafür wider, daß der Radikalisierungsprozeß viel weiter fortgeschritten sei, als die meisten ahnten. Die faschistische Gefahr wurde weiter unterschätzt, in den nationalsozialistischen Massen nicht die gefährlichsten Truppen der Konterrevolution, sondern – im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Arbeitern – die Soldaten der Revolution von morgen gesehen. Voreilig wurde als Verdienst der KPD ausposaunt, daß es dem Faschismus nicht gelungen sei, in die Arbeiterklasse einzudringen. Die Krise und den baldigen Zusammenbruch des Faschismus zu prophezeien, gehörte zu der Lieblingsbeschäftigung der kommunistischen Redakteure. Daß der »Sozialfaschismus« gefährlicher als der »Nationalfaschismus« sei, und daß in Deutschland bereits der Faschismus (Regierung Brüning), gestützt auf die Sozialdemokratie, herrsche, blieb die Hauptthese, obwohl zeitweise die Phrasen vom Sozialfaschismus in den Hintergrund traten. Der Unsinn wurde gekrönt durch die ebenso gefährliche wie lächerliche Behauptung, daß der Faschismus den revolutionären Aufschwung ungeheuer beschleunigen würde.

Das XI. EKKI-Plenum mußte sich unter dem Druck der Tatsachen zur Korrektur einiger allzu augenfälliger Auswüchse der ultralinken Phantasieprodukte über den Faschismus bequemen. Die Kritik der KPD-O an der Theorie des Sozialfaschismus wurde in einigen Punkten übernommen. Das EKKI-Plenum lehnte die Auffassung ab, daß der Faschismus nur ein Produkt der Zersetzung, nicht auch der Offensive des Kapitals, und daß der Faschismus der Vater der Revolution sei. Aber da die ganze übrige Konfusion vom »Sozialfaschismus« noch unterstrichen wurde und nicht der geringste Versuch in der Richtung einer marxistischen Analyse des Faschismus gemacht wurde, bewirkte das XI. Plenum keinerlei Änderung in der Taktik der KPD gegenüber dem Faschismus, und bald gerieten auch die spärlichen Korrekturen in Vergessenheit – trotz des Versuchs ihrer Popularisierung durch Thälmann (»Die Internationale«, Jg. 1931, H. 11, 12). »Die große Verworrenheit in der Einschätzung des Faschismus«, über die »Kommunistische Internationale« (1932, H. 4) klagt, herrscht eben nicht nur in

der deutschen Parteipresse, wie der Leitartikler glaubt, sondern in den Kominterninstanzen selbst.

Angesichts einer solchen katastrophalen politischen Unfähigkeit mußte eines Tages notwendigerweise die Tatsache offen in Erscheinung treten, die die Wahlen vom 13. März, vom 10. und 24. April offenbart haben: der Bankrott der ultralinken Politik gegenüber dem Faschismus. Nach vier Jahren eines Kampfes gegen »Sozial- und Nationalfaschismus« ist das traurige Ergebnis, daß der Faschismus unmittelbar vor der Machteroberung steht, ein furchtbares Schicksal der deutschen Arbeiterklasse droht, die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion riesengroß wird, die kommunistischen Arbeiter durch die ultralinke Konfusion über »Sozial- und Nationalfaschismus« verwirrt, unsicher geworden sind und teilweise schon in das faschistische Lager überlaufen, der sogenannte Sozialfaschismus aber, dem der Hauptschlag der Kommunistischen Partei gelten sollte, nicht von der KPD und zugunsten des Kommunismus, sondern von dem Faschismus und zu Nutz und Frommen der Konterrevolution geschwächt wird. Der Triumph des Faschismus in Deutschland ist die schärfste Anklage gegen den ultralinken Kurs. Und da es hier nicht nur um Sein oder Nichtsein der KPD, sondern um Vormarsch oder Rückzug der internationalen Arbeiterbewegung, um Unterstützung oder Gefährdung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion geht, so müssen die Mitglieder der Kommunistischen Partei ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß in letzter Stunde eine radikale Kursänderung erzwungen und damit die erste Voraussetzung dafür geschaffen wird, daß in Deutschland nicht der Faschismus, sondern der Kommunismus siegt.

Nach den Wahlen des 6. November

August Thalheimer am 19. November 1932
(Gegen den Strom, 5. Jg., Nr. 24)

1. Die parlamentarische Niederlage der bürgerlichen Demokratie

Hegel sagt irgendwo, daß erst die Wiederholung eines geschichtlichen Ereignisses es definitiv zu machen scheine, während es bei seinem ersten Auftreten als mehr oder weniger provisorisch betrachtet, und daher noch nicht voll genommen werde. Von diesem Gesichtspunkt aus ist bereits der 12. September als der Nachfolger des 20. Juli die Besiegelung der Niederlage der bürgerlichen Demokratie in Deutschland. In beiden Fällen wurde die bürgerliche Demokratie durch die außerparlamentarischen Kräfte der Reaktion geschlagen. Die Wiederholung der Tatsache, daß die bürgerliche Demokratie nicht wagte, den Kampf auf dem außerparlamentarischen Feld aufzunehmen, macht ihre entscheidende und definitive Niederlage aus. Wenn daher die Sozialdemokratie ihre Anhänger aufforderte, nunmehr die Scharte mit parlamentarischen Mitteln, mit dem Stimmzettel in der Hand, auszuwetzen, so war von vornherein klar, daß dies ein ebenso hoffnungsloses Manöver war wie der Versuch Münchhausens, sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen. Um so hoffnungsloser, als die Sozialdemokratie auch nach dem 17. September jede Gelegenheit versäumte, die spontan sich regenden außerparlamentarischen Kräfte, die in den verschiedenen Einzelstreiks gegen den Lohnabbau auf Grund der Papenschen Notverordnung zu Tage traten, zu einem politischen Vorstoß zusammenzufassen. Wie ist diese dauernde, wahrhaft sklavische Feigheit zu erklären, wo es sich offensichtlich um die heiligsten Güter der Sozialdemokratie, um die Regierungsposten, um ihre organisatorische Existenz handelt? Einfach dadurch, daß die Aufrollung der außerparlamentarischen Massenaktion zwangsläufig auf revolutionäre Geleise führt, also *auch* das Schicksal des Reformismus besiegeln würde. So vor die Alternative der reaktionären und der revolutionären Diktatur gestellt, zieht der Reformismus es vor, mit gekreuzten Armen unter die Räder der reaktionären Diktatur zu geraten und ihren Vormarsch durch seine außerparlamentarische Passivität zu unterstützen.

So hat die Wahl vom 6. November zu den außerparlamentarischen Nieder-

lagen der bürgerlichen Demokratie die parlamentarische Niederlage hinzugefügt. Die Sozialdemokratie selbst hat rund $\frac{3}{4}$ Millionen Stimmen verloren. Das Zentrum und seine bayerische Spielart, die Bayerische Volkspartei, haben ebenfalls, wenn auch prozentual weniger Stimmen verloren. Dazu kommt aber, daß diese beiden katholischen Parteien längst aufgehört haben, die Rolle der zweiten Säule der Weimarer Republik zu spielen. Sie lehnen heute eine Koalition mit der Sozialdemokratie ab und fassen nur noch eine Rechtskoalition ins Auge. Sie haben bis unmittelbar vor den Wahlen mit den Nationalsozialisten über eine Koalition mit ihnen verhandelt und die Wiederaufnahme von Koalitionsverhandlungen in dieser Richtung nach den Wahlen vereinbart. Die dritte Säule schließlich der Weimarer Republik, die Staatspartei, ist noch weiter zerbröckelt.

Sozialdemokratie, Zentrum, Deutsche Staatspartei, Bayerische Volkspartei zählten am 31. Juli 40,5% der abgegebenen Stimmen, am 6. November aber nur noch 36,3%.

Die Verluste der Nationalsozialisten sind keiner der ehemaligen Parteien der »Weimarer Koalition« zugute gekommen.

Die Parteien, die offene Gegner der bürgerlichen Demokratie sind, Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Kommunistische Partei, zählten am 31. Juli 58,7% der abgegebenen Stimmen, am 6. November dagegen 60,6%.

Der Beweis für die parlamentarische Niederlage der bürgerlichen Demokratie – nach ihrer außerparlamentarischen – kommt also auch zahlenmäßig klar zum Ausdruck.

Im Lager der Gegner der bürgerlichen Demokratie hat sich das Gewicht der Anhänger revolutionärer oder konterrevolutionärer Diktaturen leicht verschoben zugunsten der Anhänger der proletarischen Diktatur. Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei hatten am 31. Juli zusammen 44,4% der abgegebenen Stimmen, am 6. November 43,7%. Die Wählerzahl der KPD stieg von 14,3 auf 16,9% der abgegebenen Stimmen.

2. Der gescheiterte Versuch der Junker-Diktatur

Formell betrachtet braucht eine »autoritäre« Regierung keine parlamentarische Mehrheit. Es ist daher anzunehmen, daß der Zweck, den die Papen-Regierung mit der Auflösung des Reichstags verfolgte, nicht unmittelbar der war, sich eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen. Aber eine offene kapitalistische Diktatur kann im heutigen Deutschland nicht ohne eine Massengrundlage, nicht ohne die Stütze von Massenparteien und Massenorganisationen für länger existieren. Den herrschenden Klassen in Deutsch-

land wurde bereits vor den Wahlen immer deutlicher bewußt, daß die Papen-Regierung eine viel zu schwache Grundlage habe, um längeren Bestand zu haben, um die Versprechungen gegenüber der Kapitalistenklasse durchsetzen und den Kapitalsangriff weiter vorantragen zu können. Die Papen-Regierung mußte also suchen, ihre Massengrundlage zu erweitern. Sie hat dies trotz der Stimmenverluste der Nationalsozialisten von rund 2 Millionen und der Stimmengewinne der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei weder direkt noch indirekt erreicht. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben zwar zusammen rund 1 Million Stimmen gewonnen, aber sie sind darum weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch eine Macht von der Größenordnung und Art der Nationalsozialisten geworden. Zwar ist durch die Wahl erzielt, daß Zentrum, Bayerische Volkspartei und Nationalsozialisten zusammen nicht mehr über eine absolute Mehrheit im Reichstag verfügen (sie sind von 53,0% der Stimmen auf 48,1% zurückgegangen), aber es hilft der Papen-Regierung und der Hugenberg-Partei wenig, daß die Deutschnationalen für eine feste parlamentarische Rechtsmehrheit unentbehrlich geworden sind. Denn der Zweck, die Nationalsozialisten zur Unterstützung der Papen-Regierung (womöglich zu herabgesetzten Preisen) zu zwingen, ist ebensowenig erreicht, wie die Heranziehung des Zentrums als Regierungsstütze. Der Umstand, daß die Papen-Regierung jetzt über 62 Mandate im Reichstag verfügt statt [wie]* vorher über 47, hat weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch eine ernsthafte Bedeutung.

Die »autoritäre« Regierung der Papen-Schleicher hängt nach wie vor an einem dünnen Zwirnsfaden. Dieser Zwirnsfaden ist inzwischen nur noch mürber geworden.

Die herrschenden Klassen schreiben dazu noch auf die Passiv-Seite der Papen-Regierung die 100 Mandate der Kommunisten und die weitere »Radiaklisierung« des nationalsozialistischen Anhangs.

Wenn die Papen-Regierung schließlich darauf abzielte, abermals den praktischen Nachweis zu führen, daß der Reichstag nicht »arbeitsfähig« sei, um den Vorwand zu Reichstagsauflösung, , oder zur Ausschaltung eines formell weiterbestehenden Parlaments, oder schließlich zur Oktroyierung einer neuen Verfassung und eines neuen Wahlrechts zu kommen, so ist damit für sie nichts gewonnen. Das Kapital erwartet von seiner Diktaturregierung, daß sie »Ruhe« schafft. Diese Regierung ist aber die Quelle immer neuer »Unruhen«, seien es parlamentarische Skandale, Neuwahlen, oder Aktionen von der Art des 20. Juli und 12. September. Eine diktatorische Regierung, die noch unsicherer und schwächer ist als eine parlamentarische, die alle

* [] eingefügt.

paar Wochen einen neuen Handstreich machen muß, ist nicht das, was die große Bourgeoisie von einer reaktionären Diktatur erwartet.

Der 6. November schließt also ebensowohl für die Papen-Regierung, für die junkerlich-monarchistische Reaktion mit einem Minus ab, wie er für die bürgerliche Demokratie mit einem Minus abschließt. So paradox es erscheinen mag, so ist es doch durch die gesamte gegenwärtige Lage des Klassenkampfes in Deutschland bedingt, daß die Schwächung der Papen-Regierung keine Stärkung der bürgerlichen Demokratie, und die Schwächung der bürgerlichen Demokratie keine Stärkung der Papen-Regierung bedeutet.

3. Der Rückschlag des Faschismus

Aber auch der Nationalsozialismus hat bei diesen Wahlen rund 2 Millionen Stimmen gegenüber dem 31. Juli verloren. Die Verluste sind am größten in den großagrarisches Gebieten und in den Gebieten, wo sie bisher regierten (Oldenburg, Braunschweig, Thüringen). In den großagrarisches Gebieten wirkte sich der Druck eines Teils der Großgrundbesitzer gegen sie aus, in ihren bisherigen Herrschaftsgebieten wirkte sich der Umstand aus, daß sie regierten, ohne zugleich unbeschränkt die Exekutivgewalt zur Unterdrückung jeder Kritik und Opposition anwenden zu können, d. h., daß sie die Verantwortung für eine reaktionäre Politik zu tragen hatten, ohne den Widerstand gegen sie vollständig unterdrücken zu können. Im Rahmen der Kleinstaaten läßt sich aber, ohne Verfügung über »diktatorische Gewalt« im Reiche, faschistische Politik nur teilweise durchführen.

Dagegen haben die Nationalsozialisten in den industriellen Bezirken besser abgeschnitten, am besten in Berlin, wo sich die demagogische Beteiligung am Verkehrstreik unmittelbar zu ihren Gunsten auswirkte. Im allgemeinen kommt in diesen Ergebnissen die Wirkung der »Radikalisierung« der faschistischen Taktik, ihres Scheinkampfes gegen die reaktionären Maßregeln und Pläne der Papen-Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und ihrer teilweisen und zeitweisen Beteiligung an den Abwehrkämpfen gegen die letzten Lohnsenkungsversuche der Unternehmer auf Grund der Papenschen Notverordnung zum Ausdruck.

Die Verluste der Nationalsozialisten sind zu einem Teil den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, zu einem anderen Teil, wie sich aus den Ziffern der einzelnen Wahlbezirke ergibt, der KPD zugute gekommen. Denn in einer Reihe von Wahlbezirken sind die Gewinne der KPD größer als die Verluste der SPD. Es ist anzunehmen, daß es in der Hauptsache klein- und großbürgerliche Wähler sind, die zu den Deutschnationalen abwander-

ten, während zu den Kommunisten Arbeiter- und auch *kleinbürgerliche* Wähler gingen.

Bei alledem sind die Nationalsozialisten noch immer die weitaus stärkste Partei der Wählerzahl nach. Sie erhielten diesmal 11,7 Millionen Stimmen, gegen 13,7 Millionen am 31. Juli, oder 33,1% der abgegebenen Stimmen gegen 37,3% im Juli. Die nächstfolgende Partei, die SPD, bleibt mit 7,2 Millionen Wählern um 4 Millionen hinter ihnen zurück. Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen verfügen noch über die absolute Mehrheit im Reichstag (296 von 583 Mandaten).

Als Hauptursachen des Rückgangs der nationalsozialistischen Stimmen sind folgende zu bezeichnen: Erstens die Wirkung des außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiterschaft, der nach den Papenschen Notverordnungen und den darauf gestützten Versuchen erneuten Lohnabbaus in Gestalt einer Welle von Einzelstreiks einsetzte; zweitens die noch vorhandenen (wenn auch bereits ziemlich zusammengeschmolzenen) *Hoffnungen* von Teilen des Kleinbürgertums und der Großbourgeoisie auf die »Ankurbelungs«-Pläne der Papen-Regierung; drittens der Druck der junkerlichen Großgrundbesitzer und Landräte; viertens die Enttäuschung bestimmter Schichten, die sich in ihren Erwartungen auf unmittelbare, greifbare Erfolge, auf Regierungsposten und andere Beute getäuscht sahen und deshalb für diesmal zur *bestehenden* Regierungsmacht hinüberwechselten.

Wieder taucht nun die Meinung auf, jetzt habe der definitive Abstieg der Nationalsozialisten begonnen. Der »Zauber« des »Erfolges« sei mit diesem ersten größeren parlamentarischen Rückschlag des Nationalsozialismus für immer gebrochen.

»Urteile« solcher Art drücken im Grunde nichts weiter aus, als die Erwartung oder den Wunsch, daß, da einmal der Nationalsozialismus einen Rückschlag erlitten habe, der Rückschlag sich eben fortsetzen werde, so wie etwa aus dem Beginn von Regenwetter der Philister schließt, daß es noch weiter regnen werde. Es handelt sich hier um Analogiezielschlüsse auf Grund ebenso äußerlicher Beobachtungen, wie sie die Astrologie anstellt, oder grob gesagt, um Kannegießerei, die ebensowenig Bedeutung hat, ob sie nun faktisch zutrifft oder nicht.

Ein wirkliches *Urteil* über das weitere Schicksal des Faschismus in Deutschland ist nur möglich auf Grund der Analyse der Ursachen, der bewegenden Kräfte. Weiteres Wachstum oder Niedergang des Faschismus sind von ganz bestimmten *Bedingungen* abhängig.

Die Prüfung der Ursachen, die den vorliegenden Rückschlag des Faschismus bewirkt haben, ergibt Folgendes:

Erstens: Die Hoffnungen von Teilen des Kleinbürgertums und der Großbourgeoisie auf die »Ankurbelung« der Wirtschaft durch die Papen-Regie-

rung schwinden mehr und mehr. Die Aktion der Papen-Regierung wird paralytisiert durch ihre Unfähigkeit, die Gegensätze zwischen Industrie- und Agrarkapital im Interesse des Gesamtkapitals zu überbrücken, durch die junkerliche Schlagseite der Regierung; ferner dadurch, daß diese Regierung die Quelle immer erneuter politischer Störungen, Spannungen, Abenteuer ist. Dieser Faktor ist also kein dauernder, sondern seine Abschwächung und Vernichtung läßt sich absehen.

Zweitens: Der Druck der Großgrundbesitzer zugunsten der Papen-Regierung wird nur solange wirken, als die Junkerschaft von ihr die Befriedigung ihrer Forderungen zu erwarten hat. Die steigende Abwendung der Junkerschaft von der Papen-Regierung ist aber bereits eine Tatsache. Der Landbund hat bereits die offene Gegnerschaft gegen die Regierung proklamiert. Der Druck der Landräte ist kein selbständiger Faktor. Er schwächt sich ab und verliert an Wirkung in dem Maße, wie der Gegendruck der Junkerschaft gegen die Regierung steigt. Auch dieser Faktor bewegt sich also auf absteigender Linie.

Drittens: Die Enttäuschung der Hoffnungen bestimmter Schichten auf *unmittelbare Erfolge* der Nationalsozialisten wird in dem Maße sich abschwächen, wie die unmittelbaren Erfolge der Papen-Regierung ausbleiben, wie sie sich weiter diskreditiert und schwächer wird. Zieht man in Betracht, daß im August die Nazis unmittelbar vor der Machtergreifung zu stehen schienen, so muß man sich vielmehr wundern, daß bei einem Anhang von über einem Dutzend Millionen der zeitweilige Abfall nicht *mehr* als zwei Millionen beträgt. Dieses »Treibholz« der faschistischen Bewegung aber wird bei anderer Konstellation ebensoschnell sich wieder nach der anderen Seite bewegen.

Viertens die außerparlamentarische Aktion der Arbeiterschaft. Dies ist der entscheidende Faktor. Der jetzige Rückschlag des Faschismus wird sich nur *unter der Bedingung fortsetzen und in die definitive Niederlage und Vernichtung verwandeln, wenn die Welle spontaner Gegenwehr gegen den Kapitalsangriff, die nach den Papen-Verordnungen einsetzte, sich in einen umfassenden und planmäßigen Massenangriff verwandelt.* Dies aber hängt wiederum entscheidend davon ab, ob die Kommunistische Partei sich rechtzeitig und vollständig von der ultralinken Taktik zu befreien und dadurch die Organisatorin solcher Massenaktionen zu werden vermag, die das Gros der Arbeiterklasse in sich begreifen. Erscheint aber die Arbeiterklasse wieder als eine *Macht* in der Arena des Klassenkampfes, so wird dadurch auch die Bewegung der kleinbürgerlichen Massen entscheidend beeinflusst; in diesem Falle wird die große Rechtsschwenkung dieser Massen, die dem Faschismus den großen Auftrieb gab, von einer Linksschwenkung, von einer Wendung in der Richtung der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolu-

tion abgelöst und die Massengrundlage des Faschismus bricht zusammen. Bleibt die Aktion der Arbeiterklasse planlos, zusammenhanglos wie bisher oder versackt sie wieder, so wird der Faschismus sich von dem Rückschlag, den er bei den letzten Wahlen erlitten, erholen, seinen Auftrieb fortsetzen und zur Macht gelangen.

Der Faschismus hat nach dem 13. August und dem 12. September neue Methoden entwickelt, um in die Betriebe einzudringen und die Gewerkschaften zu zersetzen, Methoden, die begünstigt wurden durch die Verrätereien der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und durch die RGO-Taktik der KPD, deren Muster der Berliner Verkehrsstreik war. Gelingt es dem Faschismus, durch weiteren Verrat der SPD und Versagen der KPD auf dieser Linie fortzuschreiten, so würde das seine Wahlniederlage mehr als aufwiegen und letzten Endes auch die entsprechenden Wahlerfolge zurückbringen. Die weitere Abnutzung der Papen-Regierung würde dem Faschismus gleichzeitig von der anderen Seite her in die Hände spielen.

Von vornherein war und ist nicht zu erwarten, daß die Bewegung des Faschismus nach auf- oder abwärts in gerader Linie, ohne Rückschläge, Sprünge usw. vor sich geht.

Von den allgemeinen Faktoren, die das Wachstum des Faschismus bedingen, besteht die Wirtschaftskrise noch weiter und nur ein schneller und tiefgreifender Wirtschaftsumschwung, der die Voraussetzungen für eine schnelle und fühlbare Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft schaffen würde, könnte die objektive Situation zu Ungunsten des Faschismus wenden. Aber weder ist in Deutschland ein schneller Konjunkturuschwung zu erwarten und noch weniger ein solcher, der mit schneller Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse verbunden wäre. Vielmehr ist, unter den in Deutschland für den Kapitalismus gegebenen Bedingungen, das Festhalten der Arbeiterklasse auf einem im Vergleich zur Vorkrisenzeit herabgedrückten Lebensniveau, eine der Grundbedingungen der Teilnahme des deutschen Kapitalismus an einer Weltkonjunkturwende.

Daher ist für das weitere Schicksal des Faschismus in Deutschland entscheidend der andere der genannten Faktoren: die Entfaltung oder Nichtentfaltung der Aktionskraft der Arbeiterklasse zur erfolgreichen Abwehr der Kapitalsangriffe (das würde das *Zurückwerfen des Faschismus für längere Frist* sichern), oder zur Erkämpfung des revolutionären Auswegs aus der wirtschaftlichen und politischen Krise (dies allein könnte die dauernde Liquidierung, die *Vernichtung* des Faschismus bewirken).

Von Brüning bis Schleicher

(anonym) am 31. Dezember 1932 und 14. Januar 1933
(Gegen den Strom, 5. Jg., Nr. 27 und 6. Jg., Nr. 1)

Die politische Entwicklung Deutschlands im letzten Jahr weist einen raschen Wechsel der Situationen und plötzliche, dramatische Verschiebungen der Machtverhältnisse auf. Dieser tatsächliche Ablauf der politischen Ereignisse findet sein groteskes Gegenstück in der Unerschütterlichkeit der liberalen, spießbürgerlichen Illusionen in Bezug auf die politischen Perspektiven Deutschlands, Illusionen, die die Politik der SPD bestimmen und die ihren Widerschein in den ultralinken »Analysen« der Führung der Kommunistischen Partei finden. Mit derselben Unbekümmertheit, mit der er vor einem Jahre die Tolerierung Brünings als Mittel zur Wahrung der Demokratie in Deutschland bezeichnete, verteidigt heute der sozialdemokratische Spießbürger das Techtelmechtel seiner Partei mit Schleicher, weil dadurch der Parlamentarismus von den Toten erweckt, der Reichstag wieder »arbeitsfähig« werde. Und auch der ultralinke Spießbürger ist wie die liberalen und sozialdemokratischen Esel ebenso davon überzeugt, daß Schleicher ihnen eine Hitlerdiktatur vom Halse halten werde, wie er das ein Jahr zuvor von Brüning annahm. War für ihn Brüning die »Durchführung der faschistischen Diktatur«, so ist ihm Schleicher »eine der Formen der faschistischen Diktatur«, was beide Male zu dem tröstlichen Schluß führt, daß die Gefahr einer Herrschaft des wirklichen Faschismus, des Nationalsozialismus in Deutschland gar nicht besteht.

Das letzte Jahr hat aber mit drastischer Schärfe die Brüchigkeit und Gefährlichkeit dieser Illusionen über die politischen Tendenzen der kapitalistischen Reaktion in Deutschland erwiesen. Führen wir uns seine Ereignisse noch einmal vor Augen.

Die Regierung Brüning war nicht, wie das die tolerierende Sozialdemokratie von ihr behauptet, eine Regierung, die den Parlamentarismus, die bürgerliche Demokratie gegen den Ansturm der Nazis wahrte, vielmehr baute sie unter dem Druck der Nazis stückweise die bürgerliche Demokratie ab. Diese Regierung war als nichtparlamentarische, in erster Linie vom Reichspräsidenten und nicht vom Parlament abhängige Regierung entstanden, wenn sie

auch noch aus Mitgliedern parlamentarischer Parteien bestand und deshalb die Legitimation durch eine parlamentarische Mehrheit nicht ganz entbehren konnte; sie schaltete das Parlament bewußt und planmäßig aus, sie nahm ihm seine gesetzgeberische Funktionen und machte den Artikel 48, den Diktaturparagrafen der Verfassung, zur Grundlage der Regierungstätigkeit. Die Regierung Brüning bedeutete nicht, wie die KPD-Führung behauptete, die »Durchführung der faschistischen Diktatur«, sie machte die Nazis als konterrevolutionäre Kraft für die Bourgeoisie nicht überflüssig, sie bahnte im Gegenteil den Nazis den Weg und half die Voraussetzungen für die Errichtung einer wirklichen faschistischen Diktatur schaffen.

Das System Brüning ermöglichte es dem Reichspräsidenten, der nichts anderes war und ist als die repräsentativste Spitze der oberen Schichten der militärischen und zivilen Bürokratie, und zwar vor allem der Generalität, eine Notverordnungsdictatur zu errichten, die durch das Votum einer Parlamentsmehrheit den verfassungsmäßigen Schein erhielt und durch die Unterstützung der katholischen und reformistischen Organisationen eine Basis in den Massen hatte. Brüning war mit seiner Regierungskunst zu Ende, als er der Präsidialdictatur dies nicht mehr liefern konnte. Die Präsidentenwahl, bei der die Parteien, auf die sich die parlamentarische Demokratie in Deutschland stützte, Hindenburg auf den Schild hoben und in seiner Person der Generalität eine Blankovollmacht der Volksmehrheit für die »autoritäre« Anwendung und Auslegung der Verfassung ausstellten, verschaffte der Präsidialmacht unabhängig vom Parlament das Votum einer Volksmehrheit; andererseits zeigten die Preußenwahlen, daß die Regierung Brüning und ihre preußischen Gefolgsmannen aus dem Kabinett Braun-Severing über *keine Parlamentsmehrheit* mehr verfügten, daß an Stelle der Reformisten die Faschisten zur stärksten Partei in Deutschland geworden waren, zu der Organisation, die die größte Zahl von Anhängern zur Unterstützung der Kapitalherrschaft auf sich vereinigt hatte. Die Brüning, Groener und Severing machten nunmehr, nachdem sie den Faschismus erst großgezüchtet hatten, den schüchternen Versuch, den Einfluß der Nationalsozialisten einzudämmen, ihnen mit Gewalt entgegenzutreten; sie erließen ein Verbot der nationalsozialistischen Terrororganisationen, der SA.

Aber die Regierungen Brüning und Braun-Severing waren gar nicht imstande, das SA-Verbot durchzuführen. Der bürgerliche Staatsapparat ist eine Waffe zur gewaltsamen Bekämpfung der Arbeiterklasse. Mit der faschistischen Konterrevolution verbinden ihn tausend Bande. Die Generalität, die über das stärkste Machtmittel des bürgerlichen Staates in Deutschland, die Reichswehr, verfügte, meuterte offen gegen das SA-Verbot und erzwang den Rücktritt des dafür verantwortlich zeichnenden Ministers Groener. Damit war auch das Schicksal der Regierung Brüning besiegelt, denn die

Generalität war die nächste Umgebung des Reichspräsidenten und ihre Haltung deckte sich mit der seinen.

Die Regierung Papen, die auf Brüning folgte, bestand durchweg aus Nichtparlamentariern, sie führte den Abbau der Weimarer Verfassung, der von Brüning begonnen worden war, weiter bis zur *tatsächlichen* Beseitigung. Am 20. Juli wurde durch die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen der Rest der bürgerlich-demokratischen, parlamentarischen Regierungsformen beseitigt. Das preußische »Bollwerk der Demokratie« brach kläglich zusammen.

Die Regierung Papen war auf dem Kamme der faschistischen Welle zur Macht gekommen. Sie erkaufte sich für das erste die Duldung der Nazis, indem sie das SA-Verbot aufhob und den faschistischen Mordbanden Terrorfreiheit gewährte. Aber bald kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Papenregierung und den Nazis. Die Weimarer Republik war tot, nun aber begann im Lager der antidemokratischen Reaktion der Streit um ihr Erbe. Die Papen-Regierung und die Kreise, die hinter ihr standen, waren keineswegs gewillt, den Nazis die ganze Macht abzutreten, sie wollten sie als Hilfskraft benutzen. Die Papen-Regierung vertrat die obersten Kreise der zivilen und militärischen Bürokratie, das Großkapital, vor allem aber die traditionell herrschgewohnten und machtlüsternden preußischen Junker, die auf eine Restauration der wilhelminischen Monarchie lossteuern und die die Papen-Regierung zum Werkzeug ihrer monarchistischen Pläne machten. Papen vertrat ein Programm der Verfassungsreform, dessen Verwirklichung die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt hätte.

Andererseits zeigten die Nazis keine Lust, sich bloß mit dem Schein der Macht abspeisen zu lassen. Eine Regierungsbeteiligung der Nazis, bei der sie keine unumschränkte, alleinige Diktatur ausüben konnten, bedeutete für sie die drohende Gefahr des Bankrotts ihrer Partei. Wollten die Faschisten, einmal in der Regierung, bei der dann unvermeidlich folgenden Ernüchterung der Massen, die ihnen gefolgt waren, ihre Macht behaupten, dann mußten sie die Möglichkeit haben, einen Teil ihrer Anhänger mit staatlichen Pöstchen zufriedenzustellen und jede, auch die zahmste, Opposition mit Gewalt mundtot zu machen. Das konnten sie nur im Besitz der ganzen Macht.

So kam es zu dem Konflikt am 13. August zwischen Papen und Hitler und in der Folge zum Zusammenstoß zwischen der Papen-Regierung und dem Reichstag.

Der Streit zwischen der Papen-Regierung und dem Reichstag, dessen Auflösung und die Wahlen vom 6. November zeigten ein übriges Mal, daß der Parlamentarismus in Deutschland ausgespielt hat. Das Parlament war nur noch eine Kulisse zur Deckung der Machtansprüche der Nazis, wobei das

Zentrum ihnen Hilfsdienste leistete. Der 12. September und die Neuwahlen zeigten, daß die Regierung Papen absolut keine Stütze in den Massen hatte – und ohne eine Massenbasis kann sich auf längere Zeit im heutigen Deutschland keine konterrevolutionäre Diktatur halten. Die Nazis dagegen beschränkten sich darauf, die ganze Macht für sich zu fordern, vermieden es aber nach dem 13. August und dem 12. September, etwas zu tun, was nach einem Staatsstreich aussehen konnte. Der Grund dafür war nicht der, daß Hitler persönlich ein Feigling ist, sondern ist darin zu suchen, daß ein erfolgreicher faschistischer Staatsstreich *nur im Bunde* mit dem bürgerlichen Staatsapparat unternommen werden kann, denn die faschistische Diktatur beruht ja auf der Verschmelzung der faschistischen Partei mit dem Gewaltapparat des bürgerlichen Staates. Der Staatsapparat des bürgerlichen Deutschland, vor allem die Reichswehr, war, wie die Haltung der Generalität zeigte, noch nicht dazu bereit, sich der Führung der Faschisten unterzuordnen.

Die Regierung Papen scheiterte an ihren inneren Widersprüchen. Sie konnte sich keine eigene Massenbasis schaffen, brachte vielmehr die Stimmung der Massen gegen sich auf und stieß teilweise – so bei der Durchführung ihrer Lohnabbaupläne – auf aktiven Widerstand der Arbeiter. Sie stellte ein Programm der Verfassungsrevision im monarchistischen Sinne auf, sie taumelte von einem Verfassungskonflikt in den andern, ihr fehlte aber die Kraft dazu, die monarchistischen Pläne durch einen Staatsstreich zu verwirklichen, wie das die Deutschnationalen von ihr forderten. Die Großbourgeoisie begann schließlich gegen die Reformpläne Papens in Bezug auf die Verfassung zu protestieren, nicht etwa aus Treue zum Dokument von Weimar, aber weil sie in einem Regime der ständigen Verfassungsabenteuer, das dabei zum letzten, entscheidenden Streich in der Verfassungsfrage zu schwach war, eine Quelle dauernder Beunruhigung ihrer Geschäfte, ihrer Ausbeuterpraxis, sah. Die Gegensätze innerhalb des Blocks der Großbourgeoisie und Junker, der oberen Bürokraten und Generale, auf die sich Papen stützte, wurden insbesondere durch das Scheitern des Papenschen Wirtschaftsprogramms verschärft. Die industrielle Bourgeoisie weigerte sich, die Agrarkontingente auf sich zu nehmen, was die wirtschaftlich weit schwächeren, aber politisch in der Papen-Regierung führenden Großagrarien forderten. Die Generalität, die über die Reichswehr, also das mächtigste Instrument des Staates verfügte, nahm deutlich Abstand von den Junkern, mit denen sie durch Herkunft und Erziehung auf das Innigste verknüpft ist und unterstützte die politischen und wirtschaftlichen Bedenken des Industrie- und Handelskapitals gegen die Junkerpolitik Papens.

Nach dem Rücktritt Papens stand von neuem der Eintritt der Nazis in die Regierung auf der Tagesordnung. Auch diesmal lehnte Hindenburg es ab,

Hitler die ganze Macht auszuliefern, d. h. die Spitzen des Staatsapparats sträubten sich nach wie vor gegen die Unterordnung unter die Führung des Faschismus. Bemerkenswert war aber an der Novemberkrise, daß die Schwerindustrie nunmehr mit besonderer Verve für den Eintritt der Nazis in die Regierung eintrat; ferner daß Hindenburg, der im August die Besprechungen mit Hitler ziemlich brüsk abgebrochen hatte, jetzt ausdrücklich die Tür für neue Verhandlungen offen ließ.

In der Regierung Schleicher ist im Vergleich zum Kabinett Papen der junkerliche Einfluß zugunsten der industriellen Bourgeoisie zurückgedrängt. Das militärische Element herrscht in ihr vor; zugleich hat die Generalität sich von den Junkern distanziert.

Die Regierung Schleicher wird ebenso von Widersprüchen zerfressen wie ihre Vorgängerin.

Sie scheint zwar auf den ersten Blick die Massenbasis zu haben, die dieser fehlte. Von der SPD bis zu den Nazis vereinigten sich die Parteien des Reichstags bei seiner Dezembertagung zur stillschweigenden Tolerierung des Kabinetts Schleicher. Aber keine dieser Parteien wagt es, sich offen zu Schleicher zu bekennen. Der neue Verfassungskonflikt, auf den Papen zusteuerte, ist einstweilen vermieden worden, aber der Leibjournalist Schleichers, Hans Zehrer, meint schon jetzt, daß eine Verfassungsreform, ein »Absprung ins Unparlamentarische« unvermeidlich sei. Daß Schleicher zum Unterschied von Papen vorderhand auf die Verfassungsreform verzichtet, zeigt nur die Schwäche seiner Regierung. Denn diese bedeutet keineswegs eine Wiederaufrichtung des Parlamentarismus, es wird weiter mit Notverordnungen regiert, der Reichstag ist Schleicher nur als Feigenblatt der »präsidialen« Diktatur erwünscht. Schleicher will keineswegs die Weimarer Republik, wie sie vor dem 20. Juli bestand, wieder von den Toten erwecken; er scheut aber davor zurück, die *tatsächliche* Änderung der Regierungsform auch verfassungsmäßig zu verankern; er gibt damit zu, daß seine Regierung nur ein Provisorium, nur ein Übergangsstadium, eine »Atempause« für das Kapital ist, wie das die »DAZ« ausdrückte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat sich die Regierung Schleicher noch schneller festgefahren als die Regierung Papen. Die Illusion, daß Schleicher Arbeit schaffen werde, ist jetzt schon ebenso zerronnen wie die, daß Papen die Wirtschaft »ankurbeln« würde. Als Schleicher sein Amt antrat, suchte er sich als Wohltäter aller Klassen aufzuspielen; den Industriellen kam er mit der Preisgabe der ihre Interessen schädigenden Kontingentpolitik entgegen, den Agrariern versprach er die zwangszweise Beimischung von Butter zur Margarine, den Arbeitern die Aufhebung der Papenschen Lohnabbauverordnung und den Verzicht auf die weitere Senkung ihrer Lebenshaltung. Aber die Regierung des »sozialen Generals« ist keine faschistische Diktatur.

Eine faschistische Diktatur, die die politische Herrschaft der Bourgeoisie beseitigt hat, zwingt die einzelnen Kapitalistengruppen, ihre Sonderinteressen dem allgemeinen Klasseninteresse des Kapitals unterzuordnen. Sie verbindet den Werktätigen gegenüber die Phrase der sozialen Demagogie mit der Praxis der rücksichtslosesten Verfechtung der Kapitalsangriffe, wobei sie sich durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen davor schützt, daß die Massen ihre Versprechungen ernst nehmen, sich gegen ihre Ausbeuterpolitik zur Wehr setzen.

Schleicher will eine solche Politik betreiben, – aber eine Politik, deren Durchführung die faschistische Diktatur voraussetzt, entfesselt die konterrevolutionären Kräfte, die auf die Errichtung dieser Diktatur hinarbeiten. Die Bourgeoisie verlangt von Schleicher die Weiterführung der Kapitalsoffensive, die Wiederaufnahme des von Papen begonnenen Angriffs auf das Tarifrecht, d. h. des Frontalangriffs gegen die Gewerkschaften. Die »sozialen« Redensarten des Generals Schleicher beginnen der Bourgeoisie zu mißfallen, sie findet sie gefährlich, weil dahinter vielleicht der Wille, nicht aber die Kraft zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen steht.

Die Schleicher-Regierung ist nicht fähig, die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie zu zwingen, ihre Sonderinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Sie kann nicht wie eine faschistische Diktatur alle politischen Organisationen des Kapitals außerhalb des Staatsapparats beseitigen; die verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie haben die Möglichkeit, ihre Interessengegensätze in der Weise auszutragen, daß sie politische Organisationen gegeneinander und gegen die Regierung ausspielen, so vor allem die faschistische Partei, deren Ziel es allerdings ist, alle kapitalistischen Sonderinteressen dem kapitalistischen Gesamtinteresse, oder besser, dem Interesse der stärksten Kapitalistengruppe, des Monopolkapitals, unterzuordnen. Die Verhandlungen zwischen Papen und Hitler, die auf Veranlassung der Schwerindustrie stattfanden, zeigen, wie das Monopolkapital bereits Kräfte gegen Schleicher sammelt, um ihn unter Druck zu setzen und ihn gegebenenfalls zu stürzen, wenn er die Appetite der großkapitalistischen Scharfmacher nicht befriedigen kann.

Von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Regierung Schleicher ist ihr Verhältnis zum Faschismus. Obwohl die Nazis am 6. November einen Stimmenrückgang erlebten, ist ihr politisches Gewicht innerhalb der kapitalistischen Reaktion gestiegen. Die Stellung Schleichers den Nazis gegenüber ist im ganzen schwächer als die Papens. Das zeigt sich schon darin, daß Schleicher nicht wie Papen den »feinen Herrn« hervorkehrt, sondern versucht, die nationalistische Demagogie nachzuzahlen und den »sozialen General« zu spielen. Der Versuch, eine »Fraktion Strasser« in der Nationalsozialistischen Partei, die eine »Fraktion Schleicher« sein sollte, aufzuzie-

hen, ist einstweilen gescheitert. Für die anfängliche Tolerierung seiner Regierung durch die Nazis hat Schleicher damit bezahlt, daß er die Bestimmungen aufhob, mit denen Papen unter anderm auch verhindern wollte, daß die faschistischen Terrorbanden dem offiziellen Staatsapparat über den Kopf wuchsen. Eine der Ursachen des Rückgangs des Masseneinflusses der Nazis, vielleicht die Hauptursache, war, daß sie in ihrem Terror, ihrer Aktion auf der Straße eingeengt wurden durch den Widerstand der Arbeiter, aber auch dadurch, daß Papen sie in die Rolle der Hilfskraft der Reaktion verweisen wollte. Die Aufhebung der früheren politischen Notverordnungen durch die Regierung Schleicher sind, wie ihre neue Notverordnung und die Verbotsdrohung gegen die KPD beweisen, dazu bestimmt, den Nazis größere Bewegungsfreiheit zu geben. Schon beginnt eine neue Welle des faschistischen Terrors. Wenn die Arbeiterklasse hier nicht auf der Hut ist, dann wird die faschistische Bewegung über Proletarierleichen hinweg einen neuen Aufschwung nehmen. Die Schleicher-Regierung wird die Nazis noch mehr begünstigen als Brüning und Papen. Die Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur ist nicht verschwunden. Die Verhandlungen zwischen Hitler und Papen zeigen, daß das Großkapital den Plan der Heranziehung der Faschisten zur Macht nicht preisgegeben hat, ihn vielmehr weiter verfolgt, obwohl es inzwischen immer klarer geworden ist, daß die Nazis die volle Macht, die tatsächliche Alleinherrschaft beanspruchen.

Die Arbeiterklasse darf sich über die faschistische Gefahr keine Illusionen machen, auch nicht in der Form, daß sie wie die KPD-Führung in der Schleicher-Regierung bereits die faschistische Diktatur sieht, daß sie also die Gefahr der wirklichen Faschistendiktatur, der Nazi-Diktatur leugnet. Die vergangenen Monate haben gezeigt, welche Wirkungen die außerparlamentarische Aktivität der Arbeiterklasse hat. Ihre bescheidenen Anfänge haben wesentlich zum Rückgang der Nazis und zum Sturz Papens beigetragen. Nur in dieser außerparlamentarischen Aktivität liegt die Rettung für die deutsche Arbeiterklasse!

Faschistische Diktatur über Deutschland

(anonym) am 11. Februar 1933
(Gegen den Strom, 6. Jg., Nr. 3)

Mit der Bildung der Regierung Hitler-Papen ist in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet worden. Es wäre das Schädlichste, wenn die Arbeiterschaft sich darüber irgendwelchen Täuschungen hingeben wollte, statt den Tatsachen entschlossen ins Auge zu sehen und danach zu handeln. Daß der faschistische Staatsstreich in Deutschland vollzogen ist, daran ändert auch der Umstand nichts, daß es hier keinen »Marsch auf Rom« gegeben hat. Der deutsche Faschismus hatte eine solche Mobilmachung seiner Kräfte auf der Straße nicht mehr nötig, um seinen Machtansprüchen Geltung zu verschaffen. Die bürgerlich-demokratischen Elemente im Staatsapparat waren bereits durch den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 erledigt worden. Im Januar 1933 war der Staatsapparat bereit, sich auch ohne Druck von außen dem Kommando der Nazis zu unterstellen. Daß die Generale um Schleicher putschen wollten, um an der Macht zu bleiben, zeigt, daß die Faschisten keinen Putsch, keinen »Marsch auf Berlin« mehr brauchten, um zur Macht zu gelangen. Das Wesentliche am faschistischen Staatsstreich ist die Verschmelzung der faschistischen Partei mit dem offiziellen Staatsapparat, die Unterstellung dieses Staatsapparats unter das Kommando der Faschisten, die Eingliederung der faschistischen Terrororganisationen in den Staat. Das ist in Deutschland im Januar 1933 ebenso erfolgt wie in Italien im Oktober 1922. Auch der Umstand, daß in der gegenwärtigen Regierung außer den Nazis, den Vertretern der faschistischen Partei, Angehörige der Deutschnationalen, des Stahlhelms, reaktionäre »parteilose« Bürokraten usw. sitzen, bedeutet keineswegs, daß diese Regierung noch nicht die faschistische Diktatur sei. Auch die erste Regierung Mussolinis war eine Koalitionsregierung, in der neben den Faschisten alle möglichen reaktionären Gruppen der italienischen Bourgeoisie saßen. Das Entscheidende war, daß nicht diese Konservativen, Klerikalen usw., sondern die Faschisten über den Staatsapparat verfügten. Das ist auch heute in Deutschland der Fall. Die Deutschnationalen beklagen sich schon jetzt darüber, daß die Nazis sie an die Wand quetschen und aus der Regierung herausdrängen wollen. Wohin die Reise geht, zeigen die ersten Maßnahmen der Regierung. Durch die

Neuwahlen wollen die Faschisten sich eine »legale« Grundlage für ihre schrankenlose Alleinherrschaft verschaffen: das neue Parlament soll ihnen nicht nur eine Blankovollmacht einstweilen für vier Jahre, d. h. in Wirklichkeit auf unbestimmte Zeit ausstellen, sondern auch die Deutschnationalen und andere Gruppen so geschwächt wiederbringen, daß die Faschisten keine Rücksicht mehr auf sie zu nehmen brauchen.

Diese Wahlen, die die faschistische Regierung durchführt, sind von Anfang an als Plebiszit für die faschistische Diktatur angelegt. Die Regierungspresse macht kein Geheimnis daraus, daß alle Mittel der offiziellen Beeinflussung, daß der ganze Druck des Staatsapparates eingesetzt werden soll, um den Nazis den erwünschten Erfolg zu bringen. Das sind keine »freien« Wahlen mehr. Neben dem, was heute geschieht, verblissen alle Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit, die bisher in Deutschland üblich waren; was wir jetzt in Deutschland erleben, das ist eine Kopie dessen, was sich 1924 in Italien abspielte, als Mussolini seine ersten Wahlen »machte«, und was sonst in Polen, Ungarn und Rumänien üblich ist. Dabei ist es von vornherein klar, daß die faschistische Diktatur sich keineswegs durch die Zwirnsfäden parlamentarischer Regeln behindern lassen wird, wenn die Wahlen trotz allen offiziellen Drucks ihr nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Diese Diktatur wird, das wird von ihren Trabanten keineswegs verschwiegen, sich nicht mit parlamentarischen Mitteln stürzen lassen. Wenn die Pilsudskischen Wahlmethoden nicht ausreichen, dann wird sie weiter »nachhelfen« durch Kassierung der kommunistischen Mandate und ähnliche Gewaltakte. Die endgültige Absetzung der Regierung Braun-Severing, die an sich keine sonderliche politische Bedeutung hat, ist in dieser Hinsicht symptomatisch. Die Art, wie die Hitler-Regierung hier über ein Urteil des Staatsgerichtshofes hinwegging, zeigt, wie bodenlos dumm es ist, nach Art der sozialdemokratischen Führer juristische Paragraphen und Verfassungsartikel als Waffen gegen die faschistische Diktatur anzusehen.

Die bisherigen Reden und Taten der neuen Regierung zeigen, daß die faschistische Diktatur die Verfechterin des schrankenlosen Kapitalsangriffs, der vollkommenen Rechtlosmachung der Werktätigen ist. Die radikalen Versprechungen, mit denen die Nazis ihre Anhänger geködert haben, sind vergessen. Geblieben ist der Kampf zur Niederschlagung der organisierten Arbeiterbewegung durch eine rücksichtslose Polizeiverfolgung und durch den Terror der SA, der heute offiziellen Segen genießt. Gegenüber der internationalen Wirtschaftskrise des Kapitalismus ist die faschistische Diktatur ebenso ohnmächtig wie jede andere kapitalistische Regierung. Was sie kann, das ist lediglich, die Lebenshaltung der Arbeiter auf die Stufe eines unvorstellbaren Elends senken und die bankrotten Industriellen und Junker mehr als bisher mit Subventionen aus der Staatskasse versorgen, mit einem Worte

die Voraussetzungen für den kapitalistischen Ausweg aus der Krise schaffen, dafür sorgen, daß die kapitalistischen Unternehmer bei einem neuen Konjunkturaufschwung umfassende Ausbeutungsmöglichkeiten haben. Neue Absatzmärkte aber, die die kapitalistische Industrie braucht, um aus der Krise herauszukommen, kann die faschistische Diktatur in Deutschland ebenso wenig willkürlich schaffen wie Mussolini und Pilsudski.

Es wäre jedoch verfehlt, wenn die Arbeiter sich darauf verließen, daß die faschistische Diktatur infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sie zu tun hat, von selbst abwirtschaften werde. Derartige Illusionen, daß die faschistische Diktatur ohne das Zutun der Arbeiter von selbst an wirtschaftlichen oder außenpolitischen Schwierigkeiten, an den Gegensätzen unter den einzelnen Schichten der Bourgeoisie, am Konflikt zwischen Nazis und Deutschnationalen usw., zugrundegehen werde, sind verderbliches Gift für die Arbeiter. Wenn die Arbeiter sich nicht wehren, wenn sie diese Gegensätze nicht durch ihre selbständige Aktion ausnutzen und vertiefen, dann wird die faschistische Diktatur sie auf die Weise zu überwinden suchen, daß sie den Werktätigen neue Lasten aufpackt und sie noch mehr unterdrückt. Papen und Schleicher stürzten infolge der Gegensätze im Lager der Bourgeoisie, und zwar aus dem Grunde, weil diejenigen Schichten der Bourgeoisie, die sich durch ihre Politik benachteiligt fühlten, die faschistische Partei gegen sie ausspielen konnten. Heute aber hat die Bourgeoisie den Faschisten die Macht überantwortet und zu ihren Gunsten politisch abgedankt.

Noch immer hört und liest man in der Presse der SPD und KPD, daß Deutschland »nicht Italien sei«. Die Führer der SPD und KPD haben jahrelang die faschistische Gefahr unterschätzt und so lange immer wieder den beginnenden »Rückgang« der Nazis angekündigt, bis Hitler an der Macht war. Jetzt müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß diese verantwortungslosen Phrasen, die den Kampf gegen den Faschismus hindern, aufhören. Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, aus dem Schicksal ihrer italienischen Klassengenossen zu lernen, denn wenn sie sich jetzt nicht ermannen, dann wird der deutsche Faschismus, der nunmehr zur Macht gelangt ist, die italienischen Zustände bald eingeführt, ja übertroffen haben. Die deutschen Arbeiterorganisationen sind noch nicht zerschlagen, wie das in Italien der Faschismus getan hatte, als er dort zur Macht kam. Aber gerade weil die deutschen Arbeiterorganisationen stärker sind, als es seinerzeit die italienischen waren, wird der Faschismus, einmal im Besitze der Staatsgewalt, diese in vollem Umfang einsetzen, um das nachzuholen, wozu er bisher nicht imstande war. Die wenigen Tage, die seit dem 30. Januar vergangen sind, zeigen, daß der Faschismus klar den Kurs auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung steuert. Wenn die deutschen Arbeiter nicht bewirken, daß ihre

Organisationen unverzüglich geschlossen und einheitlich eingesetzt werden, dann werden diese Organisationen einzeln und nacheinander geschlagen werden. Und dann wird es in Deutschland schlimmer sein als in Italien.

Daß die Arbeiterklasse am 30. Januar die Errichtung der faschistischen Diktatur kampflos hingenommen hat, bedeutet für sie eine neue schwere Niederlage. Die Sozialdemokratie hat ihren Verrat vom 20. Juli wiederholt. Ihre jetzige Haltung, nämlich daß sie die Regierung lediglich mit verfassungsmäßigen Mitteln bekämpfen will, bedeutet die Bereitschaft zur ständigen Kapitulation vor allem, was der Faschismus vornehmen wird. In Italien ist seinerzeit von den Reformisten und bürgerlichen Demokraten dank einer solchen Beschränkung auf die verfassungsmäßigen Kampfmittel die breite Volksbewegung zugrunde gerichtet worden, die sich nach der Ermordung Matteotis durch den Faschismus entwickelte. Die deutschen Sozialdemokraten kopieren alle schlechten Seiten ihrer italienischen Gesinnungsgenossen. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen diese Politik keine Stunde länger mitmachen. Die faschistische Diktatur kümmert sich herzlich wenig um Verfassungsbestimmungen, ihr können die Arbeiter nur mit außerparlamentarischen Mitteln zu Leibe gehen. Der Proteststreik in Lübeck,* der dort von der SPD und dem ADGB durchgeführt wurde und die ganze Stadt erfaßte, zeigt, was in ganz Deutschland möglich wäre, wenn die Instanzen der SPD und des ADGB ihre Organisationen einsetzen würden. Heute reden die Führer der SPD sehr viel von der Einheitsfront. Sie verstehen darunter eine Einheitsfront des Nichtstuns, sie wollen, daß die Kommunisten die Kritik an ihrer Haltung aufgeben, und sich gleichfalls praktisch auf den Boden einer parlamentarisch-demokratischen Politik, die heute nichts anderes ist als Kapitulation vor dem Faschismus, begeben. Worauf es aber ankommt, ist die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen für den außerparlamentarischen Kampf, die Bildung von Einheitsfrontorganen zu diesem Zweck bei voller Freiheit der gegenseitigen Kritik.

Die KPD-Führung war am 30. Januar praktisch außerstande, irgendwelche Massen in den Kampf zu führen. Es war das gleiche beschämende Bild wie am 20. Juli 1932, und es zeigte sich, wie die ultralinke Taktik, die den kommunistischen Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften vernichtet hat, dazu führt, daß die KPD die Anschläge des Faschismus, die Vernichtung der faschistischen Diktatur kampflos hinnimmt. Die KPD-Führung hat die faschistische Machtergreifung nicht verhindern können; wenn die kommunistischen Arbeiter nicht für eine Änderung der Politik der KPD sorgen, dann wird diese das Schicksal ihrer Bruderparteien in Italien und Finnland erleiden.

Am 30. Januar richtete die KPD-Führung in einem Aufruf an die Instanzen des ADGB, der SPD und des AFA ein Angebot zur gemeinsamen Durchfüh-

* Siehe auch den Bericht der Lübecker SPD-Zeitung im Abschnitt VII.

rung des Generalstreiks. Wie am 20. Juli 1932 wurde auch hier der Glaubenssatz der ultralinken Politik, daß man mit den reformistischen Organisationen und ihren Führungen keine Einheitsfront machen dürfe, durchbrochen. Damit gab die KPD-Führung selbst zu, daß ihre ultralinken Glaubenssätze in entscheidenden Situationen nicht anwendbar und schädlich sind, sie sprach damit ein Verdammungsurteil über ihre eigene Politik aus. Nun heißt es in den Publikationen der Komintern und der KPD, daß die Einheitsfront »von oben« ausnahmsweise dann zulässig sei, wenn die Kommunisten ihre Angebote an die reformistischen Instanzen auf Grund einer vorhergehenden Mobilmachung der Massen formulieren. Die Praxis des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 zeigt, daß die »vorherige Mobilmachung« der Massen beide Male darin bestand, daß die KPD-Führung von Vorstößen der Konterrevolution überrascht wurde. Die Parteimitglieder müssen jetzt die Frage stellen, warum die Einheitsfront von oben erst dann zulässig ist, wenn der Klassenfeind einen Streich geführt hat, nicht aber angewendet werden darf, um solchen Streichen zuvorzukommen.

Dabei ließ es die KPD-Führung auch am 30. Januar so gut wie an allem fehlen, um ihrem Einheitsfrontangebot Geltung zu verschaffen. Sie machte ihr Angebot in einem Aufruf, unterließ es aber, sich direkt öffentlich an die reformistischen Instanzen zu wenden und Spitzenverhandlungen zu verlangen. Sie tat nichts, um die Betriebe und Gewerkschaften zu mobilisieren, damit diese Resolutionen und Delegationen entsandten, um den einheitlichen Einsatz der Arbeiterorganisationen zu fordern und die Instanzen unter Druck zu setzen.

Trotz ihrer organisatorischen Schwäche gelang es der KPD-O auf Grund ihrer richtigen kommunistischen Politik, am 30. Januar größere Massen zur Aktion mobil zu machen als die KPD mit ihrem großen Apparat.

Die Lehre daraus ist, daß die KPD-Mitglieder sich überall mit der KPD-O zusammenschließen müssen, um, ganz gleich, wie sich die Instanzen der KPD stellen mögen, alles zu tun, damit unverzüglich die Einheitsfront der Arbeiter im außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus geschaffen wird.

Die politische Lage

(anonym) am 25. Februar 1933
(Gegen den Strom, 6. Jg., Nr. 4)

I.

Unmittelbar im Anschluß an den 30. Januar erklärte der Nationalsozialist Funk, ehemaliger Redakteur der »Börsenzeitung« den Vertretern der auswärtigen Presse: »Meine Herren, ich möchte, daß sie alle die brutale Tatsache begreifen, daß die Übernahme der Macht durch Hitler nicht nur einen Regierungswechsel, sondern einen Wechsel des Regimes in Deutschland bedeutet... Es kann nur zwei Deutschland geben – ein nationales Deutschland oder ein kommunistisches Deutschland.« Auf die Frage eines der Pressevertreter, ob es nicht noch eine dritte Möglichkeit gebe, die parlamentarische, antwortete Herr Funk, damit sei es ein für allemal zu Ende. Der Berichterstatter des »Manchester Guardian« hatte bei der Rede Funks, der in seiner offiziellen Eigenschaft als Pressechef der Regierung sprach, den Eindruck »daß die Anwesenheit irgendeiner anderen Partei in der künftigen Naziregierung nach Herrn Funks Äußerung eine Sache von geringerer Bedeutung war«.

Die gegenwärtigen Koalitionspartner der Nationalsozialisten scheinen sich von dieser Sachlage bereits mehr oder weniger klar Rechenschaft zu geben. Bezeichnend dafür ist der Leitartikel der Zeitschrift des *Herrenklubs*, »Der Ring« (Heft 6, 10. Febr.), der die Frage aufwirft »Wird Hitler richtig beurteilt?« und dazu unter anderem folgendes sagt: »Man kann aber auch von Hitler, trotz aller Legalitätserklärung, den Staatsstreich erwarten. Catilinarische Leidenschaft spricht aus seinen Reden. Seine Anhänger erwarten von ihm den faschistischen Staatsstreich, wie ihn Mussolini durchgeführt hat. Der Faschismus ist ein Glaubensbekenntnis. Der Zweck heiligt die Mittel. Auch wenn das faschistische Experiment Unendliches zerstört, würde der Idee zum Siege verholfen. Ist aber Hitler ein Catilina? – Man kann aber auch Hitler als Taktiker großen Stils auffassen: Eroberung der Macht auf halbem Wege und Diktatur durch Volksbeschluß, ohne daß Hitler sich weiter an das Parlament zu kehren braucht...«

Dann wird erklärt, die Zulassung Hitlers zur Macht durch die »alte Genera-

tion« bedeute eine Vorleistung an die »jüngere Generation«, deren Führer Hitler sei, auf ihr Erbrecht. Aber einstweilen sei die »alte Generation« noch da. Und dann wird weiter gefragt: »Wird Hitler sein volles Erbrecht gefährden wollen? Wird er sich von den Extremisten seiner Partei auf den Weg Catilinas drängen lassen? Hitler weiß, daß er heute nicht nur über die größte Macht im Innern, sondern auch über propagandistische Möglichkeiten verfügt, die auf die große Mehrheit der Kleinbürger stärkste Anziehungskraft ausüben.«

An diesen Ausführungen ist dreierlei bemerkenswert: Erstens, daß die »ältere Generation« der Führer (lies Junker und Militärs) die Herrschaft über Deutschland betrachtet wie die Verfügung über irgendein Rittergut. Zweitens: die offensichtliche *Furcht*, daß die jüngere Generation« (hier die Nationalsozialisten) sich nicht mit dem Teil des Erbes begnügt, den die »ältere Generation« *ibr* geben will, sondern das Ganze nimmt. Drittens: das Zugeständnis, daß Hitler bereits über »die größte Macht im Innern« verfügt.

Die Herrschaften der »älteren Generation« merken anscheinend nicht, daß mit dem letzteren Zugeständnis ihre Angstfrage schon von selbst beantwortet ist. Die Warnung an Hitler und die Nationalsozialisten, sich das volle »Erbe« zu verschmerzen, zugleich mit dem Zugeständnis, daß sie die Macht haben, es sich zu nehmen, ist schon komisch und zeigt bereits die Hilflosigkeit und Ohnmacht der »älteren Generation«.

Es hängt auch schon nicht mehr von der Willkür der Nationalsozialisten ab, ob sie sich nur mit einem Teil der Macht begnügen wollen, oder gar ob sie von der Regierung zurücktreten wollen. Nach den ungeheuren Versprechungen, die die Nationalsozialisten ihren Anhängern gemacht haben, nach den ungeheuren Erwartungen, die die kleinbürgerliche Anhängerschaft der Nationalsozialisten demgemäß an sie stellt, wäre ein *Steckenbleiben* der Nazis oder gar ein Rücktritt aus der Regierung das Ende des Nationalsozialismus und noch mehr, der Zusammenbruch des letzten Dammes der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Nationalsozialisten wurden von einem Teil der »älteren Generation«, Junkern, Militärs und Industriellen in die Regierung berufen, als die ältere Generation *vollständig abgewirtschaftet hatte*, völlig am Ende ihres Lateins war. Wo soll da noch eine ernsthafte Widerstandskraft der »älteren Generation« herkommen? Der Teil der Militaristen und Junker, der selbst die Führung noch in der Hand behalten wollte, versuchte noch zuletzt durch einen Putschversuch sich zu halten, der aber gar nicht zur Ausführung kam und die Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten noch beschleunigte. Womit klar bewiesen ist, daß der Teil der *alten* herrschenden Klassen, der sich gegen die Auslieferung der politischen Macht an die Nationalsozialisten

noch stemmte, *schon vollkommen ohnmächtig ist*. Die Ereignisse bestätigen, was an dieser Stelle beim Antritt der Regierung Schleicher gesagt wurde: daß, wenn die Führung der Reichswehr am Ende ihres politischen Lateins sei, dies überhaupt das Ende der *politischen* Macht der alten herrschenden Klasse bedeute. Die Reichswehr war die *letzte Karte*, und sie ist gestochen. Und zwar deshalb, weil sowohl die Junker wie die Schwerindustrie, beide sich von der Führung der Reichswehr trennten und *gegen* sie an die Nationalsozialisten appellierten, nur weil *eine dritte selbständige Kraft, die Arbeiterklasse, nicht da war*. ADGB und SPD gaben die Parole des »Abwartens«, bis auch der Buchstabe der Verfassung verletzt sei und als die geforderten formal-juristischen Tatbestände da waren, als die Schattenregierung Braun-Severing verabschiedet und Herr Löbe vom Präsidensitz des parlamentarischen Überwachungsausschusses »verdrängt« wurde, da zitierte die sozialdemokratische Presse die entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches, stellte die »Verantwortlichkeiten« fest und machte die Staatsanwälte aufmerksam.

Die KPD aber zeigte sich völlig ohnmächtig, da sie infolge der ultralinken Taktik jeden ernsthaften Einfluß in den proletarischen Massenorganisationen und in den Betrieben verloren hatte.

Für SPD und KPD kam der 30. Januar wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Beide hatten von der wirklichen Entwicklung der letzten drei Vierteljahre nichts begriffen, beide wiegten sich in den albernsten Illusionen über das Abwirtschafte der Nationalsozialisten. Als die einzige Organisation, die die Entwicklung richtig beurteilt und die richtige Linie der Aktion vorgezeichnet hatte, erwies sich die Kommunistische Opposition. Sie allein erfüllte die Pflicht, der Arbeiterklasse die Wahrheit zu sagen und ihr die richtigen Wege und Mittel aufzuzeigen.

II.

Die Ereignisse seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, haben die von uns umrissene Sachlage und die Linien des Handelns der Nationalsozialisten schlagend bestätigt.

Die Nationalsozialisten haben sich mit der größten Beschleunigung und Energie der Hebel der Exekutivgewalt bedient, die sie in die Hand bekommen hatten. Die Führung der Reichswehr liegt in der Hand eines Generals, den die Nationalsozialisten als einen der ihren betrachten. In Preußen wurden die ausschlaggebenden Posten der Zivil- und Polizeiverwaltung in nationalsozialistische Hände genommen. Nominell ist Herr von Papen der Vorgesetzte des preußischen Innenministers Göring. Tatsächlich

entschied der nationalsozialistische Innenminister über die Besetzung der wichtigsten Posten. Entfernt wurden nicht nur letzten Mohikaner der Sozialdemokraten, Staatspartei, Volkspartei, die an wichtigen Stellen der preußischen Verwaltung saßen, (sogar Gustav Noske mußte in Urlaub gehen), auch zweifellos konservative und »nationale« Elemente wurden beseitigt oder versetzt. Das Ziel ist offenbar, die entscheidenden Posten der Exekutivgewalt mit solchen Personen zu besetzen, die den nationalsozialistischen Methoden gegenüber keinerlei Zweifel oder Hemmungen haben. Bezeichnend für die Linie der Nationalsozialisten ist die Besetzung des Berliner Polizeipräsidiums. Der bisherige Polizeipräsident Melcher war ein Vertrauensmann Papens und der Schwerindustrie.

Die Nationalsozialisten beeilten sich ebenfalls, die Regierungspropaganda (Rundfunk, Pressedienst usw.) in ihre Hand zu nehmen.

Versammlungs- und Pressefreiheit sind Schritt und Schritt weiter abgebaut worden. In *Thüringen* sind bereits Gewerkschaftsversammlungen verboten worden. SA, SS und Polizei wirken zusammen.

Der Kampf gegen die proletarischen Organisationen wird so geführt, daß *zunächst* der Vernichtungskampf gegen den Kommunismus verkündet, der Kampf gegen die Sozialdemokraten aber in zweite Linie gestellt wird. Die Absicht ist klar, die proletarischen Organisationen zu trennen und sie einzeln und nacheinander zu schlagen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik wird einstweilen von Hugenberg und den Seinen bestimmt. Der nationalsozialistische Einschlag zeigt sich auf diesem Gebiete nur in den kleinen Gaben an die Kriegsoffer und in einer Reihe von Versprechungen an die Mittelschichten, an die Krankenkassenmitglieder, an die Erwerbslosen usw. Die Summen, die hier in Betracht kommen, sind äußerst geringfügig, zugleich aber wird damit getröstet, daß dies nur »Anfänge« seien.

Worauf basieren die Nationalsozialisten ihre Hoffnungen auf den 5. März? Vor allem auf die *Anziehungskraft der Macht!* Die Macht – das ist für die Mitglieder und die Mitläufer der NSDAP alles in allem. Die Macht eröffnet die Aussichten auf Regierungs-, Verwaltungs-, Parteiposten. Die Macht eröffnet die Aussichten auf Freimachung von Arbeitsplätzen in den Betrieben für diejenigen, die sich zu ihr bekennen. Wenn den Nationalsozialisten entgegengehalten wird, daß ihnen ein »konkretes Programm« fehlt, so ist die Antwort: Die Macht enthält dieses konkrete Programm –. Die nationalsozialistische Wahlpropaganda ist auf diesen einen Punkt zugespitzt. Die Koalitionsgenossen der Nationalsozialisten erscheinen in der öffentlichen Propaganda nur noch als Schattenfiguren. Im Vordergrund steht »der Führer« und seine Unterführer, und die nationalsozialistische *Partei*, die bereits als die Macht erscheint, die die Staatsorgane *führt*.

»Freie« Wahlen sind schon in der angeblichen Demokratie für die breiten Massen der Werktätigen ein falscher Schein, da die besitzenden Klassen als Besitzer der Produktionsmittel zugleich über die mächtigsten Propagandamittel, Zeitungen, Versammlungslokale usw. verfügen. Unter den jetzt gegebenen Umständen wird das »allgemeine« und »freie« Wahlrecht doppelt und dreifach illusorisch.

Sowohl die Nationalsozialisten wie ihre Koalitionsgenossen haben in ihren öffentlichen Äußerungen keine Zweifel daran gelassen, daß sie durch kein Ergebnis der Wahlen sich bestimmen lassen werden, aus der Regierung zurückzutreten. Für die Nationalsozialisten ist der Hauptwert der Wahlen, ihrem Regime die Weihe der »Volksabstimmung« geben zu lassen, das Parlament in ein Instrument dieses Regimes zu verwandeln, sich von ihm diktatorische Vollmachten geben zu lassen und gleichzeitig die Voraussetzungen zu schaffen, um den Koalitionsgenossen auf den Teil von der Macht zu beschränken, der ihnen (den Nationalsozialisten) angemessen erscheint.

Die Kommunisten müssen selbstverständlich auch die geringsten Propagandamöglichkeiten ausnützen, die ihnen noch bei diesen Wahlen gelassen werden. Aber es ist schon mehr als zweifelhaft, ob die Wahlziffern der KPD auch nur noch der Öffentlichkeit bekannt werden und ob die gewählten kommunistischen Abgeordneten noch die Gelegenheit haben werden, auf den Parlamentstribünen zu erscheinen.

III.

An die verhängnisvollen Illusionen über den Faschismus, die in SPD und KPD vor seiner Machtergreifung gang und gäbe waren, knüpfen sich jetzt neue, nicht weniger verhängnisvolle: die Illusion, als ob der Faschismus »von selber« schnell abwirtschaften werde. Worauf gründen sich diese Illusionen?

1. Auf die Gegensätze unter den Partnern und Organisationen, die gegenwärtig die Regierung bilden.

Aber ohne das Eingreifen einer dritten Macht werden die Gegensätze zu Gunsten des Nationalsozialismus gelöst, der über die Exekutivgewalt und über die ausschlaggebenden faschistischen Massenorganisationen verfügt, beide miteinander verschmilzt und rücksichtslos benutzt. Die wenigen Wochen, die seit der faschistischen Machtergreifung verfließen sind, lassen daran keinen Zweifel.

2. Auf die Gegensätze zwischen Großagrariern und Industriellen. Die Hugenbergsche Wirtschaftspolitik ist einseitig großagrarisch eingestellt und

hat bereits zu einer Anzahl von Beschwerden und gedämpften Protesten der Industriellen geführt.

Aber ohne Eingriffe der Arbeiterklasse werden diese Gegensätze *auf ihre Kosten überwunden*. Bereits werden nach den Hilfsmaßnahmen für die Großagrarien neue wirtschaftspolitische Maßnahmen zu Gunsten der »eisenschaffenden Industrie« angekündigt. Wenn der Kurs der Wirtschaftspolitik jetzt einseitig Schlagseite nach der großagrarischen Richtung zeigt, so wird das schwerlich so bleiben. Die Geltendmachung der industriellen Sonderinteressen wird im gegebenen Augenblick gerade für die Nationalsozialisten ein Mittel sein, um ihre Macht auf Kosten ihrer jetzigen Koalitionsgenossen zu verstärken. Und schließlich: an wen können sich die Großindustriellen wenden, wenn sie mit dem Faschismus unzufrieden sind? Da ist nur noch die Arbeiterklasse, der »Marxismus«. Aber sie erwarten gerade von dem Faschismus die Zertrümmerung der »marxistischen« Arbeiterbewegung. Der Faschismus kann zeitweilig kapitalistische Gruppeninteressen schädigen. Die Arbeiterklasse, einmal in Aktion, wird mit dem Kapitalismus aufräumen. Daß die Frage so gestellt ist, braucht der Kapitalistenklasse nicht erst beigebracht zu werden.

3. Die Macht des Reichspräsidenten. Aber sie ist nach dem 30. Januar nicht mehr das, was sie vor ihm war. Die Macht des Reichspräsidenten geht letzten Endes zurück auf die Reichswehr. Wie hier nach Schleichers Abgang die Dinge stehen, ist schon gesagt worden.

4. Wird erklärt, der Konjunkturaufschwung ist noch nicht da, der Faschismus wird nicht imstande sein, in kurzer Frist die Massenarbeitslosigkeit und damit das Massenelend zu überwinden. Daher baldige Enttäuschung *breiter Massen*.

Das heißt den Kern der Sache übersehen. Dieser Kern ist die *Machtfrage*. Gelingt es dem Faschismus, die Macht für längere Frist zu halten und zu befestigen, so kann er *abwarten*, bis inzwischen eine neue auch noch so geringfügige und vorübergehende Wendung der Konjunktur kommt. Bleibt die bürgerliche Staatsmacht und damit das kapitalistische System bestehen, so ist zu irgend einem Zeitpunkt eine Wendung der Konjunktur nach oben unausbleiblich, so beschränkt und kurzlebig sie auch sein mag, und *ganz unabhängig von den einzelnen Maßregeln der Regierung* — es sei denn, es komme bald zum Kriege. Der Faschismus wird dann diese Wendung auf sein Konto schreiben. Sie wird zeitweilig sein Prestige erhöhen, auch wenn er ganz unschuldig daran ist.

Bis eine Konjunkturwendgung kommt, kann der Faschismus seinen *organisierten* Anhang befriedigen durch Verwaltungs- und Parteiposten, das Prestige der Macht, durch Freie-Hand-Lassen gegenüber dem »Marxismus«, durch Verdrängung von »marxistischen« Arbeitern und Angestellten aus

den Betrieben und ihre Ersetzung durch Anhänger des Faschismus, und durch *Privilegierung* der Faschisten in den Betrieben in materieller und anderer Hinsicht. Die Unternehmer kommen dabei gleichfalls auf ihre Rechnung. Sie bekommen in den Faschisten eine Schutzgarde. Sie werden die Gewerkschaften wie die RGO los. Sie können ruhig die Faschisten in den Betrieben bevorzugen, wenn die *Gesamtlohnsumme* herabgedrückt, wenn also die *Ausbeutungsrate im ganzen erhöht wird*.

Kommt eine neue Konjunktur, so werden voraussichtlich noch Millionen Arbeiter außerhalb der Betriebe bleiben. Das Privilegium der Faschisten kann also bleiben. Die Arbeiterklasse im ganzen kann verhindert werden, die Konjunktur zur Erhebung über das Niveau der Krise auszunützen. Die vermehrten Kosten des faschistischen Staatsapparates können durch erhöhte Ausbeutung in den Betrieben mehr als wett gemacht werden. Je 10% durchschnittliche Lohnsenkung bedeuten für den Unternehmer einen Gewinn von 3-4 Milliarden Mark jährlich.

Die Enttäuschung der vom Faschismus nicht privilegierten Massen hat wenig zu besagen, solange diese Massen desorganisiert, eingeschüchtert, ohne ein klares Ziel, ohne einheitliche Führung sind.

5. Die Arbeiterorganisationen, wird gesagt, sind noch unversehrt, im Gegensatz zu Italien. Erweisen sie sich aber nicht als fähig zum Widerstand, so werden sie vernichtet, nicht nur durch Schläge von außen, sondern auch durch Zersetzung von innen. Organisationen, die sich als unfähig erweisen, ihre eigene und die Verteidigung der Massen zu organisieren, die ein Hemmschuh für das Handeln der Klasse sind, verhindern zugleich das *spontane* Handeln der Klasse. Hier ist die Tragik der Lage in der Arbeiterklasse.

6. Die internationale Lage des faschistischen Regiments. Frankreich hat auf die faschistische Machtergreifung in Deutschland geantwortet durch die Bildung des Blocks der kleinen Entente. Es schraubt seine Forderungen zunächst höher. Aber keine auswärtige bürgerliche Macht denkt daran, zugunsten der »Demokratie« in Deutschland sich einzusetzen. Der Ausgleich wird auch hier auf Kosten der Arbeiterklasse erfolgen.

7. Der »Vorwärts« findet jetzt sogar einen Trost darin, daß die Arbeiterklasse auch ohne Organisationen leben kann, da sie ja durch die kapitalistische Produktion selbst organisiert sei. So schlägt der Reformismus in den Anarchismus-Syndikalismus um. Es ist wohl nicht nötig zu sagen, daß die Arbeiterklasse ohne Organisation aufhört, eine kämpfende Klasse zu sein.

IV.

Was die letzten Reste der bürgerlich-demokratischen Intelligenz noch aufzubieten haben, zeigen die Vorgänge in der Akademie der schönen Künste.

Die Rücksicht auf die materiellen Interessen, d. h. die Feigheit der »Kollegen« verhinderte die Wortführer der demokratischen Intelligenz sogar an dem Mindestmaß von Kraftaufgebot, das dazu nötig gewesen wäre, um die Akademie zu zwingen, selbst die Ausschlüsse zu vollziehen.

Was von »demokratischer« Presse noch übrig ist, kastriert sich selbst mit Rücksicht auf die Inseratenplantagen.

Das Zentrum steuert auf das löbliche Ziel hin, die Deutschnationalen und den Stahlhelm als Koalitionsgenossen der Nazis zu ersetzen. Der süd- und mitteldeutsche Partikularismus, vorwiegend vom Zentrum geführt, begnügt sich allgemein mit lendenlahmen »Rechtsverwahrungen« im Reichsrat, die lebhaft an die entsprechenden Zeremonien der Stände im Heiligen römischen Reich deutscher Nation erinnern.

In Bayern wird den Wittelsbachern öffentlich und demonstrativ gehuldigt. Diese »Opposition« ist so ohnmächtig wie reaktionär. Die Niederkämpfung des Zentrums durch den Faschismus ist keine ganz einfache Sache. Die Linie in der sie erfolgen wird, ist aber heute schon klar: Zugeständnisse des Faschismus an den katholischen *Klerus*, um die politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Katholizismus zu zersetzen und letzten Endes zu zertrümmern.

V.

Nach dem Staatsstreich Louis Napoleon III. schrieb F. Engels an K. Marx (11. Dez. 1851): »Und es ist gar nicht zu leugnen, daß wenn die revolutionäre Partei, in einer revolutionären Entwicklung anfängt, entscheidende Wendepunkt passieren zu lassen, ohne ein Wort dreinzusprechen, oder, wenn sie sich einmisch, ohne zu siegen, sie mit ziemlicher Sicherheit als für einige Zeit kaputt angesehen werden kann.«

Es gibt schon eine ganze Reihe solcher »entscheidender Wendepunkte«, die die Arbeiterklasse und die »revolutionäre Partei« hat »passieren lassen«: Der 20. Juli, der 12. September, der 29. November, der 30. Januar.

Der nächste wird aller Voraussicht nach die Zeit um den 5. März sein.

Noch sind die proletarischen Organisationen äußerlich intakt. Lassen sie auch den nächsten »Wendepunkt« »passieren«, so werden sie die längste Zeit gelebt haben. Alle Anstrengungen der noch kampffähig gebliebenen Teile der Arbeiterklasse müssen darauf gerichtet sein, die Umstände zu beseitigen, die die Ursache davon sind, daß der 20. Juli usw. »passieren« konnte.

Welches diese Umstände sind, ist von der kommunistischen Opposition wieder und wieder in den letzten vier Jahren gesagt worden, ohne auf das nötige Gehör und die nötige Tatbereitschaft zu stoßen.

Seit dem 30. Januar stößt die kommunistische Opposition dank der Sprache der Tatsachen auf willigeres Gehör in den Massen, aber gleichzeitig auf die unbelehrbare Sabotage oder Einsichtslosigkeit der Instanzen der »großen« Organisationen.

Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, diesen Widerstand zu überwinden und das gemeinsame Handeln der Arbeiterorganisationen zustande zu bringen. Zu diesem Zweck müssen die Hebel *gleichzeitig* »oben« und »unten«, an den Spitzen wie in den Massen der proletarischen Organisationen, sowie in den Betrieben angesetzt werden.

Die nächsten *Wochen* entscheiden für *Jahre* über das Geschick der deutschen Arbeiterklasse und großer Teile der internationalen Arbeiterbewegung.

Deutschland und Italien

(anonym) am 25. Februar 1933
(Gegen den Strom, 6. Jg., Nr. 4)

Nachdem jahrelang die sozialdemokratische und die kommunistische Partei ihre Passivität gegenüber dem Faschismus mit dem Argument zu begründen versuchten, Hitler könne hier nicht zur Macht kommen, da die Bourgeoisie nicht bereit sei, zu seinen Gunsten politisch abzutanken, und die Arbeiterorganisationen zu stark seien, hören wir jetzt, nachdem das »Unmögliche« möglich geworden ist, aus demselben Munde neue Vertröstungen, neue Illusionen, die die Arbeiterklasse wiederum über das Versagen ihrer Organisationen hinwegtäuschen sollen. Die neuen Illusionen lassen sich in dem Schlagwort zusammenfassen: »Deutschland ist nicht Italien«. SPD und KPD werden nicht müde, sich selbst und den breiten Massen diese angebliche Wahrheit vorzupredigen. Dieser Satz soll besagen, daß, obwohl der Nationalsozialismus die Macht ergriffen hat, in Deutschland nicht der klassische Faschismus, wie er sich in der Herrschaft Mussolinis in Italien verkörpert, möglich sei, daß es hier keine faschistische Diktatur in »Reinkultur« geben könne, daß es hier nur zu einer gemilderten Abart des faschistischen Regimes kommen werde, und daß schließlich selbst diese Form der faschistischen Diktatur in Deutschland nicht von langer Dauer sein könne und nach verhältnismäßig kurzer Zeit zusammenbrechen müsse.

Auf welche Tatsachen stützen sich die Verfechter der kühnen These: Deutschland ist nicht Italien? Es sind vor allem zwei Tatsachen, die immer wieder als Beweis dafür angeführt werden, daß ein Faschismus nach italienischem Muster in Deutschland unmöglich sei. Diese zwei Tatsachen sind auf der einen Seite die Kraft der Bourgeoisie, auf der anderen Seite die Stärke der Arbeiterorganisationen.

Faschistische Diktatur bedeutet die politische Abdankung der Bourgeoisie, um ihre soziale Existenz zu retten. Sie beruht auf der Monopolstellung der faschistischen Partei, die einzig und allein den Staatsapparat in Händen hat, die alle anderen Parteien, auch die bürgerlichen, von der Verfügung über die Exekutivgewalt ausschaltet, ja sogar ihre Existenz vernichtet. Nach der Ideologie der sozialdemokratischen und kommunistischen Instanzen sollen nun zwar die italienische Bourgeoisie und ihre Parteien dieses Schicksal

erlitten haben, infolgedessen sei es auch in Italien zur faschistischen Diktatur gekommen, die deutsche Bourgeoisie und ihre politischen Organisationen sollen dagegen zu stark sein, als daß der Nationalsozialismus sie von der Machtausübung ausschalten könnte. Dieser bedeutsame Unterschied zwischen beiden Ländern, deren Ursache die verschiedenartige ökonomische Struktur – dort vorwiegend Agrarland, hier ein hochindustrieller Staat – sein soll, zeige sich bereits, so wird erklärt, in der Art, wie die faschistischen Regierungen in Italien und die Hitler-Regierung in Deutschland zustande gekommen und gebildet worden seien.

Nach dieser Lesart soll Mussolini den Staatsstreich, den »Marsch auf Rom«, habe durchführen können, weil die faschistische Bewegung sehr stark, die Bourgeoisie dagegen ohnmächtig gewesen sei, während in Deutschland Hitler die gewaltsame Machtergreifung, den »Marsch auf Berlin« nicht habe wagen können wegen des Widerstands der herrschenden bürgerlichen Klasse, so daß der deutsche Faschismus auf seinen alleinigen Machtanspruch habe verzichten und sich mit einem Kompromiß begnügen müssen.

Diese Geschichtsdarstellung hat mit den wirklichen Ereignissen nichts zu tun, sie ist eine Legende. In Wirklichkeit liegen nämlich die Dinge genau umgekehrt, wie sie die sozialdemokratischen und kommunistischen »Historiker« darzustellen belieben.

Was den Vergleich zwischen der organisatorischen Stärke der italienischen Faschisten und der Nazis betrifft, so waren hier ohne Zweifel die letzteren die überlegenen. Das zeigt schon ein Vergleich der Parlamentsmandate der beiden. Als Mussolini 1922 die Macht ergriff, hatte er in der Kammer 22 Abgeordnete von 535 (auf Grund der Wahlen von 1921), an dem »Marsch auf Rom« beteiligten sich nicht mehr als 50 000 Schwarzhemden. Man vergleiche damit die Zahlen, die die Nationalsozialisten aufzuweisen haben.

Sprechen aber nicht gerade diese Zahlen für die These, die wir zu widerlegen versuchen? Wenn Mussolinis Staatsstreich trotz der – im Vergleich zum Nationalsozialismus – relativen Schwäche gelang, so doch wohl nur, weil seine Gegner nicht an Widerstand denken konnten, während der deutsche Faschismus trotz seiner zahlenmäßigen Überlegenheit bescheidener infolge der Machtfülle der Bourgeoisie sein mußte? Keineswegs.

Die italienische Bourgeoisie, die im Gegensatz zur deutschen Bourgeoisie über eine größere politische Tradition verfügte, die längere Zeit die politische Macht innegehabt hatte, die sich zu einem großen Teil zu liberalen und demokratischen Ideen bekannte, konnte nur mit Gewalt bezwungen werden. Weil sie nicht bereit war, freiwillig abzudanken, mußten die faschistischen Banden in Bewegung gesetzt werden. Die italienische Bourgeoisie war wohl gewillt, die Faschisten an der Macht zu beteiligen, in die Regierung

einige ihrer Vertreter hineinzunehmen, aber keineswegs gesonnen, ihnen den ganzen Staatsapparat auszuliefern. Als im Herbst 1922 die italienische Bourgeoisie dort stand, wo die deutsche Bourgeoisie zehn Jahre später angelangt war, als der Bankrott des parlamentarischen Systems offenbar wurde, als eine Lösung der permanenten Regierungskrise ohne Hinzuziehung des Faschismus sich als unmöglich erwies, da tauchte der Plan auf, ein neues Kabinett unter dem Konservativen Salandra, dem italienischen Papen, zu bilden, dem einige Faschisten angehören sollten. Niemand, außer den Faschisten selbst, dachte daran, Mussolini mit der Regierungsbildung zu betreiben. Aber da der Faschismus nie und nirgends die Regierungsverantwortung übernehmen kann, ohne gleichzeitig über die ganze Exekutivgewalt zu verfügen, so mußte Mussolini sich die Macht durch ein Massenaufgebot erobern, die die Bourgeoisie ihm nicht freiwillig abtreten wollte. Er gab den Befehl zum Marsch auf Rom. Erst unter dem Eindruck der Tausende von Schwarzhemden, die sich in Bewegung setzten, verzichtete die Regierung auf Widerstand und wurde Mussolini zum Kabinettschef ernannt. Nur dadurch, daß Rom sich ergab, vollzog sich der Einmarsch in die Hauptstadt »friedlich«.

In Deutschland dagegen bedurfte es weder der Drohung eines Gewaltstreiches noch der marschierenden SA, um Hitler in den Besitz des Staatsapparates zu bringen. Hier rief ihn die Bourgeoisie selbst, da sie keinen andern Ausweg mehr sah, um ihm die Macht auszuliefern. Es war umgekehrt die frühere Regierung, die sich nur durch einen Staatsstreich vor der faschistischen Machteroberung hätte retten können, und die, wie wir wissen, auch einen solchen Putsch plante.

Wir sagten, faschistische Diktatur bedeutet die politische Abdankung der Bourgeoisie. Die Richtigkeit dieses Satzes beweist die faschistische Diktatur in Italien. Die Regierung Mussolinis besteht nur aus Faschisten, ihr gehören keine Vertreter der traditionellen bürgerlichen Parteien an, ja diese Parteien existieren überhaupt nicht mehr, sie sind längst verboten worden. Aber haben wir dann ein Recht, die Hitler-Regierung als faschistische Diktatur zu bezeichnen, da in ihr auch Vertreter der Deutschnationalen Partei sitzen? Steht vielmehr nicht die Errichtung der faschistischen Diktatur erst noch bevor? Kann sie nicht erst im Kampfe gegen die Deutschnationalen und nach ihrer Bezwingung erfolgen und ist der Ausgang dieses Kampfes angesichts der Stärke der deutschen Bourgeoisie nicht noch zweifelhaft? Können wir infolgedessen wohl von einer faschistischen Diktatur in Italien, aber noch nicht von einer faschistischen Diktatur in Deutschland sprechen?

Die so argumentieren, vergessen, daß die politische Abdankung der Bourgeoisie nicht ein einmaliger Akt ist, daß sie vielmehr ein Prozeß von mehr oder minder langer Dauer ist. Die so argumentieren und aus dieser Argu-

mentation billigen Trost schöpfen, übersehen, daß auch in Italien mit seinem »klassischen« Faschismus die Bourgeoisie als Akteur nicht sogleich nach dem Marsch auf Rom von der politischen Bühne verschwand.

Als Mussolini am 29. Oktober 1922 vom König zum Ministerpräsidenten ernannt wurde – nebenbei gesagt, nach den Vorschriften der Verfassung, also auf »legale« Weise zur Macht gelangte –, da bildete er keineswegs ein rein faschistisches Kabinett, sondern nahm Vertreter der wichtigsten bürgerlichen Parteien in sein Ministerium auf. Neben fünf Faschisten (außer Mussolini) traten in die Regierung ein zwei Vertreter der »sozialen Demokratie«, einer linksbürgerlichen Partei, ein Konservativer, ein Demokrat und zwei Mitglieder der Popolari, der katholischen Volkspartei, die links vom deutschen Zentrum stand. Erst Ende 1924, nach einer mehr als zweijährigen Regierungszeit, gelang es Mussolini, seine Bundesgenossen abzuschütteln und ein rein faschistisches Kabinett zu bilden.

Die Ausgangsstellung des deutschen Faschismus ist demgegenüber unvergleichlich günstiger. Der Nationalsozialismus teilt seine Macht nur mit den Deutschnationalen, einer verhältnismäßig schwachen Partei. Er verfügt ihnen gegenüber über die entscheidenden Positionen in der Regierung. Kaum waren Nazis und Deutschnationale in einem Kabinett vereint, als auch schon laute Wehklagen aus deutschnationalem Munde über die unfairen Koalitions-genossen ertönten. Es scheint, daß der deutsche Faschismus Monate für die Bewältigung der Aufgabe, seine Alleinherrschaft zu sichern, braucht, für die der italienische Faschismus Jahre benötigte.

Mit dem Kampf gegen die politischen Repräsentanten der Bourgeoisie hängt die Haltung des Faschismus zur bürgerlichen Demokratie, zum parlamentarischen System zusammen. Auch hier fällt ein Vergleich zwischen Italien und Deutschland nicht zu Gunsten des letzteren aus und ist nicht dazu angetan, »beruhigend« zu wirken.

Der italienische Faschismus legte im ersten Stadium seiner Diktatur Wert darauf, als legale, verfassungsmäßige Regierung zu erscheinen. Infolgedessen trat Mussolini – den Verfassungsbestimmungen entsprechend – nach der Regierungsbildung vor das Parlament, das ihm mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien das Vertrauen aussprach und ihm das geforderte Ermächtigungsgesetz bewilligte. Um sich eine dauernde parlamentarische Mehrheit und damit weiterhin die parlamentarische Verhüllung der Diktatur zu sichern, wurde 1923 ein neues Wahlgesetz, wieder mit Zustimmung der Kammer, geschaffen, das den Faschisten bei den Wahlen 1924 mit 4 500 000 Stimmen die Mehrheit sicherte. Allerdings erhielten die Oppositionsparteien (unter ihnen Sozialdemokraten und Kommunisten) noch drei Millionen Stimmen – trotz faschistischer Wahlmethoden und Terrors der Schwarzhemden. Kurze Zeit darauf, nach der Ermordung Matteottis, konnten die

nichtfaschistischen Parteien im Parlament es sich erlauben, einen, zwar schwächlichen, parlamentarischen Kampf gegen das faschistische Regime zu führen, der es zu einer zeitweiligen Milderung seiner Praxis veranlaßte. Der klägliche Zusammenbruch des »Aventin«, wie die Opposition genannt wurde, beschleunigte dann allerdings das Ende der parlamentarischen Ära. Ende 1926 wurden die Oppositionsparteien ihrer Parlamentsmandate verlustig erklärt. Aber erst 1928 wurde der Parlamentarismus vollständig beseitigt, auf die parlamentarische Sanktion der Diktatur verzichtet. Ein langer Todeskampf des italienischen Parlamentarismus, wie man sieht!

Es hat den Anschein, daß die faschistische Diktatur in Deutschland schneller den parlamentarischen System den Todesstoß versetzen, leichter auf den Segen des Parlaments verzichten wird, als es der italienische Faschismus angesichts der demokratischen Traditionen des Landes, seiner alten bürgerlichen Parteien konnte. Die Hitlerregierung hat sich erst gar nicht um das Vertrauensvotum des Reichstags bemüht und wird auch auf die Zustimmung des neuen Parlaments wenig Wert legen, wie ihre Wortführer offenerherzig bekennen.

Auch in der Beseitigung der demokratischen Rechte hat der deutsche Faschismus einen Vorsprung vor seinem italienischen Vorläufer. Die Beschränkungen der Pressefreiheit, wie sie die jüngste »Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes« vorsieht, finden sich erst in den Dekreten Mussolini vom Juli und Dezember 1924. Und es ist mehr als zweifelhaft, ob in Deutschland erst nach vier Jahren faschistischen Regimes die »Ausnahmegesetze« erlassen werden, durch die Mussolini 1926 alle antifaschistischen Organisationen und Veröffentlichungen verbot.

Hinsichtlich der Stärke und Stellung der Bourgeoisie weist also die These »Deutschland ist nicht Italien« keinerlei Berechtigung auf. Im Gegenteil, eine genaue Untersuchung zeigt, daß die italienische Bourgeoisie eine günstigere Position gegenüber dem Faschismus hatte, als die deutsche Bourgeoisie hat. Trotzdem unterlag sie im Ringen mit dem Faschismus. Sie wurde besiegt einmal, weil sie im Kampfe gegen den Faschismus sich nicht auf Massen stützen konnte, die allein eine ebenbürtige Kraft gegenüber den faschistischen Organisationen gewesen wären. Diese Massen hätte die Bourgeoisie nur in den Werktätigen gefunden, zu deren Niederschlagung sie aber gerade die faschistische Bewegung gebildet und gefördert hatte. Sie wurde zum andern besiegt, weil sie sich untauglicher Kampfeswaffen gegen den Faschismus bediente. Sie beschränkte sich auf die parlamentarische Opposition, die die faschistische Diktatur nicht stürzen konnte. Dazu hätte es außerparlamentarischer Massenaktionen bedurft, die die Bourgeoisie wegen ihrer revolutionären Konsequenzen fürchtete. So wurde die Bourgeoisie als politische Macht vernichtet. Teile der bürgerlichen Parteien verschmolzen

sich mit dem Faschismus: 1923 die nationalistische Partei, der DNVP ähnlich, später Splitter der Popolari, der Demokraten usw. Die Reste fielen dem faschistischen Terror und den Ausnahmegesetzen zum Opfer.

Dasselbe Schicksal werden die bürgerlichen Parteien Deutschlands unter der faschistischen Diktatur erleiden. Auch hier wird vielleicht ein »Aventin« entstehen, mit dem Zentrum an der Spitze. Das Resultat wird aber wie in Italien der Zusammenbruch, die Vernichtung der bürgerlichen Parteien sein.

Es ist also eine Illusion, zu erwarten, die Bourgeoisie werde dem Faschismus Fesseln anlegen. Läßt die Arbeiterklasse sich durch die Hoffnung auf ein solches Wunder verleiten, passiv zu bleiben, so ist sie verloren.

Ebenso »beweiskräftig« wie der Hinweis auf die angeblich stärkere Position der deutschen Bourgeoisie als der italienischen, ist die Berufung der Vertreter der These »Deutschland ist nicht Italien«, auf die angeblich bessere Lage in der deutschen Arbeiterbewegung. Wir wollen auch in diesem Zusammenhang auf einige Tatsachen hinweisen.

Es stimmt, daß in Deutschland, einem hochentwickelten Industrieland, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen stärker sind als in dem vorwiegend agrarischen Italien. Aber im Verhältnis zu der geringen Industrialisierung des Landes (nur Norditalien) war der Stand der italienischen Arbeiterbewegung nicht ungünstig. Die sozialistische Partei hatte vor dem Kriege 58 000 Mitglieder, die Gewerkschaften 320 000 Mitglieder; 1919 wuchs die Partei auf 200 000 Mitglieder an, die Gewerkschaften zählten zwei Millionen; bei den Wahlen 1921 erhielten die Sozialdemokraten 1 500 000, die Kommunistische Partei 291 000 Stimmen. Wenn schon die deutschen Arbeiter angesichts dieser Zahlen keine Berechtigung haben, verächtlich auf ihre italienischen Arbeiter herabzublicken, so erst recht nicht, wenn die Frage nach den Taten der italienischen Arbeiter aufgeworfen wird. Die Arbeiterklasse Italiens hat einen heldenhaften Kampf gegen den faschistischen Terror geführt, in vielen Städten erlitten die Schwarzhemden blutige Niederlagen, hier wurde wenigstens der Versuch gemacht, die Machtergreifung des Faschismus durch einen Generalstreik zu verhindern. Wenn die italienischen Arbeiter trotz ihrer mutigen Haltung besiegt wurden, so trifft die Schuld in erster Linie die verräterischen Reformisten, in zweiter Linie unfähige ultralinke Führer der KPI. Ohne die tapfere Gegenwehr der Massen hätte Mussolini wahrscheinlich schon früher zum letzten Schlag gegen die Arbeiterorganisationen ausgeholt, der dann 1926 gleichzeitig die bürgerlichen Parteien, die sozialdemokratische und die kommunistische Partei traf.

Obleich zahlenmäßig stärker als die proletarischen Organisationen in Italien, haben die deutschen Arbeiterorganisationen sich ungleich schwächer gegen den nationalsozialistischen Terror gewehrt. Wenn hier die Arbeiteror-

ganisationen noch verhältnismäßig intakt sind, so ist das nicht ein Verdienst ihrer Führungen. Die Ursache ist vielmehr die, daß die Nazis zu schwach waren, vor der Machtergreifung die Arbeiterorganisationen so zu zertrümmern, wie es der italienische Faschismus getan hat. Um dieses Werk zu vollbringen, dazu bedarf es hier des Staatsapparats, der Staatsgewalt. Nachdem aber einmal der Faschismus sich dieser erfolgreichen Waffe gegen die Arbeiterorganisationen bemächtigt hat, kann sie nichts als die eigene Tat vor dem gleichen Schicksal retten, das die italienischen Arbeiterorganisationen erlitten haben. Ja, hier wird der Vernichtungsfeldzug noch viel »gründlicher« und schneller vor sich gehen müssen, infolgedessen wird der Terror blutiger, werden die Opfer größer als in Italien sein.

In einem Industrieland wie Deutschland kann sich der Faschismus nur an der Macht halten, wenn er ganze Arbeit macht. Das ist vor allen Dingen in Zeiten wie der gegenwärtigen Krise notwendig. Ohne Zertrümmerung der proletarischen Organisationen gibt es keinen kapitalistischen Ausweg aus der Krise, den dem Monopolkapitalismus zu bahnen die tiefere Bedeutung der faschistischen Diktatur ist. Die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen ist noch in anderer Hinsicht eine Lebensfrage für den Faschismus. Der Kampf gegen den »Marxismus« ist es, der den nationalsozialistischen Anhängern als Voraussetzung dafür hingestellt wird, daß es besser geht. Er ist also auch das wichtigste Ablenkungsmanöver der faschistischen Machthaber für die kleinbürgerlichen Massen, er ist ein Mittel, sich »Autorität« zu verschaffen, Furcht und Schrecken einzuflößen und so jeden Widerstand im Keime zu ersticken. Die Anfänge der Vernichtung des »Marxismus« haben wir bereits mitgemacht. Ein Vergleich der Opfer, die der faschistische Terror schon die deutsche Arbeiterklasse gekostet hat, mit den Opfern, die die Arbeiter Italiens bringen mußten, würde kaum die These rechtfertigen »Deutschland ist nicht Italien«. Und dabei ist es erst der Beginn. Der deutsche Faschismus wird sich kaum vier Jahre Zeit lassen, bis er die kommunistische und sozialdemokratischen Organisationen vollkommen vernichtet!

Die Behauptung, »Deutschland ist nicht Italien«, ist ein Betrug am Proletariat, das ihn teuer wird bezahlen müssen, wenn es an ihn glaubt. Es gibt keine objektiven Tatsachen, die automatisch verhindern, daß italienische Zustände in Deutschland herrschen. Das verhindern, kann die Arbeiterklasse nur selbst tun.

VII. Faschistische Parolen und Schlagworte

Faschistische Parolen und Schlagworte

Albert Schreiner, 18. Januar bis 22. Februar 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 3 bis Nr. 8)

I. Der »Mimikrycharakter« der faschistischen Propaganda.

Daß wir heute eine starke faschistische Bewegung in Deutschland haben, ist unbestritten. Der Streit beginnt aber sofort, wenn man fragt: Was ist Faschismus, was und wen kann man als faschistisch bezeichnen? Wir wollen in den folgenden Abhandlungen nicht diese Frage beantworten, sondern uns in der Hauptsache mit der sozialen Demagogie, deren sich der Faschismus in Wort und Schrift bedient, beschäftigen.

Aus der reichen demagogischen Phraseologie der faschistischen Propaganda klar und eindeutig den Begriff »Faschismus« herauszuarbeiten ist auf den ersten Blick nicht leicht, denn ein Wesenszug derselben ist eben, daß sie in allen Farben schillert. Auf jeden Fall ist es für unsere Zwecke nützlich, zunächst einen Blick auf den Werdegang des Faschismus in Italien zu werfen, wenn auch von mancher Seite behauptet wird, der Faschismus sei eine spezifisch italienische Erscheinung, der bestenfalls noch in minderentwickelten, noch halb agrarischen Staaten (auf dem Balkan, in den russischen Randstaaten usw.) Nachahmung finden könne.

Die Gleichartigkeit der Propagandamethoden der deutschen Faschisten mit denen Mussolinis, sinngemäß angewandt auf die Lage in Deutschland, ihr »Mimikrycharakter«, wie Dr. Eberlein, ein bürgerlicher Journalist und Anhänger des Faschismus, die Mussolinische Propagandamethode in seinem im vorigen Jahr bei Scherl erschienenen Buch »Der Weg zum Kapitol« bezeichnet, liegt auf der Hand. E. charakterisiert sie wie folgt:

»Als guter Psychologe machte sich Mussolini die leichte Beeinflußbarkeit harmloser Gemüter zunutze, indem er dem Faschismus einen wahren *Mimikrycharakter* verlieh: er nahm die Farbe, ja die Form seiner jeweiligen Umgebung an, zeigte sich *bäuerlich bei den Bauern, industriell in den Fabrikzentren, bürgerlich in den Städten*. Er trieb förmlich Selektion, politische Zuchtwahl nach den Erfordernissen des Augenblicks. In der Emilia konnte er republikanisch auftreten, in Turin die Verdienste der Dynastie anerkennen. Sprach Mussolini in der Po-Ebene, so feierte er sie als die Wiege der herrlichen Bewegung, wollte er die Abruzzesen gewinnen, so nannte er sie das Herz des

Faschismus. Die Mailänder waren natürlich das Hirn, und als der Sohn der Romagna auf dem Kapitol die Bürgerwürde erhielt, da bekannte er stolz wie keiner vor ihm: *Civis romanus sum!*

Diese einzigartige Anpassungsfähigkeit, die Elastizität einer Bewegung, die sich an keinen Weg gebunden hielt und daher die verschiedensten Zuflüsse aufnehmen konnte, machte den Faschismus zu dem gewaltigen Strom, der nach und nach alle Dämme eindrückte und schließlich den Staat selber aus seiner Bahn verdrängte...*

Die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit der faschistischen Propaganda hebt auch ein anderer Kenner des italienischen Faschismus, Professor *Dr. E. v. Beckerath*, in seinem Buch *»Wesen und Werden des faschistischen Staates«* hervor. Wie die faschistische Propaganda heute in Deutschland in ihrer Phraseologie sehr stark auf das industrielle Proletariat abgestimmt ist, wie sie es darauf anlegt, die radikale Phrase der KPD noch zu überbieten, findet eine interessante Parallele in den Anfängen der Mussolinischen Propaganda. Spekulieren die Faschisten in Deutschland heute sehr stark auf die Anhänger des radikalsten Flügels der Arbeiterbewegung, so tat das Mussolini gegenüber dem syndikalistischen Flügel der italienischen Arbeiterbewegung. Auf der Gründungsversammlung der Mussolinischen Kampfverbände im Frühjahr 1919 in Mailand

»ergoß Mussolini ein Füllhorn demokratisch-syndikalistischer Forderungen über die Anwesenden aus: Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die als Zweig einer internationalen Versammlung gleicher Art gedacht war; Proklamation der Republik, weitgehende Dezentralisation und Autonomie der Provinzen und Gemeinden sowie Abschaffung der Bürokratie; Abschaffung des Senats, des Adels, der Wehrpflicht; Versammlung- und Pressefreiheit; Auflösung der Aktiengesellschaften, Unterdrückung jeder Art von Spekulation, von Banken und Börsen; Konfiskation unproduktiver Einkünfte; das Land den Arbeitern, Syndikalisierung des Verkehrs und der öffentlichen Dienste. Es war gerade das Gegenteil von dem, was der Faschismus später verwirklichen sollte... Der syndikalistische Einschlag, der vornehmlich in der Sozialisierung des Verkehrs und der Landwirtschaft lag, *absichtsvoll unklar in der Fassung*, ist später, als die *ceti medi* zu den Verbänden gestoßen waren, eingeschränkt worden, um das Bürgertum nicht vor den Kopf zu stoßen. Die Rücksicht auf die Arbeiter zwang dazu, solche Forderungen nicht vollständig preiszugeben...«
(Beckerath, S. 19/20)

»Dagegen wird Mussolinis Haltung schwierig, wenn es sich darum drehte, die Taktik der Arbeiterschaft gegenüber dem Kapital zu definieren; denn hier ließ sich das gemeinsame Interesse des Gesamtproletariats, auch des syndikalistisch-nationalistischen, nicht leugnen... Mussolinis Propaganda, so widerspruchsvoll sie ist und bei dem kurzen Gedächtnis der Menschen sein durfte, ist orientiert

an dem Hauptziel, den pazifistisch-internationalen Sozialismus zu kompromittieren, ohne die syndikalistische Arbeiterschaft von seiner Seite zu stoßen.«
(B. S. 21)

Was Mussolini in Italien dank besonderer Umstände verhältnismäßig leicht gelungen ist, die widerstrebenden Strömungen und Bewegungen zu verkoppeln, d. h. dieselben der Erhaltung des Kapitalismus dienstbar zu machen, ist den Faschisten in Deutschland solange weit schwieriger, solange die Arbeiterbewegung und deren Organisationen noch intakt sind. Aber auch Mussolini gelang es erst größeren Einfluß zu gewinnen nach der Niederlage des italienischen Proletariats im Jahre 1920. Die Zersetzung der Arbeiterbewegung in Deutschland durch den fortgesetzten Verrat der proletarischen Klasseninteressen durch den Reformismus einerseits und durch die Politik der ultralinken, z. T. anarcho-syndikalistischen Phrase der heutigen Führung der KPD andererseits, fördert sichtlich die Aufnahmefähigkeit breiter Arbeiterschichten für die soziale Demagogie der Faschisten. Es bleibt an Hand der Lehren, die wir aus der Entwicklung des Faschismus in Italien zu ziehen haben, zu untersuchen, was im einzelnen hinter den Parolen und Schlagwörtern, mit denen die Faschisten in Deutschland ihre Propaganda bestreiten, steckt, und wie weit sich aus ihnen wesensverwandte Züge mit dem italienischen Faschismus ableiten lassen.

II. »Tod dem Marxismus!«

Die ganze Stoßkraft der faschistischen Propaganda ist gegen den Marxismus gerichtet. Die politischen Aktionen des Faschismus haben die Dezimierung und Zerstörung der organisatorischen Träger des Marxismus — der Arbeiterorganisation in ihrer Gesamtheit — zum Ziel. Gegen bürgerliche Parteien und gegen den heutigen Staat wendet sich der Faschismus, soweit er sich von ihnen in seinen Absichten gehemmt glaubt oder in ihnen gar Förderer des Marxismus erblickt. Das Ziel des Faschismus ist die Erstrebung einer Staatsform, die seinen Absichten gegen die Arbeiterklasse den konsequenten, reinsten Ausdruck verleiht.

Das Schlagwort: »Tod dem Marxismus!« charakterisiert den Faschismus am umfassendsten als konterrevolutionäre Bewegung; es drückt aus, daß er im Kampf der Klassen Stellung für den Kapitalismus bezogen hat. Denn für die Arbeiterklasse bedeutet der Marxismus die Erkenntnis über ihre Existenzbedingungen als der vom Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten Klasse und die Einsicht in die Bedingungen für ihren Befreiungskampf. Wer gegen diesen ist, wendet sich gegen den Marxismus — er schlägt den Sack und meint den Esel —, und wer gegen den Marxismus ist, ist gegen den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Da die Gedankengänge des Marxismus unter immer breiteren Arbeitermassen Boden gewinnen und dadurch das Fundament der kapitalistischen Klassenherr-

schaft immer mehr schwindet, benötigt der Kapitalismus zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft einerseits immer brutalere Mittel gegenüber der Arbeiterklasse und gleichzeitig immer raffiniertere Methoden zu ihrer ideologischen Beeinflussung.

Die faschistische Bewegung hat sich in der Herausbildung und Vereinigung beider Methoden großer Fortschritte zu erfreuen. Zum Unterschied von den in ihrer objektiven Wirkung ähnlichen Methoden des Reformismus ist beim Faschismus hervorzuheben, daß er seine Schläge gegen die Arbeiterklasse unter aktiver Mitwirkung und unter dem allgemeinen Beifall der Massen seiner proletarischen Anhänger führt, ja, daß die ihm gerade die aktivsten Elemente stellen; während die reformistischen Führer in einen immer stärkeren Gegensatz zu ihren proletarischen Anhängern geraten, je offener sie als Geschäftsführer des bürgerlichen Staates Gewalt gegen die Arbeiterklasse anwenden. Die Überlegenheit der Faschisten gegenüber den Reformisten in dieser Beziehung liegt u. a. in der besonders raffiniert ausgeklügelten Methode der Massenbeeinflussung, die darin besteht, unter möglichst enger Anlehnung an die der Arbeiterbewegung eigenen Phraseologie und der ihr eigenen äußerlichen Formen der Organisation und des öffentlichen Auftretens — ja, Phrase und Auftreten der radikalsten Strömung der Arbeiterbewegung noch überbietend — den Arbeitermassen vorzutäuschen, es handle sich bei der faschistischen um eine solche Bewegung, die das vom »Marxismus« verratene und in den Schmutz gezerrte Banner der Revolution wieder aufrichte und unter dem Schlachtruf: »Tod dem Marxismus!« die Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, die neue und wahre Revolution anbahne. Hier müssen wir ein Würzelchen der faschistischen Demagogie ziehen. Warum finden diese faschistischen Rattenfängermelodien Anklang bei den Arbeitern? Der Marxismus ist seit Jahr und Tag durch die reformistischen Theorien bewußt verwässert und verfälscht, und durch die reformistische Praxis tausendfältig verraten worden. Die dadurch bei großen Arbeitermassen hervorgerufene Abneigung gegen den Reformismus versuchen die Faschisten in den Dienst ihres Kampfes gegen den Marxismus zu stellen, indem sie Reformismus gleich Marxismus setzen und alles, woran Reformisten beteiligt sind, als marxistisch verseucht denunzieren. Diese Demagogie geht beispielsweise soweit, daß die Faschisten selbst den Staat des Trustkapitals, dieweil Reformisten in der Regierung sitzen, als »marxistischen Staat« bezeichnen und ebenso das parlamentarische Regime als einen Ausfluß des »marxistischen Zeitgeistes« verdammen, denn es gibt manchem Reformisten fette Pfründe. (Und welcher Arbeiter liebt das bürgerliche Parlament und die bürgerliche Regierung, die immer neue Lasten auf seinen Rücken bürden?) So machen sich die Faschisten gleichzeitig die antikapitalistischen und antireformistischen Stimmungen breiter Arbeitermassen dienstbar zum Kampf gegen den Marxismus. Das fällt den

Faschisten um so leichter, als der Reformismus von den Fäulniserscheinungen des kapitalistischen Systems so zerfressen ist, daß er den Sozialismus, dessen Namen er sich nach wie vor bedient, im schlimmsten Ausmaß diskreditiert.

Die Kommunistische Partei mit ihrem heutigen, sektiererischen politischen Kurs, die anstatt wirksame revolutionäre Massenpolitik zu treiben, radikale Phrasen drischt, ist nicht in der Lage, das wettzumachen, was der Reformismus fortgesetzt zur Diskreditierung des Sozialismus beiträgt. Vielmehr ist es den Faschisten ein leichtes, die heutige Führung der KPD auf ihrem stärksten Gebiet, dem der radikalen Phrase, hinter der keine für die Massen sichtbaren Erfolgsmöglichkeiten stehen, zu überbieten.

Wir sprachen davon, daß die faschistische Propaganda ein raffiniertes System zum Kampf gegen den Marxismus herausgebildet habe, indem sie sich an die Phraseologie wie an die Formen der Organisation und des öffentlichen Auftretens der Arbeiterorganisationen eng anlehne. In den programmatischen Formulierungen der faschistischen Propaganda finden wir, daß sie samt und sonders darauf zugeschnitten sind, möglichst populäre, schlagwortartige, in der Phrase oft radikalere »Ersatz«-Losungen für die Hauptgedanken des Marxismus zu geben, die seit langem in bestimmten Losungen und Schlagworten ihren Niederschlag in den Massen gefunden haben. (Es braucht hier nicht betont zu werden, daß mit dem Wortradikalismus der faschistischen Propaganda auf die Oberflächlichkeit und Gedankenlosigkeit der Arbeiterschichten mit nicht oder minder entwickeltem Klassenbewußtseins spekuliert wird.) Natürlich sind entsprechend den verschiedenen Strömungen der faschistischen Bewegung die verschiedensten Schattierungen in Programmen und Losungen der einzelnen faschistischen Organisationen festzustellen. Aber den *Hauptgesichtspunkt* finden wir bei allen: *Kampf gegen den Marxismus*. Das ist oberstes Gesetz, denn er umfaßt alle die Gedanken, die tödliches Gift für den Kapitalismus sind, wenn sie Gemeingut großer Massen werden.

III. »Haut die Juden« — »Rassen- statt Klassenkampf«

Dem marxistischen Grundgedanken über die durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bedingte Klassenscheidung der Gesellschaft, über die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze und über den sich daraus fortgesetzt neu entwickelnden und sich stetig zuspitzenden Klassenkampf rückt die faschistische Demagogie am hartnäckigsten zu Leibe. Dr. Goebbels, der demagogischsten einer in der Front der faschistischen Kämpen wehrt sich ganz überflüssigerweise gegen die Unterstellung des Stahlhelmführers v. Stephani, die Berliner Richtung der Nationalsozialisten bewege sich in den Gedankengängen des Klassenkampfes. Entrüstet ruft G.:

»Wo kann Herr Major v. St. uns nachweisen, daß wir den Klassenkampf proklamiert haben? Weiß er nicht, wie jedes politische Kind, daß die NSDAP der aktivste Vortrupp im Kampf gegen den Klassenkampf ist? Wo hat je einer von uns die Diktatur des Proletariats gefordert?...« (»Der Angriff« vom 27. 10. 1929.)

Was stellt nun die faschistische Demagogie der populären These vom Klassenkampf gegenüber? Die *Antithese vom Rassenkampf*. Die zieht sich wie ein roter Faden durch das Flechtwerk der faschistischen Propaganda. Die Rassenfrage hat für die faschistische »Gedankenwelt« dieselbe Bedeutung wie im Marxismus der Klassenkampfgedanke. Die ökonomischen Grundfragen, die Stellung zum Staat, die Stellung zu allen politischen, kulturellen und weltanschaulichen Fragen sind in der faschistischen Ideologie verknüpft mit der Rassenfrage. Allerdings sind in der faschistischen Bewegung auch in dieser Frage alle Spielarten vertreten, vom stupidesten Antisemitismus bis zum »neuen Nationalismus«, für den »der Antisemitismus keine Fragestellung wesentlicher Art ist« (wie Ernst Jünger, einer der Hauptvertreter dieser Richtung feststellte, »Tagebuch«, Heft 33, X. Jahrg., 1929), und der damit der realen Entwicklung und Struktur der großbürgerlichen Klasse am meisten Rechnung trägt. Aber den Schlagworten wie: »geschichtliche, menschheitserlösende Mission der germanischen Rasse«, »völkische Wiedergeburt« und »völkische Erneuerung«, »völkischer Staat« und summa summarum: »völkische Belange«, wie den Schlagworten von der »nationalen Erneuerung« und dem »neuen Nationalismus« liegt der Gedanke vom Rassenkampf zugrunde, dessen Notwendigkeit für Deutschland »begründet« wird mit der »Überfremdung des deutschen Volkes durch fremdstämmige Elemente«, insbesondere durch die »semitische Rasse«, die das »Wucher- und Finanzkapital« in ihren Händen hält und das »gesunde, nationale Kapital« verdrängen und nach dem Plan der »Sieben Weisen von Zion« die Weltherrschaft des »raffenden« über das »schaffende Kapital« aufrichten will. Unter des ersteren »Zinsknechtschaft« habe heute schon das »deutsche Volk« besonders zu leiden.

Es ist wie gesagt keine neue und originelle Erfindung der faschistischen Propaganda, wenn sie die Massen — deren Klassenempfinden durch die sehr realen Tatsachen ihres Daseins als Ausgebeutete und Unterdrückte fortgesetzt geweckt wird — irreführen versucht, indem sie den Angriff der Arbeiterklasse auf den Hauptfeind, auf den Kapitalismus insgesamt, nach einer falschen Richtung abzulenken versucht. Um die Lebensfrist des Gesamtkapitalismus zu verlängern, wird für die Empörung der unter der Last ihrer Not und Entbehrung ächzenden Massen ein Blitzableiter aufgestellt. »Der Jud ist schuld!« »Das jüdische Wucher- und Raffkapital frißt am Mark des deutschen Volkes!« Deshalb: »Haut den Juden!« und »Wir brauchen keine Judenrepublik!« und so fort. Diese Schlagworte verfangen am allermeisten bei den Schichten, die durch den fortgesetzten

Expansionsfeldzug des Trust- und Monopolkapitals am meisten durcheinandergewürfelt und in Massen aus ihrer sozialen Basis als Kleinbürger oder Proletarier entwurzelt werden. Die ihrer Ideologie nach reaktionärsten Schichten des Kleinbürgertums und die korrumpiertesten Schichten des Proletariats sind der antisemitischen Demagogie am leichtesten zugänglich. Ihr Grundgedanke liegt auf derselben Ebene wie der von den Zauberern und Medizinmännern primitiver Negervölker geübte Brauch, den enttäuschten Gläubigen einen abgesetzten Fetisch zu opfern, an dem sie ihre Wut darüber auslassen können, daß trotz ihrer Bitten kein Regen kommt oder ein anderes Mißgeschick den Stamm betroffen hat; die Machtstellung der Zauberer und Medizinmänner über den Stamm ist durch deren Schachzug auf jeden Fall erneut gerettet. Eine näherliegende Parallele zum Versuch der Faschisten, vom Klassenkampf auf den Rassenkampf abzulenken, besonders auf die »Schuld« der Juden hinzulenken, haben wir in der Negerhetze und in der Hetze »gegen die gelbe Rasse«, die von der amerikanischen Bourgeoisie betrieben wird, in der Judenhetze und den Judenpogromen des Zarismus und des heutigen Polen. In all diesen Fällen versucht die herrschende Klasse den bei der unterdrückten Klasse gegen sie angesammelten Zündstoff zur Entladung zu bringen, ohne daß die besitzende Klasse dadurch in Mitleidenschaft gezogen wird und ohne daß sie Schaden nimmt.

IV. »Gegen die Zinsknechtschaft« — »Schaffendes und raffendes Kapital« — »Zinsberrschaft und Zinsknechtschaft«.

Die beherrschende Stellung des Rassenkampfgedankens in der faschistischen »Ideen«-Welt hat den klaren Sinn, die Arbeiter von ihrem Kampf, selbst von dem um ihre nächstliegenden materiellen Interessen, abzulenken. Denn: »Ehe also der wirtschaftliche Kampf beginnen kann, muß der völkisch-politisch ausgetragen sein.« (Wesen und Grundsätze der NSDAP, München 1929, S. 25.) Die Frage des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit ist aber für die Mehrheit der Bevölkerung — ob Jud, ob Christ, ob Atheist — die brennendste. Sie ist es eben auch für die proletarische und kleinbürgerliche Gefolgschaft des Faschismus, die von ihm in erster Linie Linderung und Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Not erwartet. Der Faschismus muß also einerseits seine ökonomischen Forderungen der Phrase nach diesen antikapitalistischen Regungen seiner eigenen Gefolgschaft anpassen, ihrem Sinn und ihrer Wirkung nach müssen die ökonomischen Forderungen des Faschismus seinem obersten Daseinszweck — der Sicherung und Erhaltung des Kapitalismus vor den Anstürmen des proletarischen Klassenkampfes — entsprechen. Sehen wir zu, welches ökonomische Lehrgebäude der Faschismus in Deutschland zu diesem edlen Zweck auf seiner Generallinie vom Rassenkampf aufgeführt hat,

welche »Lösung« der ökonomischen Fragen er seinen proletarischen und kleinbürgerlichen Anhängern verkündet, ohne dem Kapitalismus zu schaden.

Für diejenigen, die dem Faschismus antikapitalistische Tendenzen und Absichten unterstellen, weil solche Stimmungen in seiner Gefolgschaft vorhanden sind, sei nochmals betont, daß der Faschismus mit beiden Beinen auf dem Boden der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und Begriffe steht. Der »linke« Nationalsozialist Goebbels sagt in seiner bereits erwähnten Polemik gegen den Stahlhelmführer v. Stephani auf dessen Vorwurf, das Programm der NSDAP sei »sozialistisch« »mit scharfer Einstellung gegen das Privateigentum«:

»Scharfe Einstellung gegen das Privateigentum? Wo, wann, wie? Beweise! Eigentum ist heilig, wenn es heilig erworben und zum Wohl des Volksganzen verwaltet wird. Ist das bei Börsengaunern, Warenhausramschern, Trustschiebern und Bodenspekulanten der Fall?«

Hier wird also zwischen »heilig« und »unheilig« erworbenem Eigentum unterschieden und auch angedeutet, auf welche Art das letztere erworben wird. Die Kapitalistenklasse wird also danach in zwei Kategorien geschieden. Wie mancher Arbeiter wird von Stund an keine Ruhe mehr haben, weil er in völliger Verkennung der wahren Sachlage den falschen Kapitalisten bestreikt hat. Aber daran kann man eben erneut die Wirkung des marxistischen Giftes feststellen, das dem hungernden Proleten dieses feine Unterscheidungsvermögen zwischen »heilig« und »unheilig« erworbenem Eigentum raubt. Die Lage wird aber für den Arbeiter noch verwirrter, wenn er gemäß der faschistischen Theorie den »heiligen« oder »unheiligen« Charakter des Eigentums nach Religion und Nation des Kapitalisten unterscheiden soll. Die faschistische Theorie unterscheidet »das Wirtschaftskapital eines Landes in zwei grundsätzlich verschiedene Kategorien«:

»in das mit dem nationalen Boden unlösbar verbundene schaffende Industriekapital und die Landwirtschaft einerseits und in das an keinen Boden gefesselte raffende Leihkapital.« (Wesen und Grundsätze der NSDAP, S. 23.)

Und zwar ist dem »schaffenden« Kapital nach der faschistischen Theorie mit der Bodenständigkeit der *nationale und christliche* Charakter eigen, im Gegensatz zu dem »raffenden Leihkapital«, das *internationalen jüdischen* Ursprungs und die für die jüdische Rasse »typische« »unheilige« Form des Erwerbs von Eigentum sei. Man stelle sich nun wieder besagten Arbeiter vor, in welche Gewissenskonflikte er gebracht wird, wenn er nach diesen Grundsätzen sein Verhalten gegen die Kapitalisten einrichten will. Er will das »raffende Leihkapital« bekämpfen, als das sind, frei nach Goebbels: »Börsengauner, Warenhausramscher, Trustschieber und Bodenspekulanten«. Wie nun, wenn der Warenhausbesitzer ein Christ, der Landwirt und der Industrielle, also der zu schützende »nationale« Kapitalist ein Jude ist, wie, wenn Christen Industrielle und »Börsengauner«, wenn christliche Landwirte zugleich »Bodenspekulanten« sind und umgekehrt? Auf diese sehr

verwickelte Sachlage ist es anscheinend zurückzuführen, daß die Faschisten zu keinem Kampf gegen das Kapital, nicht einmal gegen das Leihkapital, kommen, womit den Drahtziehern des Faschismus treffend gedient ist.

Die gegenseitige Durchdringung des »schaffenden« und des »raffenden« Kapitals ist »in Wirklichkeit die Unterwerfung des deutschen Unternehmers, Erfinders, Arbeitnehmers unter das Diktat des an sich unschöpferischen Leihkapitals. Auch das ist Zinsknechtschaft« (S. 23). Vordem war als solche schon genannt die Abhängigkeit ganzer Völker und Staaten von einigen hundert Bankiers. Da »dieser Feldzug gegen alle erzeugend Schaffenden aller Völker von den Hebräern, die heute fast sämtliche Banken und Börsen leiten, mit größter Skrupellosigkeit und mit Hilfe engster internationaler Zusammenarbeit unternommen worden ist, und da nun die jüdische Hochfinanz zu allem andern noch als politische Druckmittel Presse und Parlamente beherrscht, so ist die Zins-herrschaft einerseits und die Zinsknechtschaft andererseits gleichzeitig ein völkisches, politisches und wirtschaftliches Problem« (S. 24).

Und »weil die feindliche politische Macht ganz überwiegend von verbündeten Börsen- und Revolutionsjuden ausgeübt wird, sind die Nationalsozialisten die schärfsten Antisemiten«, denn der »Jude stellt tatsächlich den plastischen Dämon des Verfalls der Menschheit dar« und es ist unerträglich, »daß ein schmarotzendes Wüstenvolk unser Schicksal zu bestimmen in der Lage ist«. Aus diesen und anderen Gründen: »Brechung der Zinsknechtschaft«. Darunter wieder verstehen die Nationalsozialisten in ihrem Programm »Verstaatlichung der Börsen und Banken«. Aber »auch die anderen Völker mußten hinter das Wesen der jüdischen Mimikry kommen« und die »Schlange am Genick fassen«. So könnte die ganze Reparationsfrage mit einem Schlag gelöst werden, »wenn jedes Volk seine Bankiers, seine nur schmarotzenden, wuchernden Börsenjuden einsperren und ihr den Völkern abgegaunertes Geld zum Besten der Nation... der nationalen Industrie und Landwirtschaft... verwendet würde« (S. 25). Selbstverständlich betrifft das nur die beschnittenen Juden, womit die soziale Frage endgültig gelöst wäre, denn es ist von keinem unbeschnittenen Juden anzunehmen, das sollte man wenigstens nach der »plausiblen« Theorie der Nazis und anderer antisemitischer Strohköpfe glauben, daß er es seinem beschnittenen Kumpan gleichtut in der Auspöwerung seiner »Volksgenossen«.

Bevor wir uns weiterhin mit den ökonomischen Forderungen des Faschismus in Deutschland und mit ihrer »theoretischen« Basis befassen, ist es an der Zeit zu fragen, warum der Antisemitismus in der Propaganda des italienischen Faschismus weder vor noch nach der Machteroberung eine Rolle gespielt hat und warum er in der Propaganda des Faschismus in Deutschland ein so beherrschender Faktor ist, daß gleich die ganze ökonomische »Theorie« des Faschismus darauf aufgebaut

wird? (Ähnlich verhält es sich mit dem Antisemitismus übrigens auch in Polen, in den russischen Randstaaten und in geringem Maß in Österreich.)

Die Ursachen, warum der Antisemitismus in Preußen-Deutschland heute noch so kräftig in die Halme schießen kann, liegen weit zurück und hängen aufs engste mit den besonderen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und der bürgerlichen Klasse in Deutschland zusammen.

Das Handels- und Wucherkapital, das sich in der feudalen Gesellschaftsorganisation des Mittelalters fast ausschließlich in den Händen von Angehörigen traditioneller und zum Teil in alle Winde zerstreuter Handelsvölker (Juden, Armenier, Griechen) befand, hat mit der Entwicklung des Welthandels, wodurch die Bedeutung des Wucher- und Handelskapitals erhöht wurde, zur Auflösung der feudalen Gesellschaftsordnung in erster Linie beigetragen. Die Ausdehnung des Welthandels steigerte den Warenhunger. Die in der feudalen Gesellschaft bis dahin vorherrschenden handwerklichen Produktionsmethoden vermochten ihn nicht zu stillen. Neue Produktionsmethoden kamen auf. Die Handelsherren gründeten, zunächst an den Haupthandelsplätzen, Manufakturwerkstätten. Als Träger der jungen, kapitalistischen Produktionsweise bildete sich eine neue, die großbürgerliche Klasse heraus, in der auch die Träger des jüdischen Kaufmanns- und Wucherkapitals aufgingen. In den Ländern um das mittelländische Meer, später bei der Verschiebung des Schwergewichts des Welthandels an die an den Atlantischen Ozean angrenzenden europäischen Länder, wo sich die kapitalistische Produktionsweise und die bürgerliche Klasse am ungehemmtesten entwickelten, wurde mit der Emanzipation der bürgerlichen Klasse auch gleichzeitig die der feudalen Gesellschaftsorganisation eigene Ausnahmestellung der Juden aufgeräumt, ihre Emanzipation ging Hand in Hand mit der der bürgerlichen Klasse. So ist es zu erklären, daß der *Antisemitismus, ein Rudiment des Feudalismus*, in Italien, Frankreich, Spanien, Holland, kaum eine Rolle spielt, und daß er gleichzeitig in Preußen-Deutschland noch so stark ist.

Abgesehen vom südlichen und westlichen bedeutete für das übrige Deutschland die Verschiebung des Schwergewichts des Welthandels an die Ufer des Atlantischen Ozeans einen hemmenden Faktor für seine ökonomische Entfaltung. Die Ansätze zu einer Entfaltung der Städte, der Entwicklung eines ausgedehnten Handels und des Kaufmannskapitals wurden aber außerdem im heutigen ostelbischen Preußen, besonders in der Mark Brandenburg, durch die Fürsten und den Adel gemeinsam gedrosselt. Komisch mutet es an, daß gerade die ostelbischen Junker heute zu den Preisboxern des Antisemitismus gehören, die doch in Gemeinschaft mit den Hohenzollern die Warenproduktion der Städte zu unterbinden versuchten, indem sie selber Warenproduzenten wurden und den Warenhandel des städtischen Bürgertums ebenfalls nach Kräften unterbanden und ihn jüdischen und armenischen Kauftleuten übertrugen, die zu diesem Zweck

extra ins Land gerufen wurden und die den junkerlichen und fürstlichen Schröpfungelüsten wehrlos ausgeliefert waren.

Die Vorherrschaft der Vertreter des Feudalismus, der Junker-, Offiziers- und höheren Beamtenkaste in Preußen — und nach der Reichsgründung übertrug sich dank der Vormachtstellung Preußens dessen feudale Tradition auch mehr oder weniger auf das übrige Reich —, konservierte den Antisemitismus ganz besonders stark. Die Vertreter der Junkerkaste wußten sich dieses Sicherheitsventils in für sie kritischen Situationen immer trefflich zu bedienen. Bei den Handwerkern und Bauern, die dem im Mittelalter vornehmlich jüdischen Kaufmanns- und Wucherkapital durch Junker und Fürsten ausgeliefert waren, die wiederum Bauern, Handwerker und die jüdischen Wucherer rupften, wurde der Haß gegen letztere traditionell. Als diese Zustände durch die weitere Entwicklung längst überholt waren, verstand es die Junkerkaste immer wieder, bei jedem Anlauf, den das Bürgertum in der neueren und in der neuesten Geschichte das Proletariat gegen das Junkertum unternommen haben, den Judenhaß zu schüren.

Der Antisemitismus ist dank der langen Vorherrschaft der Junkerkaste in Preußen-Deutschland und der daraus resultierenden politischen und kulturellen Rückständigkeit großer Bevölkerungsschichten heute erneut und in stärkerem Maße wie vor Jahrzehnten »der Sozialismus der dummen Leute«, wie ihn ein Schlagwort aus dieser Zeit bezeichnet. Der Antisemitismus ist aber ein Wesenszug der faschistischen Propaganda in Deutschland, womit sich der Faschismus erneut als reaktionäre Bewegung ausweist.

V. »Sozialisierung« — »Verstaatlichung« — »Enteignung«

Wir hatten festgestellt, daß die Scheidung in »nationales, christliches, bodenständiges, schaffendes« und in »jüdisches, fremdes, internationales, raffendes Wucher- und Leihkapital« den Bestand des Kapitalismus in keiner Weise gefährdet. Diese Art der Agitation der Faschisten in Deutschland ist vor allem auf die kleinbürgerlichen oder noch stark in kleinbürgerlichen Anschauungen steckenden Bevölkerungsschichten zugeschnitten. Bei ihnen verfängt die antisemitische Demagogie am stärksten, weil sie als Vertreter der handwerklichen Produktionsmethoden oder der dieser entsprechenden Anschauungen, deren Todesurteil durch die kapitalistische Entwicklung längst gesprochen ist, ihrer unaufhaltsamen Vernichtung durch die großkapitalistische Entwicklung ohnmächtig und ratlos gegenüberstehen. Da nun, wie bereits dargelegt, in den Anfängen des Kapitalismus das Wucherkapital als Geburtshelferin desselben eine wichtige, unentbehrliche, im Bunde mit den Fürsten und Feudalherren dem Kleinbürger- und Kleinbauernstum gegenüber aber die Rolle des erbarmungslosen Würgers spielte, und da gerade in Ostelbien und Polen diese Rolle aus den schon

angeführten Gründen in der Hauptsache jüdischen Kaufleuten und Wucherern zufiel, ist in den genannten Gebieten, in denen zudem die ökonomische Entwicklung durch die jahrhundertelange Raubpolitik der Junkerkaste künstlich gedrosselt wurde, der günstigste Boden zur Konservierung des Antisemitismus.

Seit der Entfaltung des modernen Kapitalismus in Deutschland kehren antisemitische Wellen fast periodisch wieder. Zeitlich fallen sie fast immer zusammen mit solchen Momenten der kapitalistischen Entwicklung, in denen die »Großen« die »Kleinen« serienweise auffressen, in denen die Proletarisierung des Kleinbürgertums, zeitlich auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt, zur Massenerscheinung wird. Der Kleinhändler sieht nur seinen Mammutkonkurrenten, den Warenhausbesitzer; der Handwerksmeister, der in keiner Weise gegenüber dem Großbetrieb konkurrenzfähig ist und seine Zuflucht zum kleinen Geldleiher nimmt, dem er meist hohe Zinsen bezahlen muß, sieht in ihm seinen Feind. Ähnlich verhält es sich mit dem Kleinbauern.

All diese Schichten, die nur immer ihren Untergang als »selbständige Existenz« vor Augen haben und sich dagegen verzweifelt wehren, sind geneigt, in ihrem Denken — eingeeengt durch ihre kleinbürgerliche Vorstellungswelt und Überlieferungen — nicht im kapitalistischen System als solchem, sondern in Teilen desselben und in dessen Repräsentanten, sei es der Geldverleiher, die Bank, der Warenhausbesitzer oder der Bodenspekulant, ihren, und was für sie damit gleichbedeutend ist, den Verderber der ganzen Gesellschaft zu sehen. Was hinter diesen »Verderbern« des Kleinbürgertums steht, verdichtet sich in seinen Augen zu einer mystischen Macht — mit Ludendorffs Hilfe zu den Sieben Weisen von Zion.

Die nach rückwärts, nach einem Zustand mit längst überholten Produktions- und Austauschmethoden gerichteten Bestrebungen und Anschauungen der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten finden in der faschistischen Phrase ihren Niederschlag. Das Proletariat als Klasse weist den Weg nach vorwärts, über den Kapitalismus hinaus, zum Sozialismus und hat diesen Weg in seinem Kampf beschritten. Es ist damit der unversöhnliche Feind des Kapitalismus. Diese Tatsache erleichtert es aber auch dem Faschismus, sich die Kräfte dienstbar zu machen, die selbst den historischen Fortschritt, den der Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus und der ihm eigenen Produktionsweise bedeutet, am liebsten wieder rückgängig machen möchten. Der Faschismus kann sich dieser Kräfte um so leichter bedienen, als das Kleinbürgertum mit seinem, ihn so stiefbrüderlich behandelnden großen Bruder den Grundsatz vom Privateigentum an den Produktionsmitteln gemein hat. Aber das Kleinbürgertum hat gleichzeitig gemeinsame Berührungspunkte auch mit dem Proletariat, weil es eben in den meisten Fällen nur noch diesen Grundsatz, nicht aber das Privateigentum an den Produktionsmitteln selber mehr sein eigen nennt.

Soweit die kleinbürgerliche Vorstellungswelt und ihre Eigentumsbegriffe im Proletariat noch lebendig sind und soweit es sich im Proletariat um Schichten handelt, die ebenso wie das Kleinbürgertum ohne Kenntnis der eigentlichen tieferen Zusammenhänge durch den Raubzug des Trust- und Monopolkapitals auf den Aussterbeetat gesetzt sind und in ihrer verzweiferten Lage keinen Ausweg sehen, macht sich der Faschismus selbst diese proletarischen Elemente für seinen gegen die Klassenziele des Proletariats gerichteten Kampf dienstbar. Diesen Elementen und ihren Stimmungen sucht die faschistische Phrase in den Schlagworten, die die antikapitalistische Note besonders betonen und sich an die sozialistische und kommunistische Phraseologie anzulehnen versucht, Rechnung zu tragen.

Die wirtschaftlichen Forderungen der Nationalsozialisten sind auf die genannten Schichten zugeschnitten. Zur »Brechung der Zinsknechtschaft« wird die »Verstaatlichung der Börsen- und Banken« gefordert. (»Wesen und Grundsätze der NSDAP«, S. 25). Im »Angriff« vom 3. Oktober 1929 wird die »Sozialisierung der Banken« verlangt, desgleichen ein »Anti-Trustgesetz«, entsprechend dem 13. Punkt des Programms der NSDAP, in dem »die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Truste)« gefordert wird. Diese beiden Forderungen, besonders die letzte, sind natürlich auch für den Arbeiteranhang der Faschisten berechnet, ebenso wie die im Punkt 14 geforderte »Gewinnbeteiligung an Großbetrieben« und der »großzügige Ausbau der Altersversorgung«. Für den Mittelstand wieder ist das so verlockende Ziel der »sofortigen Kommunalisierung der Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende« aufgestellt. Was gerade durch die letzte Forderung grundsätzlich Neues geschaffen werden soll, ist nur einem begreiflich, der gelernt hat, in Hakenkreuzen zu denken. Endlich wird »eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation« gefordert. Zur Beruhigung der Großagrarien, wie in einer Fußnote zu diesem Programm bemerkt wird, erklärt Hitler persönlich:

»Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programmes der NSDAP von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus »Unentgeltliche Enteignung« nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften.

München, den 13. April 1928.

gez. Adolf Hitler.»

Diese Erklärung wird alle diejenigen großkapitalistischen Kreise, auch in bezug auf die anderen Forderungen der Nazis, beruhigen, die noch nicht gewußt haben, daß Hitler für sie nicht der brüllende Löwe, sondern eben nur Zettel der Schneider ist.

Wir haben Wirtschafts-»Theorie« und die auf ihr fußenden Forderungen der Nationalsozialisten hervorgehoben, weil bei ihnen der ganze Wust wirtschaftlicher Forderungen, denen wir in der faschistischen Bewegung in Deutschland begegnen, den bis heute »klarsten« Niederschlag gefunden haben und weil bei ihnen die soziale Demagogie — eine typische Eigenheit des Faschismus überhaupt — bereits zu einem System zusammengefaßt ist.

Überraschende Übereinstimmung ergibt sich zwischen den wirtschaftlichen Forderungen der Nazis und denen, die Mussolini 1919 auf der Gründungsverammlung seiner Kampfverbände aufstellte. Wir stellen einige dieser Forderungen gegenüber:

Mussolini fordert

(siehe Beckerath, S. 19):

- Auflösung der Aktiengesellschaften;
- Unterdrückung jeder Art von Spekulation;
- Unterdrückung von Banken und Börsen
- Konfiskation unproduktiver Einkünfte;
- das Land den Arbeitern.

Die NSDAP fordert:

- Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe (Truste);
- Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation . . . Todesstrafe gegen Wucherer und Schieber;
- Verstaatlichung von Banken und Börsen
- Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens;
- eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform; Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke.

Die Trennung in nationales und internationales Kapital ist bei der internationalen Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft barer Unsinn, der dadurch noch erhöht wird, wenn die führende Rolle des internationalen Kapitals heute noch den Juden zugeschrieben wird. Das »nationale, bodenständige, schaffende, christliche Kapital« der *Rechberg, Bosch, Thyssen, Klöckner* hat längst im deutsch-französischen Kalikartell, im deutsch-französischen Chemietrust, im internationalen Rohstahlkartell lustige Hochzeit mit dem »internationalen, fremden Kapital und zudem noch national und international mit dem »unschöpferischen Leihkapital«, dem Bankkapital, gefeiert. Und auf allen Börsen der Welt läßt das »bodenständige,

nationale, schaffende Kapital« seine Papierchen handeln und neue Profite durch Spekulationen und Börsenmanöver hecken. Von »Unterwerfung des deutschen Unternehmertums... unter das Diktat des an sich unschöpferischen Leihkapitals« kann hier gar keine Rede sein.

Wir haben es bei den Erscheinungen, gegen die die Nazis und Konsorten anzukämpfen vorgeben, mit einem Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft zu tun, der nur durch die Aufhebung des Kapitalismus zum Stillstand gebracht werden kann. Dieser Konzentrationsprozeß des Kapitals ist eben gekennzeichnet durch die gegenseitige Durchdringung des Industrie- und Bankkapitals und durch die Herausbildung des Finanzkapitals, durch die Herausbildung der Truste und Monopole und durch die internationale Verkettung der kapitalistischen Wirtschaft.

Gegen die verderbliche Auswirkung dieser Entwicklung auf das Proletariat und den Mittelstand — auf den alten wie auf den neuen —, also auf die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, hilft weder die reformistische Homöopathie noch die faschistische Demagogie, sondern nur die proletarische Revolution, die dem Kapitalismus den Garaus macht. Die wirtschaftlichen Forderungen der Faschisten sind reiner Bluff. Man sehe, was in Italien von den ersten Forderungen Mussolinis realisiert ist. Und wem unsere Behauptung noch nicht stichhaltig ist, der betrachte mit uns die Mittel und Wege, die die Faschisten in Deutschland zur Verwirklichung und Sicherung ihres Wirtschaftsprogramms vorschlagen, wie sie sich zur Frage des politischen Machtapparates, wie sie sich zum Staat stellen.

VIII. Die praktische Anwendung im Abwehrkampf

Einheitsfront »von unten« und »von oben«

August Thalheimer am 4. Mai 1930
(Arbeiterpolitik)

Die Einheitsfront als *Redensart* figuriert jetzt nach der »Wendung« fast in jedem offiziellen Schriftstück der Kommunistischen Internationale im ganzen und der KPD im einzelnen. Von einer *wirklichen* Taktik der Einheitsfront ist noch nichts zu sehen. Sie ist auch gar nicht möglich, solange man *Teilforderungen und Teillosungen* oder *Tagesforderungen als Gegenstände außerparlamentarischer Massenaktionen* ablehnt (in den Parlamenten war es erlaubt; eine Tatsache ausgesprochen opportunistischen Charakters, denn sie bedeutet die Ablehnung der Verbindung außerparlamentarischer mit parlamentarischen Aktionen); solange eine *Gewerkschafts- und Betriebsrätewahltaktik* aufrechterhalten wird, die den wichtigsten Schritt der praktischen Verwirklichung der Einheitsfront, nämlich die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder ausschließt; und solange das Gespenst des »Sozialfaschismus« noch die Köpfe verwirrt.

Damit die Taktik der Einheitsfront sich wieder Bahn bricht in der kommunistischen Bewegung ist es aber auch nötig, die »theoretischen« oder besser gesagt phraseologischen Hindernisse zu beseitigen, die dem noch im Wege stehen. Eines der wichtigsten dieser Hindernisse ist die Redensart von der »*Einheitsfront von unten*«. Sie soll erlaubt sein, während dagegen die »*Einheitsfront von oben*« nicht erlaubt sein soll, weil sie eine »opportunistische Schweinerei« ist.

Was ist die »Einheitsfront von unten« im Gegensatz zu der »von oben«? »Einheitsfront von unten« ist es, wenn die kommunistische Presse sich mit der Aufforderung zu bestimmten Aktionen an *nichtkommunistische*, d. h. sozialdemokratische, christliche oder »parteilose« Arbeiter wendet. Einheitsfront »von oben« ist, wenn die Kommunisten sich mit solchen Aufforderungen oder Angeboten an die *Führer* sozialdemokratischer, christlicher oder anderer Organisationen wenden. Der Ausdruck Einheitsfront »von unten« wurde, wenn wir nicht irren, von Maslow und Ruth Fischer eingeführt, und dann von der Kommunistischen Internationale übernommen. Die *Praxis* der ultralinken Ära unter Maslow-Ruth Fischer in Deutschland, und ebenso in anderen Ländern, hat gezeigt, daß die Einheitsfront »von unten« auf die *Ablehnung* der Anwendung der Taktik der

Einheitsfront überhaupt hinauslief und infolgedessen zu wachsender Isolierung der Kommunistischen Partei von der Arbeiterklasse führte.

Warum das so kommen *mußte*, gilt es aber auch *theoretisch* klarzustellen.

Am einfachsten geschieht dies, wenn man sich auf die Entstehung der *Einheitsfronttaktik* besinnt. Die Einheitsfronttaktik entstand in Deutschland nach der Spaltung der USPD. Ihre erste Äußerung war ein »Offener Brief« der KPD an den Vorstand des ADGB und der SPD zu gemeinschaftlichen Aktionen für die Verteidigung wirtschaftlicher Tagesinteressen der Arbeiter. Das erste Schreiben dieser Art war von Karl *Radek* verfaßt. In den Taktikthesen des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wurde dieses Verfahren von *Lenin* gegenüber kritischen Anfechtungen ausdrücklich *gebilligt* und als *musterhaft* hingestellt. Lenin hat die Taktik der Einheitsfront nicht erfunden, sie entsprang aus den Umständen des Kampfes der Kommunistischen Partei in Deutschland. Lenin aber machte den ersten Schritt zu ihrer theoretischen *Klärung* und *Verallgemeinerung*.

Was waren nun die Umstände, die zur Ausbildung der Einheitsfronttaktik führten?

Erstens die Tatsache, daß die Kommunistische Partei nunmehr *zweimal* sich als Spalterin der Arbeiterparteien betätigt hatte. Die Arbeiterklasse im ganzen empfand diese Spaltungen, trotzdem sie unbedingt *notwendig* waren, als Schwächung ihrer Aktionsfähigkeit. Die sozialdemokratischen und unabhängigen Führungen betrieben eine systematische *Agitation*, in der die Kommunisten als Spalter der Arbeiterbewegung angeklagt wurden. Diese Agitation machte Eindruck in der Arbeiterschaft. Denn wenn die reine organisatorische Herausbildung der Kommunistischen Partei auf dem Wege der Spaltungen der reformistischen und zentristischen Parteien *auf längere Sicht* die Aktionskraft der Arbeiterklasse fördert und eine unerläßliche Vorbedingung dafür ist, so ist eine *unmittelbare* Schwächung der Aktionskraft der Arbeiterklasse dabei unvermeidlich. Daher erhob sich für die KP die Frage: Wie treten wir dieser Agitation und ihren Wirkungen entgegen, wie befriedigen wir den Drang *nach einheitlicher Aktion der Arbeiterklasse*? Damit war die Frage gestellt, die die *Grundfrage der Taktik der Einheitsfront* ist: die Herstellung einheitlicher Aktion der Arbeiterklasse *trotz organisatorischer Spaltung* und *grundsätzlichen Gegensatzes*.

Zweitens wurde die Frage auch dadurch aufgerollt, daß der unmittelbare *Machtkampf* abbrach und an seine Stelle der Kampf um *Teilforderungen* und Übergangslösungen trat.

Diese beiden Umstände ergaben die *Lösung*: die Partei muß *versuchen*, die Einheit der Aktionen der Arbeiterklasse über die organisatorischen Spaltungen und die grundsätzlichen Gegensätze hinweg zu verwirklichen. Das Gebiet solcher Einheitsfrontaktionen könne nicht das sein, wo die grundsätzlichen Gegensätze offen

sind, also nicht das des Machtkampfes, sondern das Gebiet, wo *anscheinend* oder *wirklich* ein gemeinsamer Boden zwischen Reformismus und Kommunismus vorhanden ist: also das Gebiet der *Reformen*, der *Teilforderungen*, der *Tagesforderungen*, »der Kampf um das Stückchen Brot«, wie der erste offene Brief das ausdrückte. Wir sagen *anscheinend*, weil in *Wirklichkeit* der Gegensatz zwischen Reformismus und Zentrismus einerseits, und Kommunismus andererseits, sich auch auf die Fragen der Reformen, der Tagesforderungen erstreckt, denn die konkrete Stellungnahme des Reformismus und Zentrismus zu Reformen und zu Massenaktionen für Reformen ist durch seine grundsätzliche Einstellung zum bürgerlichen Staat und zur kapitalistischen Wirtschaft mitbestimmt. Aber während Reformismus und Zentrismus in den *grundsätzlichen Fragen* ihren Gegensatz zum Kommunismus *offen aussprechen*, spielen sie sich gerade als Anhänger des Kampfes um Reformen auf und sie verdanken ihren Anhang eben dem Umstand, daß ihre Anhänger *glauben*, ihre Parteien wollen und können um Reformen kämpfen, und daß der Wille zum Kampf um Reformen bei den Arbeiteranhängern dieser Parteien mehr oder minder vorhanden ist, auch dann, wenn sie noch nicht bereit sind, um die Macht zu kämpfen und glauben, die Macht sei allein durch eine Reihe von Reformen zu erreichen. Die Aufforderung der KP an die reformistischen und zentristischen Organisationen zu gemeinsamen Aktionen um die oder jene Tagesforderung kann, je nach den konkreten Umständen, den Erfolg haben, solche Aktionen zustandezubringen oder nicht. In beiden Fällen nutzt das der Arbeiterklasse im allgemeinen und der KP im besonderen. Im ersteren Falle ist die KP die *Initiatorin* der Aktion und diejenige, die sie am energischsten führt. Im letzteren Fall enthüllt sich den Arbeitern auf *Grund ihrer eigenen Erfahrung*, wie es mit dem Willen des Reformismus und Zentrismus, um Reformen zu kämpfen, wirklich bestellt ist. Im ersten Fall ist die Aktion eine Schule des Kommunismus, indem sie die *Grenzen* des Kampfes um Reformen und die Notwendigkeit, darüber hinauszugehen, den daran beteiligten Arbeitern praktisch aufzeigt, im zweiten Fall ist das Nichtzustandekommen der Aktion durch die Schuld des Reformismus die Lehre.

Als die allgemeine Voraussetzung der Einheitsfronttaktik aber ergibt sich der Umstand, daß trotz *getrennter Organisationen* und entgegengesetzter Grundsätze die *Einheit der Aktion* der Arbeiterklasse durchgesetzt werden soll. Daher bildet den Kern der Einheitsfronttaktik, daß man sich an die *Organisationen* wendet, die *vorgeben*, für Reformen usw. zu kämpfen und deren Anhänger dies glauben und die selber diesen Kampf *wollen*.

Wer sich aber an *Organisationen* wenden will, muß sich nicht nur an deren Mitglieder, sondern auch an die von ihnen gewählten *Führungen* wenden.

Sieht man jedoch *grundsätzlich* davon ab, sich an *Organisationen* zu wenden (und das bedeutet die grundsätzliche Ablehnung der Wendung an ihre Führungen), so

bleibt vom Wesen der Taktik der Einheitsfront nichts mehr übrig. Sie wird aufgehoben. Darum bedeutet die »Taktik der Einheitsfront von unten« tatsächlich die Aufgabe dieser Taktik.

Eine Wendung an die Arbeitermassen ohne Berücksichtigung ihrer Organisationen ist aber nur dann und dort richtig, wo die Organisiertheit der Arbeiterklasse keine erhebliche Rolle spielt, oder die kommunistische Organisation bereits die ausschlaggebenden sind.

In Deutschland und in einer Reihe anderer kapitalistischer Länder ist aber die Organisiertheit der Arbeiterklasse eine Tatsache von ausschlaggebender Bedeutung. Aber gibt es nicht verschiedene Formen der Einheitsfronttaktik? Gewiß. Aber die Nichtberücksichtigung der Organisationen ist überhaupt keine Form der Einheitsfronttaktik.

Um was kann es sich also bei den verschiedenen Formen der Taktik der Einheitsfronttaktik handeln?

Offenbar um die Stufe der Organisationen, an die man sich wendet. Ob es die untersten, die mittleren oder die obersten Spitzen der Organisationen sind.

Was hier im gegebenen Falle das zweckmäßigste, d. h. das wirksamste ist, das hängt jeweils von den gegebenen Umständen ab. Nehmen wir einen bestimmten Fall — die Panzerkreuzerbewilligung. Es hätte selbstverständlich keinen Sinn, sich an den Parteivorstand der SPD mit einer Aufforderung zu wenden, eine Kampagne gegen den Panzerkreuzer mitzumachen, wo dieser Parteivorstand den Ministern erlaubt hatte, für den Panzerkreuzer zu stimmen. Wohl aber hatte es in diesem Fall einen guten Sinn, sich an den Landesvorstand Sachsen zu wenden, nachdem dieser sich in einer Resolution scharf gegen die Politik der Parteileitung gewandt hatte, und diesen Landesvorstand und durch ihn die Landesorganisation vor die Frage gemeinsamer Aktion gegen Panzerkreuzerbau zu stellen. Oder die Leitung des ADGB. Sie hat sich auf dem Papier für den Siebensturentag erklärt. Ihn da vor die Frage der Aktion für den Siebensturentag zu stellen, wäre in diesem Fall vollständig richtig und zweckmäßig.

Ein Schema läßt sich hier nicht aufstellen. Die konkreten Umstände, der Zweck, die vorauszuhende Wirkung sind hier das Entscheidende.

Antifaschistisches Kampfprogramm

August Thalheimer am 14. und 15. Februar 1931
(Arbeiterpolitik)

I.

Jedem Arbeiter, der nicht in den Parlamentsaktionen den Nabel der Welt sieht, muß heute klar sein, daß der Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen samt ihrem kleineren Anhang, d.h. des faschistischen Blockes, aus dem Reichstag eine *Verschärfung der außerparlamentarischen Angriffe der Faschisten gegen die Arbeiterklasse* und ihre Organisationen ankündigt, weil er eine Verschärfung des Kampfes des Faschismus um die Staatsmacht bedeutet. Um den entscheidenden Schlag zu führen, der den Faschisten die Staatsmacht in die Hand gibt, muß für sie eine Vorbedingung sein: die mehr oder weniger weitgehende Zerstümmerung der *Arbeiterorganisationen*.

Daher haben die Faschisten ihre Terroraktionen gegen die Arbeiterschaft verstärkt und sie werden sie noch gewaltig weiter verstärken, wenn die Arbeiterschaft nicht rechtzeitig und wirksam zur Gegenwehr greift. Damit die Gegenwehr wirksam ist, muß eine Grundbedingung erfüllt werden — die Herstellung der *Einheitsfront und Geschlossenheit für den Kampf* und im Kampf. Bei der organisatorischen Zersplitterung und Zerrissenheit der Arbeiterschaft, die sich natürlich am schroffsten ausdrückt in den Spitzen der Arbeiterorganisationen, kann diese Einheit der Aktion nur von unten her, durch die Initiative der Arbeiter selbst und von örtlichen Ausgangspunkten her geschaffen werden.

Für die einheitliche Aktion gegen den Faschismus ist aber ein *einheitliches antifaschistisches Kampfprogramm notwendig*.

Ein solches antifaschistisches Kampfprogramm kann jedoch nicht darin bestehen, daß versucht wird, die rein kommunistischen Ansichten und Forderungen für den Kampf gegen den Faschismus den Arbeitern aufzuoktroieren, die noch nicht Kommunisten sind. Ein solcher Versuch ist naturgemäß zum Scheitern verdammt. Er könnte nur die Arbeiter um sich sammeln, die bereits überzeugte Kommunisten sind, oder mit dem Kommunismus soweit sympathisieren, daß sie seinen Zielen und Grundsätzen zustimmen, auch ohne noch kommunistisch organisiert zu sein. Aber die Arbeiterschaft kann mit der einheitlichen Aktion nicht solange warten, bis die gesamte Arbeiterschaft sich auf den Boden des

Kommunismus gestellt hat —, denn die Faschisten warten nicht solange mit ihren Terroraktionen und ihrer politischen Propaganda und Agitation.

Ein antifaschistisches Kampfprogramm hat nur dann Aussicht, die Arbeiterschaft in ihrem ganzen Umfang über die Parteigrenzen hinweg zur Aktion zu vereinigen, wenn es dem Bedürfnis und dem bereits erreichten Verständnis des Gros der Arbeiterschaft entspricht. Es muß also ein Programm von Tagesforderungen oder Übergangslösungen sein, die Formulierung der einfachsten und dringendsten Bedürfnisse der Arbeiterschaft und der Mittelschichten.

Sollen also die Kommunisten dabei auf ihre eigenen Einsichten und ihren eigenen Standpunkt verzichten? Keineswegs! Sie sollen und müssen als Kommunisten ihre revolutionäre Propaganda in die Bewegung hineinbringen, aber sie können sie nicht zum *Ausgangspunkt* und zur *Vorbedingung* der gemeinsamen Aktion machen, weil so eine einheitliche Aktion nicht zustandekommen kann. Sie dürfen nicht das vorwegnehmen und zur Bedingung stellen, was erst das *Ergebnis* der Aktion und die *Frucht der gemeinsamen Kampferfahrung der Arbeiter* sein kann.

Die Grundlage eines antifaschistischen Kampfprogramms, das zur Aktion der Massen führt, müssen die dringendsten wirtschaftlichen und politischen Interessen dieser Massen sein, in erster Linie der Arbeiterklasse, aber auch der übrigen Werktätigen in Stadt und Land, der sogenannten Mittelschichten. Um der Demagogie der Faschisten den Boden zu entziehen, dazu ist die rücksichtslose entschlossene Vertretung der Masseninteressen notwendig, und dies erfordert zugleich den schärfsten Kampf gegen die Brüning-Regierung und ihr erzkapitalistisches Programm der Ausplünderung der Werktätigen, der sozialen Reaktion, der Begünstigung der Großindustriellen und Großgrundbesitzer, der imperialistischen Aufrüstung, der Verkrüppelung und des Raubs der demokratischen Rechte der Werktätigen, ebenso wie gegen das scheinrevolutionär verkleidete in Wahrheit aber ebenso erzkapitalistische Programm der Faschisten.

Ein antifaschistisches Kampfprogramm muß also ein rücksichtslos antikapitalistisches Kampfprogramm sein. Es muß ein *proletarisches* Kampfprogramm sein, das zugleich die wirklichen Interessen der Mittelschichten vom proletarischen Gesichtspunkt aus vertritt und so den Kampf der Mittelschichten mit dem der Arbeiterklasse verbindet. Und es kann sich dabei nicht nur und nicht in erster Linie um ein parlamentarisches Aktionsprogramm handeln, sondern vor allem um ein Aktionsprogramm für die außerparlamentarische Massenaktion. Denn der Schwerpunkt des faschistischen Gegners lag von vornherein nicht im Parlament, sondern außerhalb, und wenn durch irgend etwas, so wird dies durch den Auszug des faschistischen Blocks aus dem Reichstag unterstrichen. Aber die Aktion der Arbeiterklasse muß natürlich auch die parlamentarische Aktion einschließen und diese muß die augenblickliche Lage berücksichtigen, die im Reichstag durch den Auszug des faschistischen Blocks entstanden ist —, wodurch, solange dieser

Auszug andauert, Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen gegenüber den anderen Parteien eine Stimmenmehrheit im Reichstag haben. Es gilt, in der kommunistischen wie in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft das Verständnis dafür zu wecken, damit sie ihre parlamentarischen Vertretungen vor diese Frage stellen.

Es handelt sich selbstverständlich nicht darum, daß irgend eine Seite der Arbeiterschaft ein solches Kampfprogramm aufoktroiert. Die Kommunistische Opposition ergreift hier die Initiative, weil niemand außer ihr sich dieser Sache angenommen hat, die ein dringendes Bedürfnis der gesamten Arbeiterklasse ist, um es vor die Arbeiterschaft zu bringen, zur Diskussion zu stellen und die gemeinsame Aktion dafür zu fördern.

II.

Ein *Aktionsprogramm* für den gemeinsamen geschlossenen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, das ihr zugleich ein Bündnis mit den Mittelschichten sichert, ist ein dringendes Bedürfnis.

Sein Hauptinhalt ist dadurch bestimmt, daß es zur Aufgabe hat, den dringendsten wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu entsprechen, dem Angriff auf die proletarischen Interessen durch die Brüning-Regierung und der faschistischen Damagogie und dem faschistischen Terror zu begegnen und die breitesten Arbeitermassen ohne Parteiunterschied zum Kampf gegen den Faschismus und gegen den Kapitalangriff zusammenzufassen.

Im folgenden heben wir die wichtigsten Gesichtspunkte hervor, die für ein antifaschistisches Kampfprogramm wesentlich sind:

1. Dem kapitalistischen Finanzprogramm Brünings, das die Besitzenden entlastet und die Werktätigen belastet, muß ein proletarisches Finanzprogramm entgegengestellt werden, das auf dem umgekehrten Grundsatz beruht: Abwälzung der Lasten der Krise und des Young-Plans auf die Besitzenden. Steuerliche Entlastung der Werktätigen, der Arbeiter, Angestellten, der Kleinbauern, der städtischen Mittelschichten.

Dem antiproletarischen Sparprogramm Brünings läßt sich leicht ein antikapitalistisches Sparprogramm entgegenstellen, wenn man sich an die riesigen Subventionen für Großindustrie und Großgrundbesitz hält, die Ausgaben für die staatlichen Unterdrückungs- und Volksverdummungsorgane (Kirche) streicht, wenn man alle Gehälter über eine bestimmte Summe, etwa 600 Mark monatlich, streicht usw. Dem riesenhaften Steuerbetrag der Besitzenden, der immer frecher in die Halme geschossen ist, muß durch Offenlegung der Steuerlisten und organisierte Kontrolle der Werktätigen begegnet werden. Für die dringendsten

Ausgaben zugunsten der Werktätigen muß den Besitzenden eine Zwangsanleihe in dem notwendigen Umfang auferlegt werden. Für die Brüning-Regierung und die sie unterstützenden Parteien ist es kennzeichnend, daß hier niemand auch nur daran zu denken wagt, daß man die Steuern auf die Besitzenden erhöhen kann. Vom Gesichtspunkt der Werktätigen ist das aber der einzige und gebotene Weg.

2. Im Kampf gegen die *Arbeitslosigkeit* muß in den Mittelpunkt gestellt werden die Forderung der 10-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, und zwar nicht nur als Forderung an die einzelnen Unternehmer, sondern als Forderung an den Staat, der die vierzigstündige Arbeitswoche als Höchstarbeitszeit gesetzlich festzulegen hat. Selbstverständlich muß gekämpft werden für die Beseitigung aller bisherigen Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung, für die volle Unterstützung der Erwerbslosen während der ganzen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit, ohne Karenzzeit und Bedürftigkeitsprüfung. Für die *Arbeitsbeschaffung* müssen zwei Hauptwege ins Auge gefaßt werden: der großzügige Bau von Arbeiterwohnungen aus Staatsmitteln und umfassende staatliche Kredite an die Sowjetunion zur Förderung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, zur Ermöglichung von Aufträgen an die deutsche Industrie.

3. Um den Kampf gegen den *Lohnabbau* wirksam zu fahren, gilt es vor allem die Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf die Schonung kapitalistischer Profitinteressen und ohne Rücksicht auf den Bestand der Brüning-Regierung, mit ihrem vollen Gewicht als politische Macht gegen das Programm der Brüning-Regierung und den Lohnabbau einzusetzen. Die Gewerkschaften müssen planmäßig den politischen Massenstreik zu diesem Zweck vorbereiten.

4. Gleichzeitig gilt es, den Kampf zu führen um die Interessen der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt als Konsumenten: gegen den industriellen *Preiswucher der kapitalistischen Kartelle, Syndikate und Trusts*, wie gegen den agrarischen Preiswucher der Junker und Großbauern. Beide Erscheinungen verschärfen und verlängern die Wirtschaftskrise zu Lasten der Werktätigen.

Alle Kartellverordnungen des bürgerlichen Staates krümmen dem Preiswucher der Kartelle kein Haar. Eine Wirkung ist hier nur zu erzielen durch direktes Eingreifen der Organe der Arbeiterklasse, von Preiskontrollkommissionen, die von Arbeitern und Angestellten gebildet und an denen Vertreter der Kleinhändler, Handwerker, Kleinbauern beteiligt werden.

Der Kampf gegen den *Agrarwucher* erfordert vor allem die völlige Niederlegung der Mauern der Agrarzölle, der staatlichen Subventionen und Kredite an den Großgrundbesitz. Die junkerlichen und großbäuerlichen Betriebe, die dabei zugrunde gehen, soll der Staat beschlagnahmen und Landarbeiter-Genossenschaften und Kleinbauern zur Nutznießung zur Verfügung stellen.

5. Den *kleinbäuerlichen Betrieben* ist eine Erleichterung zu schaffen durch Schuldenerlaß, Steuerbefreiung, staatliche Kredithilfe, wofür die Kleinbauern sich selbständig, das heißt unabhängig von den Großgrundbesitzern und Großbauern, organisieren müssen. Letzten Endes ist den kleinbäuerlichen Betrieben im bürgerlichen Staate nicht entscheidend zu helfen. Was sie brauchen, um aus ihrer ausweglosen Lage herauszukommen, das ist die Enteignung des ganzen Großgrundbesitzes und staatliche Hilfe (langfristige Kredite und landwirtschaftliche Maschinen), damit sie auf genossenschaftlichem Wege zur Großproduktion übergehen können, die sie allein befähigt, der überseeischen Konkurrenz standzuhalten. Das aber kann ihnen nur ein solcher Staat geben, in dem die Arbeiter und Kleinbauern die Herrschaft ausüben.

6. Die Lage der *städtischen Mittelschichten* muß erleichtert werden durch Schuldennachlässe, durch Steuererleichterungen, durch Verbilligung der Lebensmittel. Letzten Endes hilft auch ihnen nur die Beschreitung des Weges des genossenschaftlichen Zusammenschlusses mit Unterstützung einer proletarischen Staatsgewalt.

7. Es gilt zu kämpfen gegen die *Kulturreaktion*. Alle staatliche Zensur über Rundfunk, Film, Presse, Literatur, Theater muß aufgehoben werden. Das Schulwesen muß auf Grundlage der Produktionsschule ausgebaut werden. Lehrmittel und Verpflegung in der Schule müssen unentgeltlich sein. Das Schulgeld muß abgeschafft werden. Die Verlängerung der Schulzeit muß so erfolgen, daß die Eltern dadurch nicht belastet werden, daß die Schüler für die Produktion gehörig vorbereitet werden.

8. Gegen die *nationalistische Demagogie der Faschisten* und die neuimperialistische Politik der Brüning-Regierung gilt es zu kämpfen vom Standpunkt des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse, gegen Imperialismus und Militarismus, gegen den eigenen, wie gegen den auswärtigen Imperialismus, wobei der Kampf gegen den eigenen im Vordergrund stehen muß. Daher: für die Beseitigung des Versailler Vertrages und des Youngplanes, für die Anullierung aller Kriegsschulden durch die internationale revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse.

Für die Verteidigung der Sowjetunion. Gegen ein deutsch-französisches imperialistisches Bündnis, das sich nur als konterrevolutionäres Militärbündnis gegen die Sowjetunion verwirklichen könnte. Gegen die militärische Aufrüstung Deutschlands. Ablehnung aller Militärforderungen des bürgerlichen Staates.

9. Die dringendsten Maßregeln zur Abwehr der faschistischen Demagogie und des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse sind die sofortige Auflösung aller faschistischen und reaktionären Wehrverbände, sowie die Auflösung der

Nationalsozialistischen Mörderpartei, die ihre Grundlagen und Stütze bildet. Gleichzeitig müssen alle gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus hemmen, fallen: das Verbot des RFB, der Antifa, das Republikschutzgesetz, die Demonstrationsverbote.

Die Arbeiterschaft muß sich in antifaschistischen Kartellen zum politischen Kampf gegen den Kapitalsangriff und in überparteilichen proletarischen Klassenwehren zur physischen Abwehr des faschistischen Terrors zusammenschließen. Zu diesem Zusammenschluß müssen die Arbeiter, welchen Organisationen sie auch angehören, an jedem Orte die Initiative ergreifen, und sie müssen die Führung aus ihrer Mitte wählen.

10. Der *staatliche Apparat* muß von faschistischen Elementen gereinigt werden. Es wäre aber eine schwere Illusion, sich dabei auf die staatlichen Behörden zu verlassen. Die Arbeiter müssen in ihren antifaschistischen Organisationen die Ermittlung der faschistischen Elemente im Staatsapparat selbst in die Hand nehmen und den Kampf für ihre Beseitigung selbst durchführen.

Dies sind nur die wichtigsten Gesichtspunkte, noch nicht alle Einzelheiten, die für die Aufstellung eines antifaschistischen Kampfprogramms in Betracht kommen. Die weiteren Einzelheiten werden in den nächsten Tagen von uns veröffentlicht werden. Das Entscheidende dabei ist, daß diese Fragen in allen Arbeiterorganisationen und unter den parteilosen Arbeitern in allen Betrieben und auf den Stempelstellen zur Diskussion gestellt werden, und daß in kürzester Frist von der Diskussion zur Verwirklichung, zum Kampf gegen den Faschismus auf einer gemeinsamen Grundlage, die alle Arbeiter zu umfassen imstande ist, übergegangen wird.

Wie wird die Einheitsfront organisiert?

(anonym) am 21. November 1931
(Arbeiterpolitik)

Die SPD erklärt, Einheitsfront gegen den Faschismus, aber nicht gegen die Brüning-Regierung!

Die KPD erklärt, Einheitsfront nur gegen Brüning und den Faschismus zugleich. Darauf antwortet die SPD: also will die KPD keine Einheitsfront.

Die KPD antwortet: also ist die Sozialdemokratie der Hauptfeind in der Arbeiterklasse.

Und die SAP erklärt: kommt alle in die SAP und baut den »Haß« ab — so wird die Einheitsfront.

Entscheidend ist das Zusammengehen kommunistischer und sozialdemokratischer und sozialdemokratischer Arbeiter gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Regierung, gegen den Unternehmerangriff. Wie kommt man dazu? Nur, indem man sie einzeln auffordert, wenn auch noch mit dem sozialdemokratischen Parteibuch in der Tasche, sich der Einheitsfront gegen diese Gegner anzuschließen?

Diesen Standpunkt nimmt heute die KPD ein. Die KPD hat in diesen Fragen unter der Einwirkung der Kritik der KPD-O und angesichts der Tatsache, daß sie auf dem bisherigen Wege keine wesentlichen Erfolge erzielt hat, sich in einer Reihe von Punkten korrigiert.

Sie lehnte es geraume Zeit als opportunistisch ab, Tagesforderungen zum Gegenstand der Massenagitation für die Einheitsfront zu machen. Sie sah sich jetzt gezwungen, Tagesforderungen für diesen Zweck aufzustellen.

Sie warf sozialdemokratische Führer und Arbeiter unter dem Titel Sozialfaschisten in einen Topf und erklärte den Sozialfaschismus für den Hauptfeind. Sie unterscheidet jetzt zwischen sozialdemokratischen Führern und Arbeitern und zwischen Sozialfaschismus und wirklichem Faschismus. Sie versuchte vergebens durch die RGO und die roten Gewerkschaftsverbände, die Gewerkschaften zu ersetzen und Streiks zu organisieren. Es beginnt ihr jetzt zu dämmern, daß man die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht einfach links liegen lassen darf, und daß es aussichtslos ist, sie in ihrer großen Masse in die RGO und die roten Verbände hineinzubekommen. Aber sie weiß noch keinen positiven Ausweg aus

dieser Klemme. All diese Teilkorrekturen geschahen unter der Wirkung der Kritik der kommunistischen Opposition und der damit übereinstimmenden Kritik der Tatsachen.

Die Hauptsache aber, die die KPD hindert, mit Erfolg Einheitsfrontpolitik zu machen, ist geblieben. Worin besteht sie? In der für die deutsche Arbeiterbewegung grundlegenden Tatsache, daß die Kerntuppen der deutschen Arbeiterschaft *organisiert* sind in politischen, gewerkschaftlichen und anderen Organisationen. Daraus folgt aber, daß man, um den einzelnen nicht-kommunistischen Arbeiter zu erreichen, sich an ihn *nicht nur* als einzelnen wenden darf, sondern daß man sich zugleich an *seine Organisationen* wenden muß.

Kein Kommunist erwartet, daß der sozialdemokratische Parteivorstand *heute* bereit ist, gegen die Brüning-Regierung zu kämpfen. Aber viele sozialdemokratische Arbeiter geben sich leider noch dieser Illusion hin. Oder aber, sie haben diese Illusion vielleicht schon nicht mehr, aber sie sind noch nicht bereit, sich von ihrer Organisation zu trennen. Wie überzeugt man diese Arbeiter, die *für sich genommen* kampfbereit sind? Indem man ihre Organisationen, Spitzen und Mitglieder vor die einzelnen Kampfesfragen stellt. Die Antworten, die gegeben werden, sind politische *Tatsachen*. Tatsachen aber haben eine viel größere Beweiskraft als bloße Propaganda (die deshalb nicht unterbleiben darf).

Dabei muß weiter beobachtet werden, daß zentrale, bezirkliche, örtliche Organisationen nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen. Je weiter es organisatorisch nach unten geht, um so stärker der Druck der Arbeiter.

Das zeigen die Tatsachen. Soweit z.B. überparteiliche Wehrorganisationen zustande gekommen sind, geschah das *örtlich*. Solche örtlichen Zusammenschlüsse genügen natürlich nicht. Aber sie sind der natürliche *Anfang*. Solche Anfänge auf dem Gebiet der physischen Abwehr des faschistischen Terrors gibt es schon mannigfach. Sie müssen ausgebaut werden. Man muß diese Zusammenschlüsse *räumlich* ausdehnen. Und man muß, wenn der kartellmäßige Zusammenschluß erreicht ist, zu noch engeren Formen des Zusammenschlusses übergehen — solchen Formen, die der Notwendigkeit einheitlicher, zentralisierter Abwehr am besten entsprechen.

Auf dem Gebiet des politischen und wirtschaftlichen Kampfes bleibt aber hier noch so gut wie alles zu tun. Lokale antifaschistische Kartelle der Arbeiterorganisationen gibt es erst an einigen wenigen Orten.

Am allermeisten im Rückstand ist der Zusammenschluß auf gewerkschaftlichem Gebiet. Der Fortschritt hängt hier davon ab, daß die Mitglieder der RGO und der Roten Verbände ebenso wie die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter verstehen, daß sie *als Organisationen* gegen den Unternehmerangriff zusammenwirken müssen.

Die Verwirrung der KPD-Führung äußert sich darin, daß sie, statt die Wirkung auf die Leitungen und die Mitglieder der nichtkommunistischen Organisationen zu wirklicher Einheitsfronttaktik zu *kombinieren*, zwischen dem einen und dem anderen, d. h. zwischen ultralinken und ultraopportunistischen Methoden hin- und herlaufen. Einmal die Wendung nur an die Mitglieder, ohne ihre Organisationen zu beachten. Ein andermal getrennte Verhandlungen mit den Spitzen, ohne die Mitglieder zu beachten. So jetzt im Falle der SPD, so früher im Falle der SAPD.

Solange diese Einsicht der Führung der KPD verschlossen bleibt, solange wird sie bei der wirklichen Organisation der Einheitsfront ausgeschaltet sein.

Inzwischen aber steht die Welt nicht still. Die Aufgabe muß gelöst werden. Die KPD-O hat hierbei die Aufgabe übernommen, die dem Kommunismus zufällt. Sie kann sie nicht allein lösen. Jeder Arbeiter, gehört er der KPD, der SPD, der SAP an, der das Ziel will, muß mit der KPD-O auf diesem Wege, der durch die Tatsachen als richtig bestätigt wird, arbeiten.

Die Einheitsfront gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Regierung, gegen den Unternehmerangriff muß Schritt für Schritt, Stein um Stein, *organisiert* werden.

Einheitsfront und kommunistische Führung

August Thalheimer am 8. Januar 1932
(Arbeiterpolitik)

Richtiges Ziel — Falscher Weg

Je brennender die faschistische Gefahr, je brutaler die Unternehmerangriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft werden, und je klarer es wird, daß die von der SPD genährte Hoffnung auf die vermeintlichen bürgerlichen Bundesgenossen gegen den Faschismus ein Trug ist, um so mächtiger wird der Drang nach Herstellung einer geschlossenen proletarischen Klassenfront gegen den Faschismus. Der Verwirklichung stellen sich aber als stärkste Hemmnisse die Bürokratie der SPD und der KPD entgegen. Die der SPD, weil sie weiß, daß die einmal entfesselte Aktion der Massen den Rahmen der sozialdemokratischen Politik sprengen müßte und weil sie die revolutionäre Aktion haßt wie die Pest. Die Bürokratie der KPD tut dies aus anderen Gründen. Sie erklärt: eine Einheitsfront gegen den Faschismus ist nur unter kommunistischer Führung möglich. Und deshalb bedeutet für sie die Einheitsfront nur die Sammlung aller Arbeiter, die heute schon bereit sind, der Führung der KPD zu folgen. Das ist es, was unter dem Namen der »Roten Einheitsfront« proklamiert wird. Die Tatsachen zeigen, daß die KPD auf diesem Wege nicht imstande ist, wirklich die ganze Arbeiterschaft, die bereit ist, gegen den Faschismus und den Unternehmerangriff zu kämpfen, zusammenzufassen. Es kommt so nichts weiter zustande, als die kommunistische Parteifront samt der Peripherie der mit der KPD Sympathisierenden. Demgegenüber baut die SPD ihre Parteifront auf, die »Eiserne Front«. Der Riß in der Arbeiterklasse aber bleibt. Die proletarische Klassenfront kommt nicht zustande. Ihr Zustandekommen ist aber so dringend, daß mehr und mehr die Arbeiter von unten auf über die Köpfe der Instanzen der KPD wie der SPD hinweg, ihrem gesunden Klassenkampf folgend, wenigstens in lokalem Rahmen die breite proletarische Klassenfront durch Zusammenfassung der bestehenden proletarischen Organisationen für den Kampf gegen den Faschismus zu verwirklichen beginnen. Dem aber treten nicht nur die Instanzen der SPD mit allerlei faulen Manövern, sondern auch die der KPD mit scheinrevolutionären Gründen gegenüber, um zu verhindern, daß diese gesunde Bewegung von unten weiter um sich greift. Das, was die Arbeiter tun, darunter mehr und mehr auch Mitglieder

und untere Funktionäre der KPD, wird als »Opportunismus, Brandlerismus« und was sonst noch bezeichnet, um abzuschrecken und zu verwirren.

Deshalb ist es notwendig, die heillose Verwirrung, die eben die Instanzen der KPD in dieser Frage geschaffen haben, zu entwirren und zu zeigen, wo hier der grundlegende Fehler, der entscheidende Verstoß gegen eine wirklich kommunistische Taktik liegt.

Der Fehler liegt darin, daß zu einem richtigen Ziel ein falscher Weg eingeschlagen wird, ein Weg, der diesem Ziele nicht zuführt, sondern es verfehlen läßt. Was ist dieses richtige Ziel? Es ist die Führung der Mehrheit, das Gros der Arbeiterklasse, durch die Kommunistische Partei, was gleichbedeutend ist mit der Ausschaltung des reformistischen Einflusses in der Arbeiterklasse. Ohne kommunistische Führung, ohne Vernichtung des reformistischen Einflusses kein Sieg der Arbeiterklasse, keine *endgültige* Niederwerfung des Faschismus, kein sozialistischer Ausweg aus der Wirtschaftskrise.

Aber wie kann die Kommunistische Partei diese Führung erobern? Das ist die Frage, die die Instanzen der KPD in katastrophal falscher Weise beantworten. In einer Weise, die nicht neu ist. Die Ruth Fischer-Maslow glauben, es genüge, jeden Tag unablässig zu rufen: Die KPD ist die einzige Arbeiterpartei. Aber das genügt nicht. Es ist Kinderei, es damit schaffen zu wollen. Die KPD wird die Führung nur dann gewinnen, wenn sie sich im alltäglichen Kampf der Arbeiter als Führung *wirklich bewährt*, d. h. ebenso mutig wie klug ihr Klasseninteresse vertritt. Das sprach der »Offene Brief«, mit dem die Exekutive der KPD das bankrott gewordene ultralinke Regiment der Maslow-Ruth Fischer beendete, unumwunden aus.

Wie steht es heute? Die KPD-Instanzen erklären: unterstellt euch der kommunistischen Führung, so seid ihr willkommen in der »roten Einheitsfront«. Die kommunistische »Führung« kommt so *scheinbar* zustande, in Wirklichkeit aber nicht, denn es kommt so keine Vereinigung von kommunistischen oder mit dem Kommunismus bereits sympathisierenden mit noch nicht kommunistischen Arbeitern zustande. Die kommunistische Führung führt die Kommunisten und ihren Umkreis, sonst aber nichts! Kommunistische Führung bleibt auf der einen, die Masse der Arbeiterklasse auf der anderen Seite.

Und so kommt es auch nicht zu wirklichen Massenaktionen, die kommunistisch geführt werden, sondern zu ohnmächtigen Parteiaktionen, die künstlich aufgebauscht werden müssen, um als etwas zu erscheinen, deren wirkliche Ohnmacht aber bewiesen wird durch das unablässig fortschreitende Wachstum des Klassenfeindes, des Faschismus.

Wollt ihr den Kampf gegen den Faschismus nur dann führen, wenn die Mehrzahl der Arbeiter kommunistisch ist oder sich von vornherein kommunistischer

Führung unterstellt, so kommt ihr nicht nur zu spät — ihr werdet auf diesem Wege niemals ans Ziel kommen.

Wenn die Mehrheit der Arbeiter schon bereit wäre, der kommunistischen Fahne zu folgen, sich für den Kommunismus zu erklären, so brauchte es keiner »Einheitsfront« mehr — weder einer »roten« noch einer andersfarbigen.

Die Einheitsfront ist eben deswegen notwendig, weil die KPD erst eine *Minderheit der Arbeiterklasse* beeinflusst, zum Kampf gegen den Faschismus aber auch große Massen von Arbeitern bereit sind, die noch organisatorisch mit dem Reformismus verbunden sind und sicher zum Teil auch noch reformistische Auffassungen haben.

Aber wie kommt so die kommunistische Führung zustande? Sie kann nicht am Anfang stehen, sondern am Ende. Sie wird zustande kommen, wenn die Aktionen breiter Massen überhaupt erst einmal in Gang gebracht sind und wenn in diesen Aktionen allein die Kommunisten sich als die wirklichen, aufrichtigen, entschlossenen und erfahrenen Führer bewähren. Kurz: das Vertrauen zur kommunistischen Führung wird nicht erworben, indem es *beansprucht* wird, sondern indem es in der Aktion *erworben* wird. Das Vertrauen zur kommunistischen Führung kann keine *Voraussetzung* der Massenaktion sein — denn so wird es nicht zur Massenaktion kommen — es wird Begleiterscheinung und Folge der Massenaktion sein — wenn die kommunistische Partei richtig zu führen versteht.

Wenn »Rote Einheitsfront« bedeutet eine kommunistisch geführte Einheitsfront, so wird sie nur auf diesem, von der kommunistischen Opposition seit Jahr und Tag vertretenen Wege zustande kommen. Auf dem Wege, den die Instanzen der KPD bisher eingeschlagen haben und den sie jetzt gegen die sich mehrende bessere Einsicht der Mitglieder mit *scheinkommunistischen* Gründen verteidigen, *kommt überhaupt keine Einheitsfront zustande*, daher auch keine »Rote Einheitsfront«, sondern nur ein falscher, trügerischer Schein davon.

Und setzen die kommunistischen Parteimitglieder nicht alles daran, um den schon morschen Unsinn, der von oben her mit aller Gewalt festgehalten werden soll, bald und vollständig abzudrehen, so kann das Ergebnis nur die Niederlage der KPD und der deutschen Arbeiterbewegung sein.

Berichte und Notizen

19. April 1930, Gegen den Strom, Nr. 16

Ein antifaschistisches Komitee in Berlin-Mahlsdorf

Wir empfehlen den nachfolgenden Bericht der besonderen Aufmerksamkeit unserer Genossen. Er zeigt, daß die Bewegung zur Bildung von antifaschistischen Komitees oder Kartellen, die von Schlesien ausging, *zeitgemäß* ist. Er zeigt auch die *Hindernisse*, die die Taktik der KPD der Bildung der antifaschistischen Einheitsfront in den Weg stellt. Die KPD-O muß diese Bewegung auch mit aller Energie weiterführen. Die Bewegung hat zuerst in Berliner Vororten eingesetzt, weil hier die Faschisten schon frecher auftreten, als sie in Berlin selbst noch wagen können. Aber was jetzt in den Vororten Berlins sich abspielt, ist ein Anzeichen dafür, was auch in den großen Industriezentren kommen wird.

(Red. »Gegen den Strom.«)

Die Nationalsozialisten hatten am 25. März in Berlin-Mahlsdorf eine von 300 Personen besuchte öffentliche Versammlung. Um in diesem 18 000 Einwohner zählenden Arbeiterwohntort mit Wucht auftreten zu können, holten sie das Gros ihrer Mannen aus der Umgebung zusammen. Arbeiter waren nur vereinzelt in der Versammlung. Hunderte von Plakaten und Handzettel kündigten das Auftreten der Nazis an. Der Reichstagsabgeordnete Stöhr hielt ein raffiniert-demagogisches Referat.

In der Diskussion sprach Genosse *Fritz Wiest*. Die Worterteilung wurde abhängig gemacht von einer Erklärung, wie man zu der Parole der »Roten Fahne«: »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!« stehe. Erst als Genosse Wiest erklärte, daß die KPD-Opposition eine solche Parole nicht ausgegeben habe, bewilligte man 10 Minuten Redezeit. In wirkungsvoller Weise rechnete Wiest mit der Demagogie der Nazis ab, zeigte ihre Rolle als willfährige Garde des Großkapitals. Unter größter Aufmerksamkeit, trotz wiederholter Unterbrechungen des Versammlungsleiters, konnte W. 20 Minuten sprechen. Die Versammlungsleitung kochte. Jetzt sollte ein Genosse des KJV sprechen. Auch ihm wurde eine Erklärung abverlangt. Als er die Frage bejahte, schrie der Nazi-Stoßtrupp: »Mörder raus!«

Und im Augenblick war der Jugendgenosse aus dem Saale. Jetzt stürzte sich die Meute auf den Genossen Wiest. Er wurde durch den Saal gezerzt und dann blutig niedergeschlagen. Der Terror wurde demonstriert.

Die gesamte Arbeiterschaft war ob diesem Auftreten der Nazis empört. Am 27. März beschäftigte sich eine Funktionärssitzung des Industrieverbandes für das Baugewerbe mit diesem Vorfall. An die KPD, KPD-Opposition, KJV, Mieterverband, Internationaler Bund der Kriegsoffer, Rote Hilfe, Fußball- und Arbeiterturnverein wurden Einladungen zu einer Aussprache verschickt, eine öffentliche Protestversammlung als Antwort beschlossen. Alle Organisationen waren auf der ersten Sitzung vertreten. Eine Arbeitsleitung wurde zur Vorbereitung gewählt.

Im Nu waren die Bedenken der Linie gegen die Vertretung der KPD-Opposition durch den Genossen Wiest erledigt. Er wurde neben dem Vertreter des JV.f.DB. als 1. Vorsitzenden zum 2. Vorsitzenden gewählt. Den Redner sollte die KPD stellen. Er sollte den Charakter der Kundgebung berücksichtigen und ihre Walze vom »Sozialfaschismus« zu Hause lassen. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Reichsbanner, die SPD und die übrigen Arbeiterorganisationen zur Mitwirkung einzuladen. Zur 2. Sitzung erschien nur das Reichsbanner. Seine Vertreter lehnten aber wegen der KPD ihre Teilnahme ab. Natürlich blieb es auch hier dem Genossen Wiest vorbehalten, die Vertreter des Reichsbanners unter Druck zu setzen, der sich dann kameradschaftlich, aber in der Sache scharf mit ihnen auseinandersetzte. Noch im Beisein der Reichsbannervertreter kam der neue Vertreter der KPD mit einer Erklärung heraus, daß sie unter den aufgestellten Bedingungen keinen Referenten stellen könne. Die Sitzung nahm die Erklärung schweigend entgegen. Den Referenten stellt jetzt der Industrieverband. Es ist aber offensichtlich, daß diese Erklärung eine Provokation darstellen sollte, um das Komitee zu schwächen oder zum Platzen zu bringen. Das zeigte sich auch bei der Aufbringung der Mittel für die Unkosten. In der ersten Sitzung sagten die Parteivertreter zu, einen prozentualen Anteil zu zahlen. Jetzt haben sie kein Geld zur Verfügung. Aber zum Schluß sagten sie wieder zu.

Am 16. April steigt nun die öffentliche Versammlung des Antifaschistischen Komitees. Es ist ein Anfang der Sammlung der nichtfaschistischen Kräfte. Der Industrieverband und die KPD-Opposition haben das Verdienst, alles getan zu haben, was die Massenmobilisierung der Arbeiterschaft am Orte sichert. Die Parteigenossen haben sich bei der Verteilung der Flugblätter aktiv gezeigt, weil die »Linie« den Bruch zurzeit nicht wagen konnte. Unsere Gruppe hat auch alles vermieden, was den Bruch durch die Linie erbringen könnte. Unsere Vertreter gingen dabei so weit, daß sie erklärten, jede gemeinsame Aktion des Komitees auch dann mit aller Kraft zu unterstützen, wenn es ihnen nicht möglich gemacht werde, im Komitee vertreten zu sein.

Einheit marschiert

Trotz alledem und alledem — trotz Sabotage eitel bürokratischer, reformistischer Instanzen, trotz Eselsgebrülle armseliger kommunistischer Prahlhalse («Schuftige Renegaten betrügen euch, Jugendarbeiter!») vollzog sich am vergangenen Sonntag in der Nähe von *Breslau* ein *Jugendtreffen* absolut neuen Charakters: geschlossene Gruppen und Einzelmitglieder von 15 verschiedenen proletarischen Jugendorganisationen, 350 Jugendliche insgesamt, demonstrieren gegen Faschismus und Krieg und für das proletarische Jugendprogramm. Seit Jahren ist es wieder gelungen, Jungproleten, die den verschiedensten Richtungen angehören, zusammenzuführen auf *einem* Programm, von *einem* Willen beseelt an *einheitlichem* Kampfe. Diese Demonstration aus den Besten von 15 Organisationen der Arbeiterjugend hat eine lange Vorgeschichte. Sie reicht sechs Monate zurück. Die große Initiative zur Einheit der Arbeiterjugend ging von der Kommunistischen Jugend-Opposition aus. Sie machte auf die Verschärfung des Klassenkampfes, auf die Not der Jugend und die Zerrissenheit der proletarischen Front aufmerksam und stellte an die Mitglieder proletarischer Jugendorganisationen das Ansinnen, ihre gewählten Vertreter zu zwingen, sich zusammenzufinden. Spontan wurde unser Entschluß begrüßt. Allenthalben griffen die Oppositionen gegen die Instanzen unsere Jugendforderungen auf. Die erste offizielle Vertretersitzung kam zustande. Sie war zugleich die letzte. Im traulichen Bunde mit den reformistischen Vertretern der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Freien Gewerkschaftsjugend, der proletarischen Sportjugend lehnten auch die Eintagsfliegen der augenblicklichen Instanz des offiziellen Kommunistischen Jugendverbandes Jugendprogramm und einheitlichen Kampf ab. Es mußte also den Mitgliedern aller Organisationen überlassen werden, zu entscheiden, ob sie willens sind, für eine Einheitsfront der Arbeiterjugend einzutreten. Der kluge Mann baut vor! Die Reformisten nützten demagogisch die populäre Losung für das proletarische Jugendkartell für sich aus und gründeten voreilig eine Arbeitsgemeinschaft der SAJ, der Freien Gewerkschaftsjugend und der Sportjugend. Von Programm und Klassenkampf nicht die Spur einer Spur. Die Rechnung war aber ohne den Wirt gemacht. Der fortgeschrittenste Teil der Mitglieder dieser Organisationen bestimmte anders. Die Kommunistische Jugend-Opposition forderte weiterhin das allumfassende Einheitskartell. Der Ruf fand ein starkes Echo. Zur Propaganda der kämpferischen proletarischen Einheit und gegen die Machinationen der nur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bildete sich ein *Komitee*, dem ein Teil der Mitglieder der aufgezählten Organisationen angehört. Dieses *Einheitskomitee* rief nun zu einem Jugendtreffen auf, das am vergangenen Sonntag in der Nähe von *Breslau*, in *Zettelbusch*, stattfand. Die reformistischen

Instanzen hatten längst die Kraft, die hinter dem Einheitskomitee steht, zu spüren bekommen. Ein wüstes Kesseltreiben begann deshalb gegen das Komitee im allgemeinen und gegen die Kommunistische Jugend-Opposition im besonderen. Den Teilnehmern und Gästen am Jugendtreffen wurde mit Ausschluß aus ihren Organisationen gedroht. Verschiedene gewerkschaftliche Jugendsektionen verlegten ihr Jugendtreffen auf den 18. Mai, um unserem Jugendtreffen Abbruch zu tun. In der Arbeiterradfahrerjugend setzte ein starker Meinungsterror ein. Die Leitung der Jungsozialisten schoß den Vogel ab: sie setzte zunächst auf den gleichen Termin eine Autofahrt fest, die aber wegen mangelnder Beteiligung abgesagt werden mußte. In der Generalmitgliederversammlung des offiziellen Kommunistischen Jugendverbandes kam es zu ernststen Auseinandersetzungen. Trotz erheblicher Widerstände wurde beschlossen, jeden zu maßregeln, der am Jugendtreffen des Einheitskomitees teilnehme. Ein übles Hetzflugblatt wurde am Tage unseres Treffens von den offiziellen Kommunisten verbreitet — mit dem Erfolg, daß der Jugendverband sich vor allen vollends lächerlich machte. Das alles wurde zu einer Reklame wider Willen für das Jugendtreffen des Einheitskomitees. Auf drei Lastautos mit Anhängern fuhren am 18. Mai 350 Jungarbeiter nach Zettelbusch, um für den Gedanken der proletarischen Einheit zu werben...

Ungeteilte Aufmerksamkeit und Beifall fand die Ansprache des Gen. *Monden* am Vormittag. Er erinnerte an einige hervorragende geschichtliche Beispiele des Kampfes um die proletarische Einheit. Erst ein geschlagener Reformismus ebnet den Weg zur völligen Einheit der proletarischen Klasse, und geschlagen wird der Reformismus durch die Einheitsfront zunächst im Tageskampf. Heißt denn Einheit die ganze historische und ideelle Erbschaft des Reformismus übernehmen? Wohlgemerkt, nicht Einheit um jeden Preis! Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft stellt den Jungarbeiter unter Kuratel der SPD. Der Ruf »aber die Statuten« ist ein alter reformistischer Unkenruf! Wenn es solche Statuten geben sollte, die unseren Kampf um die proletarischen Jugendforderungen hindern, dann ist es höchste Zeit, sie zu ändern. Was verstehen wir unter Überparteilichkeit? Warum ist heute die Frage der proletarischen Einheit so brennend? Wie führen wir den Kampf? Diese Fragen wurden in einer einstündigen Rede eingehend beantwortet...

24. Mai 1930, Arbeiterpolitik

Die KPO im Wahlkampf

Wir berichteten bereits in unserer gestrigen Ausgabe über die drei sozialdemokratischen Versammlungen, die am Donnerstagabend in Leipzig stattfanden und die sich mit der faschistischen Gefahr beschäftigten. Der starke Besuch dieser Versammlungen ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse nicht achtlos an der

Entwicklung des Faschismus in Deutschland vorbeisieht. Die zahlreiche Teilnahme der Arbeiter an diesen Versammlungen zeugt dafür, welche große Bewegung gegen den Faschismus sich entfalten ließe, wenn die sozialdemokratischen Führer nicht infolge ihrer Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie von vornherein als ernsthafte Kraft im Kampfe gegen die Abwehr des Faschismus ausscheiden müßten. Die »Leipziger Volkszeitung« schließt von dem Versammlungsbesuch auf eine besondere »Anziehungskraft« der Sozialdemokratie. Diese agitatorische Behauptung stimmt mit den Tatsachen sehr wenig überein. Die Arbeiter sind nicht gekommen, um den sozialdemokratischen Führern für die Koalitionspolitik zu applaudieren. Die Arbeiter kamen, um zu zeigen, daß sie auf dem Posten sind, wenn es gegen den Faschismus geht.

Die Referate der sozialdemokratischen Redner waren vor allem in der sächsischen Frage auf die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie nach den Wahlen abgestellt. Die sächsischen Landtagsabgeordneten *Liebmann*, *Nebzig* und *Ferkel* sprachen matt und kamen über das ABC des parlamentarischen Intrigenspieles nicht hinaus. Es war deshalb nur natürlich, daß die Vertreter der Kommunistischen Opposition, die Genossen *Böttcher*, *Lieberasch* und *Siewert* in allen drei Versammlungen vollständig das Ohr der Arbeiter hatten. Die Redner der Kommunistischen Opposition wurden mit größter Aufmerksamkeits angehört, oft von Zustimmungskundgebungen und von starkem Beifall begleitet. Die Zustimmungen kamen nicht zuletzt auch aus den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter, die von der Kommunistischen Opposition das hörten, was ihnen auf der Seele brennt. Die Schwäche der sozialdemokratischen Redner und der Berichterstattung der »Leipziger Volkszeitung« offenbart sich in der Polemik gegen die Kommunistische Opposition in ihrer vollständigen Hilflosigkeit. Das einzige Argument, das die Parteibürokratie gegen uns vorzubringen hat, ist der Vorwurf, wir seien nur »ein Grüppchen«...

Die KPD-Führer hatten in den Versammlungen den sozialdemokratischen Abgeordneten das Feld vollständig überlassen. Mit besonderer Genugtuung stellt die »Leipziger Volkszeitung« deshalb fest: »Obwohl ihnen freie Rede zugesichert worden war, fand keiner der faschistischen Herrschaften Mut, das Wort zu ergreifen. Das gleiche gilt für die *Kommunisten*. Sie alle sahen von vornherein ein, daß sie den sozialdemokratischen Argumenten nicht gewachsen waren. Nur die Kommunistische Opposition fühlte sich stark.«...

1. Juni 1930, Arbeiterpolitik

Erfolgreiches Auftreten in der Betriebsrätevollversammlung Chemnitz

Tränen entrollten dem Referenten, dem SPD-Reichstagsabgeordneten *Dr. Hertz*, ob des schweren Schlages, den die deutsche Arbeiterklasse erhielt: Die große

Koalition ging in die Brüche, die »Vertreter der Arbeiterklasse« wurden vom Regierungsschiffchen ausgesetzt. Ein Typ von Referenten, wie ihn die besitzende Klasse nicht besser stellen kann, für die Arbeiterschaft eine lähmende, schleichende Gefahr. Den größten Erfolg seit 1919 habe die SPD durch ihre Koalitionspolitik dem deutschen Volke bereitet: Die besetzten deutschen Gebiete seien vom »Feinde« befreit worden. Anerkennen müsse endlich die Arbeiterklasse, daß keine Ordnung in den deutschen Staatsverhältnissen eintreten könne, solange die Finanzen in Reich, Staat, Kommunen und Wirtschaft nicht geregelt seien. *Unmöglich sei es, die besitzende Klasse noch höher mit Besitzsteuern zu belasten.* Ungestört ließ ihn die brennendste Frage: Wie regelt der Arbeiter seine Finanzen, die nicht mehr ausreichen, seine Lebensbedürfnisse zu decken? Die Arbeiterschaft müsse dazu beitragen, Steuer- und Zolleinnahmen für das Reich zu steigern, nur die Verteilung müsse besser geregelt werden.

Treffend zeichnete unser Genosse *Birnbaum* den ersten Ritt der SPD in der großen Koalition: *Den Hauptteil der Staatseinnahmen fraß der Bau des Panzerkreuzers.* Die eingeführte Konsum- und Warenhaussteuer der Brüning-Regierung kritisierte der Referent zwar mit vollem Einverständnis der Anwesenden, nur ging es ihm wie einem Hund, der nach seinem eingehackten Schwanz schnappt, indem er sein Hauptziel darein setzte, durch das Parlament die Steuer wieder zu Fall zu bringen und dabei nicht begreifen will, daß es nutzlos vergeudete Kraft und Zeit in einem dauernden Leerlauf bedeutet. Klar und ohne Phrase zeichneten unsere Genossen *Birnbaum* und *Weber* die katastrophale Politik der SPD während ihrer Regierungsperiode. Alle rigorosen Maßnahmen der Brüning-Regierung seien vorgearbeitet worden durch *Hilferding*, *Hermann Müller* und Konsorten. In ihrer knechtischen Unterwürfigkeit seien sie sogar bereit gewesen, den Besitzenden Konzessionen auf Kosten der Erwerbslosenversicherung zu machen, wie es in ihrer eigenen Zeitschrift »Klassenkampf« zu lesen ist. Anhaltender Beifall bewies, daß unsere Redner durch ihre Ausführungen Sympathie unter den Anwesenden errungen hatten. Während die KPD sich in Schweigen hüllte, weil sie entblößt ist von führenden Köpfen, bestieg ein Kollege der SPD das Podium und rechnete scharf und rücksichtslos mit dem Referenten ab. Wir sprechen diesem Kollegen unsere Achtung aus, weil er den Mut besaß, das feige Schweigen in seinen Reihen zu brechen. . .

7. Juni 1930, Gogen den Strom, Nr. 23

Wasserkante: Faschistenversammlung

Am Mittwoch, dem 28. Mai, gelang es der KPD-Opposition *Hamburg*, zum ersten Male in einer Riesenversammlung der Nazis zu Worte zu kommen. Die Nationalsozialisten, die in Hamburg fast alle Woche in größten Sälen Riesenver-

sammlungen abhalten, wie sie keine andere Partei am Ort zustande bringt, hatten an diesem Tage wieder eine überfüllte Versammlung, in welcher Hauptmann a. D. *Loeper*, M.d.L., über das Thema: »Die Bilanz der Revolution« sprach.

Der Herr Hauptmann sprach 2 1/2 Stunden. Auf die Demagogie verstehen sich die Leute ausgezeichnet. Der Mann verlas eine Liste aller Juden, die durch die Revolution Minister geworden sind, darunter auch unseren Genossen August Thalheimer, der niemals Minister war. Die Situation in der Versammlung wurde für unsere kleine Gruppe schon dadurch kritisch, daß wir die Aufmerksamkeit auf uns zogen, weil wir an den frenetischen Beifallsstürmen uns nicht beteiligten. Die Nazi postierten eine Gruppe ihres Wachdienstes zu unserer Beobachtung um uns. In die Versammlung wurden in guter Aufmachung verwundete Nationalsozialisten nach vorn geführt und dort verbunden. Die Nationalsozialisten waren bei einer Keilerei mit Linienleuten verwundet worden. Nach der Pause gab man bekannt, daß einer der verletzten Nationalsozialisten nicht mit dem Leben davonkommen würde. Die ganze, von 2000 Personen besuchte Versammlung tobte in einem ungeheuren Entrüstungssturm. Als sich unsere Genossin Martha Moritz trotzdem zu Wort meldete, ertönte ein furchtbarer Lärm und allgemeines Niedergeschrei. Der Vorsitzende der Versammlung richtete zuerst die Frage an die Genossin Moritz, wie sie zur Parole der KPD stünde: »Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!« Erst als die Genossin Moritz erklärte, daß sie als aus der KPD Ausgeschlossene diese Parole verneine und für den ideologischen Kampf gegen den Nationalsozialismus sei, erstattete man ihr das Wort. Aber erst als auf Anweisung des Vorstandes ein uniformierter SA-Mann die Versammlung in militärischem Tone anschrie, daß jeder, der die »Dame« am Sprechen behindern würde, hinausfliegt, konnte die Genossin Moritz sprechen.

Trotz wiederholten Lärms und Unterbrechungen setzte sich die Genossin Moritz durch und konnte etwa 1/4 Stunde zur Versammlung sprechen. Sie erklärte: Obgleich die KPD-O die Parole »Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!« ablehnt, stehe die KPD-O in derselben grundsätzlichen Gegnerschaft zum Faschismus wie die Kommunistische Partei. Sie nahm sich besonders das Schlagwort »Gegen den Marxismus« vor und begründete die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Gegen den Antisemitismus und gegen die Darstellung des Referenten polemisierte die Genossin Moritz ganz wirksam, indem sie die nationale Phrase am Beispiel Italiens zerpfückte.

Die Partei beschränkte sich darauf, die nach und von der Versammlung kommenden Nationalsozialisten zu verprügeln. Es ist ganz klar, daß dies keine richtige Methode ist, mit der man wirksam den Massenzulauf zu den Nazis verhindern kann. Auch im Kampf gegen die Nazis müssen wir die von der Partei vernachlässigte Aufgabe des ideologischen Kampfes übernehmen.

Die KPD-Führung versucht, ein antifaschistisches Komitee zu zerschlagen

Wir berichteten in »Gegen den Strom« vom 19. 4., wie Genosse *Fritz Wiest* erfolgreich in einer Naziversammlung in *Berlin-Mahlsdorf* auftrat und dort blutiggeschlagen wurde, wie darauf durch die Initiative unserer Genossen und des Industrieverbandes für das Baugewerbe ein *antifaschistisches Komitee* zustande kam, das eine *wirkungsvolle Protestkundgebung* gegen den faschistischen Terror durchführte. Dabei stellten wir die ersten *Sabotageversuche der Linientreuen* fest. Als diese jedoch sahen, daß sie damit nicht weiterkamen, nahmen sie Kurs auf Ausnutzung des Komitees für ihre besonderen Zwecke. Sie verlangten 3 Vertreter und für den KJVD 2 Vertreter. Mit der zahlenmäßigen Majorität im Komitee glaubten sie, gegen die KPD-Opposition und den Industrieverband ihre Parteilinie durchsetzen zu können. Auch dieses Mittel versagte, weil die linientreuen Parteigenossen immer wieder zu einem Teil sich die Argumente unseres Vertreters zu eigen machten, weil sie, sobald sie vor die Entscheidung über zwei Auffassungen gestellt waren, eben immer wieder zum Teil unseren Vorschlägen zugänglich wurden, die den Bedürfnissen der Arbeiterklasse entsprechen.

So blieb dem Parteiapparat nur noch der Weg der Spaltung und Zerschlagung des Komitees. In Mahlsdorf selbst wagte die Parteibürokratie den Kampf nicht aufzunehmen. Sie versuchte es erst, als das Mahlsdorfer Komitee auch in dem Nachbarort *Kaulsdorf* an den Aufbau der antifaschistischen Front ging. Dort haben die Faschisten starken Einfluß und die Parteizelle ist so gut wie abgestorben. Während die Partei in *Petershagen*, wo eine Ortsgruppe der KPD-O besteht, die Bildung eines antifaschistischen Komitees direkt verhinderte, versuchte sie die Bildung eines Komitees in Kaulsdorf zum »Kampfe gegen die Brandleristen« auszunutzen. Am 3. Juni fand in Kaulsdorf eine Sitzung statt. Von 15 eingeladenen Organisationen waren nur 5 vertreten: KPD, KJV, R. H., Schachklub und »Freie Schulgemeinde«. Dabei besteht am Orte gar keine RH-Gruppe. Aus Mahlsdorf und Biesdorf holte die Linie ein weiteres Dutzend Parteigenossen, um den Laden zu schmeißen, obgleich das Mahlsdorfer Komitee zu dieser Sitzung 3 Genossen, je 1 Vertreter der KPD, KPD-O und des Industrieverbandes, entsandt hatte.

In einer zusammengeschobenen Sitzung mit 18 KPD-Mitgliedern, 2 Parteilosen und 1 KPD-O-Vertreter, wozu noch ein Vertreter der UBL., *Beutling*, mitgebracht wurde, faßte die Linie Mut. Die von der Partei herangeholten Biesdorfer Linienleute stellten zu Beginn der Sitzung an den Genossen *Wiest* die Frage, ob er die Parole »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!« anerkenne. *Wenn nicht, dann könnten sie mit dem »Renegaten« nicht in einem Komitee zusammenarbeiten.* Hier zeigte sich das feige Verhalten gegenüber den Faschisten. Der anwesende

Parteiangestellte Beutling konnte als Mameluckenfigur natürlich nicht ahnen, daß am 4. Juni, d.h. am nächsten Tage, im Polbüro des Z.K. eine *Resolution angenommen werden würde, in der eben diese Lösung als »unzweckmäßig« verworfen wird.* Der Parteifunktionär *Rawenka* verstieg sich zu maßlosen Beschimpfungen: »Es sei nur schade, daß Wiest von den Nazis nicht totgeschlagen wurde.« Der »Rote Fahne«-Expedient *Goldbach* bedrohte den Genossen Wiest tötlich und rief: »Deine Prügel bekommst du doch noch von uns!« Solche Elemente scheinen jetzt in der Partei an Boden zu gewinnen.

Genosse Wiest legte ausführlich dar, wie der Kampf gegen den Faschismus erfolgreich geführt werden könne. Darauf erfolgte keine ernsthafte politische Erwiderung. Immer wieder hieß es nur: »Feigling« und »Lump«! Genosse Wiest gab aus diesem Grunde die Erklärung ab, daß er an dieser Sitzung nicht nur als Vertreter der KPD-O, sondern als ein Delegierter des Mahlsdorfer Komitees teilnehme. Nach alledem, was sich aber hier abspiele, sei er außerstande, weiter an dieser Kaulsdorfer Sitzung teilzunehmen. Er betonte aber, daß die KPD-O weiter im Mahlsdorfer Komitee verbleibe.

In der letzten Sitzung der Komiteeleitung im Mahlsdorf am 14. Juni *verlangten die KPD-Vertreter die Ausschiffung der KPD-O.* Sie forderten ferner *vom Industrieverband für das Baugewerbe eine Versammlung, in der ein Parteivertreter über »Die arbeiterfeindliche Rolle der Brandleristen« referieren könne, und die Anerkennung der Führung der KPD im Komitee.* Die übrigen Vertreter dagegen forderten: Vertretung der Organisationen entsprechend der Mitgliederzahl und Wahrung des überparteilichen Charakters. Beide Forderungen wurden von den Linienleuten abgelehnt. Auch von dem wiedererschiedenen UBL.-Vertreter Beutling. Das geschah, obgleich es in der erwähnten Resolution des Polbüros wieder heißt: »Einsetzung aller Klassenorganisationen des Proletariats« und »stärkste Einbeziehung von sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern«.

Die ultralinken Hanswürste argumentierten aber so: »Wer die Führung der Partei nicht anerkennt, der ist konterrevolutionär.« Diese politischen Analphabeten brachten es fertig, zu erklären, daß sie im Komitee nicht weiter mitarbeiten könnten, wenn die KPD-O nicht ausgeschlossen und ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Die in der Sitzung Anwesenden, die sämtlich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und ausnahmslos Wähler der KPD sind, traten aber ebenso entschieden der Parteibürokratie entgegen, deren Politik auf die Zerstörung der antifaschistischen Front hinauslief. Die Auffassungen der Parteilosen waren kommunistisch, während die des Parteibeamten und seines Sekundanten einfach närrisch und dumm waren und sich in schreiendem Widerspruch zu den Grundsätzen kommunistischer Taktik befanden. Die Kollegen des Industrieverbandes wiesen mit Recht darauf hin, daß, weil die »Linie« geschlafen habe, sie mit aller Energie das Komitee aufrichten halfen, daß ihre gewerkschaftliche

Organisation aber nicht dazu da sei, um der Partei, die fortgesetzt den IV.f.d.B. verleumde, Gelegenheit zu geben, in ihren Versammlungen einen parteitaktischen Streit auszutragen und daß sie mit den anderen Organisationen, zusammen mit der KPD-O, die ihre Pflicht stets erfüllt habe, das Komitee weiterführen würde. Auch der Vertreter der Roten Hilfe sah sich genötigt, zu erklären, daß die Linie die Überparteilichkeit in der Roten Hilfe, im Industrieverband und im Antifaschistischen Komitee ihrer fraktionellen Politik opfere.

Die Parteivertreter verließen dann die Sitzung, weil ihre Forderungen nicht akzeptiert wurden. Die übrigen Vertreter, auch der des »Mieterverbandes«, erklärten ihre Bereitschaft, das Komitee dennoch fortzusetzen. Der ultralinke Kurs der Partei isoliert sie immer mehr von den Massen, weil sie wirklich hinter den Massen herhinkt, vor lauter »Linie« und Bolschewisierung an den Aufgaben der Arbeiterklasse vorbeiquatscht. Die Politik der Schaffung von eigenen Läden in allen Arbeiterorganisationen hindert sie auch in der antifaschistischen Bewegung, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen. Die ultralinke Politik führt zur Sabotage des Kampfes gegen den Faschismus.

28. Juni 1930, Gegen den Strom, Nr. 26

Her mit der Abwehr gegen den Faschismus

Unsere *Breslauer Organisation* ist gegenüber dem Stahlhelmaufmarsch, der am 1. Juni in Breslau stattfand, als einzige proletarische Organisation mit klaren Zielen auf den Plan getreten. In einem Flugblatt wandten sich unsere Genossen an die Arbeiterbevölkerung mit Vorschlägen zur Bildung einer *einheitlichen Kampf-front gegen Faschismus*, die immer mehr zur Schicksalsfrage für die Arbeiterbewegung wird. Der Ausgang der sächsischen Wahlen hat die Größe der Gefahr von neuem gezeigt. Als einen guten Beitrag, wie wir den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren haben, bringen wir einen Auszug aus dem Flugblatt:

»Die Heerschau des Stahlhelmfaschismus in Breslau ist vorüber. 9000 Stahlhelmer, Landarbeiter zumeist, durch wirtschaftliche Not in die nationalistische Gefolgschaft des Agrarkapitals getrieben, die ihm mit ihrer Arbeiterschaft auch ihre Meinung verkaufen, 9000 Muschkoten marschierten am vergangenen Sonntag in Breslau auf.

Der 1. Juni ist ein schwarzer Tag für uns gewesen. Weit über 80 000 sind in Breslau arbeitslos und die hatten dem Stahlhelm nichts zu sagen, obwohl dieser die Arbeitslosenfrage mit blauen Bohnen »lösen« will. Auch die übrigen Arbeiterschichten blieben im guten Glauben zu Hause, daß Stahlhelm und Faschismus *noch nicht* ernstzunehmende Gefahren sind.

In der Hoffnung, daß beim Generalangriff des Faschismus dieser durch die bloße, zahlenmäßige Macht der Gewerkschaften geschlagen wird, wie etwa vor 8 Jahren

Kapp in 8 Tagen, verzichten große maßgebende Teile der organisierten Arbeiter auf einen hartnäckigen Kampf gegen Kapitaloffensive und Faschismus. Diese Hoffnung ist eine Ursache der Passivität. Aber diese Hoffnung ist ein leerer Wahn! Die Kraft der freien Gewerkschaften ist durch ein Jahrzehnt Koalitionspolitik durch ständiges Zurückweichen vor der Kapitaloffensive, gegenwärtig gebrochen. Erst der Prozeß, der ihre Revolutionierung erreicht, wird die Gewerkschaften gegen den Faschismus widerstandsfähig machen.* ...

18. Oktober 1930, Gegen den Strom, Nr. 42

Es geht los! — Der erste Pogrom in Berlin

Schneller, als man annehmen konnte, sind die leichtfertigen Beruhigungsmanöver der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteibürokratie über den »Höhepunkt der faschistischen Entwicklung« gescheitert. Nachdem die »Rote Fahne« drei Wochen lang Tag für Tag gebrüllt hatte, daß die Nazis es nicht mehr wagen, in Berlin aufzumarschieren, haben sie am Tage der Reichstageröffnung acht Stunden lang, wenn man die ersten Anfänge und die letzten Ausläufer rechnet, fast 12 Stunden lang mitten im Herzen von Berlin demonstriert. Und so charakteristisch sind die Einzelheiten dieser Demonstration, daß sie dem Proletariat eine außerordentlich ernste Lehre erteilen.

Ihren Anfang nahm die Demonstration am Reichstag, also *mitten in der Bannmeile*, und noch dazu am Tage der Parlamentseröffnung. Hier haben sich am Höhepunkt der Demonstration wohl an zehntausend Menschen gesammelt — für eine Nazidemonstration in Berlin immerhin eine recht stattliche Zahl — und den Versuchen der Polizei, sie zu zerstreuen, stundenlang Trotz geboten. Dabei war es kennzeichnend, daß die Demonstranten alle möglichen revolutionären Lieder mit nationalsozialistischen Texten sangen und äußerst aggressiv auftraten. Selbst der Polizeibericht spricht davon, daß die Demonstranten wiederholt gegen die Sperrketten der Schupo angingen und versuchten, sie zu durchbrechen. Diese Kundgebungen am Reichstag haben sich nach dem Polizeibericht auch etwa 2—3 Stunden lang ausgedehnt. Man stelle sich vor, was wohl geschehen wäre, wenn es sich hier um eine Arbeiterdemonstration gehandelt hätte! Es wären sicher Dutzende von Toten und Verwundeten zu beklagen gewesen, und es hätte sicher keine Stunde gedauert, bis die Demonstranten in der brutalsten Weise auseinandergeschnitten und auseinandergeschossen worden wären!

Während noch diese Demonstrationen ungehindert andauerten, zogen etwa um 4 Uhr nachmittags stärkere Trupps von Nationalsozialisten ganz ungehindert zum Potsdamer Platz und in die Leipziger Straße. Auf ihrem Marsch demolierten sie erst die Fenster des Cafés Dobrin in der Friedrich-Ebert-Straße, dann fast sämtliche Parterrefenster des Warenhauses Wertheim und sogar einen Teil der

Fenster im ersten Stockwerk und eine Reihe von Fenstern anderer Geschäfte in der Leipziger Straße sowie die Fenster einer Filiale der Darmstädter und Nationalbank. Daß es sich hier nicht um eine spontane, sondern um eine *wohlvorbereitete Aktion* handelte, beweist die Tatsache, daß nur die Fenster jüdischer oder doch als jüdisch geltender Geschäfte demoliert wurden.

Aber auch bei dieser Gelegenheit war das Verhalten der Polizei sehr charakteristisch. Nach der Demolierung des Cafés Dobrin sammelten sich große Massen, zum größten Teil Nazi-Anhänger, vor dem Café. Ein Kommando Schupo rückt an, unternimmt zunächst nichts und sagt dann sehr höflich: »Bitte, gehen Sie doch weiter!« Von drei Schupos, die auf die Terrasse des Cafés hinaufgehen, schleudert einer noch forsch die Tische beiseite. Erst gegen 1/26 Uhr begann die Schupo die Friedrich-Ebert-Straße zu räumen, aber der Potsdamer Platz war noch bis in die zehnte Stunde von starken nationalsozialistischen Trupps angefüllt, die in den Abendstunden begannen, jüdisch aussehende Passanten anzufallen. Aber noch bis weit nach Mitternacht waren größere Trupps von Nationalsozialisten auf dem Potsdamer Platz, die jüdische Passanten terrorisierten. Erst in den Abendstunden, nachdem die Nazis die Polizei aufs äußerste provozierten, ging diese energischer vor. Daß aber auch dann noch kein Vergleich mit der Schärfe des Vorgehens gegen Arbeiterdemonstrationen angestellt werden kann, beweist schon der Umstand, daß sich dichte Massen von Nationalsozialisten etwa 5 Stunden — von 1/25 bis 1/2 10 Uhr abends — auf dem Potsdamer Platz halten konnten, und die Unentwegten sogar noch weitere 4 Stunden. Wer den 1. Mai 1929 auf dem Potsdamer Platz miterlebt hat, weiß, was das heißt. Ja, als kurz vor

Gegen den faschistischen Terror

Zur Eröffnung des Reichstags haben in Berlin nationalsozialistische Trupps planmäßige Attacken gegen die Schaufenster jüdischer Geschäftshäuser veranstaltet. Die Polizei der Republik duldet die Nazi-Demonstrationen in der Bannmelle. Die Judenhetze ist lediglich ein ultrareaktionäres Ablenkungsmanöver der Nationalsozialisten zur Vorbereitung und Verschleiерung der faschistischen Diktatur des Monopolkapitals. Herr Hitler frißt bei den Herren der Deutschen Bank, und Herr Goebbels ist der Held der Berliner Salons, während die irgeleiteten Proleten und Kleinbürger antiaemittische Pogrome machen.

Arbeiter, Werktätige! Die Judenhetze ist der Auftakt des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen.

Darum wehret den Anfängen! Tretet der reaktionären Pogrompest gleich von Anfang an geschlossen entgegen! Bildet überparteiliche proletarische Abwehrformationen! Treibt das faschistische Gekindel von der Straße!

Berlin, 14. Oktober 1930.

Zentralstelle der KPD. (Opposition).

den Wahlen die KPD Anfang September eine Kundgebung im Sportpalast hatte, wurden bis nachts um 1/21 Uhr die Straßen, die zum Potsdamer Platz führten, gesperrt und niemand durchgelassen. Trotz der Krawalle wurde am 13. Oktober eine solche Sperre nicht verhängt, und noch um 10 Uhr abends konnten faschistische Stoßtrupps beim Warenhaus Tietz am Dönhoffplatz ungehindert fünf Schaufensterscheiben zertrümmern.

Wer waren nun die nationalsozialistischen Demonstranten? Man konnte in der Leipziger Straße und am Potsdamer Platz ganze Klassen höherer Schüler und Schülerinnen beobachten. Dazu kamen Angestellte — zum großen Teil wohl Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes —, aber auch ein erheblicher Teil Arbeiterelemente, viel Arbeitslose. Dazu ausgesprochene Schwarze Hunderter, Hooligan-Typen, ausgesprochenes Lumpenproletariat, sehr aktiv und zu jeder Schandtat bereit. Es wäre aber falsch, zu behaupten, daß diese Elemente überwogen, aber sie trugen sicher dazu bei, den Kundgebungen die lange Dauer zu geben.

Im ganzen muß also gesagt werden, daß es sich hier um eine sehr ernste und wohlvorbereitete Aktion gehandelt hat. *Dem ersten Pogrom werden weitere folgen.* Wenn die Rechtspresse von kommunistischen Provokationen schreibt, so ist das eine schamlose Lüge. Interessant ist aber auch, daß die »demokratische« »Vossische Zeitung« verschweigt, daß es sich um Krawalle mit antisemitischer Tendenz handelte. Die Haltung des »Vorwärts« und der »Roten Fahne« aber zeigt, daß die Arbeiterbürokratie den Ernst dieser Vorfälle nicht sehen will. Die »R. F.« behandelt sie als Bagatelle und erledigt sie mit ein paar Zeilen in der Beilage. Der »Vorwärts« widmet ihnen zwar viel Raum, aber stellt sie doch mehr oder weniger als Dumme-Jungen-Streiche hin. Es ist eine Schande für das rote Berlin, daß die Arbeiterschaft auf diese Vorfälle nur sehr schwach reagiert hat. Die Faschisten tasten mit diesen Versuchen ab, wie weit sie sich schon vorwagen dürfen, sie mobilisieren den außerparlamentarischen Druck, um in die Regierung zu kommen. *Sehen die Arbeitermassen dem weiter passiv zu, so wird dem Fenstersturm bald der Überfall auf die Gewerkschaftshäuser und Arbeiterlokale, der Pogrom auf die klassenbewußten Arbeiter folgen.* Die Lehre des ersten Pogroms in Berlin muß sein: Überparteiliche proletarische Wehrorganisationen, antifaschistische Kampfkartelle sind das Gebot der Stunde! Proletarische Abwehrorganisationen müssen die Pogromhelden von der Straße fegen!

26. November 1930, Arbeiterpolitik, Nr. 275

KPD-Opposition im Kampf gegen den Faschismus

Am vergangenen Freitag fand in *Freital* eine öffentliche Naziversammlung statt. Der Saal im Deutschen Haus war bis auf den letzten Platz gefüllt. Von drei Seiten war der Saal mit mehreren Hundertschaften Braunhemden abgeriegelt. Nur unter ihrem Schutz wagen sich die braunen Mordbuben in die Arbeiterstadt Freital. Als Referent trat Rechtsanwalt Dr. *Mangler* (Dresden) auf und verzapfte in andert-halb Stunden den unglaublichsten politischen Kohl, wobei er sich unverschämte Provokationen gegen die Arbeiter erdreistete. Die offizielle Partei war fast vollzählig vertreten. Auf das Angebot der Kommunistischen Opposition erklärte

sich der politische Leiter der Partei damit einverstanden, daß unser Genosse *Schneider* als einziger Diskussionsredner auftrat und damit die Gelegenheit bekam, 3/4 Stunde in der Diskussion zu sprechen. Der Genosse *Bach* von der offiziellen Partei zog seine Wortmeldung deshalb zurück. Genosse *Schneider* rechnete darauf in gründlicher Weise mit den nationalsozialistischen Demagogen ab und schloß unter dem tosenden Beifall der anwesenden Arbeiter mit der Forderung auf Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen den Faschismus. Die Arbeiter verließen darauf unter Führung unserer Genossen den Saal und ließen die Freitaler Spießier mit den auswärtigen Braunhemden im Saale zurück.

3. Dezember 1930, Arbeiterpolitik

Greizer SPD-Führer im Kampfe gegen die »Rote Arbeiterwehr«

Auf die sich immer mehr steigende faschistische Gefahr hat in den letzten Wochen die Greizer Arbeiterschaft durchaus richtig reagiert: in den Arbeitervororten bildeten sich *Arbeiterwehren*, die sich zum Ziel setzen, auf *überparteilicher Grundlage*, unter dem roten Banner den entschiedensten Kampf gegen den Faschismus zu führen. Mitglieder *aller* proletarischen Organisationen haben sich zusammengefunden und bilden als wichtigste Gegenwartsaufgabe eine überparteiliche Abwehrorganisation. Damit handeln sie im Sinne der breitesten Arbeitermassen, die heute, ohne Unterschied der Partei, sich auf den Standpunkt stellen: *Weder Preußenregierung, noch Reichswehr, noch Polizei sind Kampfpositionen gegen den Faschismus. Das sind einzig und allein stärkste Arbeiterbataillone. Diese können aber nur stark sein, wenn sie überparteilich sind. Sie dürfen und werden sich nicht bilden auf der Grundlage des Reichsbanners. Das Reichsbanner stützt sich auf die republikanischen Parteien, einschl. des Zentrums, deren Politik absolut arbeiterfeindlich ist.*

Die Greizer SPD-Führung um Brandes, Hertel, Neupert und Lucie Fischer sind mit der überparteilichen Basis der Arbeiterwehren nicht einverstanden und rennen wütend gegen die sich bildende Einheit an. Als treue Anhänger des Brüning-Kurses verlangen sie: Alles hinein ins *Reichsbanner* — nicht rot, sondern *schwarzrotgold* muß das Kennzeichen sein. Diesem Ziel diene die am Sonnabend in der Ostvorstädtischen Turnhalle von SPD, Reichsbanner und Gewerkschaftskartell veranstaltete »Republikanische Kundgebung«. Die »Kundgebung«, die gemessen an der Mitgliederstärke der aufrufenden Organisationen geradezu kläglich besucht war, dauerte von 8.25 Uhr bis Punkt 9 Uhr — also sage und schreibe 35 Minuten. Und warum? Schon vor der Kundgebung fand eine fraktionelle Besprechung des Reichsbanners und der SPD statt. Da zur »Kundgebung« auch die führenden Genossen der KP-Opposition erschienen waren,

wurde die am Mittwoch in der »Preußischen Volkszeitung« als Öffentliche Volksversammlung deklarierte Veranstaltung schnell in eine »Kundgebung« umgewandelt, damit eine öffentliche Aussprache *unterbunden* werden konnte. Selbst einem alten Reichsbannermann wurde das Wort zur Diskussion *verweigert*. Wir sagen ganz offen: Leute, die zu feige sind, über gegensätzliche Ansichten im proletarischen Lager zu diskutieren, werden nie den Mut und Willen aufbringen, ernsthaft gegen den Faschismus zu kämpfen. Man hatte es so eilig, um nach der Kundgebung völlig unter sich die »Aussprache« durchführen zu können. Die zweistündigen Beratungen befaßten sich mit der Frage: Wie kann man alles dem Reichsbanner unterordnen, welche Maßnahmen sind notwendig, um die Arbeiterwehren zu beseitigen, was ist notwendig um »dem Treiben der KP-Opposition«, besonders ihrer Propaganda für die Einheit zu begegnen. Dabei schimpfte und log man, daß sich die Balken bogen. Der Redakteur der »Preußischen Volkszeitung«, *Neupert*, verstieg sich sogar zu der Behauptung, unser Gen. *Paul Fischer* sei der »größte Spitzel«. Von dem Bürger *Neupert* verlangen wir, daß er diese Verleumdung *öffentlich* wiederholt.

28. Januar 1931, Arbeiterpolitik
Die Einheit setzt sich durch —
Gegen den Faschisten-Terror in Sachsen

Als Kartell zur gemeinsamen Bekämpfung des Faschismus hatten Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei, Kommunistische Partei (Opposition), und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund *Radeberg* für Sonnabend, den 24. Januar, zu einer gemeinsamen Protestaktion aufgerufen. Die Aktion richtete sich gegen eine von den Nationalsozialisten angesetzte Versammlung. . .

Als Beauftragter des Abwehr-Kartells hielt Genosse *Eitze* (KPD-Opposition) eine wirkungsvolle Ansprache auf dem Markte, die darin gipfelte, in proletarischer Disziplin den zähesten Kampf gegen den Faschismus zu führen. Nach dem Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten formierte sich die Radeberger Arbeiterschaft zu einer wuchtigen Demonstration. Man zog nochmals nach dem Marktplatz, und unter dem Beifall der dort versammelten Arbeitermassen forderte Genosse *Eitze* auf, *jederzeit dem Rufe des Abwehrkartells Folge zu leisten*. Je ein Vertreter der KPO, der SPD und KPD hielten Ansprachen, womit die für die Arbeiterschaft glänzend verlaufene Kundgebung beendet wurde. *Die straffe Disziplin* der Arbeiter beim An- und Abmarsch der Massen, sowie bei der Kundgebung auf dem Marktplatz machte jede polizeiliche Bedeckung überflüssig. —

Im Gegensatz zu den Darstellungen in der »Roten Fahne«, nach denen angeblich die roten Betriebsräte die Aktion in der Hand haben, fordern die Arbeiter

unbedingte Einheit. Sie lehnen ab, daß aus der großartigen, geschlossenen Aktion ein Parteigeschäft gemacht wird. . .

17. Februar 1931, Arbeiterpolitik

Erfolgreicher Ausspracheabend gegen Faschismus

Die »Freie Sportvereinigung Fichte«, Mitglied des ATSB, veranstaltete am 14. Februar einen Ausspracheabend über den Kampf gegen den Faschismus. Das Lokal war überfüllt. Mitglieder der SAJ, der Sozialistischen Proletarierjugend, der Gewerkschaftsjugend waren der Einladung gefolgt. Die Partei rückte mit einem größeren Trupp an. Sie kamen offenbar nur zum Zwecke der Verhinderung dieser Veranstaltung.

Dennoch hatte Genosse Albert *Schreiner* größte Aufmerksamkeit während seiner zweistündigen Ausführungen. Der KPD-Redner *Simson* erhielt verlängerte Redezeit. Für ihn ist der Faschismus nur der Ausdruck des Wachstums der revolutionären Front. Demnach wäre für die Arbeiterklasse keine Gefahr im Verzug.

Ein *SAJ-Mitglied* brachte seine Befriedigung zum Ausdruck, daß mit dieser Veranstaltung der Versuch gemacht wird, alle Kreise der Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Faschismus zu sammeln. Hätten sie allerdings gewußt, daß die offizielle KPD eingeladen sei, dann wären sie nicht gekommen. Der Verlauf auch dieser Versammlung erbrachte abermals den Beweis, daß die »Partei« keine sachliche Diskussion mit Nichtkommunisten will. Ein Redner des ISK versuchte an Hand von Beispielen zu zeigen, wie sehr die Theorie der KPD mit der Wirklichkeit in Widerspruch steht. Große Aufmerksamkeit hatte Genosse Günther *Hoppfe*, der vom Standpunkt der KPD-Opposition die vom Genossen Schreiner aufgezeigte Gefahr der faschistischen Konterrevolution unterstrich und die Sabotageargumente der KPD-Führung ins rechte Licht rückte. Die bis dahin ziemlich ruhig verlaufene Versammlung sollte jetzt gesprengt werden. In schamloser Weise wurde jetzt gegen die Veranstalter seitens der KPD-Mitglieder gehetzt. Ein führender Funktionär der KPD im 6. Verwaltungsbezirk betätigte sich als Provokateur. Er mußte von seinen eigenen Leuten hinausgeschafft werden. Genosse Schreiner konnte noch 25 Minuten im Schlußwort sprechen. Dann verhinderten die randalierenden Thälmann-Anhänger durch Krakeel und Singen den ruhigen Abschluß der Versammlung. Der Vorsitzende, Genosse *Cerry*, schloß die Versammlung mit einem Appell, einer erneuten Einladung der FSF wieder zu folgen. Die KPD habe wieder einmal bewiesen, daß sie nicht mehr in der Lage sei, sich mit den Arbeitern sachlich auseinanderzusetzen...

Auch in Stuttgart versuchten die Nazis jetzt, sich verstärkt mit der Arbeit der Betriebe zu beschäftigen. Bereits ist es ihnen gelungen, in einige Betriebe einzudringen. Dies war Veranlassung für die Gewerkschaftsfunktionäre der *Robert Bosch AG, Stuttgart*, in einer Vertrauensmännersitzung sich mit dem Thema »Gewerkschaften und Faschismus« zu beschäftigen. Genosse *Hausen* zeigte in seinem Vortrag die innigen Zusammenhänge zwischen den weiteren Bestrebungen der Kapitalisten auf Erweiterung des Kapitalangriffs und der neuesten Offensive der Faschisten auf. Er bezeichnete es als Renommisterei, wenn der Parlamentsboykott als *Marneschlacht des deutschen Faschismus* ausposaunt wird. Das Gegenteil sei der Fall.

Die entscheidenden Kämpfe stehen erst bevor. Diese Kämpfe werde das klassenbewußte Proletariat nur siegreich bestehen, wenn *die Gewerkschaften zum wirklichen Träger des organisierten Widerstandes* gegen die wachsenden Kapitalangriffe werden, wofür alle organisierten Arbeiter ohne Unterschied der Partei mit aller Kraft und Energie eintreten müssen. Wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erreichen, daß sich eine breite Front für die dringlichsten und unmittelbarsten Forderungen zum außenparlamentarischen und parlamentarischen Kampfe herausbildet, dann nur wird auch der beginnende Widerstand der Arbeiter gegen die Faschisten zum *Ausgangspunkt eines Umschwungs*. Genosse *Hausen* verwies dann auf die systematischen Bürgerkriegsvorbereitungen der Faschisten, auf ihre erhöhte militärische Tätigkeit, auf die Maßnahmen zur Vorbereitung einer erhöhten Welle des faschistischen Terrors und forderte den Zusammenschluß der Arbeiter in überparteilichen Abwehroorganisationen, zu deren Bildung auch die gewerkschaftlichen Funktionäre beitragen müssen.

Nach einer äußerst anregend verlaufenen Debatte, die praktische Vorschläge für die einzuleitenden Schritte zur Schaffung überparteilicher Abwehroorganisationen brachte, wurde einstimmig eine EntschlieÙung angenommen, in der es heißt:

»Die Funktionäre ersuchen die Ortsverwaltung des DMV und die Gewerkschaftskartelle, alles zu tun, um überparteiliche Abwehrformationen zu schaffen. Da der Hauptangriff des Faschismus bei den kommenden Kämpfen gegen die Gewerkschaften gerichtet ist, verlangen die Funktionäre, schon während der kommenden Gewerkschaftsversammlungen unbedingt in jeder Versammlung die Frage des Faschismus konkret zu behandeln. In Großbetrieben sind Betriebsabwehr-Abteilungen zu schaffen.«

Jetzt gilt es, in allen Betrieben im gleichen Sinne vorzustoßen und in kürzester Zeit eine breite Abwehroorganisation mit klarer, politischer Zielsetzung zu schaffen...

18. Februar 1931, Arbeiterpolitik

Gemeinsam gegen die Nazis

Genosse Hansen (KPO) und KPD-Landtagsabgeordneter Vollmer sprechen in gemeinsamer Kundgebung

Die faschistische Offensive in Württemberg geht weiter. Um die Arbeitervororte Stuttgarts für den Faschismus reif zu machen, werden die militärischen Streitkräfte der Nazis aus Stuttgart und der gesamten Umgegend vermittels Lastauto nach einem Ort geworfen, um auf diese Weise die Arbeiterschaft im Widerstand einzuschüchtern.

Am Sonntag, dem 15. Februar, war *Fellbach* das Aufmarschterritorium. 400 uniformierte SS- und SA-Helden marschierten in militärischer Ordnung mit Marschmusik bereits am Nachmittag provokatorisch durch die Arbeiterstraßen. Gegen diese Nazi-Aktion einen *einheitlichen Aufmarsch der Arbeiter* zu formieren, stellte sich die Leitung der KPO zur Aufgabe. Alle Arbeiterorganisationen mit *Ausnahme* der SPD und des Reichsbanners folgten unserer Einladung, so daß nachmittags 3 Uhr auf dem Cannstatter Platz eine inposante und eindrucksvolle Kundgebung eröffnet werden konnte.

Unser Genosse *Zeller* eröffnete die Kundgebung im Namen der einberufenden Arbeiterorganisationen und verwies in kurzen Worten auf die vom Faschismus der Arbeiterbewegung drohende Gefahr. Genosse *Hansen*-Stuttgart als Vertreter der KPO sprach darauf zu den Versammelten. In kurzen Ausführungen wurde das wahre Gesicht des Faschismus und seiner Söldnerscharen im Verein mit dem Großkapital gezeigt. Die Haltung der SPD und der Reichsbannerführung wurde einer scharfen Kritik unterzogen und mit einem Appell an die Proletarier in der SPD und im Reichsbanner, im Kampfe gegen den Faschismus mit den kommunistischen Klassengenossen die *Einheitsfront* herzustellen, verbunden. Die Rolle des Brüning-Kabinetts als Wegbereiter der faschistischen Diktatur wurde treffend gekennzeichnet, und am Schluß zum Zusammenschluß der Arbeiter in antifaschistischen Kartellen auf der Grundlage unseres Notprogramms aufgerufen. Die Arbeiter unterstrichen ihre Zustimmung durch lebhaften Beifall.

Der Vertreter der KPD, Landtagsabgeordneter *Vollmer*, zeigte in seiner Rede auch wirksame Beispiele in Theorie und Praxis der Nazis. Er verwies auf die steigende Terrorwelle und rief zur revolutionären Einheitsfront auf.

Darauf setzte sich ein städtischer Demonstrationszug durch die Straßen des Ortes in Bewegung. Während im Nazi-Zuge kein einziger *Fellbacher* zu sehen war und die Bevölkerung der Braunhemdenparade mit eisigem Schweigen begegnete, war unser Zug der Zug der *Arbeiter Fellbachs*, der auf lebhaftes Sympathie der Bevölkerung stieß. Am Cannstatter Platz richtete Genosse *Zeller* noch mahnende Worte an die Arbeiter zur gesteigerten Aktivität und zum Boykott der

faschistischen Versammlungen. Ideologische Auseinandersetzung ist mit ihnen nicht möglich, und wenn sie mit 400 Uniformierten nach Fellbach zur Versammlung kommen, dann ist ihre Absicht klar. Damit schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Die Arbeiterschaft Fellbachs hat ein Beispiel gegeben. Zum ersten Male haben Vertreter der KPD und KPO in Württemberg in einer Front gestanden. Was in Fellbach möglich ist — wo die KPD organisatorisch sehr schwach ist — muß überall möglich sein.

27. Februar 1931, Arbeiterpolitik Nr. 49

KPD-O diskutiert in Nazi-Versammlungen

Am Welterwerbslosentag hatten die Nazis in *Neukölln* zu einer öffentlichen Versammlung mit dem Thema einberufen: »Wer wird führen? Severing, Thälmann, Brüning oder Hitler?« SPD und KPD waren zur freien Aussprache eingeladen. Die Versammlung war nur mäßig besucht. Sie bestand zu neunzig Prozent aus SA-Leuten. Ein erfreuliches Zeichen. Offenbar hängen doch schon einem Teil des Volkes die Naziphrasen zum Halse heraus.

Die Referenten unterstrichen nur die Hohlheit der Nazi-Propaganda. Sie zeigten auch zugleich die verwundbare Stelle dieser Kapitalknechte. So unzulänglich auch die KPD-Anträge im Reichstag auf Einstellung der Youngzahlung und Einführung einer Millionärsteuer sind, so bereiten sie doch den Nazi-Demagogen allerhand Unannehmlichkeiten. Und noch eins: über die Schwenkung der Kommunistischen Partei, über ihre, wenn auch schüchternen Versuche, Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu betreiben, schreien die Nazis Zeter und Mordio: »Die KPD war bisher eine aktivistische Partei, aber jetzt geht sie ins Schlepptau der SPD«, so heulte der Referent Engel und beschwor die Kommunisten, hier nicht mitzumachen.

Aber gerade das sollte für die kommunistischen Arbeiter nur ein Beweis mehr sein, daß der, wenn auch zaghaft beschrittene Weg, planmäßig weitergegangen werden muß. Wir, die Kommunistische Opposition, werden mit allen Kräften dabei helfen. Leider trat in der Diskussion trotz öffentlicher Aufforderung *kein Genosse der Partei* auf. Offenbar können die Ulbricht überhaupt nur diskutieren, wenn sie den halben Saal mit ihren eigenen Anhängern füllen können. Das schadet der Sache des Kommunismus sehr. Da die Partei schwieg, vertrat Genosse Max Köhler die Sache des Kommunismus in der Versammlung. Er zeigte die zwiespältige Rolle der Nazis in der Frage des Youngplanes und Versailler Vertrages, den offenen Verrat ihres eigenen Programms und entlarvte ihre demagogische »Arbeiterfreundlichkeit«.

Es war interessant, daß der Nazi-Referent nur mit einem hilflosen Geschimpfe zu

antworten wußte, was auf die Anwesenden keinen sehr überzeugenden Eindruck machte.

Noch ein Wort an die Genossen der Kommunistischen Partei. In der Versammlung trat auch der neugebackene SPD-Mann *Karl Schoot* auf, früher ein Ultralinker vor dem Herrn, der *uns* nicht genug des Wegs zur SPD bezichtigen konnte. Heute verteidigte *er* in der Versammlung die Sache der SPD, *wir* die des Kommunismus. Eure Leute aber schwiegen in der Versammlung. Gibt euch das nicht ein wenig zu denken? Versteht ihr, daß euch die Partei belog, als sie sagte, wir seien Verräter?

3. März 1931, Arbeiterpolitik

Gegen Kapitaloffensive und Faschismus!

Die Funktionäre des DMV-Stuttgart zur Lage

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses nahm am Dienstag, dem 24. Februar, die Funktionärversammlung des DMV Ortsverwaltung Stuttgart, zu dem Thema »Faschismus und Gewerkschaften« Stellung. Nach einem Referat des Genossen Hausen und einer interessanten Diskussion, in der besonders die Notwendigkeit der Schaffung überparteilicher Klassenwehren betont und die in letzten Zeit erfolgten Gründungen überparteilicher *Arbeitersportwehren* begrüßt wurde, nahm die Funktionärversammlung gegen 2 Stimmen eine Entschließung an, deren wichtigste Stellen lauten:

»Die Funktionärversammlung des DMV Stuttgart nimmt mit Entrüstung zu dem feigen Überfall der nationalsozialistischen Stoßtrupps auf die Reichsbannerleute Stellung. Sie fordert die sofortige *Entwaffnung und Auflösung der nationalsozialistischen Terrorbanden unter Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft* und verlangt vom Ortsausschuß des ADGB die sofortige Einleitung einer großzügigen Abwehraktion unter Hinzuziehung der politischen Vertreter der Arbeiterschaft...

Sie fordern daher zum wirksamen Schutze der Arbeiterbewegung, zur Niederringung der steigenden Terrorakte, den *Zusammenschluß aller kampfwilligen Arbeiter in überparteilichen Klassenwehren*. Sie setzen sich überall für den Zusammenschluß aller bestehenden proletarischen Abwehrorganisationen zu einem Zweckverband zum Kampfe gegen den faschistischen Terror ein und begrüßen die Bildung einer »Arbeitersportwehr« als den ersten Schritt zur überparteilichen Zusammenfassung der Arbeiter.

Die bevorstehenden schweren Kämpfe erfordern die Stärkung und Kräftigung der Organisation und die Herstellung der maximalen Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung. Der Vorstoß des Stahlwerksvereins in der Duisburg-Meidericher Hütte zur weiteren Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent auf dem Wege der *Außerkraftsetzung des geltenden Lohntarifs zeigt die Richtung der*

weiteren Vorstöße an. Diese Schläge abzuwehren und die Arbeiterschaft zum Gegenangriff zu sammeln, ist nur auf dem Wege des Klassenkampfes möglich, wozu die *Kräftigung der Organisation unbedingte Voraussetzung* ist. Die Funktionäre appellieren daher an alle Metallarbeiter und -arbeiterinnen, *sich der Organisation anzuschließen.**

1. September 1931, Arbeiterpolitik

Überwindet die Zerklüftung der Arbeiterklasse

Wie sich der Verrat der SPD und die ultralinke Politik der KPD-Führer auf die Aktivität der Arbeiter auswirken, zeigen ein paar örtliche Beispiele:

Am Dienstag, dem 11. August, sollten alle »Verfassungstreuen« von *Frankfurt* durch eine vom »Republikanischen Bund« und vom »Reichsbanner« einberufene Kundgebung um 8 Uhr auf dem Börsenplatz, mit anschließendem Fackelzug, ihre Begeisterung für die Brüning-Republik bezeugen. Diese Kundgebung war einschließlich der Polizei von höchstens 1000 Personen besucht (!). Als der Zug sich in Bewegung setzen sollte, versperrte ein mehr als doppelt so starkes Publikum die Ausgangsstraßen. Die »Säuberungsaktion«, die von ein paar Autoflitzern und einem Dutzend Berittener durchgeführt wurde, dauerte fast eine halbe Stunde. — Es wirkte humoristisch, das elende Häuflein zu sehen, das da für eine Sache zu demonstrieren versuchte, für die sich heute kein Mensch mehr interessiert. Wie geprügelte Hunde zogen die »getreuen Massen« unter einem unerhört starken Polizeiaufgebot über die Kaiserstraße, begleitet von einem feindlichen oder lachenden Publikum. In der Taunusstraße wollte ein kleiner Teil des im Zug mitmarschierenden Reichsbanners die »Internationale« anstimmen. Er wurde sofort von der »Volkspolizei« auseinandergeprügelt. Am Taunustor fand der ganze Spuk einen kläglichen Abschluß. Ein paar Reichsbannerleute diskutieren heftig über das Vorgehen der »Volks«-Polizei und machten ihrer Wut durch kräftige Ausrücke Luft. Ob sie daraus gelernt haben?

Die SPD benutzt wie überall, so auch in Frankfurt, die Beteiligung der KPD am faschistischen Volksentscheid, um zum Angriff gegen sie überzugehen. Hat sie doch nun ein billiges Argument, um die Arbeiter *trotz ihres eigenen Verrats* nicht zu den Kommunisten stoßen zu lassen. So veranstaltete die SPD Groß-Frankfurt am Montag, dem 17., Dienstag, dem 18. und Mittwoch, dem 19. 8. ungefähr 20 öffentliche Kundgebungen, mit dem bezeichnenden Thema: *»Gegen Hitler, Hugenberg, Thälmann: Gegen die Verbrechen der KPD, die sich mit den Mördern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verbündete.«*

Diese Veranstaltungen waren trotz starker Propaganda (Flugblätter usw.) verhältnismäßig schlecht besucht. In allen Versammlungen waren auch die Kommunisten stark vertreten. Bezeichnend für die innere Schwäche der SPD ist

die Tatsache, daß sie gezwungen war, zwei geplante Kundgebungen im größten Bezirk zusammenzulegen.

30. Oktober 1931, Arbeiterpolitik

Diskutiert mehr

Die SPD des 19. Kreises hatte zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen, in der der Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Anton Reisner über »Private Wirtschaft oder Sozialismus« sprechen sollte. Den Vertretern der verschiedenen Parteien war eine Diskussionszeit zugebilligt.

Die Versammlung war überfüllt. Es war nicht nur die Pankower Gruppe der SAP¹ geschlossen angetreten, sondern auch kleinere Gruppen der KPD und der Nazis erschienen. Die SPD selbst hatte aus dem Bezirk Prenzlauer Berg starke Reichsbannerformationen zum Schutz der Versammlung beordert.

Reisner sprach wie ein »Staatsmann«. »Unsere Wirtschaft, unsere Nation, unser Deutschland, wir Deutsche«. Seine Rede war ein einziges Rezept, wie dem zusammenbrechenden Kapitalismus wieder auf die Beine geholfen werden kann. Den kommenden revolutionären Auseinandersetzungen steht er ebenso wie Ebert gegenüber, der auch die Revolution wie die Pest haßte. Von der Not der Arbeiter, von ihrer schwierigen Lage, wie man sie ändern kann, davon kaum ein Wort.

In der Diskussion sprach als erster ein Genosse der SAP. Er behandelte vor allem die Gründe, die zur Abspaltung der SAP geführt haben. Bei aller richtigen Kritik an der SPD-Politik fehlte doch das klare, unzweideutige Bekenntnis für die kommunistischen Grundsätze. Es ist beschämend für die KPD, daß sie in der Versammlung, in der Diskussionsfreiheit an den Plakatsäulen angekündigt war, keinen Redner hatte. Ein Jugendgenosse von der KJVD versuchte zwar mit viel gutem Willen, aber recht wenig Geschick, die offizielle Politik der KPD zu verteidigen. Er stieß aber auf starken Widerstand, vor allem in der Frage des Volksentscheids, der einen unglaublichen Haß unter den SPD-Arbeitern gegen die KPD erzeugte. Auch von der RGO wollten die Proleten nichts wissen.

Für die KPD-Opposition sprach unter der größten Aufmerksamkeit der überfüllten Versammlung Genosse Hans Beck. Er wies eingangs darauf hin, daß der Referent, der doch ein Gewerkschaftsführer ist, mit keinem Wort auf die gewaltige Welle des bevorstehenden Lohnabbaus eingegangen ist, mit keinem Wort den Wirtschaftsbeirat erwähnt hat, und daß für ihn die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterklasse überhaupt nicht existiert. Er zeigte, wie die Arbeiterklasse unter der Losung der *Arbeiterkontrolle der Produktion* mächtige außerparlamentarische Bewegungen auslösen müsse und wie zu gleicher Zeit durch die Schaffung *überparteilicher antifaschistischer Kartelle und Abwehrformationen* dem Faschismus Einhalt geboten werden müsse. Am Schluß starker

Beifall, besonders bei den SAP-Genossen. Beschämend, daß nach der Versammlung die Reichsbanner-Arbeiter ohne sichtlichen Grund auf die SAP-Genossen einschlugen.

15. November 1931, Arbeiterpolitik

Kampf dem Faschistenterror SAP beteiligt an überparteilicher Klassenwehr

Am Donnerstag fand in *Jena* im Saal des »Lindenhofes« die starkbesuchte öffentliche Gründungsversammlung der proletarischen Klassenwehr statt. Trotzdem am gleichen Abend im großen Volkshaus-Saal eine überfüllte Belegschaftsversammlung der Firmen *Zeiß und Schott* tagte, war die Versammlung so gut besucht. Der Trommler- und Posaunenzug der SAP eröffnete die Versammlung durch Darbietungen. Ein Sprechchor forderte zum Beitritt der Klassenwehr auf. In seiner Einleitungsrede betonte Genosse *Auer* den Ernst der Lage und wies auf die Initiative aus den Kreisen der Sportgenossen hin, die eine überparteiliche Abwehrorganisation forderten und mit dem Reichsbanner nichts zu tun haben wollen...

Für die kommunistische Opposition sprach Genosse *Tittel*, der die politische Lage, die Rolle und Taten des Faschismus charakterisierte, auf das italienische Beispiel hinwies und die Notwendigkeit der proletarischen Klassenwehr begründete. Dann sprach das Bezirksleitungsmitglied der SAPD, Genosse *Scheler-Titun*, 13 Jahre demokratischer Weg, so führte er aus, haben sich als falsch für die Arbeiterklasse erwiesen. Die Reform-Arbeiten der SPD seien grausame Illusionen gewesen und die versäumten Halbheiten im Jahre 1918 rächen sich heute bitter. Solange sich die Arbeiter im Reichsbanner an den kapitalistischen Staat fesseln lassen, wird der Weg nicht frei für unsere Republik, für die sozialistische Räterepublik. Der proletarische Staat muß sich auf seine eigenen proletarischen Organe stützen. In der gegenwärtigen Situation werden keine Parteiwehren dem Faschismus Halt gebieten, sondern nur die kämpfende Einheitsfront des Proletariats in der Gestalt von überparteilichen antifaschistischen Klassenwehren. Man muß sich scharf gegen den engen Parteienegoismus wenden. Die Einheit der Arbeiterklasse ist nur auf dem Boden gemeinsamer Aktionen möglich. Und weil wir das erkennen, deshalb kämpfen wir als SAP für die überparteilichen Klassenwehren und haben in unserem Kampf als Ziel die Räterediktatur im Auge. (Wir wünschen, daß sich Genosse Scheler mit seiner richtigen Auffassung in seiner Partei durchsetzt.) Beide Redner erhielten starken Beifall.

In der Diskussion sprachen fünf KPD-Redner und ein Sozialdemokrat als Vertreter des Arbeitersportkartells. Die Ausführungen der KPD-Genossen richteten sich durchweg gegen die Gründung der proletarischen Klassenwehr. *Grande, Haase* und *Militzer* behaupteten, daß nur auf der Grundlage der Kommu-

nistischen Partei und unter ihrer Führung der Kampf gegen den Faschismus geführt werden könnte. Die Ausführungen Grandes über den Kapp-Putsch und über die Vorgänge 1923 zeigten, daß dieser »Führer« die Geschichte der revolutionären Kämpfe und auch die der Kommunistischen Partei nicht kennt. Unter dem stärksten Widerspruch der Versammlung erklärte der »Führer des Kampfbundes gegen den Faschismus«, der KPD-Genosse Haase, daß man *Einheitsfront mit den Nationalsozialisten bei wirtschaftlichen Kämpfen machen könne*. Wörtlich erklärte er: »Eher reichen wir einem nationalsozialistischen Arbeiter, als einem Gewerkschafts-Bonzen die Hand. Die Nazis haben beim Pflichtarbeiterstreik nicht den Verrat geübt wie Richter (DMV-Angestellter). Wir (d. h. die KPD) koalieren uns nicht in jeder Hinsicht mit den Nazis«. Im gleichen Atemzug behauptete Haase, daß man eine »klare Führung« im Kampf gegen den Faschismus brauche, und das sei die KPD.

Mit Recht quittierte die Versammlung diese Ausführungen mit Entrüstungsrufen und Gelächter. Die zwei KPD-Genossen Mailand und Brückner lehnten ein Zusammengehen mit der proletarischen Klassenwehr ab und beteiligen sich unter Führung des Sportkartells an der sportlichen Abwehrorganisation, die dem *Reichsbanner* angeschlossen ist. Man sieht, im Lager der KPD herrscht die größte Konfusion. Die einen gehen nach dem Rezept von Haase mit den Nazis und teilen sich mit diesen in der Streikführung und die anderen gehen mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegen die unter roten Fahnen marschierende Klassenwehr.

31. Dezember 1931, Arbeiterpolitik, Nr. 303

Vorwärts im Kampf gegen den Faschismus

Nach längeren Verhandlungen haben sich die KPD-O, die SAP und der Leninbund auf den gestern von uns veröffentlichten Aufruf an die Arbeiter Berlins geeinigt. Es ist dies nach langer Zeit ein erster Schritt, den kommunistischen Arbeiter mit Arbeitern unternehmen, die soeben der SPD organisatorisch den Rücken gekehrt haben. Die im Aufruf enthaltenen Forderungen sind nicht die klaren kommunistischen Losungen, wie sie von der KPD-O und der »Arbeiterpolitik« seit langem vertreten werden. Es sind Forderungen, die fürs erste mit nichtkommunistischen Arbeitern zu erreichen waren. Das wird die KPD-O jedoch nicht hindern, ihre ganze politische und organisatorische Kraft für die Durchführung der im Aufruf vorgesehenen Linie einzusetzen. Wir erwarten das gleichzeitig auch von den mitunterzeichneten Organisationen. An die KP-Arbeiter appellieren wir insbesondere, sich nicht durch das Geschimpfe der »Roten Fahne« irritieren zu lassen. Sie müssen verstehen, daß der kleinste gemeinsame Schritt gegen den Faschismus auf die in der SA organisierten Kleinbürger und Proletensöhne einen größeren moralischen Eindruck macht, als die schönsten und

revolutionärsten Losungen, wenn sie allein von der Kommunistischen Partei, ohne Mitwirkung der übrigen Arbeiter, aufgestellt werden. Wer ernstlich den Kampf gegen den Faschismus will, der muß sich an dieser gemeinsamen Aktion beteiligen und nicht beiseite stehen...

Jetzt kommt es vor allen Dingen darauf an, daß sich die Aktion gegen den Faschismus nicht etwa auf die Herausgabe eines Aufrufs beschränkt. Sollen die sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter für die Schaffung eines überparteilichen antifaschistischen Kartells und gemeinsamer antifaschistischer Klassenwehren gewonnen werden, dann müssen die beteiligten Organisationen in den verschiedensten Massenorganisationen des Proletariats *im engsten Einvernehmen auf Wochen hinaus eine ernsthafte Kampagne führen*. In allen Berliner Gewerkschaften müssen die Genossen der KPD-O und SAP und des Leninbundes im Verein mit den übrigen oppositionellen Gewerkschaftlern für die im Aufruf veröffentlichten Losungen eintreten und die Bewegung durch Anträge unterstützen. Dasselbe gilt für die Betriebe.

Genossen, nützt die Gunst der Stunde! Nieder mit allen kleinmütigen Stimmungen bei den Bürokraten der Arbeiterschaft. Strengt alle Kräfte an, damit der Faschismus geschlagen wird, bevor er die Regierungsgewalt in Deutschland endgültig in die Hände nimmt!

10. Januar 1932, Arbeiterpolitik, Nr. 8

Es bindet uns mehr, als uns trennt — Eine Bresche für die Einheit!
Überfüllte antifaschistische Kundgebung der KPD-O, SAPD und des Leninbundes im roten Neukölln

Der Anfang ist gemacht. Trotz einer nie dagewesenen Hetze der KPD-Bürokratie und der »Roten Fahne«, trotzdem die Stoßtrupps der offiziellen Partei mit Versammlungsglocke einschließlich Referenten lange vor Eröffnung der Versammlung angerückt waren, das Scherengitter vor dem Versammlungsraum eindrückten, konnte die Berliner Arbeiterschaft die von der KPD-O, SAP und dem Leninbund einberufene Kundgebung gegen Faschismus und für die Schaffung eines antifaschistischen Kartells in Kliems Festsälen in der Hasenheide bis zu Ende durchführen. Der proletarischen Einheitsfront ist gegen die Sabotageversuche der KPD- und der SPD-Führung im roten Berlin eine Bresche geschlagen. Die Versammlung war überfüllt. Viele Besucher wurden von der Polizei nicht mehr zugelassen. Es sprachen die Genossen Rosenfeld für die SAPD, Heinrich Brandler für die KPD-O und Urbahns für den Leninbund.

Genosse *Rosenfeld* forderte den außerparlamentarischen Kampf, der gemeinschaftlich von den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern geführt werden müsse. Es sei nötig, daß die Arbeiterklasse sich gegen den Faschismus mit dem Generalstreik zur Wehr setze, bevor Hitler ans Ruder komme. Dieser Kampf

der Arbeiter müsse ausmünden in den Kampf um die Diktatur des Proletariats, die sich auf die Räte stütze. Er forderte den Schutz der Sowjetunion.

Mit großem Beifall wurde Genosse *Brandler* (KPD-O) empfangen. Die in starker Anzahl vertretenen, von ihrer Bürokratie verhetzten Anhänger der KPD, unterließen ihre Störungsversuche sehr schnell. Genosse Brandler konnte seine Rede so gut wie ohne jegliche Unterbrechung, unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung durchsetzen. Die Verhandlungen Brünnings mit Hitler zeigen uns, so führte er aus, daß es fünf Minuten vor zwölf ist. Hitler steht vor den Toren. Über alles, was uns in grundsätzlichen Fragen trennt, ist es doch möglich, daß die Arbeiter und Organisationen der verschiedensten Richtungen im Kampfe gegen den Faschismus gemeinsame Schritte tun. Dabei werde von keiner der beteiligten Organisationen und Proletarier Aufgabe ihrer grundsätzlichen Stellung gefordert.

Die Einheitsfrontbewegung muß über das gegenwärtige primitive Stadium hinauskommen. Die Massen müssen gewonnen werden, den Kampf vom Boden des Kommunismus aus zu führen. Es sei die Aufgabe der Kommunistischen Partei, diese Entwicklung herbeizuführen. Umso verkehrter und trauriger sei es, daß sich die offizielle Parteiführung gegen diese Versammlung gewendet hat. Es gibt keine Kraft, außer der einmütigen Arbeiterklasse, die imstande wäre, den Faschismus niederzuwerfen.

Genosse Brandler kennzeichnete die sogenannte »Eiserne Front« der SPD, als den weiteren Versuch der SPD-Bürokratie, die SPD- und Reichsbannerarbeiter an die bankrotte Tolerierungspolitik zu ketten. Durch eine richtige und geschickte Einheitsfronttaktik sei es möglich, diese Arbeiter für das Lager der Revolution zu gewinnen.

Genosse Brandler forderte die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes, die Vorbereitung des politischen Massenstreiks, die Durchführung von Teilstreiks auch gegen den Willen der Gewerkschaften. Allerdings sei es nötig, dafür die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen. Der Klasse sei nicht damit gedient, wenn besonders opferwillige Proletarier vorzeitig auf der Strecke bleiben...

Genosse *Urbahns* ging eingangs auf die internationale Bedeutung des Abwehrkampfes der deutschen Arbeiterklasse ein. Er wies auf die revolutionären Vorgänge in Spanien, in den Kolonien, in China und Indien hin. Eine Niederlage der Arbeiter in Deutschland müsse katastrophale Auswirkungen auf die Tätigkeit unserer russischen Brüder in der Sowjetunion haben. Ein Teil der weiteren Ausführungen des Genossen Urbahns beschäftigte sich mit dem unglückseligen Verhalten der KPD-Führung und ihrer Sabotage der Einheitsfrontbewegung. Agitiert für antifaschistische Kartelle in den Bezirken, in den Betrieben usw., auch über die Köpfe der sabotierenden Führer! Mit diesen Worten schloß der Redner des Leninbundes.

Der offizielle Redner der KPD war der ehemalige Versöhnler *Glückauf*. Er versuchte eine Verteidigung der falschen ultralinken Politik der KPD-Führung. Der Versuch war aber so schwächlich, daß seine Rede zeitweilig in Zwischenrufen und im allgemeinen Widerspruch unterging. Daß Glückauf bei der überwiegenden Mehrheit der Versammlung keinen Anklang fand, darüber täuschten auch die von seinen Anhängern ausgebrachten »Rotfront«-Rufe nicht hinweg, denen das Versagen ihres Redners offensichtlich peinlich war. Glückauf, wahrscheinlich um sich als alter Versöhnler den nötigen Stand zu verschaffen, sprach in unerhört provozierender Weise. Er bezeichnete die an der Kundgebung beteiligten Organisationen als »linken Flügel des Sozialfaschismus«. Sie wollen die SPD tolerieren, mit Noske, Grzesinski usw. zusammengehen. Die Aktion des heutigen Abends sei nur zu dem Zwecke gemacht, um die Arbeiter zur SPD zurückzuführen. Der Genosse der KPD bewies mit seinen Ausführungen, daß er und seine Beauftragten aber auch nicht das geringste Verständnis für die gegenwärtige Stimmung unter der Arbeiterklasse und für das, wonach die Arbeiter verlangen, aufzubringen vermögen.

Der nächste Redner der KPD, Mitglied der Unterbezirksleitung Südost, der Genosse *Strom*, hat — das muß hier ausgesprochen werden — von diesen Vorgängen in der Arbeiterklasse weit mehr begriffen und er versuchte, wenn auch mitunter mit noch recht konfusem Anlehnungen an die falsche Linie der KPD, diesem Verständnis Ausdruck zu geben. Die Versammlung hatte für seine Ausführungen das allergrößte Interesse. Sie wandte sich entschieden dagegen, als der Genosse *Strom* die Behauptung aufstellte, wir hätten in Deutschland den Faschismus schon, oder als er die stereotype Forderung der KPD-Bürokratie wiederholte: nur unter Führung der KPD gäbe es eine Einheit. Aber die Versammelten antworteten mit größter und begeisterter Zustimmung, als dieser kommunistische Genosse ausführte: »Wir haben keine Zeit mehr, uns miteinander zu zanken. Ich bin überzeugt, wir werden im Kampfe gegen den Faschismus Schulter an Schulter stehen. Unsere Differenzen sind nicht so tief, daß wir nicht doch zusammenkommen können. Uns bindet viel mehr, als uns trennt.«

Er hatte die Zustimmung der Versammlung, als er ausführte, daß die Differenzen unter Führung der Kommunistischen Partei ausgetragen werden müssen, aber auch als er im Widerspruch zu der vorher vertretenen Forderung nach Führung ganz richtig sagte, die *Führer der Einheitsfront der Arbeiterklasse werden nur im Kampfe geboren*.

Es ist bezeichnend für die »objektive« Berichterstattung der »Roten Fahne«, daß dieser Genosse genauso wie der nachfolgende Redner, der Vertreter der Berliner Gas- und Wasserwerke im Bericht der RF mit keiner Silbe Erwähnung findet. Der Betriebsrat der Berliner Gaswerke, Genosse *Adam*, berichtete über die günstige Stimmung in seinem Betriebe. Die Funktionäre ohne Unterschied der

Partei treten für den Streik ein. Obwohl die »Rote Fahne« sich gegen die Urabstimmung über den Streik gewendet hat, ist kein Genosse der Kommunistischen Partei dieser unmöglichen Parole gefolgt. Im Berliner Gaswerk ist die Einheit im Kampfe hergestellt. Dort haben die Vertreter der RGO und der KPD die unsinnige Parole ihrer Bürokraten: »Nur unter Führung der KPD« aufgegeben. Jetzt werden sie *allerdings* zur Belohnung dafür, weil sie für die Einheit der Arbeiterklasse eingetreten sind, aus der Partei ausgeschlossen. Bezeichnend sei, daß die »Rote Fahne« über die Vorgänge im Berliner Gaswerk nichts veröffentlicht habe, obwohl die Bewegung dort für alle Arbeiter in ganz Deutschland von der größten Tragweite sei...

Es sprachen dann noch die Genossen Bolze von der KPD-O und ein Genosse von der Trotzki-Gruppe. Dann folgten die Schlußworte der Genossen Urbahns, Rosenfeld und Brandler. Vor den Schlußworten verließ ein Teil der KPD-Anhänger auf Befehl ihrer Führer das Lokal. Aber wenigstens die Hälfte von ihnen blieb bis zum Schluß der Veranstaltung. Auch dieses Sprengungsstück gelang also daneben. Die versammelten Arbeiter ließen sich durch diese Schlußkomödie der KPD-Strategen nicht provozieren. Wir begrüßen das disziplinierte Verhalten eines großen Teiles der Anhänger der Kommunistischen Partei...

28. Januar 1933, Arbeiterpolitik

Naziprovokation, Polizei, Arbeiterschaft

Am Sonntag haben die Nazis ihren provokatorischen Aufmarsch am Bülowplatz: »Front zum Karl-Liebknecht-Haus« durchgeführt. 14 000 Polizisten schützten sie, und die Arbeiterschaft, die dagegen protestierte, hatte zwar die Kraft zum Protest, aber nicht die Kraft, diesen Protest so wirksam zu machen, daß die SA nicht marschieren konnte. Der *Abwehrwille* ist vorhanden: die *Organisation* dieses Willens, die ihn zur Tat umsetzen könnte, fehlt. Wir haben *keine antifaschistischen Kartelle, keine überparteilichen Klassenwehren, keine Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die KPD*. Die SA ist marschiert, die Polizei (und diese Schwäche der Arbeiterklasse) haben es ermöglicht.

Die Schupo hat Berlin am 22. Januar in einen Truppenübungsplatz verwandelt. »Vorsorglich« wurden für den Sonntag Demonstrationen und Versammlungen anderer Organisationen unter freiem Himmel verboten. Die Häuser um den Bülowplatz wurden polizeilich besetzt, nach Waffen gehaust und auf den Dächern Schupos mit Karabinern und Feldstechern postiert. Im Laufe des Vormittags wurden die umgrenzenden Straßen gesperrt. Nur Personen mit Ausweisen durften passieren. Die Utergrundbahnstation am Bülowplatz wurde geschlossen, die Züge fuhren durch. Publikum, das die Volksbühne besuchen wollte, wurde nach Hause geschickt. Alles zur höheren Ehre der Nazis und der Autorität der Polizei.

An den Vorstand des ADGB,
An das ZK. der KPD.
An den Parteivorstand der SPD.

31. JAN. 1933

Werte Genossen!

Hitler ist Reichskanzler. Die Nationalsozialisten haben alle ausschlaggebenden Stellungen in der Regierung besetzt. Die faschistische Diktatur ist eine Tatsache. Die Existenz aller Arbeiterorganisationen ist bedroht. Der faschistische Terror wird jetzt legalisiert. Der Staatsstreich steht nicht erst bevor, er ist mit der Bildung dieser Regierung da.

Angesichts dieser Lage ist die Aufgabe der Stunde die Proklamation des Generalstreiks zur Beseitigung der Hitler-Regierung und der Niederkämpfung der faschistischen Gewaltbänden.

Die Lage duldet kein Abwarten, keine Zersplitterung der Kräfte. Sie fordert sofortiges geschlossenes Handeln der gesamten Arbeiterklasse.

Wir schlagen deshalb den sofortigen Zusammentritt der Leitungen der Gewerkschaften, der SPD, und der KPD vor, um die Arbeiterschaft gemeinsam zum Generalstreik aufzurufen.

Berlin, den 30. Januar 1933.

Die Reichsleitung der KPD-O.

i. a.

a. Hoffmeister

In den Anmarschstraßen der Nazis sammelte sich die werktätige Bevölkerung. Die Braunhemden wurden mit Pfui- und Nieder-Rufen empfangen. Das war Spießrutenlaufen, aber die SA marschierte, denn die Organe des Staates schützten sie. Überfallwagen, Flitzer und Mannschaftsautos machten Jagd auf Arbeiter. 118 wurden festgenommen, 45 Personen sind verletzt worden. Gummiknüppel, Karabiner, Bajonette, Schupo zu Fuß, zu Pferde und im Panzerwagen sorgten dafür, daß die SA den Bülowplatz besetzen konnte: »Front zum Karl-Liebknecht-Haus!« Das war inzwischen von der Schupo geräumt worden. Die Wache von

40 Genossen, ein Redakteur der »Roten Fahne« wurden mit Karabinern und Gummiknüppeln hinausgetrieben. Die Polizei besetzte das Gebäude und nahm selbstverständlich bei dieser Gelegenheit eine Haussuchung vor. Dann konnte Röhm die Parade abnehmen mit der »Front zum Karl-Liebknecht-Haus«. Die Presse zum SA-Aufmarsch:

»*Berliner Tageblatt*«: »In diesem abgesperrten Viertel (am Bülowplatz) sah man kaum einen Fußgänger. Nur auf beiden Straßenseiten alle zehn Schritt einen Polizeibeamten mit Karabiner. Auf den Dächern — Schupo. In den Hauseingängen — Schupo. An jeder Straßenecke — ein Schupoauto ... Zuschauer — so gut wie keine. Eine von den Einwohnern geräumte Stadt, durch die eine feindliche Armee marschiert.«

»*Kölnische Volkszeitung*«: »Der größte Teil des Publikums brach in Schmähungen und Niederrufe aus. Immer wieder ging die Polizei im Laufschrift mit gefüllten Karabinern vor.«

»*8-Uhr-Abendblatt*«: »Kein Einwohner kann aus seinem Haus (am Bülowplatz) heraus, keiner hinein. »Nichts Lebendes war hier erblickt« — nur Schupouniformen, starr den Häuserfronten zugewandt. *Daß die Straßen still und lautlos, dafür sorgen Panzerautos.*

... Die ältere Generation wird sich erinnern, wie einstens, als ein russischer Zar seinen kaiserlichen Freund in Berlin besuchte, rings um den Bahnhof herum alles hermetisch abgesperrt war und Polizeibeamte sogar sämtliche Fenster der Umgebung besetzt hielten.«

Der »*Vorwärts*« hat Sorgen: »Immer wieder, wenn eine neue Kolonne der Salzsteuersoldaten die Grenze des Bülowplatzes erreicht hatte, halte es durch die Straßen: »Wir schießen auf die Freiheit — wir schießen auf die Judenrepublik!« Und das alles geschah inmitten eines Heerbanners bis auf die Zähne bewaffneter Schupos. Kein Wachmeister, geschweige denn ein Offizier, rührte die Hand, um das braune Gesindel in die Schranken zu verweisen.«

Die kommunistische Presse überschlägt sich in dem Geschrei über den Erfolg, den die Arbeiter hätten. Da wird berichtet, das rote Berlin hätte durch seinen roten Sturmwall die SA-Leute zugedeckt und bewiesen, daß die Nazis in Berlin nicht Fuß fassen könnten. Wir zitieren *dagegen* nur den nationalsozialistischen »*Angriff*« von Montag, der den politischen Sinn und Erfolg des Nazi-Aufmarsches folgendermaßen charakterisiert:

»Wir haben die öffentliche Meinung in Deutschland umgekrempelt, so daß es nicht mehr möglich ist, daß jeder hergelaufene Hetzjude heute irgendeinen lächerlichen Grund geltend machen kann, damit eine nationale Veranstaltung oder Kundgebung verboten wird. Heute darf es keine amtliche Stelle, die sich

national nennt, mehr wagen, vor dem Bolschewismus zu kapitulieren, ohne sich dem Fluch der Lächerlichkeit anheimzugeben. Heute marschieren wir, wo es uns paßt, und wenn sich die bolschewistischen und sonstigen Hetzjuden die Seele aus dem Leib geifern.»

Berlin hat über dreiviertel Millionen kommunistischer Wähler. Die Arbeiterschaft Berlins und seine werktätige Bevölkerung ist gegen die Nazis eingestellt. Aber die Nazis konnten mit ihrer SA mit Hilfe der preußischen Polizei ihren Aufmarsch durchführen. Das werktätige Berlin konnte das zähneknirschend ansehen und — protestieren, denn die antifaschistische Kampffront, *die einheitsliche Front ist nicht hergestellt*. Da marschieren die sozialdemokratischen Kollegen an einem Tage und die kommunistischen Genossen an einem anderen. Sie haben sich bis jetzt noch nicht verständigt, und weil sie es nicht getan haben, war der Aufmarsch der Nazis am Sonntag möglich. Nur die antifaschistische proletarische Einheitsfront kann die Braunjacken hinwegfegen und mit dem Faschismus Schluß machen. Sie herzustellen, *schnellstens herzustellen*, ist das Gebot der Stunde und die Aufgabe jedes klassenbewußten Arbeiters!

3. Februar 1933, Lübecker Volksbote (SPD)*

Verleger und Schriftführer
ZUSAMMENSTUFUNG AB
Danzig: 10.001, 10.002, 10.003



Verlag
LÜBECK

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 20
Danzig, 3. Februar 1933
50. Jahrgang

Proteststreik der Lübecker Arbeiterschaft Alle Räder standen still

Heute vormittag von 11 bis 12 Uhr ruhte auf Weisung der Lübecker *Kampfleitung der Eisernen Front*** jede Arbeit in Lübeck. Keine Straßenbahn fuhr, der Hafen lag still, alle Großbetriebe und hunderte von kleineren Produktionsstätten feierten. Pünktlich 12 Uhr wurde die Arbeit ebenso geschlossen wieder aufgenommen. Die lebenswichtigen Betriebe

* siehe auch die Stellungnahme zu den hier dokumentierten Ereignissen auf Seite 201

** Die 3 Pfeile im Zeitungskopf sind das Symbol der »Eisernen Front«, dem im Dezember 1931 als Gegenwehr zur Harzburger Front proklamierten Zusammenschluß von SPD, ADGB, Arbeitersportverbänden, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Gliederungen der Deutschen Staatspartei. Die Pfeile im Emblem richten sich »gegen Hitler, Papen und Thälmann« oder »gegen Reaktion, Nationalsozialismus und Kommunismus«.

waren nach Beschluß der Kampfleitung *für diesmal* vom Streik ausgenommen. Die Parole der Eisernen Front wurde in absoluter Disziplin restlos befolgt. *Das Lübecker Proletariat* hat drohend seine Faust emporgereckt. Es hat die Probe der Einigkeit und Geschlossenheit glänzend bestanden. Die Lübecker Arbeiterschaft steht *eisenfest* zu ihrem Führer; sie ist heute noch, heute erst recht, *der Machtfaktor* in unserer Stadt. Niemand kann sie besiegen, niemand kann ihr, sei es durch Drohung, sei es durch nackte Gewalt, Furcht einflößen und niemand kann sie *zersetzen*.

Das hat der heutige Vormittag allen bewiesen. Wir feiern ihn als einen der stolzesten Tage in der Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung. Sie haben uns den Führer genommen, sie haben ihn unter fadenscheinigster Begründung hinter Kerkgitter gesetzt. Andere sind in die Bresche gesprungen. An der Kampfkraft und Disziplin der Lübecker Arbeiterschaft hat das nicht das Geringste geändert.

Nicht einen einzigen gab es, der nicht freudigen Herzens an dieser Kampfmaßnahme teilnahm. Auseinandersetzungen mit Streikbrechern gab es *nirgends*, weil *kein einziger Arbeitsmann* diesen Streik ablehnte. Wohl gab es Tausende, denen diese Kampfmaßnahme nicht weit genug ging, die ungeduldig auf weitergehende, letzte Kampfmaßnahmen drängten.

Die Kampfleitung der Eisernen Front wußte um dies ungeduldige Drängen brennend empörten Rechtsgefühls. Sie ließ nicht das *Gefühl* sprechen, sondern die klare und verantwortungsbewußte Überlegung *berufener Führung*. Sie gab die Parole heraus, *die das letzte Kampfmittel* noch aufspart, der Mordhetze der faschistischen Banden und ihrer Gönner aber die selbstbewußte Kraft der *Lübecker Arbeiterschaft* entgegenstellt.

Restlos folgten ihr Organisierte und Unorganisierte. Die Gegenparolen der KPD, die in letzter Stunde noch versuchte, Verwirrung zu stiften, indem sie in Flugblättern zum unbefristeten Generalstreik aufforderte, waren absolut wirkungslos. Nicht in einem einzigen Betrieb wurde darüber auch nur diskutiert. Die Kommunisten selbst in den Betrieben fühlten: *In der Stunde der Gefahr müssen wir eine Führung, einen Willen, eine Kampfesfront* haben. Die Einheitsfront steht da im Kampf verwirklicht — im Kampf *unter Führung der Eisernen Front*. Nun mögen sie weiter lügen, die Sozialdemokratie verkörpere ja gar nicht den Willen der Arbeiterschaft — wir lachen ihnen hell ins Gesicht.

Unmöglich alle Betriebe aufzählen, die einmütig in den Streik traten — es war tatsächlich *keiner*, der sich ausschloß. Selbstverständlich ruhten die großen Werke *L. M. G., Hochofen*, die bürgerlichen *Zeitungsbetriebe*, die *Konsumvereine* — auch der gesamte Betrieb der *Eisenbahn* mit Ausnahme

des durch die Streikleitung befreiten *Fahrdienstes* schloß sich an. Fast überall versammelte sich die Belegschaft in den Arbeitsräumen, um Ansprachen der freigewerkschaftlichen Betriebsräte entgegenzunehmen. Entschließungen wurden gefaßt, von denen wir als Probe die des Generalanzeigers im Wortlaut wiedergeben. In der Entschließung des größten Betriebes, des Hochofenwerks, heißt es am Ende, daß sich die Arbeiterschaft weitergehende Kampfmaßnahmen vorbehält.

Das ist Lübeck. Die Arbeiterschaft hat ihre Einigkeit bewiesen. Sie wird weiter kämpfen. Und wenn es die Stunde erfordert, auch mit anderen Mitteln. *Freiheit!*

Die Massenkundgebung im Gewerkschaftshaus

Ungeheuer das Erlebnis des gestrigen Abends. Am Nachmittag erst war die Kundgebung bekanntgegeben. Und zwei Stunden darauf drängten sich die Massen mächtig Kopf an Kopf ins Gewerkschaftshaus. Die Stühle wren aus dem Saal geräumt. Trotzdem waren schon eine halbe Stunde vor Beginn der Kundgebung Saal und Galerien überfüllt. Der Hof wurde überschwemmt von den Nachdrängenden und auch er reichte nicht aus. Leidenschaftliche Erbitterung auf den Gesichtern. Stürmisch begrüßen Freiheitsrufe den Führer des Reichsbanners, *Passarge*, der mit stärkster Wirkung seine Sätze hämmert. Jeder ein Schlag ins Gesicht des Faschismus, jeder ein Zeugnis von Kraft und Entschlossenheit.

Vergeblich suchen in die Versammlung entsandte Störungstrupps der KPD den Bruderkampf neu zu entfachen. Sie gehen unter, werden mitgerissen von der begeisterten Stimmung der Versammlung, die immer von neuem mit brausenden Rufen dem Führer Beifall spendet. *Ein Wille bildet sich, der Massenwille, der Wille der Eisernen Front.* Von höchster Eindruckskraft dann der Abmarsch der so ungeheuer erbitterten Massen, geregelt vom *Ordnerdienst des Reichsbanners*, der sich großartig bewährte. Trotz der maßlosen Empörung nicht die kleinste Störung, die nicht die geringste Reiberei mit Andersdenkenden, von Brutalitäten, wie sie jede Nazi-Versammlung begleiten, gar nicht zu reden. Wie war es möglich? — Durch die *freiwillige Selbstdisziplin* der Arbeiterschaft, des politisch reifsten Teiles der Deutschen. Das ist *unsere Waffe*. In diesem Zeichen siegen wir.

Die Versammlung wurde durch Gewerkschaftssekretär *Burmeister* begrüßt und geleitet. Darauf gab Genosse *Otto Passarge* zuerst einen kurzen Überblick über die politischen Vorgänge im Reich, wie sie sich in der Jagd nach der Macht und der Unterdrückung der Arbeiterklasse ausgewirkt haben...

Mit gerechtem Spott kennzeichnete er die Art der *Fachministerien*, in denen der Selterswasserfabrikant *Seldte* als *Arbeitsminister* auserkoren ist. Weiterhin wurde das *Bestreben der SA-Leute* beleuchtet, die *sobald als möglich in den Staatsapparat eingegliedert werden wollen*. Daher die Geschehnisse der letzten Tage und Wochen in Lübeck wie in den übrigen Städten des Reiches. Goebbels Wahlspruch: Die Macht auf legalem Wege zu erstreben und dann nach eigenem Ermessen zu verfahren, auch wenn einige Führer dabei zu Schaden kommen, ist die SA daran in die Tat umzusetzen. Nach einer Charakterisierung des *Nazi-Stahlhelm-Fackelzuges* erklärte Genosse Passarge unter lebhafter Zustimmung der Versammelten, *daß sich schon hier die Polizei nicht einwandfrei benommen hat*. Einige führende Polizeibeamte sind sich ihrer *Pflicht nicht bewußt*. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!) Die Polizei hatte nur den Zug zu schützen und sich nicht um die Freiheitsrufe zu kümmern. Sie ist doch bei der letzten Demonstration der Eisernen Front gegen die Nazi Heilrufer nicht vorgegangen. Gegen eine solch einseitige Behandlung protestieren wir mit aller Schärfe. (Allgemeines Bravo!)...

11. Februar 1933, Arbeiterpolitik

Der Kampf der Arbeiterschaft

Der Druck auf die Instanzen zur Herstellung der einheitlichen Kampffront

Am 3. Februar führte die *Lübecker Arbeiterschaft* geschlossen einen Proteststreik durch gegen den Naziterror. Den Anlaß gab die Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Leber, der bei einem SA-Überfall durch einen Messerstich im Gesicht verletzt wurde.

Am 5. Februar wurde der sozialdemokratische Bürgermeister Kasten in *Stafffurt* von einem mit den Nazis sympathisierenden Gymnasiasten erschossen. Auch hier trat die Arbeiterschaft geschlossen in den Proteststreik.

In beiden Fällen wurde der Streik ausgelöst, weil *Sozialdemokraten* angegriffen waren und daher Sozialdemokraten und Kommunisten von vornherein gemeinsam marschierten. Sozialdemokraten und Kommunisten müssen *auf jeden Fall* zusammenstehen zur Abwehr gegen den faschistischen Angriff. In Betrieben und Gewerkschaften rühren sich die Arbeiter, um die Instanzen zur Herstellung der Einheitsfront aufzurufen.

Wichtiger als wählen: Gemeinsame Abwehr

Der sterbende Parlamentarismus in Deutschland hat im letzten Jahre die Wähler reichlich oft bemüht. Seine Totengräber rufen am 5. März die Wähler erneut an die Urne. Es geschieht nicht, wie die Quichotes des bürgerlichen Parlamentarismus glauben machen wollen, um ihm neuen Lebensgeist einzublasen, sondern um ihm das Lebenslicht vollends auszublases. Wir stehen nicht am Anfang einer neuen parlamentarischen Ära, sondern am Ende des bürgerlich-parlamentarischen Systems in Deutschland. Für die faschistische Diktatur hat die Abstimmung am 5. März keine andere Bedeutung als die eines Plebiszits, das den vollzogenen Umsturz der politischen Machtverhältnisse in Deutschland zu bestätigen hat; die Wahl soll der faschistischen Diktatur gleichzeitig einen Freibrief für ihre beabsichtigten Raub- und Unterdrückungspläne gegenüber der Arbeiterklasse ausstellen.

Der Wahlkampf unterscheidet sich schon äußerlich von den bisherigen Wahlkämpfen durch legalisierten, blutigen Terror, durch Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit in bisher nicht bekanntem Maße. Die Regierungsparteien haben das Monopol auf den staatlichen Propagandaapparat. Finanzielle Mittel stehen ihnen in überreichem Maße zur Verfügung.

Die führende Partei der faschistischen Diktatur hat ihren Anhängern nichts zu bieten als Versprechungen für die Zukunft. Sie wird damit weniger denn je knausern. Je größer ihre Stimmzahl, um so fester wird ihre Position, und je fester diese, um so weniger braucht sie ihre Versprechungen zu realisieren; denn sie hat ja die Macht, um alle unbequemen Mahner zum Schweigen zu bringen.

Wenn wir uns als Kommunisten auch völlig klar sind über den bürgerlichen Parlamentarismus und Parlamentswahlen im allgemeinen und über den Charakter der Wahlen vom 5. und 12. März im besonderen, rufen wir die Arbeiter dennoch zu regster Wahlbeteiligung an diesen Tagen auf. Wir warnen aber vor Illusionen, die die SPD erneut unter den Arbeitern zu wecken sucht, indem sie auf die »Abbrechung« mit der faschistischen Reaktion am 5. März vertröstet. Selbst wenn die Parteien der faschistischen Diktatur eine Wahlniederlage erleiden sollten, ändert das nichts daran, daß sie im Besitz der politischen Macht sind, die ihnen kein Parlament nehmen kann. Die SPD-Führer fürchten jeden außerparlamentarischen Massenkampf, deshalb vertrösten sie aufs Parlament.

Wir Kommunisten beteiligen uns an der Wahl am 5. und 12. März, sagen aber gleichzeitig: *Das Schwergewicht des Kampfes der Arbeiterklasse liegt nicht im Parlament. Entscheidungen werden heute weniger denn je mit dem Stimmzettel getroffen.* Jeder Tag bis zu den Wahlen, jede auch die kleinste Aktion gegen den Faschismus, jeder Akt der Massenmobilisierung ist für die Niederzwingung des

Faschismus von größter Bedeutung. Darauf muß während des Wahlkampfes das Hauptgewicht gelegt werden.

Die KPD-O wird in diesem Sinne ihre Kraft im Wahlkampf einsetzen und aktiv für die proletarische Einheitsfront gegen Faschismus und Kapitaloffensive eintreten. Die KPD-O wird bei den Wahlen für die Liste der KPD stimmen, trotz ihrer taktischen Meinungsverschiedenheiten mit der KPD in der Frage der Einheitsfronttaktik und der RGO-Politik.

11. und 25. Februar 1933, Gegen den Strom, Nr. 3 und 4

Aktion gegen faschistische Diktatur

Württemberg

Der *offene Brief der Bezirksleitung der KPD-O* an alle Arbeiterorganisationen und an die Betriebsräte hat die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft gegen die faschistische Diktatur in Fluß gebracht. Überall in der KPD und in der SPD, unter den Betriebsarbeitern und Arbeitslosen wurden die Einheitsfrontvorschläge der KPD-O zum gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfe diskutiert.

Schubfabrik Hauweisen. Die Hauweisen-Arbeiter marschierten an der Spitze der Betriebe Württembergs. Sie waren die ersten, die als Belegschaft eines Großbetriebes durch die Initiative der KPD-O-Genossen einen befristeten Proteststreik durchführten. Am 31. Januar, vormittags 9 Uhr, wurde auf Initiative unserer Genossen *die Arbeit niedergelegt* und in der Betriebskantine eine Betriebsversammlung abgehalten. Die Vorschläge der KPD-O wurden dort einstimmig angenommen. Eine vierköpfige Delegation (zwei KPD-O-, ein SPD- und ein KPD-Mann) wurden zu den Organisationsleitungen geschickt. Der ADGB gab ausweichende Antwort. Die KPD lehnte jedes Zusammengehen mit der SPD ab. Es gab heftige Auseinandersetzungen zwischen der Delegation und der Bezirksleitung der KPD. Gemeinsame Kartelle und Aktionsausschüsse, gemeinsame Demonstrationen usw. *lehnte die KPD kategorisch ab*, auch mit der KPD-O. Die KPD-Genossen sind furchtbar enttäuscht. Der ADGB frohlockt.

Im größten Betrieb Stuttgarts, *Bosch-Feuerbach*, traten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute am 30. Januar zusammen und beschlossen, nach einem Referat des Genossen H., an alle Organisationsleitungen Delegationen zu entsenden.

Im Betrieb *Bosch-Stuttgart* haben die Vertrauensleute aller drei Richtungen unsere Forderungen akzeptiert. Delegationen wurden geschickt zur SPD, KPD, ADGB und KPD-O, um folgende Forderungen zu vertreten: a) Sofortiger Zusammenschluß aller Organisationen, b) sofortiger Zusammentritt einer Betriebsräteversammlung, c) gemeinsamer Aufruf des ADGB und aller Organisationen zu einheitlicher Demonstration, verbunden mit einstündigem Proteststreik in allen Betrieben ...und Abmarsch zur Demonstration von allen Betrieben.

Demonstration der Bosch-Arbeiter. Am Mittwoch veranstalteten die Boscharbeiter nach Betriebsschluß einen eindrucksvollen Demonstrationzug durch Stuttgart zum Gewerkschaftshaus mit anschließender Betriebsversammlung. Die Leitung lag in den Händen eines Aktionsausschusses, der sich aus Vertretern der KPD-O, SPD und KPD zusammensetzte. Genosse *Hausen* forderte proletarische Konzentration gegen die Konterrevolutionäre Konzentration. *Buchmann* sprach für die KPD und begrüßte die einheitliche Aktion.

In *Feuerbach* führte die Belegschaft Bosch-Feuerbach eine gemeinsame Demonstration und Protestkundgebung am 2. Februar durch. Unter Vorantritt einer Reichsbannerkapelle mit Sowjet- und Dreipfeilfahnen marschierten die Arbeiter zur Turnhalle. 1800 bis 2000 Arbeiter waren in der Turnhalle versammelt. *Hausen* sprach für die KPD-O, *Buchmann* für die KPD. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die ein Kampfbündnis aller Arbeiterorganisationen fordert ...

Niederrhein

Der Betriebsrat der *Phönix-Werke*, Düsseldorf, nahm unter Hinzuziehung des Arbeiter- und Angestelltenrates zur politischen Lage Stellung und beschloß einstimmig einen Appell an die Arbeiterschaft. Er fordert von den Betriebsräten, Gewerkschaften und allen Arbeiterorganisationen die Schaffung der Einheitsfront auf revolutionärer Grundlage zum Kampf gegen den Faschismus. Die Resolution wurde von unserem Genossen *Wirkus* eingereicht. Vertreten waren KPD, KPD-O, SPD, Zentrum, ADGB, RGO, Christen, Afa-Bund und GdA. Auch die KPD-Genossen erklärten sich für Spitzenverhandlungen zum Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen faschistische Diktatur einverstanden ...

Hessen

Nach Bekanntwerden der Berufung Hitlers zum Reichskanzler bildeten sich in den Nachmittagsstunden in der inneren Stadt *Offenbachs* Diskussionsgruppen. Am Abend versuchten die Nazis eine Demonstration durchzuführen. Nur unter starkem polizeilichen Schutz konnten sie durch die Straßen ziehen. Der Zug wurde mit feindlicher Stimmung von der Bevölkerung empfangen. Spontan bildete sich ein Demonstrationzug der Arbeiterschaft, in dem kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter einheitlich marschierten. Diese Demonstration wurde von der Bevölkerung freudig begrüßt. Am Dienstag wurde das Stadtbild wiederum von Demonstrationen beherrscht. Allgemeine Stimmung war: »Wir schaffen die Einheitsfront über die Köpfe der Führer hinweg«. In den Abendstunden fanden sich die *Offenbacher* Arbeiter ohne besonderen Aufruf zu einer Versammlung auf dem *Wilhelmsplatz* ein, die sich zu einer achtungsgebietenden Demonstration durch die Stadt entwickelte. Die Arbeiterschaft beherrschte die Straßen der Stadt. An der Demonstration waren alle politischen Gruppen beteiligt.

Nord-Bayern

Die Bezirksleitung der KPD-O richtete an SPD, KPD, SAP und ADGB die Forderung, sofort zusammenzutreten und Kampfmaßnahmen gegen die faschistische Diktatur zu treffen. SPD und ADGB ließen mitteilen, daß sie vorläufig örtlich nichts unternehmen können, *da von Berlin noch keine Anweisungen vorliegen*. Die KPD machte die Mitteilung, daß sie die Einheitsfront von »oben« ablehne. Mit einem Herrn Grönsfelder, Leipart, Schneppenhorst verhandele sie überhaupt nicht. Überhaupt lehne sie es ab, durch solche Verhandlungen ihre Leute in Gefahr zu bringen. Auch die SAP brauchte bis zum anderen Vormittag, um eine Antwort zu geben.

Wasserkante

In der Radoröhrenfabrik *Valvo, Hamburg-Lockstedt* beschloß die 300 Mann starke Belegschaft einstimmig, den gesamten Arbeiterrat sofort zum Ortsauschuß des ADGB zu schicken und schärfste Kampfmaßnahmen gegen die Hitler-Regierung zu fordern. Der ADGB wurde aufgefordert, sofort an sämtliche Arbeiterorganisationen heranzutreten zwecks Bildung eines überparteilichen Kampfkartells, Mobilisierung zum Sturz der Hitler-Regierung, für eine Arbeiter- und Bauernregierung. Ferner nahm die Belegschaft der Valvo einstimmig eine Protestresolution gegen das *Dresdener Polizeiblutbad* an. *Die wenigen Hitler-Anhänger im Betrieb wagten nicht, gegen die beiden Resolutionen zu stimmen*. Die Partei erweist sich hier als vollkommen ohnmächtig, nennenswerte Kundgebungen gegen die Hitler-Regierung zu entfachen. Die Stimmung der Parteimitglieder ist auf »Erledigung des Faschismus innerhalb acht Tagen« eingestellt.

West-Sachsen

In den Leipziger Betrieben wurde die Ausrufung der Hitler-Regierung lebhaft diskutiert. In den Vorstädten bildeten sich im Verlauf des Montagnachmittags Demonstrationstrupps. Die KPD-O verbreitete ein Flugblatt und einen *Offenen Brief an die Mitglieder der KPD* und ein allgemeines *politisches Flugblatt*, in dem Bezug genommen wird auf eine Entschließung der Leipziger Straßenbahner, die das Kampfbündnis der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften fordert. Diese Entschließung wurde von der KPD, der SPD, der KPD-O, den Funktionären der freien Gewerkschaften und der RGO einstimmig angenommen. Die KPD-O forderte die Einberufung einer Betriebsrätevollversammlung...

Ost-Sachsen

Auf das blutige Massaker der Polizei im »Keglerheim« in Dresden antworteten die Arbeiter des *Sachsenwerkes in Niedersedlitz* am 26. Januar mit einem einmütig durchgeführten *Proteststreik*. Eine kombinierte gewerkschaftliche Vertrauens-

männersitzung hatte nach gründlicher Aussprache auf Antrag der KPD-Genossen den einstimmigen Beschluß gefaßt, zum Beginn der Mittagspause die gesamte Belegschaft zur Betriebsversammlung aufzurufen und den Beschluß zu unterbreiten, mit sofortiger Wirkung in den Proteststreik einzutreten und demonstrativ den Betrieb zu verlassen. Die Vorschläge unserer Genossen wurden von der Belegschaft einmütig angenommen. Auch der an Zahl geringfügige Stamm protegierter Nationalsozialisten wurde von der Wucht der empörten Betriebsarbeiter mitgerissen. Die sozialdemokratischen Betriebsarbeiter mit ihren Funktionären standen in Reih und Glied. So wurde der Betrieb von seinen 900 Beschäftigten in wenigen Minuten verlassen.

Die Direktion des Sachsenwerks, eines Tochterunternehmens der AEG, hatte einen Anschlag im Werk herausgegeben, nach welchem »für den Wiederholungsfall fristlose Entlassung für den Streikenden« angedroht ist, weil »das Sachsenwerk als alleiniger Betrieb im gesamten Industriebezirk Groß-Dresden die Arbeit zur Einstellung gebracht und mit einem so wilden Streik dem Ansehen des Unternehmens geschadet habe«...

Am Tage darauf trat die Belegschaft von *Anton Reiche* in einen anderthalbstündigen Proteststreik, am zweiten Tag darauf erst die *Rütgerswerke in Dobna*, eine Hochburg der KPD. Die Belegschaft der *Friedrich August Hütte in Freital* trat anläßlich der Beisetzung der Opfer des Dresdener Blutbades in einen einstündigen Proteststreik. Die Jahresgeneralversammlung des *Fabrikarbeiterverbandes Freital* stimmte gegen zwei Stimmen einer Resolution unseres Genossen Schneider zu, die die SPD, KPD und ADGB zum außerparlamentarischen Klassenkampf auffordern.

Thüringen

Die KPD ist als politisch handelnder oder gar führender Faktor verschwunden. Die Mitgliedschaft ist vollkommen durcheinander. Die Partei ist ziel- und direktionslos. Einerseits treten Stimmungen in Erscheinung, die zum Ausdruck bringen, daß *alles keinen Wert mehr habe, alles schon verloren sei*, andererseits wieder erklären KPD-Mitglieder, *Hitler wird sich schnell abwirtschaften*. Nicht der schlechteste Teil gibt offen zu, daß der ganze Kurs der Partei falsch ist, daß sich jetzt die RGO-Politik schwer räche. Leider ist der aktive Widerstand gegen die KPD-Führung noch nirgends besonders in Erscheinung getreten. Ohne Kurs und ohne Steuer segelt das Parteischiff in den einzelnen Orten mal rechts, mal links. Ein Bild des Jammers.

Der Druck des faschistischen Staatsapparates steigert sich täglich. Neben dem allgemeinen Demonstrationsverbot der KPD und ihrer Hilfsorganisationen ist jetzt auch ein Verbot aller roten Fahnen mit oder ohne Abzeichen erfolgt. Haussuchungen, bei KPD, SPD und unsern Genossen sind an der Tagesordnung.

Nicht nur KPD-Versammlungen, sondern auch solche des ADGB werden verboten. In *Weimar* wurde eine ADGB-Demonstration auseinandergeschlagen. Hinter der Polizei rückte die SA vor. Alle Mitgliederversammlungen im Volkshaus Weimar, auch solche des ADGB und der Gewerkschaften sind im Volkshaus verboten. Dem Wirt wurde die Schließung des Volkshauses angedroht. Gewerkschaftsmitgliederversammlungen, die in andern Lokalen angesetzt werden, verfallen der Auflösung. Ein Regierungserlaß bestimmt, daß in den einzelnen Gemeindeausschüssen keine Kommunisten sein dürfen, »weil staatsfeindliche Elemente keine Verwaltungsämter bekleiden dürfen.« Fast die gesamte thüringer SPD-Presse ist oder war neben der KPD-Presse verboten.

In *Greiz* fand eine Demonstration der »Eisernen Front« statt, die Arbeiterwehr, die unter unserer Führung steht, beteiligte sich geschlossen daran, ebenso die KPD-O. Im Anschluß fand eine überfüllte Kundgebung in drei Sälen statt. Neben dem Landtagsabgeordneten *Gründler* (SPD) sprach unser Genosse *Paul Fischer*. Er wurde mit starkem Beifall empfangen und fand stürmische Zustimmung. Unsere Gruppe hat veranlaßt, daß an alle Spitzenorganisationen ein offizielles Angebot, auch an die KPD, gemacht wird...

Pommern

In *Stettin* fand am 3. Februar 1933 eine Kundgebung und Demonstration, organisiert von der »Eisernen Front« statt, unter der Parole, »gegen Hitler, gegen die feinen Leute«. Diese Demonstration war die *wichtigste Kundgebung der Stettiner Arbeiterschaft seit den Revolutionstagen 1918—19*. Nach dem amtlichen Bericht nahmen an der Kundgebung 25 000 und an der Demonstration 15 000 teil. Die im Zuge getragenen Transparente entsprachen *in keiner Weise dem Ernst der Situation*. Fahnen überwogen, die schwarzrotgoldene des Reichsbanners und die mit drei Pfeilen der »Eisernen Front«, nur ganz vereinzelt rote Fahnen ohne Abzeichen. Einige Transparente: »Wählt SPD Liste 2« wurden auf Grund des Protestes der im Zuge marschierenden Kommunisten entfernt. Rund die Hälfte der an der Kundgebung und Demonstration teilnehmenden waren Kommunisten oder mit der KPD Sympathisierende. Sie versuchten durch Singen revolutionärer Lieder und durch Rot Front-Rufe und Tragen kommunistischer Abzeichen der Kundgebung und Demonstration ein kommunistisches Gepräge zu geben.

Ein einziges wirkungsvolles KPD-Transparent: »Schafft die Einheitsfront gegen den Faschismus« wurde von der Polizei beschlagnahmt. Die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Meier, dem man dort am Demonstrationstag das Oberkommando abgenommen hatte und der jetzt abgesetzt ist, ging sehr brutal gegen die Demonstranten vor und entfernte immer wieder ganze Trupps, die sich durch Rufe und Antifa-Abzeichen als Kommunisten erkennbar machten. Die Abgesprengten verstanden es aber, sich immer wieder dem Zuge anzuschließen.

ßen. Die vorgesehene Ansprache wurde nicht gehalten, weil die Polizei forderte, daß erst die Kommunisten die Kundgebung zu verlassen hätten. Praktisch war es unmöglich, aus dieser Masse die Kommunisten zu entfernen. Es formierte sich dann ein gewaltiger Demonstrationszug durch die Stadt, und die Arbeiterschaft begrüßte sich gegenseitig mit Rot Front- und Freiheitsrufen...

Halle-Merseburg

In Halle gelang es unserer Gruppe ausgehend von den Funktionären der Firma *»Weise Söhne«* und der Betriebsräteversammlung des DMV, von Halle, Spitzenverhandlungen zwischen ADGB, *»Eiserner Front«* und KPD durchzusetzen. Beschlossen wurde eine gemeinsame Demonstration. Die ersten Verhandlungen scheiterten nach 5 1/2stündigem Verhandeln, weil der Vertreter der KPD sich dagegen wandte, daß als Demonstrationslosung aufgenommen wird: *»Gegen das Verbot der KPD und SPD«*. Er begründete das damit, daß die SPD wegen ihrer Politik nicht verboten würde. Durch das Eingreifen unserer Genossen und belehrt von der eigenen Mitgliedschaft, die den Bericht des KPD-Vertreters mit eisigem Schweigen aufnahm, gelang es doch noch, den Beschluß zustande zu bringen. Die Durchführung der Demonstration scheiterte am Verbot der Polizei...

Was versteht man unter Faschismus?

Wenn man sich an den Sprachgebrauch hält, wie er heute in der Partei üblich geworden ist, so müßte man zu dem sehr einfachen Schluß kommen: Faschismus sei jeder Akt der Gewalt, der gegen die Arbeiterklasse geübt wird.

Nimmt man versuchsweise diese höchst »einfache« Erklärung an, so gerät man sogleich in ein Netz von Widersprüchen. Nehmen wir beispielsweise Deutschland. Würde im kaiserlichen Deutschland von Staats wegen Gewalt gegen die Arbeiterklasse geübt? Sicherlich. Es gab da 12 Jahre (1878–1890), in denen jede sozialdemokratische Betätigung verboten, unter Ausnahmegesetz gestellt war. Die sozialdemokratische Presse war unterdrückt. Jeder Arbeiter, der sich sozialistisch betätigte, konnte von der Polizei ausgewiesen und vom Richter ins Gefängnis gesteckt werden. Es war das die Zeit des Sozialistengesetzes. Unzweifelhaft Gewalt, ja, systematische Anwendung von Gewalt gegen die Arbeiterklasse, gegen die sozialistische Bewegung.

War das Faschismus? Niemand hat das noch behauptet. Aber nach der obigen Begriffsbestimmung müßte Bismarck der erste Faschist in Deutschland gewesen sein. Weiter. Haben die Noske, Ebert, Scheidemann Gewalt gegen die Arbeiterklasse angewandt? Zwanzigtausend gefallene Arbeiter bezeugen das. War das konterrevolutionäre Gewalt gegen die Arbeiterklasse? Ja. War es Faschismus? Nein!

Daraus scheint zu folgen, daß nicht jeder Akt der Gewaltanwendung oder jedes System der Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse Faschismus sein kann. Die heute in der Partei übliche Erklärung ist also falsch, sie führt auf einen Holzweg. Wie kommt man aber zu einer solchen falschen Festsetzung? Ganz einfach. Durch einen Trugschluß, wie er im täglichen Leben häufig vorkommt. Der Faschismus, so wie er in Italien, in Bulgarien usw. leibhaftig existiert, ist offene und systematische Anwendung von Gewalt gegen die Arbeiterklasse. Also folgert man: ist jede offene und systematische Anwendung von Gewalt gegen die Arbeiterklasse Faschismus. Faschismus ist, wenn Grezinsky die Maidemonstration der Partei verbietet, die »Rote Fahne« unterdrückt, den Roten Frontkämpferbund auflöst usw. Glücklicherweise wird die Richtigkeit von Begriffsbestimmungen nicht bestimmt von Partei-Instanzen, sondern durch die Tatsachen.

Aus den Tatsachen ergibt sich leicht die Korrektur der objektiven falschen Erklärung des Faschismus. Faschismus ist Gewalt gegen die Arbeiterklasse, aber nicht jede Gewalt gegen die Arbeiterklasse ist Faschismus. Faschismus ist eine besondere Form der Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse, und zwar der staatlichen Gewaltanwendung. Worin besteht diese Besonderheit?

Um das zu finden, stellen wir die Frage: wann unterscheidet sich die staatliche Gewaltanwendung auf Grundlage der bürgerlichen Demokratie von der faschistischen?

Die stillschweigende, unbewußte Voraussetzung der oben gemachten Erklärung des Faschismus ist nämlich

offenbar die, daß die bürgerliche Demokratie gegenüber der Arbeiterklasse ein sanftes, friedliebendes, die Gewalt verabscheuendes Geschöpf ist. Das stimmt aber weder mit den Tatsachen überein, noch mit den Grundlehren des Leninismus, der eine richtige Verallgemeinerung von Tatsachen ist. Um von Deutschland jetzt abzusehen; so wimmelt die Geschichte der III. französischen Republik und der Vereinigten Staaten von Nordamerika von blutigen Gewaltakten der Staatsmacht gegen die Arbeiterklasse.

Der Staat der bürgerlichen Demokratie wendet Gewalt an gegen die Arbeiterklasse auf Grund von Gesetzen und vermittels Behörden, die durch das allgemeine Wahlrecht zustande gekommen sind. Der Staat der bürgerlichen Demokratie duldet Arbeiterorganisationen und Arbeiterparteien, eine Arbeiterpresse usw.

Der Faschismus hebt das allgemeine Wahlrecht auf, er unterdrückt die Arbeiterpresse, die Arbeiterorganisationen, Arbeiterparteien. Er bindet sich in der Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse an keine Gesetze. Er stellt die offene Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse dar, im Gegensatz zu der verschleierte, sich an Gesetze bindenden des Staates der bürgerlichen Demokratie.

Die häufige gesetzliche staatliche Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse ist Vorarbeit, Vorübung für die ungesetzliche, diktatorische Gewaltanwendung, also für den Faschismus. Aber sie unterscheidet sich vom Faschismus, indem sie an der bürgerlich-demokratischen Verfassung festhält. Der Übergang von der einen zur anderen ist ein Übergang von einem Typus der Verfassung in einen anderen. Ein solcher Übergang erfordert selbst einen gewaltsamen Umsturz, einen Staatsstreich, der die Voraussetzungen schafft, um die Organe der bürgerlichen Demokratie durch die des Faschismus zu ersetzen (die von der faschistischen Partei ernannt werden).

Die Gefahr des Faschismus wächst in Deutschland zusehends. Die sprunghafte Zunahme der Wahlstimmen der Nationalsozialisten bei den sächsischen Landtagswahlen ist ein Beweis unter vielen anderen. Die Arbeiterklasse muß dem Faschismus, der die rücksichtsloseste Art ihrer Unterdrückung darstellt, einen Kampf auf Leben und Tod liefern.

Um aber den Faschismus niederkämpfen zu können, muß man zuvor klar erkannt haben, was er ist, wo er steht. Betrachtet man die Sozialdemokratie als einen Teil des Faschismus, so heißt das darauf verzichten, alle Kräfte, auch die der sozialdemokratischen Arbeiter (nicht die der Führung), die gegen ihn mobilisiert werden können, auch wirklich gegen ihn zu mobilisieren. Durch die Kraft der Kommunistischen Partei allein kann der Faschismus nicht geschlagen werden. Dazu gehört die Mehrheit der Arbeiterklasse, die der kommunistischen Führung folgt. Diese Mehrheit zu gewinnen, das ist also das Erste, was geleistet werden muß, wenn die Kommunistische Partei den Kampf gegen den Faschismus siegreich führen will. ■